



Haag

Jaed. Th.

1802

1870

[Faint handwritten notes at the bottom of the page, likely bleed-through from the reverse side.]

1870

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some minor discoloration and small dark spots, possibly due to age or handling. There is no text or other markings on the page.

Beiträge

zur

Bernischen Schul- und Kulturgeschichte

von

Dr. Friedrich Haag

Professor der Pädagogik an der Hochschule zu Bern.

I. Band. (Erste Hälfte.)



BERN

Druck und Verlag von Neukomm & Zimmermann

1898.

= Div. 1320





Vorwort.

Ueber das bernische Schulwesen, die Thätigkeit der Behörden im Interesse der Jugendbildung und die Kulturzustände unseres Kantons überhaupt birgt das bernische Staatsarchiv eine Fülle des wertvollsten Materials, das zum grössten Teil noch unbenutzt ist. In unsern «Beiträgen», die vorläufig auf vier Bände berechnet sind, sollen auf Grund dieses Materials in zwangloser Folge verschiedene besonders wichtige Abschnitte der bernischen Schul- und Kulturgeschichte ausführlich behandelt werden.

An der Spitze stehen zwei historisch-kritische Abhandlungen, die zeigen mögen, dass auch da, wo unser Staatsarchiv benutzt worden ist, die Benutzung in ungenügender Weise geschehen ist.

Die erste dieser Abhandlungen behandelt den Verkehr Pestalozzis mit den bernischen Behörden von 1803 bis 1805 mit der Wiedergabe der betreffenden Aktenstücke, soweit sie von Morf in seiner verdienstvollen Biographie Pestalozzis nicht oder nur unvollständig benutzt worden sind.

Die zweite Abhandlung gibt ein Bild von Ph. A. Stappers Lern- und Lehrjahren bis zum Ausbruch der Revo-

lution. Besonders reiches Material gibt uns unser Archiv über seine Thätigkeit am Politischen Institut zu Bern. Zum Verständnis derselben war es nötig, eine ausführliche Geschichte des Politischen Instituts, die bis jetzt fehlte, damit in Verbindung zu bringen und diese so wichtige Bildungsstätte, welche die politische Schulung der künftigen Regenten vermitteln sollte, von ihrer Gründung an bis zum Jahr 1798 mit allen Details der Verwaltung und der innern Einrichtung ins richtige Licht zu setzen. Es war dies um so mehr erforderlich, als gerade über das Politische Institut die sonderbarsten Irrtümer nicht bloss in der Biographie Stapfers von Luginbühl, sondern auch in andern Büchern sich finden.

Zur raschen Orientierung über das, was man anfänglich mit dem Politischen Institut beabsichtigte, was von den in den Lehrplan aufgenommenen Dingen ausgeführt wurde und was nicht, und über die Art und Weise, wie schon nach wenigen Jahren die Anstalt auf ganz andere Geleise geführt wurde, diene Beilage 4.

Der zweite Teil des ersten Bandes, der noch im Lauf dieses Jahres zur Ausgabe gelangt, enthält die Vorgeschichte des Politischen Instituts. Er beschäftigt sich mit den Erziehungsbestrebungen und Erziehungsplänen einzelner patriotisch gesinnter Berner, besonders aber mit der regen Thätigkeit des Zollherrn v. Bonstetten, das ist des edlen Karl Viktor v. Bonstetten, für das Zustandekommen einer politischen Akademie, mit der geplanten Berufung des Geschichtschreibers Johannes

Müller von Schaffhausen an das Politische Institut (siehe pp. 191, 193, 194, 200 des I. Teils des 1. Bandes), und überhaupt mit dem Verhältnis Müllers zu den Bernern in den Jahren 1785 bis 1787.

Ausgiebiges Material zu dieser Vorgeschichte des Politischen Instituts ergaben mir eine Reihe von Briefen von Karl v. Bonstetten an Johannes Müller, sowie von diesem an seinen Freund v. Mülinen, die mir durch die freundliche Zuvorkommenheit des Herrn Prof. Dr. Henking in Schaffhausen und meines verehrten Kollegen, des Herrn Prof. Dr. v. Mülinen, zugänglich geworden sind. Verbunden bin ich ferner für diese und jene Unterstützung den Herren Prof. Dr. Freymond in Bern, Pfarrer Stettler in Bremgarten und Prof. Dr. Blösch in Bern.

Der zweite Band der «Beiträge» wird die Wirksamkeit und die Schicksale des bernischen Erziehungsrates zur Zeit der Helvetik behandeln, der dritte Albrecht v. Hallers Bemühungen um die Hebung der bernischen Schulen, und der vierte endlich das höhere Schulwesen in Bern zur Zeit der Mediation und Restauration.

Wie alle, die im bernischen Staatsarchiv arbeiten, so hat auch mich Herr Staatsarchivar H. Türlér bei der Entstehung des ganzen Werkes und bei der Ausarbeitung des ersten Bandes durch seine unermüdliche Mithilfe zum grössten Dank verpflichtet; diesen hier öffentlich auszusprechen ist mir die angenehmste Pflicht.

Das beigegebene Bild zeigt links das Gebäude, in dem die Vorlesungen des Politischen Instituts gehalten wurden,

das «Kloster», das noch heute als Universitätsgebäude dient, und rechts daran anstossend die «Schul», wo Stapper als «Gymnasianer» sich zum theologischen Studium vorbereitete.

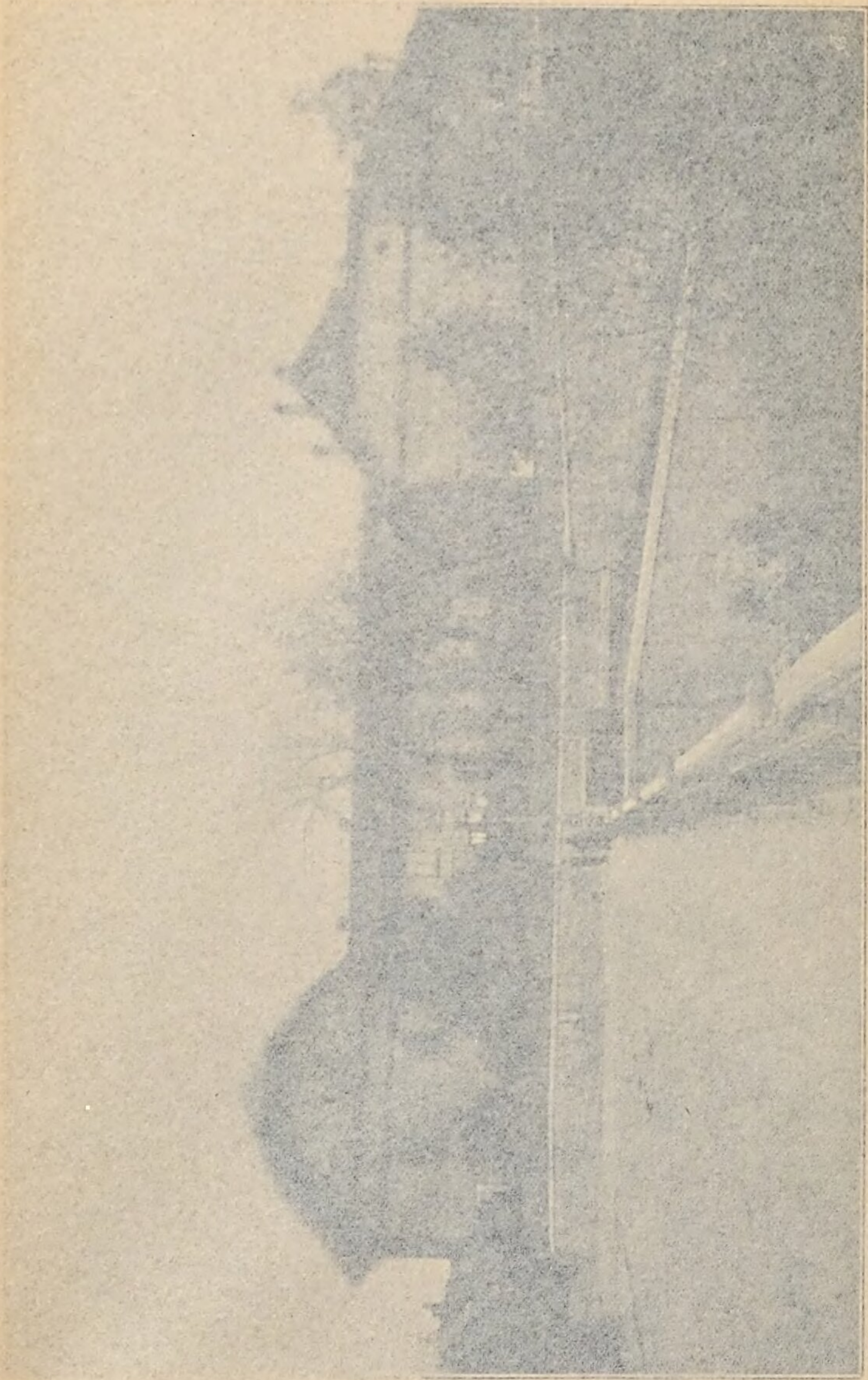
BERN, im Januar 1898.

Prof. Dr. Haag.

Verzeichnis der Abkürzungen für die öfter citierten Primärquellen.

Arch. Komm. M.	=	Manual der Archivenkommission.
B. A. M.	=	» des Bauamts.
B. C. M.	=	» der Baukommission.
Fin. R. M.	=	» des Finanzrats.
K. M.	=	» der Kuratel des Politischen Instituts.
Kirch. R. M.	=	» des Kirchen- und Schuldepartements.
Kl. R. M.	=	» des Kleinen Rats.
L. O. K. M.	=	» der Landesökonomiekommission.
P. A.	=	Pestalozziakten (in einer Mappe vereinigt).
Sch. R. M.	=	Manual des Obern Schulrats.
St. R. M.	=	» des Staatsrats.

Cat. stud. bedeutet die «Catalogi Studiosorum in Academia Bernatum» (bis 1826), eine in Bezug auf die Zahlenangaben mit Vorsicht zu benutzende Sekundärquelle.



AUTOTYPEDRUCK VON NEUKOMM & ZIMMERMANN IN BERN

„Kloster und Schul“ zu Bern

Pestalozzi und die bernischen Behörden
in den Jahren 1803—1805.

Historisch-kritische Abhandlung.



Der Verkehr Pestalozzis mit der bernischen Regierung wird eingeleitet durch ein Memorial Pestalozzis an den Kleinen Rat, worin er «in Rücksicht auf den Fortgenuss» der seiner «Unternehmung gesetzlich zugesicherten Vortheile die Gerechtigkeit» desselben ehrerbietigst anspricht und seine Unternehmung selbst den Mitgliedern des Rats «in dero landesvatterliches Wohlwollen» empfiehlt. Dem Memorial ist ein Begleitschreiben an den Amtsschultheissen v. Wattenwyl beigegeben, aus dem hervorgeht, dass Pestalozzi schon vorher mit dem Schultheissen und einigen seiner Kollegen in Sachen Rücksprache genommen hatte.

Morf hat in seiner Biographie Pestalozzis (III, p. 3 ff.) beide Schreiben vollinhaltlich abdrucken lassen mit dem Datum «10. August 1803» und wiederholt dieses Datum im Text, vor- und nachher, zu verschiedenen Malen.

Es ist unrichtig; denn schon zwei Monate vorher hat der Kleine Rat beide Schriftstücke dem Kirchen- und Schuldepartement überschickt. Im Manual I des Kleinen Rats p. 143, Sitzung vom 13. Juni, heisst es:

«Zedel an Mehgh. des Kirchen-Raths.

Mehgh. die Rätthe übersenden Ihnen Mnhgh. beyligendes Schreiben nebst Memorial des Herrn Pestalozz, Vorsteher der Erziehungs-Anstalt in Burgdorf, in welcher er für dieselbe um Unterstützung ansucht.

Ehe und bevor aber Mehgh. die Rätthe etwas in dieser Sache verfügen möchten, wollen dieselben Sie Mehgh. ersuchen, einen Bericht über den Nutzen dieses In-

stituts nebst Gutachten: Ob — und in wie weit — in das Begehren des H. Pestalozz eingetreten werden könne? — vorzulegen.»

Schon von vorneherein ist klar, dass Pestalozzi nicht erst im Monat August an die bernische Regierung sich gewandt hat, um über das Schicksal seines Instituts ins klare zu kommen, nachdem die neue Regierung sich schon zu Anfang Mai definitiv konstituiert hatte. Schon den 23. April 1803 war die Regierungskommission ihrer Obliegenheiten entbunden worden und in der Sitzung vom 5. Mai hatte der Kleine Rat die einzelnen Departemente festgesetzt und deren Mitglieder bestimmt: das Finanzdepartement, das Justiz- und Polizeidepartement, das Kirchen- und Schuldepartement und das Bauamt. Dem Finanzdepartement, das in unserer Untersuchung eine grosse Rolle spielt, wurden die Domänen und Waldungen überbunden (Sitzung vom 11. Mai). Als besonderes Departement, insofern wenigstens, als seine Mitglieder dem Kleinen Rat angehörten, kann auch der Staatsrat gelten, eine Behörde, die von den Pestalozzi-Biographen, auch von Morf, durch den Namen verleitet, immer mit der Regierung verwechselt wird. Freilich ist er dem Kleinen Rat keineswegs in der Weise untergeordnet und von ihm abhängig, wie die andern Departemente, wie er denn schon in der Mediationsakte neben dem Kleinen Rat aufgeführt wird, als die Behörde, welche «diejenigen Geschäfte besorgt, welche die innere und äussere Sicherheit betreffen». Was seine innern Geschäfte anbetrifft, so wollen wir uns gleich hier schon vergegenwärtigen, dass er (nach dem Dekretenbuch I, p. 11—13) «die Staats- und geheime Polizey führt in Betreff aller Aufwieglungen, Verschwörungen und Complotte gegen die Regierung und ihre

Verfügungen», dass er «die diessorts erforderlichen Untersuchungen und Verhaftungen anordnet», «über politisch verdächtige Fremde und einheimische Emissäre wacht». Für seine geheimen Ausgaben wurde ihm eine jährliche Kompetenz für den Betrag von 20,000 Fr. erteilt, ohne dass er für die bezüglichen Ausgaben irgend jemandem spezifizierte Rechnung abzulegen hatte. Unter ihm steht sämtliches Militär des Kantons; gemäss der Wichtigkeit seiner vielen Geschäfte führt den Vorsitz im Staatsrat der Amtsschultheiss, welcher Präsident des Kleinen Rats ist. Ueber die politische Stimmung im Land herum schicken die Oberamtleute, die vom Kleinen Rat auf den doppelten Vorschlag des Staatsrats ernannt werden, regelmässig ihre Berichte an Schultheiss und Staatsrat; so kommt es, dass für unsere Darstellung auch die Berichte des Oberamtmanns von Fraubrunnen an den Staatsrat, zu dessen Distrikt Dorf und Schloss Buchsee mit dem Pestalozzischen Institut gehörte, herbeizuziehen sind.

Der Staatsrat funktionierte ebenfalls schon vom 5. Mai 1803 an.

Das erste Memorial Pestalozzis an den Kleinen Rat muss also, da es bereits den 13. Juni von diesem an den Kirchen- und Schulrat abgeschickt wurde, schon einige Tage vor diesem Datum von Pestalozzi verfasst und abgeschickt worden sein. Es ist natürlich auch des fernern unrichtig, wenn Morf III, p. 16 sagt: «kurze Zeit nachher . . . ging auch das am 10. August verlangte Gutachten des Kirchen- und Schuldepartements ein». Morf hat, wie er diese Worte schrieb, nicht bedacht, dass eine Petition, die im Jahre 1803 nach seiner Angabe den 10. August in Burgdorf abgeschickt wurde, nicht schon denselben Tag, den 10. August, in Bern im Kleinen Rat verhandelt werden konnte. In der That

steht nun sowohl im besprochenen Memorial Pestalozzis, wie im Begleitschreiben an Wattenwyl deutlich das Datum «den 10. Juni», nicht «den 10. August».¹

Beide Schriftstücke finden sich unter den 34 Aktenstücken, die seinerzeit an Morf aus unserm Staatsarchiv ausgehändigt worden sind (P. A. Nr. 6 u. 7).

In Bezug auf die Wiedergabe der zwei immer noch in Rede stehenden Aktenstücke durch Morf sei hier bemerkt, dass Morf überhaupt in seiner Wiedergabe von Briefen und Aktenstücken etwas eigentümlich vorgeht. Man sieht in vielen seiner Citate oft ganze Reihen von kursiv gedruckten kleineren oder grösseren Stellen, ohne dass im handschriftlichen Original dieselben durch Unterstreichung oder ein anderes Mittel irgendwie hervorgehoben sind, was natürlich der gutmütige Leser immer voraussetzt. Dass aber durch solche Hervorhebungen der Gedanke eine Nuance bekommen kann, die der Stimmung und der Absicht des Schreibenden oft ganz und gar widerspricht, brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen. Wer sich solche Freiheiten

¹ Wenn es im Zettel des Kleinen Rats an den Kirchenrat heisst: «Ehe und bevor aber Mehgh. die Rätthe etwas in dieser Sache verfügen möchten, wollen dieselben Sie Mehgh. ersuchen, einen Bericht über den Nutzen dieses Instituts nebst Gutachten: Ob — und in wie weit — in das Begehren des H. Pestalozz eingetreten werden könne? — vorzulegen», Morf aber p. 4 sagt (nachdem er vorausgeschickt: «Der Kleine Rath wies diese Petition an das Kirchen- und Schuldepartement mit der Einladung, ein Gutachten darüber abzugeben»): „in wie fern diese Anstalt nützlich und ob und in wie weit einzutreten sei“, so erklärt sich diese Diskrepanz im Wortlaut der Einladung dadurch, dass Morf das angibt, was er auf dem betreffenden Memorial unter der Adresse gelesen hat, nämlich: «Kirchendept. In wie fern diese Anstalt nützlich sey und ob und in wie weit einzutreten?» Den Weisungszettel des Kleinen Rats an den Kirchenrat, wie er im Ratsmanual steht, kennt ja Morf nicht.

herausnimmt, ist nicht mehr ganz objektiv und kommt vielleicht unwillkürlich dazu, nur hervorzuheben, was ihm gerade in den Kram passt.

Auch in unserm Memorial hat Morf zweimal diese Freiheit sich erlaubt.

Ferner ändert Morf häufig sowohl in Briefen als in offiziellen Aktenstücken einzelne Ausdrücke oder ganze Wendungen, die, sei es aus diesem oder jenem Grund, sein Wohlgefallen nicht erlangt haben. So schreibt Pestalozzi in seinem ersten Memorial:

... mein kleines Eigenthum, und der Werth eines Credits der grösser ist als mein Eigenthum steth in diesem Versuch — und mit dem stehen oder fallen von diesem leztern steth oder fällt die möglichkeit ...

womit ich die Ehre habe mich zu nennen ...

Dero

gehorsamster Diener.

Wiedergabe von Morf:

... Mein kleines Eigenthum und der Werth eines Kredits, der grösser ist als mein Eigenthum, stecken in diesem Versuch, und mit dem Stehen oder Fallen desselben steht oder fällt denn die Möglichkeit ...

womit ich die Ehre habe zu sein ...

Dero

ergebenster Diener.

Das Kirchen- und Schuldepartement, dem Pestalozzis Memorial übergeben wurde, bestand aus sieben Mitgliedern; das Präsidium führte Ratsherr Christoph Friedr. Freudenreich, alt Landvogt von Thorberg; Assessoren waren die Ratsherren Effinger, v. Muralt und v. Graffenried und drei geistliche Herren, nämlich Dekan Ith, Prof. Risold und Prof. Zeender. Wir werden nicht irre gehen, wenn wir annehmen, dass in diesem Kollegium Dekan Ith vermöge seiner Gelehrsamkeit und seiner langjährigen Erfahrungen im Schulwesen ein entscheidendes

Wort mitsprach, hatte er doch schon dem alten Schulrat von 1781 an, da er Professor der Philosophie an der Akademie geworden war, bis anno 1796, resp. 1797 angehört und dann vom Frühjahr 1799 an den bernischen Erziehungsrat bis zu dessen Auflösung (den 20. Mai 1803) präsidirt. Auch Prof. Risolds Ratschläge werden gern gehört worden sein, da er ebenfalls ein erfahrener Schulmann war. Erst war er am Politischen Institut bei dessen Eröffnung 1787 professor linguarum gewesen, von 1791 an professor græcus an der Akademie und in dieser Eigenschaft Mitglied des Obern Schulrats; auch Risold war dann Mitglied des bernischen Erziehungsrates geworden und hatte denselben bis zum Eintritt Iths präsidirt. Ebenso galt Zeender für einen gelehrten Mann; 1796 war er Sprachlehrer am untern Curriculum des Politischen Instituts geworden; im Herbst 1797, als Stapfer die Philosophie an demselben übernommen, war ihm der ganze Sprachunterricht übertragen worden mit dem Titel eines Professors. Als im Januar 1799 an Stelle des Politischen Instituts das republikanische Gymnasium eröffnet worden war, dozierte Zeender an demselben Philosophie und Deutsch.

Es ist bekannt, dass Dekan Ith für die Erziehungsmethode Pestalozzis sehr eingenommen war, und so hatte denn dieser im Kirchenrat einen warmen Freund und einflussreichen Beschützer, den seine alten Kollegen Risold und Zeender nicht im Stiche gelassen haben werden, wenn es sich darum handelte, für den edlen Menschenfreund im Schloss zu Burgdorf einzutreten.

Inzwischen waren, den 30. Juni 1803, die Oberamtsleute gewählt worden¹, und zwar nach Burgdorf Joh.

¹ Kl. R. M. I, p. 186.

Rudolf Stürler zu Jegistorf. Seinen Wohnsitz hätte er auf dem Schloss haben sollen; da er aber, damals wenigstens, nicht gesonnen war, Pestalozzi aus demselben zu vertreiben, so theilte er dem Finanzrat mit, dass er sich in der Stadt eine Wohnung mieten werde, worauf dieser dem Kleinen Rat beantragte (den 19. Juli 1803), dem Oberamtmanne die jährliche Wohnungsentschädigung auf L. 600 festzusetzen.¹

Der Kleine Rat erhob diesen Antrag des Finanzrates zum Beschluss² und so war dafür gesorgt, dass Pestalozzi nicht Knall und Fall die ihm lieb gewordene Stätte verlassen musste.

Den 12. August hatte Pestalozzi eine Petition an die Tagsatzung eingeschickt, mit der Bitte um den Fortgenuss der ihm von der helvetischen Centralregierung bewilligten Beneficien. Ende dieses Monats erkannte die Tagsatzung, nur die Kantone könnten in Zukunft die Lehranstalt Pestalozzis durch Geld oder Hinsendung von Zöglingen ins Lehrerseminar unterstützen. Der Landammann möge

¹ Fin. R. M. I, p. 257. «Vortrag an Mehgh. die Rätthe. Auf die Anzeige von dem H. Ober Amtmann von Burgdorf, dass er, da die dortigen Schloss Gebäude durch die Pestalluzische Lehr-Anstalt eingenommen seyen, sich in der Stadt eine Wohnung miethen werde, hatte der Finanz Rath denselben angefragt, was er deswegen für Entschädniß begehre. Da derselbe nun in Antwort meldet, dass er glaube diese Entschädniß im 1. Artikel des Besoldungs Etat schon bestimmt zu finden, durch welchen denen Hh. Ober Amtleuten von Seftigen und Konolfingen, welche ebenfalls keine freye Wohnung haben dafür L. 600 angewiesen sind, so findet der Finanz Rath diesen Antrag des H. Ober Amtmanns von Burgdorf mässig, und nihmt keinen Anstand Ihnen tit. anzurathen für denselben diese Entschädniß auf L. 600 festzusetzen.»

² Fin. R. M. I, p. 388. 12. August 1803. «An H. Cassier wird gesandt die Zuschrift vom Kleinen Rath vom 10. Augst, laut welcher verordnet ist, dass dem Ober Amtmann zu Burgdorf, so lang er keine freye Wohnung hat, jährlich L. 600 als Entschädniß entrichtet werden sollen, zur Notiz.»

sie auffordern, solches zu thun. Wegen des Lokals habe sich Pestalozzi an den Kanton Bern zu wenden, u. s. w.

Die Petition Pestalozzis, sowie der Tagsatzungsbeschluss sind von Morf III, p. 4 ff. abgedruckt.

Der Beschluss der Tagsatzung war für Pestalozzi ein harter Schlag. Den Kantonen fiel es nicht ein, in den Riss zu treten: das Cirkularschreiben, das der Landammann den letzten August seinem Auftrage gemäss an die Stände versandte, blieb sozusagen ohne Wirkung. Es war aber auch darnach:

«Hochgeachte Herren! ¹

Beygebogen übermache ich Ihnen einen Auszug der Verhandlungen der Eidgenössischen Tag Satzung, woraus Sie zu entnehmen belieben werden, dass Hochdieselbe zum Behuf der künftigen Existenz der Pestalozzischen Lehranstalt kein anderes Unterstützungs Mittel hat vorfinden können als Empfehlungen und Wünsche.

Indem ich mich nun an die Tag Satzung schliesse um Sie Hochgeachte Herren zur Würdigung und Beherzigung der Talente des Lehrers sowohl, als seiner Erziehungsanstalt zu bewegen, ersuche ich Sie mir mit Beförderung Ihren daherigen Entschluss mitteilen zu wollen.

Genehmigen Sie . . . »

Diese zwei Schreiben schickte der bernische Kleine Rat den 7. September an den Kirchenrat zur Untersuchung und zum Rapport, sowie den 16. September ² folgendes Schreiben von Schultheiss und Rat des Kantons Solothurn an Schultheiss und Rat des Kantons Bern, vom 9. September, das uns unter anderm zeigt, wie klein die Begeisterung war, die das Cirkularschreiben des Landammanns erweckt hatte: ³

¹ P. A. Nr. 9.

² Kl. R. M. I, p. 464 und II, p. 27.

³ P. A. Nr. 11.

«Ihnen G. l. E. und Bundsgenossen wird auch wie Uns durch des Landammanns Excellenz der Beschluss der Tagsatzung über das Begehren des H. Pestalozzi Vorstehers der Lehr-Anstalt in Burgdorf zugeschickt worden seyn.

Wir treten lediglich in diesen auf unsere wirkliche Staats-Verfassung gegründeten Beschluss ein, und finden, dass diese Lehr-Anstalt nimmermehr von der ganzen Schweiz, sondern nur von den Kantonen einzelnen unterstützt werden könne.

Wir wären zwar gesinnet, zu deren Fortsetzung das unsrige beyzutragen, da dieselbe im Ausland eine besondere Achtung sich erworben hat, und nach unserem Ermessen zu Bildung der Jugend in der Schweiz vieles beytragen könnte.

Bevor Wir uns aber entschliessen, diessorts einzutreten, wünschten Wir von Ihnen G. l. E. und Bundsgenossen vertraulich zu vernehmen, was Ihr diessorts vorzunehmen gedenket, damit der Zwek der vorhabenden Unterstützung durch einen einseytigen Beytrag nicht verfehlet werde; Wormit Wir . . . »

Einige Tage vorher, den 9. September, hatte Pestalozzi gemäss der Aufforderung der Tagsatzung an den Kleinen Rat petitioniert um fernere Ueberlassung des Schlosses Burgdorf mit dem Beneficium der Beholzung und der Pünten und Ausführung der nötigen Reparaturen. Bei Morf findet sich der Brief abgedruckt (III, p. 12 ff.); auch ist daselbst des Schreibens Erwähnung gethan, das Stürler den 12. September an den Kleinen Rat schrieb (als Begleitschreiben der Petition) und in welchem er der Regierung mittheilte, dass er in Burgdorf keine passende Mietswohnung finde; man wolle ihm deshalb zum Frühjahr 1804 das Schloss zu seiner Wohnung einräumen.

Beide Schriftstücke schickt der Kleine Rat den 14. September dem Finanzrat zur Untersuchung und

zum Rapport¹ und dieser übergibt den 16. September die Petition Pestalozzis seinem Mitglied, dem Finanzrat Tscharner, zum vorläufigen Rapport an seine Behörde. Für unsere Untersuchung ist dieser Punkt von grosser Wichtigkeit.²

Nachdem Tscharner die Pestalozzische Petition seinem Departement wieder zugestellt, schickt sie der Finanzrat samt dem Begleitschreiben Stürlers den 28. September an den Amtsschultheissen v. Wattenwyl, mit der Bitte um Aeusserung seiner Gedanken «in wie weit dem H. Pestaluzzj in seinem Begehren zu entsprechen sey», da er (der H. Amtsschultheiss) diese Anstalt besucht habe.³

Der Schultheiss antwortete schon den 2. Oktober. Das Aktenstück ist Morfen bekannt und er hat III, p. 15 und 16 den grössten Teil desselben veröffentlicht⁴, aber

¹ Kl. R. M. II, p. 13.

² Fin. R. M. II, p. 53. «Das Schreiben des Lehrer Pestalozi wegen fernerer Ueberlassung des Schlosses Burgdorf ist dem Hgh. Finanz Rath Tscharner zum Rapport übergeben worden.»

³ Fin. R. M. II, p. 101. «Bern an Hgh. Amts Schultheiss. Von Seiten des Kleinen Rathes ist dem Finanz Rath das mitkommende Schreiben von dem Herrn Ober Amtmann von Burgdorf samt der demselben beyliegenden Bittschrift des dortigen Lehrers Pestalozzj zugewiesen worden, welche letztere dahin geht, dass ihm die Wohnung in dortigem Schlosse ferner noch überlassen werden möchte.

Der Finanz Rath hat zwar dieses Ansuchen bereits in besondere Berathung nehmen lassen, da aber derselbe vernommen hat, dass Sie Hgh. Amts Schultheiss diese Lehr Anstalt selbst zu besuchen geruhet haben; so wollte man nicht eher einen Entschluss nehmen, als nach Anhörung Ihrer Gedanken in wie weit dem H. Pestaluzzj in seinem Begehren zu entsprechen sey.

Der Finanz Rath nihmt daher die Freyheit Euer Tit. um Mittheilung derselben zu bitten.»

⁴ Nach «Gärten u. Pünten» p. 15, Z. 10 v. u. bei Morf heisst es in dem Gutachten (P.-A. Nr. 13): «Allein der Herr Oberamtman zeigt

ohne zu sagen, an wen es gerichtet und durch wen es veranlasst worden ist.

Zur Orientierung sei aus demselben hier mitgeteilt, dass Wattenwyl den Rat gibt, der Fortdauer der Anstalt nicht entgegenzusein, schon aus Staatsklugheit, und zu diesem Zweck für den Oberamtman das Schnell'sche Sommerhaus anzukaufen. Pestalozzi solle man nach seinem Wunsch das Schloss auf unbestimmte Zeit überlassen mit samt der Nutzniessung der Gärten und Pünten und Uebernahme der Unterhaltung der Dachungen.

Dieses Gutachten des Amtsschultheissen hat offenbar auf den Finanzrat einen tiefen Eindruck gemacht und ihn für Pestalozzi günstig gestimmt. Das ersehen wir aus dem Schreiben, welches er schon den folgenden Tag, den 3. Oktober, an den Oberamtman zu Burgdorf abgehen liess¹:

«Die Pestalozzische Erziehungs Anstalt in Burgdorf verdient allerdings die Aufmerksamkeit und selbst die Aufmunterung von Seiten der Regierung. Wenn aber das Schloss Burgdorf, das dem dortigen Herrn Ober-Amtsmann zu seiner Wohnung hätte angewiesen werden sollen, dem Herrn Pestalozzi überlassen würde; so muss doch vorher Bedacht darauf genommen werden, wie der Herr Ober Amtmann auf andere Weise in

an er könne so nicht verbleiben wie er izt eingerichtet ist; indem er kein Haus zu miethen findet; und er doch mit Recht fordren könne mit seiner Familie und Haushaltung in Burgdorf wohnen zu können.

Diesem Bedürfniss zu entsprechen bleibt also kein Mittel übrig als, entweder Herren Pestaloz anderswohin zu versezen und das Schloss in bewohnbaren Stand zu bringen, welche beyden Gegenstände kaum mit einem Aufwand von 4 à 5000 L. werden erreicht werden; wobey denn das Schloss noch immer eine nicht sehr angenehme Wohnung seyn wird; oder aber für den Herren Oberamtman des Herrn Schnell Sommerhaus anzukaufen, welches . . .» (Fortsetzung bei Morf, p. 15, Z. 8 von unten.)

¹ Fin. R. M. II, p. 160 ff.

Burgdorf logirt werden könne. Sie wollen Sich demnach, an die Vorsteher der Stadt Burgdorf, als welcher durch die Pestalozzische Anstalt die grössten Vortheile zufließen, und die zu deren Beybehaltung billig das ihrige beytragen soll, wenden, und sie befragen: ob sie der Regierung zu Handen Ihres Oberamtmanns eine schikliche Wohnung zu verleihen, oder auch ein Gebäude auszufinden wüssten, das zu diesem Ende angekauft werden könnte?

Die daherige Antwort belieben Sie, mit Ihrem Berichte begleitet dem Finanzrath einzusenden. Unter dessen bleibt die Behandlung der Petition des Herrn Pestalozzi suspendiert.»

Vergessen wir nicht, dass dieses Schreiben des Finanzrats an Stürler in seiner Sitzung vom 3. Oktober beschlossen wurde.

Acht Tage nachher, den 11. Oktober, verfasste das Kirchen- und Schuldepartement, nachdem eine Kommission desselben das Institut besichtigt und auf alle Weise Erkundigungen über dasselbe eingezogen worden waren, sein Gutachten an den Kleinen Rat¹. Von seinen sieben Mitgliedern waren nur fünf anwesend: die drei geistlichen Herren (Ith, Risold und Zeender) und zwei Ratsherren: v. Muralt und v. Graffenried. Morf hat das Gutachten (III, p. 16 und 17) zum Teil abdrucken lassen und zwar in der Form, wie es an den Kleinen Rat ausgefertigt wurde, die freilich vom Wortlaut des Beschlusses im Manual selber stilistisch sehr abweicht.

Dieses Gutachten des Kirchen- und Schulrats selber ist für mich ein kleines Rätsel: nachdem darin die Behörde über den Nutzen der Pestalozzischen Anstalt sich durchweg günstig ausgesprochen hat, gibt sie dem Kleinen Rat einmütig den Wunsch anheim, ent-

¹ Kirch. R. M. I, p. 50 ff.

weder das Schloss Burgdorf Pestalozzi ferner zu überlassen, oder, wenn dies nicht thunlich sei, ihm ein anderes öffentliches Gebäude anzuweisen, die Transportkosten zu übernehmen und pro rata der Beischüsse der übrigen Kantone «irgend einen fernern Beytrag ihm zu verwilligen».

Für den Fall der Versetzung von Burgdorf wurde von einer Seite gewünscht, möchte Pestalozzi das Schloss Köniz eingeräumt werden, vorzüglich aus politischer Rücksicht:

«... mit einer Meynung möchte man noch, falls er das Schloss Burgdorf räumen müsse, vorzüglich aus politischer Rücksicht, das Schloss Köniz zur Einräumung vorschlagen.»

Bis dahin ist alles klar, nun aber heisst es nach den eben citierten Worten (Morf bringt diesen Schlusssatz nicht mehr):

«... und noch eine andere Meynung will Ihnen Hgh. anrathen, dem H. Pestalozzi die Weisung zu geben, durch den Weg einer Subscription bey seinen zahlreichen Gönnern selbst für seine Erhaltung zu sorgen, wie schon mehrere Unternehmer von ähnlichen Privaterziehungsanstalten gethan haben, und zwar eben aus dem Grunde, weil seine Anstalt blos als eine nützliche Privaterziehungsanstalt könne angesehen werden, und darum einstweilen auf eine besondere Begünstigung von Seite der Regierung keine Ansprüche zu machen befugt sey, indem sonst andere Institute dieser Art sich ebenfalls berechtigt glauben möchten, von derselben Unterstützung zu begehren.»

Also war die Ansicht, man solle Pestalozzis Institut begünstigen und unterstützen, nicht diejenige aller Mitglieder des Departements; es liegt ein Widerspruch zwischen dem Schlusssatz des Gutachtens und der als einmütig angegebenen Meinungsäusserung, der Staat solle

Pestalozzi Burgdorf noch weiter überlassen oder ihm ein anderes Lokal anweisen.

Morf hat diesen Widerspruch offenbar bemerkt und sagt an Stelle des weggelassenen Schlusssatzes des Gutachtens (p. 18) Folgendes:

«Die Ansicht, man solle Pestalozzi anrathen, auf dem Wege der Subscription für seine Anstalt, da sie ja ein blosses Privatunternehmen sei, zu sorgen; eine öffentliche Unterstützung würde ein Präjudiz schaffen, das für den Staat fatale Folgen haben könnte, wurde zwar ausgesprochen und vertheidigt, unterlag aber staatsklügern Rücksichten.»

Man sieht, Morf sucht den ihm aufgefallenen Widerspruch zu lösen, aber diese seine Lösung führt den Leser zu der irrigen Annahme, der Vorschlag, Pestalozzi auf die Privatwohlthätigkeit zu verweisen, sei in der Abstimmung unterlegen und sei deshalb dem Kleinen Rat gar nicht vorgelegt worden.

Wenn nun aber Morf also fortfährt (III, p. 18): «In Würdigung dieser Gutachten» (nämlich desjenigen vom Amtsschultheissen und desjenigen vom Kirchen- und Schuldepartement) «beschloss die Regierung, Abtheilung Finanzrath . . . den Stadtrat von Burgdorf aufzufordern, einen schicklichen Wohnsitz für den Oberamtman ausfindig zu machen», so ist das, wie wir bereits wissen, durchaus unrichtig. Nicht erst nach dem 11. Oktober, d. h. nach dem Abgang des Gutachtens des Kirchenrats, ist die in Rede stehende Weisung des Finanzrats an Stürler ergangen, sondern schon den 3. Oktober, einzig in Würdigung des einen Gutachtens von Seiten des Amtsschultheissen. Dieses Datum des 3. Oktober kennt aber Morf nicht, weil er eben das Finanzratsmanual nicht kennt. Die Weisung desselben an Stürler kennt er nur aus der Antwort des Burgdorfer Stadtrats

an den Finanzrat, wo es also heisst¹: «Wir haben uns auch alle Mühe gegeben, zu folge Ihrer Aufforderung einen schiklichen Wohnsitz für Unsern Hochgeehrten Herrn Oberamtsmann ausfindig zu machen» und von diesen Worten aus ist er zu seiner eben unrichtigen Kombination gekommen.

Das Gutachten des Kirchen- und Schuldepartements schickte der Kleine Rat an den Finanzrat und dieser legte es in seiner Sitzung vom 24. Oktober bei Seite «in Erwartung eines Berichts von H. Ober Amtsmann».²

Dieser Bericht wurde erst den 5. November abgeschickt mitsamt dem Schreiben des Burgdorfer Stadtrates vom 3. November. Aus beiden auch von Morf mitgetheilten Aktenstücken (III, p. 18 ff., P. A. Nr. 15 u. 16) ersehen wir³,

¹ P. A. Nr. 15.

² Fin. R. M. II, p. 301.

³ Es ist nicht ganz genau, wenn Morf aus dem Schreiben des Stadtrats zuerst die Vorschläge 1—3 mittheilt und dann sagt: «im Weiteren fügt der Stadtrath bei». Es beginnt vielmehr das Schreiben also: «Wir erkennen die Aufmerksamkeit, die Sie der Pestalozzi'schen Erziehungsanstalt gönnen, mit grösstem Dank. Wirklich wäre es für die Stadt Burgdorf ein grosser Nachtheil, wenn dieser verdienstvolle Mann sein Institut anderswohin verlegen müsste — mancher arme Bürger hatte in den leztverflossenen unglücklichen Jahren den Unterhalt seiner Familie fast einzig dem Verdienst zu verdanken, der ihm von daher zufloss, und mancher Unbemittelte hat dadurch sich auf einen gewissen Grad von Wohlstand bringen können. Allerdings ist es schon deswegen Unsere Pflicht, für die Beybehaltung dieser Erziehungsanstalt alles mögliche beyzutragen. Wir haben uns auch alle Mühe gegeben, zufolge Ihrer Aufforderung einen schiklichen Wohnsitz für Unsern Hochgeehrten Herrn Oberamtsmann ausfindig zu machen. Die Resultate der diessörtigen Untersuchungen bestehen in folgenden Vorschlägen:

1) Wäre . . .» nun kommen die drei Vorschläge, vide Morf p. 18. Darnach heisst es zum Schluss der Eingabe: «Aussert diesen Häusern kennen Wir keines — das dazu schiklich wäre, und gekauft oder gemiethet werden könnte.

Wir haben die Ehre etc.»

dass der Stadtrat von Burgdorf vorschlug, das Pfarrhaus zur Wohnung des Oberamtmanns einrichten zu lassen, oder die «ehemalige Schmiedengesellschaft» oder das Schnell'sche Sommerhaus für denselben anzukaufen, dass aber Stürler keines von diesen Häusern konveniente; das Schloss, schreibt er, sei die einzige schickliche Wohnung für den Oberamtmann, Pestalozzi aber könne ohne den geringsten Nachteil für sein Institut in Buchsee, Landshut oder Frienisberg sich einrichten.

Erinnern wir uns, dass der Finanzrat den 16. September seinem Mitglied Tscharner den Auftrag erteilt hatte, über die Petition Pestalozzis vom 9. September wegen Ueberlassung des Schlosses zu Burgdorf mit Holz und Pünten einen vorläufigen Rapport zu erstatten. Tscharner kam seiner Aufgabe nach und sein «Vortrag» an den Finanzrat wurde den 19. November bei seinen Kollegen in Cirkulation gesetzt.¹

Bis zum 7. Dezember geschieht in Sachen nichts; an diesem Tag kommt im Finanzrat die Angelegenheit wieder zur Sprache. Darüber sagt Morf III, p. 19 ff. Folgendes:

«Im Schosse des Finanzrathes wurde die Angelegenheit am 7. December 1803 wieder ausführlich besprochen. Das Resultat war folgendes: „Das Begehren Pestalozzi's um Ueberlassung des Schlosses Burgdorf kann nur insofern Berücksichtigung finden, als der Oberamtmann sich ein Haus in der Stadt finden kann und *will*. Da derselbe sich aber wirklich um die Wohnung im Schloss angemeldet und wünscht, solches künftiges Frühjahr beziehen zu können, so ist in das *Begehren Pestalozzis nicht einzutreten, sondern er ist lediglich damit abzuweisen*».

¹ Fin. R. M. II, p. 453.

Sollte aber Herr Pestalozzi ein anderes Lokal, das dem Staat gehört und keine andere Bestimmung hat, auffinden und sich um Ueberlassung desselben bewerben, so kann dann ein solches Nachwerben auf ein Neues untersucht und vielleicht in Mehrerem oder Minderem eingetreten werden.“»

Darnach hätte also der Finanzrat beschlossen, in Sachen vorläufig nichts mehr zu thun, sondern Pestalozzi die Initiative anheimzugeben, wenn er auf Ueberlassung eines andern Schlosses reflektiere. Aber im Finanzratsmanual, Sitzung vom 7. Dezember, ist Folgendes, ungefähr das Gegenteil von dem, was Morf sagt, zu lesen:¹

«Bauamt.

Da es einerseits darum zu thun ist, dem Herrn Ober Amtmann zu Burgdorf das dortige Schloss zur Wohnung einzuraumen, anderseits dann man die dortige Pestalozzische Lehranstalt durch Verzeigung einer andern Wohnung zu begünstigen wünsche, zu welchem End das Schloss Buchsee schicklich gefunden wird; so wollte der Finanrath Sie ersuchen Tit. gutfindenden falls mit Beyziehung des H. Pestalozzj, dieses Schloss in Augenschein nehmen zu lassen, und über den Betrag der Kosten der nöthigen Reparationen demselben einen Devis mittheilen zu wollen.»

Woher hat aber Morf diese seine Nachricht über die Finanzratssitzung vom 7. Dezember 1803?

Unter den ihm aus unserm Archiv zugeschickten Dokumenten befindet sich ein Bogen (Nr. 17) mit dem einfachen Titel «Befinden», auf dessen Rückseite es heisst: «Pestalozzi. Schloss zu Burgdorf. Gärten Beholzung. wartet auf Devis v. Bauamt. für das Schloss Buchsee. d. 7. Dec. 1803.»

¹ Fin. R. M. III, p. 57.

Das «Befinden» lautet:

«Ohne in die Verdienste des von H. Pestalozzi zu Burgdorf in dasigem Schloss errichteten und wie es scheint mit Erfolg betriebenen Erziehungs Institut um die Menschheit und das Vatterland einzutreten, ist jedoch zu bemerken, dass sich der wohlthätige Einfluss dieser Erziehungs Anstalt nicht nur auf unsern Canton, sondern über die ganze Schweiz und bald über einen grossen Theil unserer Welt-Theile ausbreitet. Wenn es also von dieser Seite allerdings billig ist, dass unsere Cantons Regierung für die Aufklärung ihrer Angehörigen besorgt diese Aufklärung ihrerseits befördere und also insoweit die Erziehungs Anstalt des H. Pestalozzi sie betreffen mag, solche auf alle ihr mögliche Weise befördere: Es hingegen nicht weniger der Billigkeit und Gerechtigkeit gemäss seye, dass die übrigen Cantonen der Schweiz und die Fremden die immer mehr wie Bienen auf diese neu aufkeimende Rose sich setzen, ihr beziehendes Schärfflein beytragen sollen. so viel überhaupt.

Was das geziemende Begehren des H. Pestalozzi in Betreff seines gegenwärtigen Wohn Orts, Gärten, Beholzung betrifft, so ist zu bemerken, dass erstens das Schloss Burgdorf, wo gegenwärtig das Institut sich befindet, nur in so weit selbigem gewiedmet werden soll und kan, als der Ober Amtmann sich ein Haus in der Stadt zur Wohnung finden kan und will, also für die Zukunft über gedachtes Schloss zum Behuf dieses Instituts nicht disponiert werden kan.

Sollte nun das Schloss Burgdorf zur Wohnung des Amtmann gewiedmet, und also der Aufenthalt daselbst dem Pestalozzi aufgesagt werden, so fällt auch die Entsprechung für sein Begehren in Betreff der Gärten und der Beholzung weg.

Da endlich H. Ober Amtmann zu Burgdorff sich wirklich um die Wohnung im Schloss angemeldet und wünscht, solche auf künftiges Frühjahr beziehen zu können, so glaubt Ihr Finanz Rath, Mnhgh. rathen zu sollen, in das Begehren [des] H. Pestalozzi betreffend

die Ueberlassung des Schlosses und der Schloss Gärten zu Burgdorff sammt Beholzung für sein Institut nicht einzutreten und ihn damit lediglich abzuweisen.

Sollte aber H. Pestalozzi ein anderes locale mit denen ihme nöthigen Gebäuden und zudienenden Behörden das dem Staate gehört, und keine andre Bestimmung hat, auffinden, und sich um Ueberlassung desselben bei Mehgh. bewerben, so kan dann ein solches sein Nachwerben auf ein neues untersucht und vielleicht in mehrerm oder minderm eingetreten werden.»

Man sieht, dieses «Befinden» war für Morf die Quelle für seinen Finanzratsbeschluss vom 7. Dezember 1803. Freilich hat er nur den letzten Satz desselben so ziemlich wörtlich wiedergegeben; was er vorher als Beschluss dieser Behörde wörtlich zu citieren scheint mit den verhängnisvollen Gänsefüsschen, ist aus dem zweiten Teil des «Befindens» in der freiesten Weise zusammengestellt und zugestutzt. Und dieses «Befinden» hielt Morf für einen Beschluss des Finanzrats, verführt durch die Worte «so glaubt Ihr Finanz Rath Mnhgh. rathen zu sollen» und da auf seiner Rückseite steht «den 7. December 1803», so setzte er den Beschluss auf den 7. Dezember.

Nun ist aber dieses «Befinden» — und das alles hätte sich Morf nach Durchlesung desselben sagen sollen — nicht eine Ausfertigung, ein Zettel, an irgend eine Behörde oder Person, also — wie Morf annimmt — des Finanzrats an den Kleinen Rat; in diesem Fall müsste oben die Anrede (Hochgeachte Herren!) und am Schluss Datum und Unterschrift stehen. Und zu Anfang des Schreibens müsste die Veranlassung desselben auseinandergesetzt sein, was alles nicht der Fall ist.

Zweitens könnte dieses «Befinden», wenn man auch seinen ersten, von Morf weggelassenen Teil in Betracht

zieht, nur als eine Antragstellung des Finanzrats an den Kleinen Rat anzusehen sein in Begutachtung der Petition Pestalozzis vom 9. September 1803 um fernere Ueberlassung des Schlosses Burgdorf mit dem Beneficium der Beholzung und Püntten, die ja der Kleine Rat einige Tage nachher mitsamt dem Begleitschreiben Stürlers dem Finanzrat zur Untersuchung und zum Rapport eingeschickt hatte. Dieses Gutachten fertigte aber der Finanzrat erst den 16. Februar 1804 aus (und Morf kennt es; es ist ihm überschickt worden: Nr. 20 der Pestalozzi-Akten); es beginnt also:

«Hochgeachte Herren!

Schon unterm 14. September 1803 übersendten Meine hochgeachten Herren dem Finanz Rath die Untersuchung des Begehrens des H. Pestalozzi Unternehmer der Lehranstalt zu Burgdorf, um fernere Zusicherung der Wohnung in dasigem Schloss sowol als der bis dahin geabten Nuzung in Land und Holz.

Da zu gleicher Zeit der Herr Ober Amtsmann zu Burgdorf auf die Einräumung bemelten Schlosses zu seiner Wohnung andrang, so veranlasste dieses die Einziehung mehrerer Berichte, wodurch dann der Rapport über diesen zweyfachen Gegenstand biss dahin verzögert ward.»

Diese einleitenden Worte hätten Morf bei seiner Annahme, das «Befinden» sei ein Gutachten des Finanzrats an den Kleinen Rat, stutzig machen sollen.

Drittens steht auf der Rückseite des «Befindens»: «wartet auf Devis v. Bauamt. für das Schloss Buchsee. D. 7. Dec. 1803.»

Diese Worte sagen uns, dass der Finanzrat das «Befinden» nicht abgeschickt, sondern beiseite gelegt hat in Erwartung eines Devises vom Bauamt für das Schloss Buchsee, um nach dessen Eingehen die Angelegenheit noch einmal zu diskutieren.

Der Finanzrat konnte also am 7. Dezember nicht beschlosssen haben, Pestalozzi mit seinem Begehren lediglich abzuweisen und ruhig zuzuwarten, bis er mit einer Nachwerbung um irgend ein anderes öffentliches Gebäude vor den Kleinen Rat gelange; im Gegenteil, er hat bereits das Schloss Buchsee ins Auge gefasst, was ja von verschiedenen Seiten als Sitz des Instituts auch schon angeraten worden war. Diese Worte namentlich auf der Rückseite des «Befindens» sind also für die Auffassung desselben wichtig; sie besagen uns deutlich, dass es weiter nichts ist, als ein Gutachten, ein Vortrag irgend jemandes an den Finanzrat in Sachen, auf dessen Basis diese Behörde diskutierte. Es ist natürlich der Rapport Tscharners, der den 19. November bei den Finanzräten in Cirkulation gesetzt worden war; wie wir aber aus dem Finanzratsmanual III (p. 57) wissen, hat der Finanzrat die Ansicht Tscharners nicht zu der seinigen gemacht, vielmehr die Uebersiedlung der Pestalozzischen Lehranstalt nach Buchsee in Aussicht genommen und deshalb das Bauamt beauftragt, dieses Schloss mit Zuziehung von Pestalozzi, wenn er diese Zuziehung nötig finde, zu besichtigen und zu sehen, welche Reparaturen für die Installierung nötig wären.

Mit diesem Protokoll stimmt vollständig die Angabe auf der Rückseite des «Befindens».

Die unrichtige Taxierung des besprochenen «Befindens» hat leider Morf zu einer weitem Unrichtigkeit geführt. In der Annahme, dasselbe sei als Antrag des Finanzrates an den Kleinen Rat gerichtet gewesen, und da er aus einem ihm vorliegenden Aktenstück vom 18. Januar 1804, das wir nachher noch besprechen werden, ersehen hat, dass Anfang Januar 1804 das Bauamt einen Augenschein vom Schloss Buchsee hat nehmen

lassen mit Zuziehung Pestalozzis, kombiniert er, der Kleine Rat habe den von ihm supponierten Antrag des Finanzrats, Pestalozzi lediglich abzuweisen, nicht angenommen und beschlossen, das Bauamt einzuladen, Buchsee in Augenschein zu nehmen.

«Der Kleine Rath» — sagt er (III, p. 20) — «leistete einer annehmbaren Lösung der Frage insofern besondern Vorschub, als er das Bauamt einlud, mit Zuziehung Pestalozzi's das Schloss Münchenbuchsee in Augenschein zu nehmen. Diese Inspektion fand am 9. Januar 1804 statt.»

So schiebt denn also Morf das, was der Finanzrat gethan, dem Kleinen Rat zu; er erschliesst einen Kleinratsbeschluss, der nie bestanden und den man vergeblich in dessen Manualen sucht; das Datum fügt er natürlich diesem seinem Kleinratsbeschluss nicht bei. Und doch hätte er aus dem von ihm benutzten Aktenstück vom 18. Januar 1804 selber, das ihn diesen Kleinratsbeschluss hat erschliessen lassen, sehen können, dass seine Kombination unrichtig ist. Dasselbe ist nämlich ein Vortrag des Bauamtes an den Finanzrat¹ (und nicht an den Kleinen Rat) und beginnt mit den Worten:

«In Folge Ihres [Auftrags] vom 12.² December 1803 hat das Bau-Amt Mnhgh. Rathsherr Fischer mit dem Augenschein und Einrichtung eines Devis über die Reparationen beauftragt, welche nöthig seyn können um das Schloss Buchsee zum Empfang der Pestalozzi'schen Erziehungs Anstalt tüchtig zu machen, wenn es dazu bestimmt würde.»

Nachdem der Finanzrat das Bauamt eingeladen hatte, Buchsee gutfindendenfalls mit H. Pestalozzi in Augenschein

¹ B. A. M. C, p. 55.

² Schreibfehler für 7.

nehmen zu lassen, beauftragte das Bauamt den 14. Dezember 1803 sein Mitglied, den Ratsherrn Fischer, mit Zuziehung Pestalozzis und eines Werkmeisters, den Augenschein abzuhalten und dem Bauamt zu Handen des Finanzrates zu rapportieren.¹

Das Bauamt fand also für gut, Pestalozzi zu dieser Inspektion einzuladen: Buchsee sollte ihm nicht aufgedrängt werden.

Zwei Tage nachher erstattete das Bauamt in der Sitzung des Kleinen Rates vom 16. Dezember 1803 Bericht über diese seine Massnahme «damit das Schloss Burgdorf sobald möglich dem Herrn Oberamtsmann eingeräumt werden könne».

Im Bauamtsmanual steht nichts davon, dass der fragliche Beschluss des Bauamts vom 14. Dezember dem Kleinen Rat mitzuteilen sei; war er ja auch durch den Finanzrat, nicht durch den Kleinen Rat veranlasst worden. Die Berichterstattung im Schosse des Kleinen Rats war also eine mündliche und wurde wohl veranlasst durch die Interpellation irgend eines Ratsherrn, der sich nach dem Stand der ganzen Angelegenheit erkundigte, vielleicht im Auftrag vom Oberamtsmann Stürler in Burgdorf, der ja schon den 5. November um Beschleunigung der Sache gebeten hatte.

Infolge der Berichterstattung des Bauamts gab der Kleine Rat demselben den Auftrag, die Schlösser zu Burgdorf und Buchsee zu obrigkeitlichen Händen zu nehmen und in bewohnbaren Stand stellen zu lassen.²

¹ B. A. M. A, p. 296.

² Kl. R. M. II, p. 402.

«Zedel an Mehgh. des Bauamts.

Auf den von Ihnen abgestatteten Bericht, dass über die Zurüstung des Schlosses Buchsee zu Verlegung des Pestalozzischen

Nachdem das Bauamt vom Kleinen Rat den Auftrag erhalten hatte, das Schloss in Buchsee in bewohnbaren Stand stellen zu lassen, stattete es demselben den 11. Januar 1804 folgenden vorläufigen Rapport ab:¹

«Vortrag an den Kleinen Rath.

Das Bau-Amt hat Ihrem Auftrag zu folg das bisher zu einem Militär Spithal gebrauchte Schloss Buchsee besichtigen lassen, um die allfällig davon nöthigen Reparationen bey anderwärtiger Bestimmung desselben vorschlagen zu können.

Bey der Beaugenscheinigung desselben hat sich aber das ganze Schloss sowohl in unsauberem, als an sich selbst schadhaften Zustand erfunden, da einerseits unter der Helvetischen Regierung alle mit Kräze oder andern ansteckenden unsaubern Krankheiten behafteten Militärs dort ohne alle Reinlichkeit verpflegt wurden, und anderseits während diesem Spithal die Wohnungen und das ganze Gebäude so sehr verderbt worden, dass fast aller orten neue Böden, Oefen, Thürschlösser etc. etc. erforderlich sind; wobey auch nothwendig alle Täfel und Wände abgekrazt frisch bestochen und geweißset und die Böden gewaschen und mit Duft gerieben werden müssen, wenn das Gebäude zu irgend einer künftigen gesunden Wohnung dienen soll.

Instituts bereits ein Augenschein erkannt worden, damit das Schloss Burgdorf sobald möglich dem Herrn Oberamtsmann eingeräumt werden könne, haben Mehgh. die Rätthe Ihnen Mnhgh. auftragen wollen, diese Schlösser zu Obrigkeitlichen Handen zu übernehmen und in bewohnbaren Stand stellen zu lassen, wobey Ihnen zum Bericht angefügt wird, dass der Finanz Rath erhaltenem Auftrag zufolge Ihnen Mnhgh. die Data und Bedinge und allfällige Inventaria bekannt machen wird, unter welchen diese Schlösser an H. Pestalozzi und H. Tribolet sind übergeben worden, sowie auch was dem leztern allenfalls für die Reparation des Schlosses Buchsee bewilliget, aber nicht ausgeführt worden ist.» — Dies geschah den 3. Januar 1804, vgl. Fin. R. M. III, p. 229.

¹ B. A. M. C, p. 24.

Das Bau-Amt hat demnach die Ehre, Ihnen Tit., davon vorläufigen Rapport zu erstatten, mit dem Beyfügen, dass nach einem gemachten überschlag die daherigen zur Bewohnbarmachung und Reinlichkeit nothwendigsten Reparationen wenigstens L. 4000 — kosten werden.»

Diesen vorläufigen Rapport überschickte der Kleine Rat den 16. Januar 1804 an den Finanzrat mit folgendem Zettel¹ (den auch Morf kennt):

«Ueber den Zustand der Schloss Gebäude zu Buchsee erstattet das Bauamt den beyliegenden Bericht, der von Ihnen verlangt wurde, um über die Verlegung der Pestalozzischen Lehranstalt dahin, Ihr Gutachten abzufassen, und der Ihnen nun auch zu dem Ende übersendet wird.

Bey diesem Anlaas hat der Kleine Rath erkennt: dass das Schloss Burgdorf seiner eigentlichen Bestimmung gemäss sobald möglich dem dortigen H. Amtmann eingeräumt werden solle. Ueber die dazu nöthigen Verfügungen erwartet der Kleine Rath Ihren gutachtlichen Bericht.»

Damit ist also vom Kleinen Rat endgültig ausgesprochen, dass Pestalozzi sein Institut zu verlegen hat.

Zwei Tage nachher, den 18. Januar 1804, überschickte das Bauamt auch dem Finanzrat den von diesem verlangten Bericht über den Zustand des Schlosses zu Buchsee.² Etwas detaillierter, als derjenige an den Kleinen Rat, bringt er uns im weitem die Notiz, dass H. Rats herr Fischer mit dem Werkmeister Osterieth und Pestalozzi den 9. Januar den Augenschein vorgenommen und dass Pestalozzi sich mit dem Schloss als Sitz für sein Institut zufrieden erklärt und sich inständig dafür empfohlen habe.

¹ Kl. R. M. III, p. 47.

² B. A. M. C, p. 55 ff.

Wir wissen bereits, dass Morf diesen Bericht kennt (III, p. 20 u. 21 teilt er ihn mit Ausnahme von Anfang und Schluss mit). Ohne Angabe des Datums aber lässt er ihn, obwohl er erst den 18. Januar beschlossen worden — wie Morf doch wohl gelesen hat — dem besprochenen Kleinratsbeschluss vom 16. Januar vorgehen und dieses Datum selber ändert er in den 14. Januar. Er stellt die Sache unrichtig so dar, als ob der Bericht des Bauamtes an den Finanzrat vom 18. Januar an den Kleinen Rat gerichtet sei und dann den Kleinratsbeschluss, das Schloss Burgdorf Stürler zu übergeben, veranlasst habe, den Kleinratsbeschluss, der schon zwei Tage vorher gefasst worden war. Die Sache ist um so unbegreiflicher, als es im Gutachten des Bauamts an den Finanzrat heisst:

«Da nun auf letzten Montag wirklich beschlossen worden ist, dem Herrn Ober Amtsmann zu Burgdorf das dortige Schloss auf eine bestimmte Zeit einzuräumen . . .»

Diesen Satz lässt Morf in seiner Wiedergabe des Gutachtens freilich weg!

Nun fährt Morf (III, p. 21) also fort:

«Dieser Beschluss» — nämlich des Kleinen Rates vom 16. Januar 1804 — «erregte bei der *Bürgerschaft Burgdorfs* „Wehklagen“, bei Pestalozzi grosse Besorgniss.

«Der Stadtrath von Burgdorf beeilte sich, der Regierung die Folgen vorzustellen, welche die Entfernung der pestalozzischen Anstalt für die Stadt nach sich zöge. „In der That, wiederholt er in seiner Eingabe vom 19. Januar, muss man gestehen, dass diese Anstalt . . .» bis p. 22, Z. 14 v. u.

Dieses Schreiben des Burgdorfer Stadtrates an den Kleinen Rat in Bern war mir durchaus rätselhaft, da

es in den Ratsmanualen mit keinem Wort erwähnt wird; in Bern angelangt, wäre es aber von der Regierung nicht ignoriert worden; das steht für denjenigen fest, der weiss, dass sie auch nicht die unbedeutendste Kleinigkeit, geschweige denn die Petition der obersten Behörde einer Municipalstadt, in den Papierkorb geworfen hat. Die Aufhellung dieses Dunkels erhoffte ich von Burgdorf, obwohl ich freilich wusste, in welch traurig chaotischem Zustand das Archiv dieser Stadt sich befindet. Glück und Zufall spielten mir aber daselbst bald in die Hand, was ich suchte.

Den 20. Dezember 1803 beschloss der Grosse Rat von Burgdorf nach dem Manual der Gemeindekammer Folgendes¹:

«Auf die Motion einiger Bürger² sollen noch Versuche gemacht werden — zu Beybehaltung des Pestalozzischen Instituts in hiesigem Orts — Zu diesem Ende soll eine Deputation an Unsern Hh. Ober Amtsmann gesandt werden — um von ihm zu vernehmen, ob er nicht ein hiesiges Particular Haus und welches zu seinem Wohnsitz annehmen würde — Dazu sind ausgesprochen Mewgh. Rathsherr Stähli — H. David Kupferschmid Werkmeister — H. Weinnegotiant Heggi, und Mstr. Grieb Mezger Sohn.»

Ferner: Sitzung des Grossen Rats vom 23. Dezember 1803³:

«Auf den abgelesenen schriftlichen Rapport der wegen Beybehaltung des Pestalozzischen Instituts aus-

¹ Gem. K. M. III, p. 342. — Als sparsame Leute benutzten die Burgdorfer ihr Gemeindekammermanual auch nach der Einführung der Mediation ruhig weiter.

² Die offenbar vom Kleinratsbeschluss vom 16. Dezember 1803, es solle das Bauamt die Schlösser zu Buchsee und Burgdorf zu obrigkeitlichen Händen nehmen und in bewohnbaren Zustand stellen lassen, veranlasst wurde.

³ Gem. K. M. III, p. 344.

geschossenen Commission — ward erkannt — dass die gleiche Commission mit dem Herrn Pestalozzi sich unterreden solle — ob er mit seinem Institut hier bleiben würde, wenn man für dasselbe eine anständige Wohnung ausfindig machen könnte. Falls er in solches Anerbieten einträte, — so soll dann die gedachte Commission mit Zuziehung des Herrn Rathsherrn Fankhausers und des Herrn Pestalozzi selbst, untersuchen, was für Wohnungen für sein Institut können angewiesen werden und was daher von Seite der Stadt für Vorkehren zu treffen seyen. Die Commission soll sodann auch bey dem Finanzrath zu Bern nachforschen, was man von Seite der Regierung zu der diessörtigen Unternehmung und Bauten steuern würde. Das diessörtige Gutachten muss dem Grossen Rath zur Genehmigung oder Verwerfung vorgetragen werden.»

Nun steht in einem Band, der die Kommissionen-Konzepte von 1800—1811 enthält, Folgendes:

«Commission den 19. Jenner 1804¹

Damit zum Nutzen des hiesigen Publici das Pestalozzische Institut wo möglich hier im Schloss bleiben könne, so haben Mewh. Committierte (Rathsherr Stähli und Fankhauser, H. Kupferschmid, Werkmeister, iunior — Herr Altgerichtspräsident Heggi und Meister Grieb jun.) gefunden, dass an den Kleinen Rath des Kantons Bern ein Schreiben abgelassen und darin vorgestellt werden sollte

1) Der Nachtheil, so dem hiesigen Publiko durch die Entfernung dieses Instituts zuwachsen würde.

2) Das Alter des H. Pestalozzi; aus welchem abzunehmen, dass er selbst diesem Institut nicht lange mehr vorstehen werde, und folglich bei seynem Abgang dasselbe von selbst aufhören müsse.

3) Dann der Drang der gegenwärtigen Umstände, indem gänzlich unmöglich seye, in der bestimmten kurzen Zeit für dieses Institut ein erforderliches Gebäude in bhörigen Stand zu stellen.»

¹ Das ist also genau das Datum, unter welchem Morf die Eingabe des Stadtrates an die Regierung abgefasst sein lässt.

Man sieht, das nach diesen drei Gesichtspunkten ausgearbeitete Schreiben hat Morf in Händen gehabt und uns aus demselben mitgeteilt, was wir III, p. 21 u. 22 lesen.

Leider ist ihm aber entgangen, was sechs Tage nachher der Grosse Rat der Stadt Burgdorf beschlossen hat, also in seiner Sitzung vom 25. Januar 1804¹:

«Nach angehörter Vorlesung eines Aufsazes Schreibens an den Kantonsrath, welchen die darzu vestgesezte Commission, wegen Beybehaltung des Pestalozzischen Instituts in hiesigem Schlosse, hat vortragen lassen, ward erkannt, dass solches nicht abgelassen werden solle, weil es für Unhh. Oberamtsmann anstössig seyn würde, indem darinn angetragen wird, dass das Institut im Schloss gelassen werden möchte, da im Gegentheil Hochderselbe gesinnt ist, das Schloss selbst zu beziehen, — und auch Herr Pestalozzj sich erklärt habe, dass er ganz und gar nicht verlange, dass von Seite der Stadt seines Instituts halb, Kösten verwendet werden.

Das Schreiben sollte demnach dahin abgeändert werden, dass man darinn nur Rath ausbitte, was man hierseits vorkehren sollte, damit das Institut hier verbleiben könne.»

Die Eingabe vom 19. Januar ist also in Burgdorf geblieben und nie nach Bern abgegangen; was aber nicht nach Bern abgegangen ist, konnte daselbst gar keinen Eindruck machen, weshalb die Worte Morfs (III, p. 22, Z. 13 v. u.):

«Diese allzuvorsichtige Zuschrift mit ihren „unfassbaren Vorschlägen“ machte weder bei der Regierung besondern Eindruck, noch . . .» zu streichen sind.

Ende Januar 1804 schickte Pestalozzi ein neues Memorial an den Kleinen Rat, in dem er ihm weitläufig

¹ Gem. K. M. p. 374.

auseinandersetzt, dass sein Etablissement nicht mit den übrigen Privat-Erziehungsanstalten in einen Tiegel zu werfen sei und dass er hoffe, die bernische Regierung werde ihren Beschluss vom 16. Januar, das Schloss Burgdorf dem dortigen Oberamtmanne einzuräumen, mit Massnahmen verbinden, welche die wohlthätigen Folgen seiner Unternehmung auf eine dem Rath beliebige Art sicher stellen werden.

Das Memorial (P. A. Nr. 19), wie es Morf, III, p. 22—25 wiedergibt, ist in folgender Weise zu ergänzen, wobei die Pestalozziforscher hochinteressanten Aussagen des Pädagogen begegnen.

Nach «beigetragen», p. 24, Z. 11 v. o. soll es des weiteren heissen:

«Hochgeachte Hochgeehrteste Herren! Es forderte auch weniger nicht, als Regierungsmassregeln von einem solchen Belang um mir in meinem Alter und in meiner Lage den Muth einzuflössen, meine Zeit, mein Vermögen, dasjenige der Meinigen, meinen Credit, — kurz alles, was die höchste Entschlossenheit eines Mannes den ersten Zwecken seines Herzens und seines Geistes aufopfern kann, diesen Versuchen aufzuopfern. Es ist auch auf das Fundament dieser öffentlichen Massregeln, dass ich zu Gunsten dieser Anstalt Privat-Massregeln ergriffen, die durchaus nicht mit der Stellung und der Handlungsweise eines Particularen in einer Privatsache harmoniren — ich nahm arme Kinder ausser dem Verhältniss meiner Kräfte und sogar ausser dem Verhältniss mit den Unterstützungen, deren ich genoss in mein Haus auf; dieses war dem Armen, der meine Zwecke suchte, bald in jedem Falle offen; ich forderte selber dem Halbarmen nur schüchtern, was er mir schuldig war, und was ich wahrlich mehr und dringender, als er selbst bedurfte; und wenn ich mich jetzt in diesem Geschäft als blosser Privatmann betrachten muss, so hatte ich in demselben nicht gehandelt, wie ich darinn

hätte handeln sollen, ich hatte demselben aufgeopfert, was ich nicht hätte aufopfern sollen. Man kann sich kaum vorstellen, wie weit mich mein Unternehmen führte, wie viel in demselben durch die Art, wie sein Erfolg erzwungen ward, zu Grunde gehen musste, und wie vielseitig und kostbar besonders die so oft unnütz gebliebenen und fehlgeschlagenen Versuche meiner Anstalt gewesen, ehe ich zu der Einfachheit und zu dem Zusammenhang der Unterrichtsmittel, die meine Methode jetzt auszeichnen, gelangt bin. Ich rechnete nicht mit mir selbst, sah nur meinen Zweck, und lebte für denselben mit einer Liberalität, mit einem Wohlwollen, und mit einer Unbefangenheit, die, wie ich die ganze Zeit meines Daseyns leidend fühlte, mich jeden Tag und jede Stunde weiter führte, als ich nach dem Verhältniss beydes meiner Privatpflichten und meiner Privatkräfte hätte gehen sollen; aber ich traute meinem Vaterlande und meiner Obrigkeit in dieser Angelegenheit unbedingt, ich glaubte sogar, es seye unter gegebenen Umständen meine Pflicht gewesen, mit Sicherheit hoffen zu dürfen mein Vaterland werde in den einmal genommenen Massregeln zu meiner Unterstützung nie mehr zurücke gehn und in Uebereinstimmung mit der Ansicht, mit welcher meine damalige Obrigkeit selbst meine Unternehmung in's Aug fasste, dieselbe als Sache des Vaterlandes anzusehen, und in zweifelloser Zuversicht anzunehmen, mein Vaterland als Staat, seye für mein Unternehmen, wie für alles, was darinn Gutes vorgenommen wurde, in jedem Falle und in jeder Form, die es sich äusserlich geben möchte, unsterblich.

Hochgeachte Hochgeehrteste Herren! So ist es geschehen, dass ich mit dem Selbstgefühl des Rechtthuns unternahm, was ich nicht vermochte, durchsetzte, wozu meine Kräfte nicht hinreichten, und sogar mich selber beides über das Gefährliche und Beschämende ökonomischer Hemmungen und Verlegenheiten erhaben fühlte. Es ist freylich aber auch allein dadurch zu erklären, wie ich mir die Erreichung meines Ziels unter meinen Umständen als möglich vorstellen, und

wie ich die Mittel, die ich zu demselben anwandte, als mit den Pflichten meiner Privatlage vereinbar ansehen, und ebenso, wie ich über die Fortdauer der Handbiethung des Vaterlandes zu meinen Zwecken zweifellos handeln konnte. Ich that dieses, ich strebte von der ersten Stunde an bis auf heute meinem Ziele entgegen, als ob es gewiss wäre.»

Nach «Ferne» p. 25, Z. 11 v. o.:

«und verpflichtet mich mit ebensoviel Freymüthigkeit als Ehrerbiethung dem Edelmuth Mrhgh. vorzustellen, dass die Unbehüllichkeit und Verwirrung, in die dieser Beschluss mein Unternehmen für den Augenblick stürzen müsste, dahin würcken könnte, das ökonomische Einernnden der Früchte derselben, in einen Zeitpunkt zu verschieben, den ich nicht mehr erlebte.»

Nach «sicher stellen werden» heisst es noch:

«und das ist es, wozu sich Ihnen Hochgeachte Hochgeehrte Herren mit der schuldigen Ehrfurcht zu empfehlen die Freyheit nimmt

Hochderoselben unterthänig gehorsamer Diener

Pestalozzi.

Burgdorf, den 20. Hornung, 1804.

Den 20. Hornung heisst es in dem in unserm Archiv befindlichen¹ und seinerzeit an Morf überschickten Original der Petition, nicht den 30. Jänner, wie Morf p. 22 uns mittheilt. Und doch muss Morf mit seinem Datum das Richtige getroffen haben, wie uns unsere Manuale selber sagen.

Ordnungsgemäss nämlich übergab Pestalozzi sein Memorial dem Oberamtman Stürler und dieser schickte es den 4. Februar an seinen Bestimmungsort, nachdem er schon den 2. Folgendes² an den Finanzrat geschrieben:

¹ Nr. 19 der P. A.

² P. A. Nr. 18.

«Hochgeachte Herren.

Von verschiedenen Gliedern des Kleinen Rathes ist mir gesagt worden, wie dass von Mnhgh. erkant wäre das Pestalozzische Institut solle das Schloss Burgdorf auf eine bestimmte Zeit räumen, da ich aber von dieser Erkantnuss noch keine offizielle nachricht bekommen habe, so gehet mein geziemendes ansuchen an sie Hochgeachte Herren dass sie von der güte sein wollen und mir bestimmt sagen auf welche Zeit Herr Pestalozzi selbiges verlassen solle, indem ich auch vorher einige nicht ganz unbedeutende Einrichtungen zu treffen hätte.

Ich habe die Ehre mit vollkomster Hochachtung zu seyn

Der Ober Amtsmann auf Burgdorf
J. R. Stürler.

Burgdorf 2. Feb. 1804.

Den 8. Februar schickt der Kleine Rath die Vorstellung Pestalozzis und das Schreiben Stürlers «zur Untersuchung und Rapport» dem Finanzrat¹ und dieser kommt in seiner Sitzung vom 13. desselben Monats dem Auftrag nach und lässt folgenden Zettel² an Oberamtman Stürler ab, der — wie schade! — den übereifrigen Pestalozzi-Enthusiasten entgangen ist.

«Unterm 4. diss haben Sie dem Kleinen Rath eine Vorstellung von Herrn Pestalozzj in Beziehung auf die Bestimmung des Schlosses Burgdorf zum Sitze des Oberamtmanns zugesendt, welche nicht auf Stempelpapier geschrieben ist, da doch durch die daherige Verordnung vorgeschrieben ist, dass alle Bittschriften und Vorstellungen jeder Art, wenn selbige einer Oberkeitlichen Behörde vorgewiesen werden sollen, auf Stempelpapier geschrieben seyn müssen. Es konnte

¹ Kl. R. M. III, p. 119.

² Fin. R. M. III, p. 498.

daher auf den Inhalt derselben keine Rücksicht genommen werden.

Was dann Ihre Äusserung betrifft, dass Sie von dem Entscheide des Kleinen Rathes über die Bestimmung Ihrer amtlichen Wohnung Kenntniss zu haben wünschten, so wird Ihnen beyläufig gemeldet, dass zwar die Einräumung des Schlosses zu Ihren Händen bereits erkennt, diese Mittheilung an Sie Tit. aber desswegen noch unterblieben ist, weil über den Zeitpunkt, wann dieses geschehen soll, noch nichts entschieden ist, da aber nun auch hierüber dem Kleinen Rathe von dem Finanzrath ein Vortrag überreicht worden ist, so wird auch dieser Entscheid bald erfolgen und Ihnen dann sogleich bekannt gemacht werden.»

Der Finanzrat nahm also auf das Memorial «keine Rücksicht», d. h. er schickte dasselbe an Stürler zurück zu Händen Pestalozzis. Der Zettel an Stürler involvierte natürlich einen leisen Rüffel an den Herrn Oberamtmann: der hätte Pestalozzi sagen sollen, dass er die nötigen Formalitäten nicht beobachtet habe und dass das Gesetz über den Stempel vom 12. und 14. Dezember 1803 Folgendes sage¹:

«1) Alle Acten . . . Bittschriften und Vorstellungen jeder Art, wenn sie vor dem Richter einige Gültigkeit haben oder einer obrigkeitlichen Behörde oder Beamten vorgewiesen werden sollen, müssen fernerhin auf Stempelpapier geschrieben seyn. Allen obrigkeitlichen und richterlichen Behörden bleibt fernerhin verboten, auf ungestempelte Schriften, die nicht in nachstehender Ausnahme begriffen sind» (nämlich die von einer Behörde an die andere gerichteten Schreiben etc.) «einige Rücksicht zu nehmen, über dieselben das Recht zu öffnen, oder dieselben ins Recht legen zu lassen . . .

¹ Gesetze und Dekrete I, p. 192 ff.

3) Auf den ersten Jenner 1804 soll das Stempelpapier mit dem Bernerischen Stands-Wappen, dem Preise des betr. Papiers, und im Papier selbst mit den Worten: Kanton Bern, Stempel bezeichnet seyn . . .

4) Weil aber dieses neue Papier bis auf den 1. Jenner 1804 nicht zugerüstet seyn kann, so bleibt dem kleinen Rathe die Bestimmung des Zeitpunktes der Einführung desselben überlassen. Bis dahin und vom 1. Jänner 1804 soll alles helvetische Stempelpapier, das in unserm Kanton verbraucht wird, mit einem kleinen farbigen, das Bernerische Standswappen aufdruckenden Stempel, der zugleich den Preiss des Papiers nach der neuen Taxe anzeigen wird, bezeichnet werden.»

Die Eingabe Pestalozzis an den Kleinen Rath vom 20. Hornung ist nun offenbar diejenige, die Pestalozzi abschickte, nachdem ihm Stürler mitgeteilt hatte, die am 4. Februar von ihm abgeschickte sei nicht berücksichtigt worden, d. h. die vom 20. Hornung ist die Abschrift der frühern auf dem gesetzlichen Stempelpapier. Da der besprochene Zettel des Finanzrats an Stürler erst den 13. beschlossen wurde, so mochte eine Woche darüber vergangen sein, bis Pestalozzi dazu kam, das ziemlich umfangreiche Memorial wieder abschreiben zu lassen. Diese neue Eingabe vom 20. ist nun wirklich auf Stempelpapier geschrieben: es ist Stempelpapier der Helvetik und vorne auf dem helvetischen Stempel ist der verlangte «das Bernerische Standswappen auf druckende Stempel».

Das erste zurückgewiesene Memorial Pestalozzis ist nach dem Mitgeteilten vor dem 4. Februar geschrieben worden; wenn es also Morf vom 30. Januar datiert, so wird dies richtig sein; offenbar hat er dasselbe in Händen gehabt.

Den 2. Februar 1804 beantwortete der Finanzrat das Schreiben des Kleinen Rats vom 16. Januar mit folgendem «Vortrag an die Räte»¹:

«Hochdieselben theilen laut Zedel vom 16. Jenner dem Finanzrathe den Bericht des Bauamtes über die Verlegung der Pestalozischen Lehranstalt nach Burgdorf mit und zeigen ihm an, dass zugleich mit erkannt worden sey, es solle das Schloss Burgdorf dem dortigen Herrn Oberamtmanne eingeräumt werden, mit dem Auftrage, Ihnen Hgh. über die dazu nöthigen Verfügungen das gutachtliche Befinden zu hinterbringen.

Der Finanzrath wüsste aber in Bezug auf diese letztere Verfügung Ihnen Hgh. weiter nichts anzurathen, als dass der Termin zu Räumung des Schlosses Burgdorf auf den 1. Julius gesetzt werden möchte, und dass solches dem dortigen Herrn Oberamtmanne sowohl zu für sich selbst, als aber zu Handen des Herrn Pestalozzi überschrieben werden sollte. Die amtlichen Anträge wegen Zurechtmachung des Schlosses werden denn seiner Zeit zu erwarten seyn.

Der zweyte Gegenstand dieses Vortrags betrifft denn die Verlegung der Pestalozischen Lehranstalt von Burgdorf nach Buchsee. Die Aufträge welche Hochdieselben dieser Sache wegen an das Bauamt aberlassen, setzen es ausser Zweifel, dass Sie entschlossen seyen, diese Anstalt zu begünstigen, und so beschränkt sich der Finanzrath lediglich auf die Untersuchung der Frage: wie und auf welchem Fusse etwas für den Herrn Pestalozzi gethan werden könne.

Von Seite des Finanzrathes steht nun der Einräumung des lange zu einem Militär Spitthal gebrauchten Schlosses Buchsee nichts im Wege, da die Regierung es nicht nöthig hat, so kann füglich darüber disponiert werden; Herr Pestalozzi ist wohl damit zufrieden, und zu verderben ist wohl nicht viel daran.

Einmüthig möchte man ihm also dieses Schloss, aber nur das Schloss, das heisst, Haus und Hof samt Garten

¹ Fin. R. M. III, p. 425 ff.

zu seiner Anstalt einräumen, also ohne einiges Land zu Pflanzplätzen und auch ohne Holz. Um solches zu recht zu machen, da es sehr verderbt ist, will man zugleich Ihnen Hgh. anrathen, eine Summe von L. 3000 dafür auszusetzen, und das Bauamt zu begwältigen, dieselbe auf zwekmässige Weise zu verwenden, mit dem ausdrücklichen Beding jedoch, dass ein mehreres nicht gebraucht werde, indem man in keinen Excedenten eintreten würde; da der vorgelegte Devis sich höher nicht ansteigt, so sollte diese Summe für das nothwendigste wohl ausreichen mögen. Diese Ueberlassung würde aber dem Herrn Pestalozzi nur auf ein Jahr lang zuzusichern seyn, mit der Weisung sich alljährlich um deren Fortdauer zu melden.

Mit einten Gedanken nun wäre man geneigt, ihm diese Wohnung unentgeltlich einzuräumen, sowie es mit Burgdorf geschehen ist; Man glaubt auch, dass hier wirklich der Fall einiger Begünstigung von Seite der Regierung eintrete und da man aus dem Schlosse Buchsee ohnehin wenig oder nichts ziehen würde, die darin zu machenden Reparationen auch nicht für ganz verlohren angesehen werden können, so ist endlich die Einräumung desselben keine Sache von sehr grossem Belange. Uebrigens ist hier die Bemerkung zu machen, dass das Tafernen Wirthshaus in Buchsee dem Staat gehört und dass, wenn die Pestalozzische Lehranstalt an diesen Ort verlegt wird, der Pachtzins desselben, wegen der Menge Fremder die dahin reisen werden, beträchtlich gesteigert werden könne; was denn dem Staat zum Besten erschiessen wird. Vor der Revolution hat man bis Kronen 540 Zins für dieses Wirthshaus bezahlt, alldieweil es jezt, mit $5\frac{1}{2}$ Jucharten Land nicht mehr als L. 400 abwirft.

Mit andern Gedanken hingegen kann man zwar nicht einsehen, warum diese Anstalt gerade in dem Canton Bern seyn müsse, da doch dieser Canton verhältnissmässig sehr wenig Zöglinge liefere. Man wünschte daher mit dieser Meinung, dass Hr. Pestalozzi sich in einen andern Canton begeben möchte. Wenn indessen

die Regierung seine Anstalt beybehalten will, so hat man auch nach dieser Meinung kein Bedenken ihm das Schloss Buchsee einzuräumen. Man findet aber, dass wegen der darauf zu verwendenden Kosten, die doch zu jeder andern Bestimmung für fast verlohren anzusehen sind, ein billiger Miethzins gefordert werden sollte. Ohne diese Bedingung will man lieber nicht eintreten, sondern den Herrn Pestalozzi abweisen.

Der Entscheid wird in jedem Falle demselben bekannt zu machen seyn.»

Vierzehn Tage nachher, den 16. Februar, gab der Finanzrat dem Kleinen Rat den Rapport ein, welchen dieser bereits den 14. September 1803 von ihm verlangt hatte über das Gesuch Pestalozzis, man wolle ihm das Schloss Burgdorf ferner überlassen und die Petition Stürlers, ihm dieses selbe Schloss zur Wohnung einzuräumen. Seine Ansicht in Sachen hat zwar der Finanzrat bereits in seinem Schreiben vom 2. Februar der Regierung kundgegeben, die ausführliche Begründung derselben folgt aber erst jetzt. III, p. 25—28 gibt uns Morf Kenntnis von diesem Gutachten; da er aber unnötiger Weise die ganze Anordnung desselben auf den Kopf gestellt hat, bringen wir es hier vollinhaltlich zum Abdruck¹:

«Vortrag an Megh. die Räthe.

Schon unterm 14. September übersendten Mehgh. dem Finanz Rath die Untersuchung des Begehrens des H. Pestalozzi, Unternehmer der Lehranstalt zu Burgdorf, um fernere Zusicherung der Wohnung in dasigem Schloss sowohl als der bis dahin gehabten Nuzung in Land und Holz.

Da zu gleicher Zeit der Herr Ober Amtmann zu Burgdorf auf die Einräumung bemelten Schlosses zu

¹ Fin. R. M. IV, p. 16 ff.

seiner Wohnung andrang, so veranlasste dieses die Einziehung mehrerer Berichte, wodurch denn der Rapport über diesen zweyfachen Gegenstand biss dahin verzogen ward.

Da nun Mehgh. unterm 16. Jan. lezthin die Räumung des Schlosses Burgdorf und dessen Einrichtung zur Oberamtlichen Wohnung erkennt haben, so bleibt Mnhgh. in dieser Ruksicht nichts anders übrig, als Mnhgh. anzurathen den Termin des Abzugs der Pestalozzischen Lehr Anstalt auf den 1. Julij zu bestimmen, da dann noch Zeit genug übrig bleibt, solches vor dem Winter zur Bewohnung des Herrn Ober Amtmanns in Stand zu stellen.

Der Vortrag über das Pestalozzische Begehren selbst denn zerfällt in zwey Theile.

1.^o Ist die hiesige Kantons Regierung im fall der Pestalozzischen Lehranstalt unentgeldlich eine Wohnung in hiesigem Canton und in einem öffentlichen Gebäud anzuweisen und zu verschaffen.

2.^o in bejahendem Fall, wo kann dasselbe hin verlegt werden, und was erfordert solches für Anstalten.

Ueber die erste Frage stehen Mehgh. in ganz entgegengesetzten Begriffen.

Mit erster Meinung fühlt man zwar wohl, dass die Regierung des Cantons Bern keine positive Verpflichtung auf sich habe, für das fernere Unterbringen der Pestalozzischen Lehranstalt zu sorgen. Wenn man aber erwägt, dass diese Anstalt nun einmahl im Canton Bern sich befindet, dass sie in demselben nicht nur von der Helvetischen Central Regierung, sondern selbst auch von der Verwaltungs Kammer des Cantons in mehr oder wenigerem begünstiget worden ist, dass H. Pestalozzj selbst Zusicherungen auf die Zukunft erhalten hat oder doch auf eine fortgesetzte Begünstigung zählen konte, dass er jezt aber auf Hochdero Befehl das ingehabte Schloss Burgdorf in kurzer Frist verlassen und von daher wenn nicht gar die ganze Anstalt darüber zu Grunde geht, sehr beträchtlichen Schaden erleiden muss, so findet man mit dieser Meinung, dass

es der Billigkeit allerdings angemessen sey, in etwas wenigstens für dieses Institut zu sorgen. Dazu kommt denn billig noch in Anschlag der grosse Ruf den diese Anstalt erlanget hat und den sie wenn nicht im Ganzen, doch zum Theil verdienen mag. Solte nun dieselbe durch deren Aufhebung in Burgdorf wirklich ganz eingehen was ohne fernere Fürsorge, wohl der Fall seyn dürfte, so steht zu besorgen, dass diess ein sehr widriges Licht auf die Regierung verbreiten und zu den schiefesten Urtheilen Anlass geben würde, da hingegen eine etwelche Begünstigung dieses Mode Instituts derselben zur grössten Ehre wird angerechnet werden. Es ist auch zu erwarten, dass einige andere Cantone, die erst jezt aufgefordert worden sind, gleich dem von Zürich, der sich zuerst geäußert hat, etwas zum Besten jener Lehranstalt beytragen, wo es denn wieder sehr abstechen würde, wenn Bern bey seinen noch immer nicht zu verkennenden Vorzügen vor so vielen anderen Cantonen gar nichts leisten, sondern vielmehr die fortdauer der Anstalt behindern würde. Endlich dann kann auch noch die Betrachtung gemacht werden, dass die Lehranstalt des H. Pestalozzi eine beträchtliche Menge Fremder ins Land zieht, was doch immer als vorthelhaft angesehen werden muss. Mit dieser ersten Meinung wäre man demnach nicht ungeneigt, diesem Institut einen ferneren Aufenthaltsort im Canton zu verzeigen.

Mit anderen Gedanken aber findet man nicht den geringsten Grund, warum das Pestalozzische Institut dem hiesigen Canton ausschliesslich zur Last fallen soll; der Unternehmer ist kein Cantons Angehöriger so wenig als der gröste Teil seiner Zöglinge; nicht nur hat derselbe schon seit mehreren Jahren die Wohnung im Schloss Burgdorf welches von der hiesigen Verwaltungs Kammer zu seiner Aufnahm eingerichtet werden musste, nebst zugehörigen Gärten und Pflanzplätzen ganz unentgeltlich benuzet, sondern es musste ihm noch eine jährliche beträchtliche Holzsteuer aus denen Cantons Waldungen gereicht werden, und jezt

da das Schloss Burgdorf zum Dienst der Regierung zurück genommen wird, sollte man ihm mit einem Aufwand von mehreren tausend Franken eine andere Wohnung einrichten, eine Summe die in wenig Jahren, die Bestimmung des anzuweisenden Gebäudes mag seyn welche sie will, als ganz verlohren angesehen werden muss, und das zu einer Zeit wo der Finanz Zustand des Cantons die grösst mögliche Oekonomie zur heiligen Pflicht macht, zu einer Zeit wo eben aus diesem Grund dringendere und für die Regierung oder deren Beamten nuzlichere und angemessenere Bau Ausgaben unterbleiben müssen.

Hat selbst die Tagsatzung sich bloss mit Wünschen und Empfehlungen als die wohlfeilste Unterstützungs Art begnügt und von aller thätiger Hilfe abstrahiert, mit welchem Recht kann denn von dem Canton Bern gefordert werden sich ausschliesslich der Pestalozzischen Lehranstalt anzunehmen? Wie geneigt übrige Eidgenössische Stände sind etwas zu dessen Beförderung oder Erhaltung beyzutragen, beweist auch noch das lezthin von der Liquid: Commission in Freyburg eingelangte Schreiben, laut welchem sich ausgenommen Zürich dessen Cantons Bürger der Pestalozzj ist, keiner der 19 Ständen sich biss dahin dazu verstehen wollen einichen Antheil an jenen L. 4000 zu übernehmen, welche die Helvetische Regierung dem Pestalozzi vorgeschossen und um deren Wieder Einschuss in die Helvetische Vermögens Massa es dermalen zu thun ist.

Ohne endlich die Frage, inwie fern es der hiesigen Regierung conveniere die Pestalozzische Lehranstalt zu unterstützen, in Politischer Rücksicht zu untersuchen, wo denn noch vieles angeführt werden könnte das nicht zu deren Vorthail gereicht, wird mit dieser Meinung und in voller Ueberzeugung dahin geschlossen, den Pestalozzj in seinem Begehren lediglich abzuweisen und ihm zu überlassen sich eine Wohnung zu verschaffen, um so da mehr als der hiesige Canton die Folgen Helvetischer Begünstigungen ohne dem schon schwer genug empfinden wird.

Sollte dann Mrhgh. Entscheid günstig für den Pestalozzi ausfallen, so müsste die 2. Frage entschieden werden, wo kan diese Lehranstalt hin verlegt werden und was erfordert solches für Verfügungen.

Ueber diese Frage stehen Mehgh. in ganz gleichen Gesinnungen und glauben es könne Mnhgh. nichts anders angerathen werden, als der Pestalozzischen Lehranstalt das Schloss Buchsee das ohne dem in seinem dermaligen Zustand nicht bewohnt, und schwerlich verkauft oder verliehen werden könnte, zur Wohnung anzuweisen, ausschliesslich aber das Schloss, das heisst Haus und Hof samt dem Garten aber ohne Pflanzplätzen noch Holz, da die dasigen Waldungen durch die Lieferungen zu dem Militär Spithal ohne dem hart mitgenommen worden sind.

Diese Ueberlassung sollte auch nur auf ein Jahr lang bestimmt und dem Pestalozzi zugesichert seyn, da er sich dann alljährlich um Verlängerung dieser Gunst anzumelden haben würde.

Zu Säuberung und der allernothwendigsten Herstellung dieses Schlosses erfordert es jedoch eine Summe von L. 3000 und deren Bewilligung möchte man Mnhgh. anrathen mit dem ausdrücklichen Beding jedoch dass ein mehreres nicht gebraucht werde, und man unter keinem Vorwand in einichen Excedent einwilligen werde.

Mit einter Meinung möchte man in Betracht dieser zu verwendenden Kosten, die doch zu jeder anderen Bestimmung als gröstentheils verlohren anzusehen sind, dem Pestalozzi einen billichen Miethzins fordern.

Mit anderen Gedanken hingegen wollte man das Schloss Buchsee auf obangerathenem Fuss dem Pestalozzi unentgeltlich überlassen, um so da mehr als zu verhoffen ist, dass das dem Staat zugehörende Wirthshaus zu Buchsee welches ehemals samt zugehörendem Land jährlich Kronen 540, jez aber mehr nicht als L. 400 abträgt, durch den Aufenthalt des Pestalozzischen Institut und die dasselbe besuchenden Fremden wieder in Aufnahm gebracht werden könnte,

hiemit dem Staat dadurch ein Vortheil zuwachsen würde.»¹

Jetzt säumte der Kleine Rat nicht mehr, über die ganze Angelegenheit einen endgültigen Entschluss zu fassen. Derselbe, in Gegenwart des Amtsschultheissen und von 22 Mitgliedern, in Form eines Zettels an den Finanzrat abgefasst, lautet also²:

«Nach sorgfältiger Erdaurung Ihres umständlichen Gutachtens über die Bestimmung des Schlosses Burgdorf und über die wegen der daselbst befindlichen wichtigen Pestalozzischen Lehr Anstalt zu treffenden Maassregeln haben Mehgh. verordnet, was von einem zum andern folget

1. Das Schloss Burgdorf als die eigentliche Amtswohnung soll auf 1. Heumonats 1804 ausgeräumt und ledig stehen, um zur Amtswohnung zugerüstet zu werden.

2. Dem H. Pestalozzi wird zur Verlegung seines Instituts das Schloss Buchsee unentgeltlich angewiesen, das heisst, Haus und Hof samt dem Garten, jedoch ohne fernere Pflanzplätze, auch ohne den Zuschuss an Brennholz welchen er bis dahin genossen. Auch ist diese Anweisung nur für ein Jahr mithin von Jakobi 1804 bis Jakobi 1805 verbindlich; dem H. Pestalozzi bleibt überlassen sich vor Auslauf desselben um die Fortsetzung dieser Vergünstigung zu bewerben.

¹ Morf sagt also nach den beiden letzten Absätzen dieses Gutachtens unrichtig (p. 28): «Den Antrag „einen billigen Miethzins“ von Pestalozzi zu fordern, liess man wieder fallen, „um so mehr, als zu verhoffen ist, dass das dem Staat zugehörnde Wirthshaus zu M. Buchsee, welches ehemals“ ...» Ueber die eventuellen Anträge, ob man einen Zins für Buchsee fordern solle oder nicht, wurde gar nicht abgestimmt; beide wurden der Regierung vorgebracht und von einem Fallenlassen des einen im Schoss des Finanzrates ist gar keine Rede.

² Kl. R. M. III, p. 169 ff.

3. Zu Bewohnbarmachung des Schlosses Buchsee wird eine Summe von Dreytausend Franken bewilliget, unter dem Vorbehalt jedoch, dass darauf ein mehrers nicht verwendet und dass unter keinem Vorwand ein Vortrag zu einem Bau Excedent angenommen werden soll.

Es gelanget demnach das freundliche Ansinnen an Sie, Tit. dem H. Amtmann zu Burgdorf diese Erkenntniss zu Handen des H. Pestalozzi zu eröffnen, den nöthigen Akkord mit demselben zu schliessen, und dem Bauamt die zu Reparation des Schlosses Buchsee decretirten L. 3000 ausbezahlen zu lassen.»

Zugleich wird das Bauamt aufgefordert, die Reparation des Schlosses Buchsee «währschaft, devismässig, und mit Beförderung ins Werk setzen zu lassen».

Die Sitzung des Kleinen Rates, in der obige Beschlüsse gefasst wurden, fand den 22. Februar 1804 statt, nicht wie Morf (p. 29) sagt, den 26. Februar.

Dieses Datum, der 22., steht auch deutlich in dem Schreiben, welches der Finanzrat den 27. Februar 1804 an den Oberamtman zu Fraubrunnen aberliess¹ und in welchem er ihn, nachdem er ihm den Beschluss der Regierung in Sachen der Uebergabe des Schlosses Buchsee mitgeteilt, auftragsgemäss ersuchte, ein Projekt eines Accordes mit Pestalozzi auszufertigen und ihm zur Genehmigung einzusenden.

In dem Gutachten des Finanzrates an den Kleinen Rat vom 16. Februar 1804 ist des Schreibens Erwähnung gethan, das die Liquidationskommission in Freiburg an den Stand Bern geschickt hatte, um denselben wiederum anzufragen, ob er an die Pestalozzische Schuld nicht etwas abzutragen gedenke (cf. oben p. 43). Den 6. Hornung hatte der Kleine Rat dem Finanzrat das-

¹ Fin R. M. IV, p. 69.

selbe zum Rapport zugeschickt¹ und dieser hatte das Begehren in abweisendem Sinn in folgendem «Vortrag an die Räthe» vom 9. Februar 1804² begutachtet:

«An die Schweizerische Liquidations
Commission in Freyburg.

Sie zeigen uns an, dass der Canton Zürich zu Tilgung der Pestalozzischen Schuld von L. 4000 die er der Helvetischen Regierung schuldig war, freywillig eine Anweisung von L. 1000 übernommen habe, und fragen uns an, welches unsere Gesinnungen über diesen Gegenstand seyen, damit Sie im fall eines Beytrags von unsrer Seite das angemessene verfügen können.

In Antwort nun müssen Wir Ihnen melden Tit. dass das was der Canton Bern seit mehreren Jahren daher, für die Pestalozzische Lehranstalt gethan hat und noch thut, indem dem Herrn Pestalozzi ein geraümiges Schloss überlassen und ein beträchtliches Quantum Holz angewiesen worden ist, von solchem Belang sey, dass ihm ein mehreres mit Billigkeit nicht zugemuthet werden könne.

Es wird auch diese Lehranstalt von andern Cantonen verhältnissmässig weit mehr besucht und benutzt, als von hiesigen Cantonsangehörigen, weswegen denn auch jene Cantone weit eher im Fall sind jene Schuld tilgen zu helfen als es der Canton Bern ist.»

In derselben Sitzung, da der Kleine Rat beschloss, das Schloss Buchsee für die Pestalozzische Lehranstalt einzurichten und die Summe von L. 3000 dafür auszuwerfen, erkannte er auf Grund des Vortrages des Finanzrats³ «die Anfrage» der Liquidationskommission in Freyburg «wegen Uebernahme eines Theils der L. 4000 welche der Pädagog Pestalozzi der helvetischen Regierung schuldig ist, verneinend zu beantworten».

¹ Kl. R. M. III, p. 113.

² Fin. R. M. III, p. 480.

³ Kl. R. M. III, p. 173.

Dem billig Denkenden ist diese Erkenntnis begreiflich. Nachdem der Canton Bern zu Gunsten der Pestalozzischen Lehranstalt 3600 L. in bar ausgeworfen hatte (600 L. Mietzins für den Oberamtman v. Stürler und 3000 L. für Reparation des Schlosses zu Buchsee), wozu dann im Juni 1804 noch weitere 3000 L. kamen für Wiederherstellung und «Säuberung» des Schlosses Burgdorf nach der Uebersiedelung Pestalozzis nach Buchsee,¹ während die ganze übrige Eidgenossenschaft weiter nichts that, als dass sie an die Schuld von Pestalozzi 2583 Fr. zusammensteuerte, durfte die bernische Regierung wohl sagen, ein mehreres könne man ihr nun nicht mehr zumuten.

III, p. 31 ff. teilt uns Morf mit, dass 50 der angesehensten Bürger Burgdorfs den 21. März 1804 eine Zuschrift an den Stadtrat ihrer Gemeinde gerichtet haben mit der Bitte, «es dahin zu bringen, dass dem Herrn Pestalozzi die Bewohnung des Schlosses noch für längere Zeit gestattet, indessen aber dem Herrn Amtsmann eine geräumige und bequeme Wohnung verschaffet und dem Herrn Pestalozzi *ungesäumt* ein bequemes und anständiges Gebäu für sein Institut eingerichtet werde und die Bürgerschaft noch länger den von daher fließenden Verdienst geniessen könne».

¹ Im B. A. M. C ist p. 236 folgender Zettel des Kleinen Rats eingeschrieben, vom 11. Juni 1804: «Mit Zusendung der Ihrem Mnhgh. Vortrag beygelegenen oberflächlichen und auf die Summe der L. 2600 ansteigenden Berechnung der Kosten für die Wiederherstellung und Säuberung des nun von der Pestalozzischen Lehranstalt geräumten Schlosses Burgdorf, werden Sie ersucht die erforderlichen Reparationen nunmehr ungesäumt solid und mit möglichster Oekonomie veranstalten zu lassen zu welchem End Ihnen Mnhgh. auf Ihr Verlangen bei dem Finanz Rath ein Credit von dreytausend Franken eröffnet worden ist.»

Dann fährt Morf p. 32 also fort: «*Durch Schnell liess der Stadtrath Pestalozzi anfragen, ob er in Burgdorf zu bleiben geneigt sei, wenn die von der Burgerschaft verlangten Schritte zum Ziele führten und ihm in nicht gar langer Frist ein zweckmässiges Unterkommen angeboten werden könnte*» und nun lässt er die Antwort Pestalozzis an Schnell abdrucken, in der der Pädagoge seinem Freund erklärt, er müsse mit Nein antworten.

Beides, sowohl die Mission Schnells als die verneinende Antwort Pestalozzis, steht im Widerspruch mit dem, was uns das Burgdorfer Ratsmanual Nr. 1 besagt unter dem Titel «Grosser Rath den 24. März 1804» (p. 22), nämlich:

«Ueber die von Seite hiesiger Burgerschaft eingegebene Petition vom 21. diss, wegen Beybehaltung des Pestalozzischen Instituts, ward erkannt: da bey gegenwärtiger Lage der Dingen nicht möglich sey, über diese Petition gänzlich zu deliberieren, bis man von dem Herrn Pestalozzi den cathégorischen Bescheid erhalten habe, ob er, auf den Fall hin, wann von Seite der Stadt ihm ein anständiges Locale angewiesen werde, alsdann solches annehmen, und mit seinem Institut hier bleiben wolle — so solle derselbe durch einen Ausschuss von der Magistratur und der Burgerschaft darüber deutlich befragt, und in seinem cathégorischen Bescheid vernommen werden.

Als Ausgeschossene wurden ernamset: Aus dem Stadtrath; die Wohlgeehrten Herrn Amtsstatthalter Grimm — Rathsherr Johann Jakob Stähli, David Kupferschmid jun. — Aus der Burgerschaft: die Herren Jakob Rudolf Schnell, Negt. — Alt Gerichtspräsident Heggj — und Stadthauswirth Schläfli.

Diese Herren wurden ersucht, alsdann das Herauskomme zu referiren.»

Die Antwort, die diese Deputation von drei Rathsherrn und drei Burgern von Pestalozzi erhielt, ersehen

wir aus dem Bericht über die Sitzung des Grossen Rats vom 26. März. Sie war eine mündliche; die Deputation wird sie den 25. März auf dem Schloss erhalten haben. P. 24 ff. des Ratsmanuals Nr. 1 heisst es:

«Mewh., welche lezten Samstag an den H. Pestalozzi deputiert worden, um mit ihm wegen seines Instituts zu reden, relatierten, dass er sich erklärt habe, mit seinem Institut hier bleiben zu wollen, wenn man ihm ein anständiges Locale verzeigen und in Stand stellen könne.

Ueber die darauf entstandene Vorfrage: Ob man von hier aus bey Unmhh. Oberamtsmann oder bey der hohen Regierung, ansuchen wolle, dass dem H. Pestalozzi noch ein Jahr Verlängerung gestattet werden möchte, im Schloss allhier verbleiben zu können, ward erkannt: dass man von Seite des Stadtraths in diess Ansuchen nicht eintreten könne.

Ueber die zweyte entstandene Vorfrage: Ob zu Beybehaltung des Pestalozzischen Instituts, oder im Fall dessen Auflösung, zu Errichtung eines anderen Instituts, zum Vorthail und Besten des hiesigen Publici und ganzer Bürgerschaft, von der Stadt aus ein beträchtliches Opfer gethan werden sollte, ward erkannt: da solches eine Sache seye, welche die dem Magistrat zugeschriebene Competenz weit übersteige, so solle durch eine Commission mit aller Eile ein wohlmotiviertes Gutachten sowohl darüber, als über Ausfündigmachung eines Locale, begleitet mit den erforderlichen Plänen und Devisen abgefasst werden. Der Baucommission wurde diss Pensum aufgetragen, welche bevollmächtigt seyn soll, darzu sowohl hiesige als andere Baumeister und Kenner, und wen sie sonst nöhtig finden wird, zu berufen.»

Nach diesen mitgetheilten Akten kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Pestalozzi der an ihn geschickten Deputation geantwortet hat, er wolle in Burgdorf bleiben, wenn man ihm für sein Institut ein passendes Haus an-

weise. Der von Morf p. 32 und 33 leider ohne Datum mitgeteilte Brief Pestalozzis an Schnell, der das strikte Gegenteil besagt, muss also zu einer andern Zeit geschrieben worden sein und steht mit der Petition der Burgdorfer «Burgerschaft» an den Stadtrat vom 21. März in gar keinem Zusammenhang. Die Worte Morfs p. 32: «*Durch Schnell liess der Stadtrath Pestalozzi anfragen, ob er in Burgdorf zu bleiben geneigt sei, wenn die von der Burgerschaft verlangten Schritte zum Ziele führten und ihm in nicht gar langer Frist ein zweckmässiges Unterkommen angeboten werden könnte. Die Antwort Pestalozzis lautet*» sind offenbar zu streichen und an ihre Stelle ist das zu setzen, was aus dem Burgdorfer Ratsmanual in dieser Angelegenheit hervorgeht.

Der von Morf mitgeteilte Brief Pestalozzis muss später geschrieben worden sein. Dies geht aus folgender Stelle desselben klärlich hervor: «aber jetzt (p. 33, Z. 5), da der Sitz des Oberamtmanns bestimmt und in *Buchsee* das Nöthige, mich daselbst aufzunehmen, veranstaltet worden, und neben dem unbedingt unmöglich ist, das meinem Haus nothwendige Lokal ausfindig zu machen, so ist es beinahe unbegreiflich, dass man jetzt noch an mich gelangen lasse, dennoch hier zu bleiben.»

Der Brief ist also zu einer Zeit geschrieben worden, da die Arbeiten in Buchsee zur Aufnahme des Instituts bereits tüchtig fortgeschritten waren, demnach nicht lange vor dem 20. Juni 1804, an welchem Tage das Bauamt an Herrn Ratsherr Fischer folgenden Zettel abliess:¹

«Da die Reparationen an den Klostergebäuden zu Münchenbuchsee nunmehr für die Aufnahm der Pestalozzischen Anstalt bald vollendet seyn werden so

¹ B. A. M. C, p. 229 ff.

ersucht Sie das Bauamt Tit. gemeinschaftlich mit Herrn Rathsherrn Zeerleder dieses Gebäude für obgenannten Zweck zu Handen der Regierung übernehmen zu wollen und dann dem Bauamt Ihren Bericht darüber zu erstatten.»

Das war auch die Zeit, da Pestalozzi die Ueberzeugung gewonnen haben mochte, der Stadtrat von Burgdorf werde ihm kein passendes Lokal oder jedenfalls nicht zeitig genug zur Verfügung stellen können, sei es, dass dieser auf Grund der Vorarbeiten seiner Baukommission ihm, Pestalozzi, bereits diesbezügliche Mitteilungen gemacht hatte, oder dass die Behörde die ganze Angelegenheit, die ihr offenbar nicht recht passte, auf die lange Bank schob und dem Pädagogen schliesslich die Geduld ausging.

Die Schlussworte des Briefes an Schnell: «Bezeigen Sie indessen jedem Ihrer Mitbürger meinen warmen Dank für den guten Willen, den sie für die Erhaltung meines Instituts in ihrer Mitte zeigen» sagen uns des fernern, dass derselbe die Antwort ist auf ein durch Schnell vermitteltes privates Gesuch der «Burgerschaft» an Pestalozzi, er wolle nicht nach Buchsee ziehen, sondern in Burgdorf bleiben, vielleicht verursacht durch ein in dem Städtchen herumgebotenes Gerücht, die Schlossbewohner dächten bereits ans Packen. So würden die eine gewisse Gereiztheit des Schreibers verratenden Worte: «aber jetzt, da . . . so ist es beinahe unbegreiflich, dass man jetzt noch an mich gelangen lasse, dennoch hier zu bleiben» uns vollkommen begreiflich sein. Auf jeden Fall zeigen sie uns ebenfalls, dass der Brief nicht lange vor der Abreise Pestalozzis von Burgdorf verfasst worden ist.

Freie Hand, in Burgdorf zu verbleiben, hätte freilich Pestalozzi immer noch gehabt zu der Zeit, da er den

behandelten Brief an Schnell schrieb, denn obwohl der Oberamtmann zu Fraubrunnen schon den 27. Februar 1804 vom Finanzrat aufgefordert worden war (siehe oben p. 46), mit Pestalozzi einen Accord abzufassen und dieser den 2. April seine Weisung wiederholt hatte,¹ so wurde der Accord erst den 24. Juni aufgesetzt und der Behörde zur Genehmigung eingeschickt. Diese auffällige Thatsache erklärt sich folgendermassen:

Den 27. Februar 1804 war Herr Wurstemberger von Wittigkofen Oberamtmann in Fraubrunnen (gewählt den 7. Juli 1803).² Er hatte bereits zu Anfang dieses Jahres dem Kleinen Rat sein Demissionsgesuch eingegeben und schon den 18. Jänner 1804 war auf Vorschlag des Staatsrats an seine Stelle Herr Kirchberger von Mont gewählt³ worden mit Amtsantritt auf den 1. März 1804. Da aber Kirchberger auf diesen Termin noch nicht nach Fraubrunnen übersiedeln konnte, so verstand sich sein Vorgänger dazu, noch bis zum 1. Mai weiter zu amten; die Verantwortlichkeit hatte aber schon vom 1. März an der neugewählte Oberamtmann auf sich nehmen müssen. So wird denn eben Wurstemberger nur die dringendsten laufenden Geschäfte abgewickelt haben und es unterblieb die Zusammenkunft mit Pestalozzi zur Festsetzung des Accords, trotz der Mahnung des Finanzrats vom

¹ Fin. R. M. IV, p. 271: «Fraubrunnen Amtsstatthalter. Am 27. Hornung lezthin hatte der Finanzrath Ihnen den Beschluss Mrhgh. des kleinen Rathes, wegen Ueberlassung des Schlosses Buchsee an den H. Pestalozzi bekannt gemacht und Sie zugleich ersucht, einen Pachtaccord dafür zu entwerfen und solchen einzusenden. Da nun der Finanzrat seither nichts von daher vernommen, so ersucht er Sie Tit. ihm beförderlich anzuzeigen was dissorts geschehen sey, damit die Sache in Ordnung gebracht werden könne.»

² Kl. R. M. I, p. 220.

³ Kl. R. M. III, p. 60.

2. April. Es scheint auch, dass Wurstemberger seinem Nachfolger von den Weisungen der Behörde in Sachen Pestalozzis keine Mitteilung gemacht hat, so dass Kirchberger, als Pestalozzi Anfang Juni sich an den neuen Oberamtmann wegen des Accordes wandte, den Petenten an den Finanzrat wies und dieser in seiner Sitzung vom 11. Juni folgendes Schreiben an Kirchberger abzulassen sich veranlasst sah:¹

«In Ihrem aus Anlasse des Wirthshauses von Buchsee an den Finanzrath aberlassenen Schreiben zeigen Sie demselben an, dass Sie den Herrn Pestalozzi wegen Abfassung eines Miethaccords um das Schloss Buchsee an den Finanzrath gewiesen haben.

Es findet aber derselbe der Ordnung gemäs, dass dieser Accord nicht in hier, sondern von Ihnen als Amtmann des Orts üblicher Form nach, Namens des Staats abgeschlossen werde. Ihr Herr Vorfahr hatte den daherigen Auftrag bereits am 27. Febr. lezthin erhalten, und das dissörtige Schreiben enthält einige Bedingungen die nothwendig in den Accord eingerukt werden müssen. Im Fall Sie jenes Schreiben² nicht vorgefunden hätten, so werden Ihnen diese Bedingnisse hier abschriftlich mitgetheilt.

Sie belieben demnach Tit. Ihre Weisung an den Herrn Pestalozzi zurückzunehmen, sodann, auf sein Anmelden hin, einen Accord mit ihm zu verabreden und solchen zur Genehmigung einzusenden, auf keinen Fall aber zuzugeben, dass er ohne Accord zu Buchsee einziehe.»

Den 24. Juni endlich wurde der Accord-Projekt von dem Oberamtmann und Pestalozzi im Schloss Fraubrunnen aufgesetzt und dem Finanzrat überschickt.

¹ Fin. R. M. V, p. 96 ff.

² Es findet sich noch heute im Amtsarchiv Fraubrunnen im Missivenbuch II vom Jahr 1804, sowie die Mahnung des Finanzrats vom 2. April, p. 311 und 360.

Der Accord, wie er im Accordenbuche I, pag. 72 ff., eingeschrieben ist, lautet:

« Accord.

Zu wissen sey hiermit: dass Meine Hochgeachte Herren des Finanzraths gütigst geruhet haben, dem Herrn Pestalozzi, Lehrer an dem bisher im Schloss Burgdorf etablirt gewesenen Institut, zu Verlegung desselben das Schloss Münchenbuchsee, samt dem zur Wohnung eingerichteten ehemaligen neuen Kornhause und dem Schlosshofs unentgeltlich anzuweisen.

Die Zeit dieser Benutzung haben Hochdieselben bestimmt für Ein Jahr, als von Jakobi 1804. bis gleiche Zeit 1805; da dann es dem Herrn Pestalozzi überlassen seyn soll, sich vor Auslauf dieses Jahrs um Fortsetzung dieser Vergünstigung wieder zu bewerben.

Zu der Bewohnung dieser Gebäuden werden ihm Herrn Pestalozzi annoch zu ebenfalls unentgeltlicher Benutzung überlassen: die Schloss-Gärten, mit Ausnahme des zur Pfrund geschlagenen sogenannten Capuziner-Gartens, und ohne fernere Pflanzplätze, auch ohne Zuschuss von Brenn-Holz.

Hingegen verpflichtet sich Herr Pestalozzi, zu diesen ihm anvertrauten Gebäuden und Zugehörden gute Sorg zu tragen, und solche in reinlichem und gutem Zustand zu unterhalten: — Ihm ligt besonders die Unterhaltung der Dachungen während der Dauer der vergünstigten Akkord-Zeit ob; und nach Ablauf derselben hat er sowohl die Dachungen, als die übrigen ihm verpachteten Gebäude, Gärten und Effekten in gleich gutem Zustand, wie empfangen, zu übergeben.

Die zu den verlehnten Gebäuden gegebene Effekten sind folgende:

Ein tannener doppelter Schaft, mit Schubladen. —

Eine Glocke, wiegt 37 Pfund.

Ein grosser kupferner Bauch-Kessel¹. —

¹ «Bauchkessel» ist nicht mit Morf durch «Waschkessel» zu geben, sondern es ist der Kessel, in dem in der Lauge eingeweicht

Ein² Kachelbank samt Schäftli.

Ein Schaft³ im Erdgeschoss, im N^o 1.

Zu Urkund ist dieser Akkord von Meinem Hochgeehrten Herrn, Herrn Oberamtsmann Kirchberger auf Fraubrunnen, Namens Meiner Hochgeachten Herren des Finanz-Raths vom Kanton Bern, — und dem Herrn Pestalozzi eigenhändig unterschrieben, und mit beydseitigen Sigeln versehen worden.

So beschehen im Schloss Fraubrunnen am 24. Junii, der Genehmigung Mrhgh. des Finanzraths dann, den 19.ten Julii, alles 1804.

Der Oberamtsmann:
sig. Kirchberger von Mont.
sig. Pestalozzi.»

Morf hat III. pag. 35 ff. diesen Accord abdrucken lassen; einzig die Worte «der Genehmigung Mrhgh. des Finanzraths dann, den 19.ten Julii, alles 1804.» sind in seiner Wiedergabe weggelassen. Es kann aber der Accord nicht in dieser Fassung bereits, wie Morf meint, den 24. Juni von den Kontrahenten unterzeichnet worden sein, vielmehr ist die Form, welche am 24. Juni vom Oberamtsmann und von Pestalozzi vereinbart worden war, nachher auf das Verlangen des Finanzrates verändert, resp. erweitert worden und die neue Fassung ist diejenige, welche Morf zum Abdruck gebracht hat und wie wir sie aus dem Accordenbuch wiedergegeben haben.

wird, in dem die Handlung des «Bûche» stattfindet; im «Bûchchessi» des «Bûchhuses» haben bis zur Stunde die «Bûcherinne» noch nie gewaschen. Die Sache ist übrigens bekannt genug; cf. Kluge, E. W. unter dem Wort bauchen. In der Ostschweiz sagt man statt Bûchchessi «Seechtchessi»; cf. Tobler, Appenzellischer Sprachschatz.

² «Ein», nicht «Eine», da im Allemannischen das Wort Bank nur als masculinum gebraucht wird.

³ Das Wort «Schaft» heisst im Berndeutschen nicht «Gestell» (cf. Kluge a. O.), sondern «Schränk», «Kasten», cf. mhd. schaf.

Nachdem nämlich Kirchberger den mit Pestalozzi vereinbarten Accord vom 24. Juni vorschriftsgemäss dem Finanzrat zur Genehmigung eingeschickt hatte, liess ihm dieser in seiner Sitzung vom 2. Juli folgenden Zettel¹ zukommen :

«Der Finanzrath genehmigt den von Ihnen mit H. Pestalozzi um das Schloss Buchsee abgeschlossenen Akord und wünscht bloss dass demselben beygefügt würde, dass die Dachungen des Schlosses dem Bestehrer in gutem Stand übergeben, ihm aber auch dagegen die Unterhaltung und seiner Zeit die Zurückstellung derselben in gleich gutem Zustande obliegen solle. Das erhaltene Doppel Akords wird Ihnen Tit. zu dem End beyliegend zurückgesandt und Sie zugleich ersucht über die dem Herrn Pestalozzi übergebenen Effecten zu Buchsee ein Inventarium aufzunehmen und mit dem Akord einzusenden.»

Und den 20. Juli²:

«Der Finanzrath hat den von Ihnen eingesendten Accord für die Hinleihung des Schlosses Buchsee an Herrn Pestalozzi genehmiget.

Da aber ähnliche Pachtbriefe in zwey Doppeln auszufertigen sind, von welchen das eine hinter dem Finanzrathe in Verwahrung liegen soll, so werden Sie ersucht, eine zweyte Ausfertigung desselben zu besorgen und an den Finanzrath zu übermachen, solchen dann auch seines Orts einschreiben zu lassen.»

Da in dem aus dem Accordenbuch mitgetheilten Accord sowohl die Bedingung in Bezug auf die Dachungen, als auch das Verzeichnis der übergebenen Effekten aufgenommen ist, so haben wir in demselben die Fassung zu ersehen, wie sie erst zwischen dem 2. und 20. Juli in Veränderung derjenigen vom 24. Juni zwischen den Kon-

¹ Fin. R. M. V, p. 184 ff.

² Fin. R. M. V, p. 291.

trahenten vereinbart worden ist und die Genehmigung des Finanzrates erhielt. In dieser neuen Fassung liessen die Kontrahenten, wie dies auch noch heute geschehen würde oder geschehen könnte, das Datum der ersten Vereinbarung, der nur Nebensächliches hinzugefügt worden war, unverändert bestehen. Wenn es aber dann heisst: «der Genehmigung Mrhgh. des Finanzraths dann, den 19.ten Julii», so liegt hier ein Fehler des Schreibers vor, der «den 20. Julii» und nicht «den 19.» hätte einsetzen sollen, wie auch des weitern noch hervorgeht aus folgender Notiz aus der Sitzung des Finanzrats vom 30. Juli¹:

«Der bereits unterm 20. diss von Mehgh. den Finanzräthen genehmigte Pachtaccord mit H. Pestalozzj um das Schloss Buchsee wird dem H. Buchhalter zur Aufbewahrung zugesandt werden, wann selbiger eingeschrieben seyn wird im Accorden Buch.»

Den 17. September 1804 hatte Fellenberg dem Oberamtman zu Fraubrunnen seine «Uebereinkunft» mit Pestalozzi überschickt (cf. Morf III, p. 81 ff.) mit einem von Morf veröffentlichten Begleitschreiben.

Kirchberger übersandte beides dem Staatsrat (nicht der Regierung, wie Morf p. 82 mitteilt) samt folgendem Brief vom 20. September²:

«Das Ober Amt Fraubrunnen
an
den Staats Rath des Cantons Bern.
Fraubrunnen, 20 Sept. 1804.

Wohlgebohrne Hochgeachte Herren!

Herr Fellenberg zu Hofwyl hat mir seine nun eingetretene Verbindung mit dem Pestalozzischen Institut zu Buchsee durch Mittheilung des desfalls zwischen den

¹ Fin. R. M. V, p. 326.

² P. A. Nr. 25.

Interessenten geschlossenen Vertrags kund gethan, und ob gleich dieses in das Fach des Schulraths gehört, dem die Leitung der Erziehungs Anstalten zukömt, so habe ich mich dennoch verpflichtet erachtet wegen der wenn schon entfernteren Beziehung dieser Anstalt mit der politischen Stimmung der umliegenden Gegend,¹ Euere Wohlgebohren von diesem Ereigniss Kenntniss zu geben um allenfalls Ihre Wegweisung gewärtig zu seyn.

Welches die Folgen dieser neuen Einrichtung auf den Fortgang des Pestalozzischen Instituts seyn werden, vermag ich nicht zu bestimmen; wenigstens wird der öconomische Theil besser als es bisher geschah, besorgt werden; auch ist einiger Anschein vorhanden, dass bey den bekannten Verhältnissen des H. Fellenbergs die Tendenz der Anstalt sich bestimmter auf den Landbau richten wird; welches² gemeinnütziger und minder bedenklich wäre, als wenn sich politische Lehr und Partheysucht hineindrängen sollte.

Der ich mit schuldigster Hochachtung zu seyn die Ehre habe

Meiner Hochgeachten Herren

Dienstbereitwilligster Diener

der Ober Amtsmann

Kirchberger v. Mont.»

Die Staatsräte schickten den 24. September die «Uebereinkunft» und Kirchbergers Begleitschreiben dem Kirchenrat und dieser nahm in seiner Sitzung vom 29. September³ von diesen Akten Kenntniss.

In derselben Sitzung vom 24. September 1804 beantwortete der Staatsrat das Kirchbergersche Begleitschreiben :

¹ Vergleiche das p. 5 über das Verhältniss der Oberamtleute zum Staatsrat Gesagte.

² «Welches» und nicht «welcher», wie Morf schreibt (p. 82).

³ Kirch. R. M. I, p. 223.

«Fraubrunnen Praefecto.

Nebst Verdankung der Mittheilung der Uebereinkunft der Vorsteher der Pestalozzischen Lehr Anstalt in Buchsee mit H. Fellenberg auf dem Wylhoof, wegen Besorgung dieses Instituts, tragen Wir Ihnen auf, die politische Tendenz dieser Erziehungs Anstalt genau zu beobachten, und wenn etwas auffallendes dabey sich zeigen sollte, Uns davon Kenntniss zu geben.»

Diesen Auftrag des Staatsrates,¹ nicht der Regierung, teilt Morf ebenfalls seinen Lesern mit und fährt dann p. 82 also fort: «In seinem Bericht vom 2. Oktober teilt der Oberamtmann als Resultat seiner Nachforschungen und Beobachtungen mit: „Im Amt (Kirchgemeinde) *Buchsee* sind eifrige . . .“»

Damit diese Worte nicht zu der Meinung führen, es hätte der Oberamtmann Kirchberger unterm 2. Oktober einen besondern Bericht über das Institut zu Buchsee an den Staatsrat eingeschickt, sei bemerkt, dass Morf die betreffende Stelle einer grössern Berichterstattung entnommen hat, welche Kirchberger über sein Amt verfasst und dem Staatsrat zu Bern eingeschickt hat, in welcher über das Verhalten aller Beamten und die politische Stimmung des ganzen Amtes referiert wird. Zur Charakteristik dieses «dienstbereitwilligsten Dieners» der Gerechtigkeit und damit jedermann sieht, dass damals nicht bloss Fellenberg und seine Lehrer unter politischer Aufsicht standen, sondern jeder, der im Kanton wohnte, sei er «Burger», oder «Nichtburger» gewesen, von den Oberamtleuten, als den Organen der Geheimpolizei, beobachtet und censiert wurde, die Anstalt zu Buchsee also keine Sonderstellung einnahm, will ich hier den ganzen Bericht vollinhaltlich wiedergeben.²

¹ St. R. M. III, p. 141 ff.

² P. A. Nr. 27.

«Der Ober Amtsmann zu Fraubrunnen
an
Mghn. die Staatsräthe des Cantons Bern.

Fraubrunnen 2. Weinmonat 1804.

Hochgeachte Herren.

In Vollziehung Ew. Wohlgebohren Auftrag vom 15 Sept. und 30. Dec. bin ich an der Verfassung einer statistischen Uebersicht des hiesigen Ober Amts begriffen, die wegen ihrer Ausdehnung viel Zeit erfordert um einige Vollständigkeit zu gewinnen. Ich werde mich daher sehr kurz fassen.

1. Verhalten der Beamten.

Amts Schreiber. Der Amts Notarius Annen hat auf den 1. Jul. seine Funkzionen angetreten, sein Bureau ist nicht ganz noch organisirt, und der Mangel an Gehülphen mag Ursache seyn, dass nicht alles so schnell, als es seyn sollte, von statten geht; und dass die unter seinem Vorfahren so ausnehmend verwahrloseten Arbeiten noch nicht alle abgethan sind. Uebrigens verräth H. Annen Sachkenntniss, einen guten Kopf, auf den er sich vielleicht zu viel verlässt; über seine politische Stimmung habe ich nicht zu klagen, ob er schon das Zutrauen der Revolutions Männer besass.

Amts Gericht. Ist durchaus aus grundehrlichen, wohldenkenden verdienten Beysitzern zusammengesetzt; es mag aber auf dem Lande eine allgemeine Erscheinung seyn, die uns von der Wahrheit überzeugen kann, wie gefährlich es seye, theoretisch schön klingende Sätze blindlings zu realisiren — dass die Amtsrichter keine gesunden Begriffe von Justizpflege haben, dass es ihrem Verstand an Principien von positivem Recht und Unrecht gebricht, und dass sie mithin durch sich selbst nichts sind, und nur das scheinen, was sie fremder Leitung schuldig sind.

Diese Erwägungen haben mir schon längst den Wunsch eingegeben, dass die Amtsgerichte aufgehoben, und ihr Salarium den weit verdientern Gerichtsstatt-

halten zugesprochen werden möchte. Man irrt wenn man glaubt, die Landleute sezen einen Werth in dieses Collegium. Im Gegentheil ist es der Fall, dass sich mancher wakere Landmann durch seine Anstellung im Amts Gerichte depopularisirt hat.

Vorzüglich wird die Unvermögenheit der Amtrichter in den Criminal Sachen sichtbar, und diess hat mich bewogen, so eifrig die Anstellung eigener Criminal Behörden anzurathen. Ich ergreife übrigens diesen Anlass, meinem Amtsstatthalter, wegen seinem Biedersinn, seiner ausgezeichneten Ergebenheit an die Regierung, seinem Eifer, das verdiente Lob zu geben.

Unter Gerichte	} gehe ich hier vorbey.
Chor Gerichte	

Prediger. Sind unter sich sehr verschieden. Keiner lebt ausgezeichnet übel mit seiner Gemeinde, als etwa der von Uzenstorf. Unter allen ist der popularest, der anmassungsloseste, der rechtlichste der von Limpach; der arbeitsamste und eigentlichste der von Buchsee, obwol es diesem an Leutseeligkeit gebricht. Uebrigens sind hier kleine Kirchgemeinden, wo das Pensum der Seelsorger sehr erleichtert wird. Dem H. Dekan zu Jegistorf gebricht es, bey vielen Kenntnissen und einem sehr cultivirten Verstande an der edlen Simplicität, die ihm seine Funkzionen als Pfarrer und als Haupt der Classe merklich erleichtern würde, und die er vergebens durch äusserliche Würde zu ersetzen trachtet. Der Pfarrer zu Bäterkinden ist ein Greis, der schon seit geraumer Zeit seine Verrichtungen durch Vicarii besorgen lässt, der Pfarrer zu Uzenstorf würde, mit minder Heftigkeit und Herrschsucht, weit mehr Gutes in seiner Gemeinde stiften, und der einreissenden Verschlimmerung kräftiger entgegenwirken. Der Pfarrer von Grafenried ist zu moros, zu eingezogen, hat aber eine sehr kleine und gute Gemeinde, und ist dabey ein guter Mann. Messen ist nur zum Theil in hiesigem Ober Amt, und in diesen Verhältnissen habe ich von dem dortigen Pfarrer nichts als sehr rühmliches auszusagen.

Gerichtsstatthalter. Sind die Stütze des Ober Amtmanns, auf ihnen allein beruhet die Vollziehung der Maasregeln. Da ich ein Freund der politischen Hierarchie bin, so habe ich eine bestimmte Stufenleiter unter den Behörden einzuführen gesucht, in deren die Statthalter das erste Glied unter dem Ober Amtmann ausmachen. Bey der Beschwehrlichkeit ihres Amts verdienten sie wohl ein Salarium, das ihren Bemühungen angemessen wäre. Unentgeldliche Verrichtungen und dabey noch Geld Auslagen kann man wirklich dem Landsmann nicht zumuthen; nur herrschsüchtige und unruhige Leute würden sich unter diesen Bedingungen dazu bequemen, und diese sind es nicht, die der Regierung anstehen. Die Gerichtsstatthalter dieses Ober Amts habe ich angestellt gefunden, kann daher die Motive ihrer Auswahl nicht angeben. Mit keinem bin ich unzufrieden; indessen verdienen die von Uzistorf, und von Buchsee, ersterer wegen seiner Biederkeit und seinem Muth, letzterer wegen seiner Ordnungsliebe, mein besonderes Lob; und es trägt sich wirklich glücklich zu, dass diese beiden Statthalter da ihren Wirkungskreis haben, wo es am meisten der Aufsicht bedarf. Zwar haltet mich die Stimmung des Statthalters Walther ab, ihm in gewissen Stücken mein Zutrauen zu schenken; wo es aber lediglich auf Polizey Maasregeln ankömt, glaube ich mich auf ihn verlassen zu dürfen.

2. Politische Stimmung des Ober Amts. Verdient eine genaue Entwicklung, die ich verschiebe. Von der Stimmung überhaupt nur so viel, dass sowie mann vor der Revoluzion in dem durchaus irrigen Wahn stand, es seye der Landmann der alten Regierung wirklich unbedingt zugethan gewesen, man nun auch keinen Grund hätte, dem Landvolk Unzufriedenheit mit der nunmehrigen Ordnung der Dingen in beiden extremen zuzuschreiben. Denn das Volk dieser Gegend hängt ausschliesslich an dem Landbau, der seine ganze Zeit beschäftigt, ist keineswegs für einen politischen Enthusiasmus empfänglich, und wird mit jeder Regie-

rung zufrieden seyn, die ihm Schutz gewährt, und ihm wenig fordert. Im Ganzen ist die Ueberzeugung des Landmanns von der Festigkeit der nun eingeführten Regierungsform aus ihrem ganzen Benehmen, und vorzüglich aus dem häufigen Loskauf der Zehnden sichtbar. In den entgegengesetzten Enden dieses Ober Amts gibt es zwey, unter sich in den Zwecken und den Mitteln sehr unterschiedene Sekten politischer Separatisten, die die besondere Aufsicht der Regierung verdienen; im Amt Buchsee eifrige unverbesserliche Anhänger des Dorf Despotismus, die die Verfassung der kleinen Cantonen auch bey uns eingeführt wissen möchten, und daher geschworne Feinde der Hauptstadt sind. Unter dieser zahlreichen Klasse von begüterten Landleuten giebt es mehrere helle, wizige Köpfe, die wohl berathen sind, die Regierung nie gerade angreifen, sich der Nothwendigkeit unterziehen, dabey aber keinen Anlass versäumen werden, die Ausführung ihres Lieblingsplans zu versuchen — (Arzt Rufener, Alt Schafner Häberli, Bannwart Häberli zu Buchsee, Statthalter Walther zu Moos Seedorf, Wildi von Wiggiswyl, Häberli von Deisswyl). Inwiefern die neue Einrichtung der nun unter H. Fellenbergs zu Hoofwyl Leitung stehenden Pestalozzischen Erziehungs Anstalt hier einwirken werde, steht zu erwarten. In mancher Hinsicht ist H. F. nicht ohne Einfluss auf die Stimmung der Gegend.

In Uzenstorf giebt es eine ziemliche Zahl wahrer Sansculotten, die nur in der Anarchie zu leben und zu weben wissen, deren vorzügliches Dichten und Trachten sich auf Rauben, Mordbrennen, Plündern richtet. Noch rauchen die Stätten der niedergebrannten Landschreiberey Uzenstorf, der niedergebrannten Schlossscheuer zu Landshuth, und die öffentliche Meinung bezeichnet die Frevler. Hier können nur allein durchgreifende Maasregeln steuern; Austreibung des fremden Gesindels, das sich in Uzenstorf angesetzt und seinen Ruf so heruntergebracht hat; noch sind brave Leute dort und die werden sich regen, wenn einst die Luft

von dem Diebsgesindel gereinigt seyn wird. Vergebens hat die Justizpflege diese Verbrecher und ihre Helfershelfer zu erreichen gesucht; die Schuldigsten sind in Ermangelung rechtlicher Beweisen aus den Gefängnissen entlassen worden; und wie finden sich rechtliche Beweise im Revolutions Getümmel?

3) Polizey, und die dabey angestellten Personen. In meinem nächsten Bericht werde ich die Verfassung der durch mich in jeder Kirchgemeinde angestellten Kirchgemeinds Räthen, denen ich die Waisen Sachen und die Polizey zugetheilt habe, entwiklen. Eine Anstalt, von der ich mir viel gutes verspreche, und die hoffentlich Euer Wohlgebohren Beyfall verdienen wird.

4) Berichte von geheimen Versammlungen.

5) Namentliche gut und schlecht denkende Amts Einwohner.

6) Sanitäts- Feuer und Wasser Anstalten.

7) Justiz Verwaltung. vide Beylage.

8) Moralische und öconomische Beschaffenheit der Amts Angehörigen.

9) Militair Zustand.

Ueber diese Gegenstände, Hochgeachte Herren, nehme ich die Freiheit, auf meine ausführlichere Arbeit und auf meine künftigen Berichte zu verweisen. Klüger und zwekmässiger scheint es mir immer, nur das zu sagen, was man bestimmt weiss und nicht erwahrte Berichte bis auf günstigere Umstände zu verschieben.

Ich habe die Ehre mit schuldigster Hochachtung zu seyn,

Meiner Hochgeachten Herrn

ergebenster Diener

Der Ober Amtsmann

Kirchberger von Mont.

Die Rückäusserung des Staatsrats auf obigen Bericht vom 2. Oktober 1804, resp. auf jene Stelle, da Kirchberger sich dahin äussert, es sei Herr Fellenberg nicht ohne Einfluss auf die Stimmung der Gegend, ist von

Morf III p. 83 mitgeteilt worden, aber ohne Angabe des Datums. Der betreffende Zettel an den Oberamtman zu Fraubrunnen¹ ist erst in der Sitzung des Staatsrats vom 1. Mai 1805 beschlossen worden; die Sache kam sogar dem Staatsrat nicht sehr gefährlich und dringlich vor, sonst hätte er nicht erst nach Verfluss von vollen sieben Monaten dem Oberamtman die Weisung gegeben, sich auch über «die politischen und moralischen Grundsätze» der Lehrer, die unter Fellenberg standen, zu unterrichten.

Mit Jakobi 1805 ging, wie wir p. 55 gesehen, die Pachtzeit für das Schloss Buchsee zu Ende. Dass der Finanzrat den 4. Februar 1805² sich an Kirchberger wandte mit der Mitteilung, es habe sich bei ihm noch niemand um Erneuerung des Lehens angemeldet, dass Kirchberger den 7. Februar 1805³ der Behörde einmeldete, Fellenberg, der neue Besitzer des Schlosses, habe noch keine Verlängerung der Pachtzeit angekehrt, und dass der Finanzrat den 11. Februar⁴ den Oberamtman anwies, Pestalozzi nahe zu legen, dass ein Gesuch um Verlängerung der Pachtzeit nicht mehr länger ausstehen dürfe, hat Morf p. 268 und 269 mitgeteilt mit richtiger Angabe des Inhaltes der betreffenden Schreiben.

Nachdem er dann auseinander gesetzt, Pestalozzi habe den 17. Februar an Kirchberger geschrieben und ihn über die Verhältnisse in Buchsee aufgeklärt und sei dann gleich darauf von Yverdon nach Buchsee gekommen und

¹ St. R. M. IV, p. 115.

² Fin. R. M. VII, p. 373 ff.

³ P. A. Nr. 28.

⁴ Fin. R. M. VII, p. 418.

habe beim Oberamtman in Fraubrunnen persönlich vorgesprochen, fährt er p. 271 also fort:

«Kaum war Pestalozzi wieder nach Iferten abreist» — Anfang März — «als Fellenberg zum Oberamtman nach Fraubrunnen sich verfügte, ein Gesuch um Ueberlassung des Schlosses Buchsee *an ihn* einlegte und das von Pestalozzi an sich nahm. So wurde Fellenberg Pächter, ohne dass Pestalozzi darum angefragt oder nur begrüsst worden wäre.»

Die Angabe Morfs, dass Fellenberg «ein Gesuch um Ueberlassung des Schlosses Buchsee *an ihn* einlegte und das von Pestalozzi an sich nahm», kann doch wohl nur so verstanden werden, dass es sich um das Gesuch um die fernere Ueberlassung des Schlosses Buchsee, von Jakobi 1805 an, handelt. Ein Gesuch Fellenbergs um Ueberlassung des Schlosses an ihn bis Jakobi 1805 hätte keinen Sinn gehabt und von einem solchen ist in den Manualen der staatlichen Behörden auch gar keine Rede. In dieser Annahme sind mir dann aber Morfs Worte: «so wurde Fellenberg Pächter, ohne dass Pestalozzi darum angefragt oder nur begrüsst worden wäre» völlig unverständlich. Mit der «fernern» Ueberlassung des Schlosses an Fellenberg hatte es nämlich noch gute Weile: ein derartiges Gesuch wurde nach dem umständlichen Geschäftsgang der bernischen Behörden nicht von heute auf morgen endgültig erledigt.

Als Direktor des Instituts hatte Fellenberg von den staatlichen Behörden die Verlängerung der Pachtzeit zu verlangen. Seine diesbezügliche Eingabe an den Kleinen Rat — ob direkt oder durch das Medium des Oberamtmanns zu Fraubrunnen, weiss ich auf Grund meiner Quellen nicht anzugeben, doch scheint mir das erstere der Fall zu sein — übergibt der Rat den

11. März 1805 dem Finanzrat, den die Angelegenheit in erster Linie anging, mit dem Zettel: ¹

«zur Untersuchung und Rapport.

Die Vorstellung des Herrn Fellenberg von Hofwyl, abzwekend auf längere Ueberlassung des Schlosses Buchsee zu Handen der Pestalozzischen Lehranstalt.»

Der Finanzrat ersucht darauf die Baukommission² den 18. März, ihm auf Grund eines Augenscheins einen Projektaccord einzugeben.

Das betreffende Schreiben lautet: ³

«Nachdem H. Pestalozzj sein nach Buchsee verlegtes Institut verlassen, so hat H. Fellenberg zu Hoofwyl dessen Direktion übernommen und eine Bittschrift an [den] Kleinen Rath gesendet, worin er denselben um den fernern Genuss des obrigkeitl. Schlosses zu Buchsee zum Behuf des Instituts und zu Verlängerung des schon mit H. Pestalozzj gemachten Akkords ersucht, indem er vorgiebt, dass wenn die Verlegung dieser Anstalt nur auf die Dauer eines Jahrs bestimmt wäre, der Zweck dieses Instituts nicht ausgeführt und sowol für H. Pestalozzj als für dessen Nachfolger zum bedeutenden Nachtheil gereichen wurde.

Bevor nun der Finanzrath einen bestimmten Entschluss darüber nehmen kann, so möchte er erfahren, in welchem Zustande die Schlossgebäude sich befinden? um den Pacht Akkord darnach gehörig einrichten zu können; der Finanzrath will Sie daher Hgh. nebst Zusendung aller daherigen Schriften höflichst ersuchen einen Augenschein an Ort und Stelle von Ihnen aus einzunehmen, den Zustand der Gebäude zu unter-

¹ Kl. R. M. VI, p. 144.

² Auf den 1. Januar 1805 war das vom Finanzrat unabhängige Bauamt aufgehoben und die Bausachen unter die Oberaufsicht des Finanzrats gestellt werden. Unter ihm stand von da an die Baukommission, die sich aus einem Präsidenten aus dem Mittel des Rats und zweien Bau-Kommittierten zusammensetzte.

³ Fin. R. M. VIII, p. 181.

suchen, zu überlegen, was alles davon an H. Fellenberg überlassen werden könnte, unter welchen Bedingungen und zwar namentlich in Rücksicht auf den Unterhalt derselben, sowie auf die Bedüngung der Gärten. Da Sie dann über alles dem Finanzrath Bericht zu erstatten und dem ein Project Accord mit deutlicher Beschreibung alles hinzuleihenden beyzulegen belieben wollen.»

Die Baukommission lässt den Augenschein durch den Baukommittierten Steiger vornehmen auf Grund folgenden Zettels vom 27. März 1805:¹

«Mit Zusendung beyliegenden Schreibens des Finanzraths vom 18. diess, ersucht Sie die Bau Comission, Tit., nach Inhalt desselben, die, gegenwärtig von der Pestalozischen Anstalt bewohnten Schlossgebäude zu Buchsee, zu beaugenscheinigen, und dann der Kommission, zu Handen des Finanz-raths, zu rapportieren; in welchem Zustand sich diese Gebäude befinden, und was alles davon dem Herrn Fellenberg noch ferners für das genannte Institut überlassen werden könnte, unter welchen Gedingen, und zwar namentlich, in Rücksicht auf den unterhalt der Gebäude, und die Bedüngung der Gärten.

Die Comission gewärtiget demnach Ihren Bericht über das mitkommende Schreiben des Finanz-raths.»

Der Kleine Rat wollte sich auch noch über die Art und Weise des Unterrichts am Institut zu Buchsee des genauern belehren lassen, bevor er einen neuen Accord mit dem Leiter desselben abschloss. Wahrscheinlich hatte Fellenberg nicht bloss für ein zweites Jahr, sondern für längere Zeit die Ueberlassung des Schlosses gewünscht. So wandte sich der Rat den 10. April an den Kirchenrat mit folgendem Schreiben:²

¹ B. C. M. I, p. 41.

² Kl. R. M. VI, p. 270 ff.

«Der Kleine Rath erwartet einen Vortrag des Finanz Rath's über die längere Ueberlassung des Schlosses Buchsee an die Pestalozzische Lehranstalt. Um darüber alle erforderlichen Ansichten zu sammeln, werden Sie Tit. ersucht, aus Ihrem Mittel Jemand auf Ort und Stelle zu senden um die Einrichtung dieser Anstalt, die Natur und Beschaffenheit des Unterrichts, den Nutzen desselben und den wahrscheinlichen Einfluss auf die Bildung und Sittlichkeit der Zöglinge näher zu untersuchen, auch Berichte einzuziehen wie viele Zöglinge aus hiesigem Canton in dieser Anstalt sich befinden, den daherigen umständlichen Bericht, belieben Sie dem Finanz Rath einzugeben, damit das Ganze dem Kleinen Rath zu gleicher Zeit vorgelegt werden könne.»

Zu gleicher Zeit fordert der Kleine Rat auch die Landes-Oekonomie-Kommission¹ auf, «da gefallenem Bericht nach mit diesem Institut und dem Wylhof interessante Landöconomische Versuche und Unternehmungen in Verbindung stehen sollen», dieselben auf Ort und Stelle beaugenscheinigen zu lassen und ihren daherigen Bericht ebenfalls dem Finanzrat einzugeben.

Den 20. April² ersuchte der Kirchenrat in seiner Sitzung seinen Präsidenten und die Herren der Akademischen Kommission, «sich nach Buchsee zu begeben und sodenn den verlangten Bericht abzufassen».

¹ Die Landesökonomie-Kommission, aus dem Präsidenten aus der Zahl der Mitglieder des Kleinen Rats und vier Beisitzern bestehend, «beschäftiget sich mit allem was die Aufnahm des Landbaus, die Viehzucht und eine gesunde dem Landbau vortheilhafte Bevölkerung befördern kann. . . . Es ist ein consultatives Collegium, dem aber wie allen übrigen Commissionen dieser Art das Recht zukömmt auch von sich aus, auf das gemeine Beste abzwekende Vorschläge die in sein Fach einschlagen, . . . dem kleinen Rath vorzutragen, und darüber mit den Herren Ober Amtleuten zu correspondiren». (Dekretenbuch II, p. 64.)

² Kirch. R. M. 1, p. 319.

Den 24. April berichtete die Landesökonomie-Kommission¹ an Fellenberg, dass einige ihrer Mitglieder im Auftrag des Kleinen Rats demnächst auf seinem Landsitz sich einfinden werden, um seine interessanten landökonomischen Versuche zu besichtigen.

Die Berichte des Kirchenrats und der Landesökonomie-Kommission sollte der Finanzrat seinerzeit seinem Vortrag über das Institut zu Buchsee an den Kleinen Rat beilegen. Dazu kam er freilich nicht, denn schon bevor er die betreffenden Berichte erhalten hatte, löste sich das Institut auf.

Das Schreiben Fellenbergs an den Oberamtman zu Fraubrunnen zu Handen des Kleinen Rats vom 5. Juni 1805, worin er der Behörde mitteilt, dass er mit dem 1. Juli von dem Institut gänzlich zurücktrete, hat Morf III, p. 292 und 293 in seinem ganzen Umfang mitgeteilt. Kirchberger machte auch dem Finanzrat von dieser Veränderung der Dinge Mitteilung, und dieser schreibt ihm den 12. Juni Folgendes:²

«Unter Verdankung Ihrer dem Finanzrath gemachten Anzeige, dass Herr Fellenberg von Hoofwyl von der Leitung des Erziehungs Instituts zu Buchsee abgetreten und dieselbe wiederum an H. Pestalozzi übergeben habe, wünscht derselbe von Ihnen zu vernehmen, ob die jetzigen Lehrer gesinnet seyen, das Institut an ein ander Ort zu verlegen, oder zu Buchsee verbleiben wollen. Der Finanzrath will Sie daher Hh. ersuchen, die betreffenden Lehrer anfragen zu lassen, ob sie zu Buchsee zu verbleiben gesinnet seyen oder nicht? und lezternfalls auf welche Zeit sie Buchsee verlassen werden; welches Sie einzuberichten belieben wollen,

¹ L. O. K. M. II, p. 109.

² Fin. R. M. IX, p. 105 ff.

damit die nöthigen Maasregeln getroffen und das gutfindende verfügt werden möchte.»

Der Finanzrat hatte also in der Sitzung, da er obigen Zettel ausfertigte, noch keine Kenntniss von dem Schreiben, welches Pestalozzi an Kirchberger zu Handen des Kleinen Rates den 7. Juni abgeschickt hatte, worin er dem Oberamtmann anzeigte, dass er seine Anstalt zu Buchsee aufheben und deren Personal mit demjenigen in Yverdon vereinigen werde.

Morf hat diesen Brief Pestalozzis p. 293 ff. veröffentlicht. Wie er aber mit dem ihm aus unserm Staatsarchiv zugeschickten Original¹ umgegangen ist und was er sich mit einem offiziellen Aktenstück erlaubt, mag der Leser aus folgender Zusammenstellung ersehen:

W i e d e r g a b e v o n M o r f.

«Münchenbuchsee, 7. Juni 1805.

Hochgeachteter Herr Oberamtmann!

Der Entschluss Herrn Fellenbergs von Hofwyl, die Direktion meiner Anstalt in Buchsee abzugeben, und die Unmöglichkeit, auf eine Weise, wie Herr Fellenberg es wünscht, eine neue Direktion dieser Anstalt zu formiren, setzt mich in die Nothwendigkeit, meine Anstalt in Buchsee gänzlich aufzuheben und das Personale derselben mit demjenigen in Yverdon zu vereinigen.

Versichern Sie der hohen Regierung meinen ehrfurchtsvollen Dank für die

¹ P. A. Nr. 30.

Das Original.

«Münchenbuchsee d. 7. Junj. 1805.

Hochgeachter Herr Oberamtmann.

Der Entschluss Herrn Fellenbergs von Hofwyl, die Direktion meiner Anstalt in Buchsee abzugeben, und die Unmöglichkeit auf eine Weise, wie es Herr Fellenberg wünscht eine neue Direktion dieser Anstalt zu formieren, setzt mich in die Nothwendigkeit, meine Anstalt in Buchsee gänzlich aufzuheben, und das Personale derselben mit demjenigen in Yverdon gänzlich zu vereinigen.

Es ist mir leid, dass dieses in einem Augenblick geschehen muss, wo ich das Wohlwollen und die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Anstalt sich immer mehr verstärken sah, und ich zuverlässig hoffe durch die Folgen der Unternehmung alle möglichen Zweifel über dieselbe in kurzem gehoben zu sehen.

Genehmigen Sie der hohen Regierung meinen ehrfurchtsvollen Dank sowohl für die in diesem Jahr

genossenen Begünstigungen,

und erlauben Sie
mir, noch die ehr-
erbietige Anfrage beizufügen,
ob dieselbe mir nicht gestatten wolle, im Falle das
Etablissement nicht auf den ersten Juli abzuziehen im
Stande wäre, die bestehenden Ge-
bäude noch 3 oder 4 Wochen benutzen zu
dürfen:

und ob sie nicht genehmigen wolle, dass eine arme
Magd, die durch diese Abänderung unversehens mit
ihrer Haushaltung ausser Dienst und Platz kommt,
das Nebengebäude, Küherhaus genannt,
oder die untere Dienststube im Haus bis Martini
benutzen und allfällig einen Theil des Gartenzeuges,
das wir gepflanzt haben, zu ihrer Nahrung beziehen
dürfe.

So weh es mir thut, dieses so vortheilhafte Lokal
und die damit verbundenen wichtigen Begünstigungen
zu verlassen, so kann ich dennoch unmöglich anders
handeln. Ich kann Yverdon nicht
verlassen, meine Lehrer wollen das hiesige Institut
nicht über- nehmen und Herr Fellenberg gibt
dasselbe ab.

genossenen Begünstigungen, als auch die unzweydeutigen Merkmahe der fernern hohen Protektion meiner Anstalt, die ich unter andern Umständen hätte geniessen können, zu versichern. — Und erlauben Sie mir dieser aufrichtigen Dankbezeugung noch die ehrerbietige Bitte beyfügen zu dürfen:

1) ob dieselbe nicht genehmigen wolle, im Fall das Etablissement nicht auf den ersten Julj abzuziehen im Stande wäre, mir zu erlauben, die bestehenden Gebäude noch 3 oder 4 Wochen länger benutzen zu dürfen.

2) Ob Sie nicht genehmigen wolle, dass eine arme Magd, die durch diese Abänderung unversehens mit ihrer Haushaltung ausser Dienst und Platz kommt, das Nebengebäude, ehemalg das Küherhaus genannt, oder die untere Dienst Stube im Haus bis Martini (zu) benutzen und allfällig einen Theil des Gartenzeugs, das wir gepflanzt haben zu ihrer Nahrung (zu) beziehen [dürfe].

So weh es mir thut, dieses so vortheilhafte Lokal und die darinn geniessenden wichtigen Begünstigungen zu verlassen, so kann ich dennoch unmöglich anders handeln — Ich kann die Direktion von Yverdon nicht verlassen — meine Lehrer wollen die hiesige nicht über sich nehmen — und Herr Fellenberg giebt die Seinige ab — Genehmigen Sie die Versicherung der Hochachtung, mit der ich die Ehre habe mich zu nennen

Dero gehorsamste Diener

Pestalozzi.

Mit Genugthuung entnehmen wir Berner den von Morf in diesem Brief unterdrückten Stellen, dass Pestalozzi selber zu der Zeit, da er von uns schied, des vollkommenen Wohlwollens der Regierung sich versichert glaubte und überzeugt ist, dass ihm keine Schwierigkeiten gemacht worden wären, wenn er sein Institut in Buchsee hätte weiter führen wollen.

Die Antwort auf die Bitte, die Pestalozzi in seinem Schreiben an Kirchberger ausgesprochen hatte, man möge ihm eventuell die Benutzung des Schlosses noch einige Wochen über Jakobi hinaus erlauben und einer Magd gestatten, bis Martini in dorten zu verbleiben, erhielt er vom Finanzrat (nicht vom «Rath», d. i. vom Kleinen Rath, wie Morf p. 294 sagt) durch das Medium des Oberamtmanns zu Fraubrunnen, denn an diesen wurde den 17. Juni¹ vom Finanzrat folgender Zettel beschlossen:

«Aus der unterm 11. diss dem Finanzrath zugesendten Zuschrift des H. Pestalozzj hat derselbe ersehen, dass das Erziehungs Institut in Buchsee sich gänzlich auflöst und das dortige Schloss dadurch wieder vacant wird. Da der Pachtaccord des H. Pestalozzj bis auf 1. Juli lautet und die gänzliche Räumung des Schlosses in dieser kurzen Zeit nicht wohl geschehen kann, so hat der Finanzrath keinen Anstand gefunden, Herrn Pestalozzj den verlangten Termin von drei à vier Wochen zu gestatten. Sie werden Tit. ersucht bey der Räumung des Schlosses wohl zu achten, dass alles in behörigem Stand, wie der Akkord es erfordert, übergeben werde. Was aber den ferneren Aufenthalt einer Dienstmagd im Schloss anbetrifft, so hat diess der Finanzrath nicht zugeben können: welches Sie dem Herrn Pestalozzj bekannt zu machen belieben wollen.»

In derselben Sitzung² legte der Finanzrath das Antwortschreiben Kirchbergers auf seinen Zettel vom 12. Juni, das den 15. verfasst worden war und worin der Oberamtmann mitgeteilt haben wird, dass der ihm gewordene Auftrag gegenstandslos sei, «als beseitigt zu den Acten».

Damit ist der Verkehr Pestalozzis mit den bernischen Behörden geschlossen.

¹ F. R. M. IX, p. 110 ff.

² Fin. R. M. IX, p. 116.



Das Politische Institut in Bern

und

Ph. A. Stapfer

bis zum Jahr 1798.

Historisch-kritische Abhandlung.



Nachdem Rudolf Luginbühl das erste Kapitel seiner Biographie Stapfers mit der Bemerkung: «die Jugend Stapfer's ist in schattenhaftes Dunkel gehüllt» eingeleitet hat, bringt er über die Schulzeit seines Helden einzig folgendes Positive:

«Erst mit dem achten Jahre konnte derselbe in die Litterarschule aufgenommen werden» (p. 3);

«Dieser» (nämlich Stapfer) «durchlief die achtklassige Litterarschule . . . Berns» (p. 4);

«Eigentlich schon mit dem Austritt aus der Litterarschule, also mit dem sechszehnten Altersjahr, war Stapfer genöthigt . . .» (p. 9).

Darnach wäre also Stapfer mit dem achten Altersjahr, d. h. 1774, in die Untere Schule¹ zu Bern ein-

¹ Nicht in die Litterarschule, wie Luginbühl sagt, sondern in die Untere Schule ist Stapfer eingetreten. Die auf die Akademie oder die «Obere Schule» vorbereitende Lateinschule hiess von jeher die «Untere Schul» und noch die Schulordnung der Stadt Bern vom Jahr 1770 kennt für diese Anstalt keinen andern Namen. Noch im Frühjahr 1779, als Stapfer in die oberste Klasse promoviert worden war, war diese Schulordnung in Kraft. Den folgenden Herbst wurde die Vorschule und die Kunstschule eingerichtet und nun wurde die bis jetzt einheitliche Untere Schule in die Litterarschule und das Gymnasium geteilt, so dass mit dem Frühjahr 1780 die Schuleinrichtung folgende war: nach Absolvierung der Vorschule, der schola elementaris, traten mit dem achten Altersjahr diejenigen, die Gewerbsleute, Künstler oder Militärs werden wollten, in die Kunstschule, die schola artium, die anfänglich drei Klassen mit je zwei Jahreskursen umfasste. Diejenigen, die sich einer wissenschaftlichen Laufbahn widmen wollten, wurden in die Litterarschule (schola literaria) aufgenommen,

getreten und mit dem 16. Altersjahr, d. h. anno 1782, in die Obere Schule, die Akademie, aufgenommen worden, nachdem er alle acht Klassen der Untern Schule durchlaufen.

Zur Prüfung dieses Satzes ist vor allem daran zu erinnern, dass die Untere Schule zu der Zeit, da Stapfer ihr Schüler war, nominell allerdings acht Klassen zählte, thatsächlich aber deren nur sieben besass, indem nach der Schulordnung vom Jahr 1770, wie schon lange vorher, die erste und zweite Klasse (von unten gezählt) vereinigt waren und durch einen einzigen Provisor¹ versehen wurden. So zählt diese Schulordnung für die Untere Schule auch nur sieben Pensa auf: «Das Pensum der I. und II. Class», «das Pensum der III. Class» etc. bis zum «Pensum der VIII. Class». Die Schüler dieser untersten kombinierten Klasse, welche innerhalb Jahresfrist es dazu brachten,² dass sie «nicht nur alle Declinationes und Conjugationes von teutsch auf latein und Vice versa hersagen, sondern auch alle Nomina und Verba nach diesem Typo formiren» konnten, wurden in die folgende Klasse, die Tertia, promoviert, diejenigen aber, welche es nicht so weit gebracht, sollten «noch ein Jahr hier verbleiben, und angesehen werden, als wenn sie von der ersten in die zweyte Class wären promovirt worden.»

Deshalb sind in dem Solennitätsrodel 2 (von 1765 bis 1786) bis zum Jahr 1779 die Schüler der Untern Schule nach sieben Klassen aufgeführt, von den Octavani

die sechs Klassen zählte; hernach hatten sie noch zwei Jahre im Gymnasium zuzubringen. Im Frühjahr 1780 wurde die Promotion zum erstenmal nach dieser neuen Einteilung vorgenommen.

¹ Die Klassenlehrer der Untern Schule hiessen Provisoren, im Gegensatz zu den Professoren, den Lehrern der Obern Schule oder Akademie.

² Cf. Schul-O. 1770, p. 87.

bis zu den Secundani, d. h. den untersten zwei Jahrgängen zusammen.¹ In diesem Solennitätsrodel ist aber unser Philipp Albrecht Stapfer Bruggensis bereits im Jahr 1773 unter den Secundani aufgeführt; er ist also im Frühjahr 1773, nicht erst, wie Luginbühl annimmt, 1774 in die Untere Schule eingetreten, und nicht mit dem achten Altersjahr, sondern nachdem er das sechste zurückgelegt hatte.

Für den Eintritt musste er sich über zweierlei ausweisen: er musste «fertig teutsch lesen können und den Heidelbergischen Cathechismus auswendig gelernt haben».² Er bestand aber sein Aufnahmeexamen so gut, dass er unter 22 Schülern den zweiten Rang erhielt; der Primus der Secundaner im Schuljahr 1773/74 hatte bereits ein Jahr lang in der Untern Schule gesessen. Und unser kleiner Secundaner hatte nach Verfluss eines Jahres seine lateinischen Declinationes und Conjugationes so gut los, dass er im Frühjahr 1774 Tertianer und zwar wieder mit dem zweiten Rang wurde. Von da an wurde er regelrecht Jahr für Jahr in die folgende Klasse promoviert, in die Quarta mit dem fünften Rang, aber in den

¹ Die Solennitätsrödel auf dem Staatsarchiv enthalten die Frühjahrspromotionen zum Behuf der Solennität, von der es in der Schulordnung vom Jahr 1770 heisst (p. 68): «Alle die der Promotion würdig geachtete Jugend soll, nach altem Gebrauch, den zweyten Donnerstag nach Pfingsten in die grosse Kirche geführt, allda öffentlich hervorgerufen und mit einem Ehrenpfenning erfreut werden.

Bey dieser Feyrlichkeit, die in der Hohen Gegenwart Unsrer Gnädigen Herren begangen wird, soll der Herr Rector eine auf diese Handlung gerichtete Rede halten. Man soll auch zur Aufmunterung der Schul-Jugend, einen neu erwehlten Studiosum und einen Octavianer eine Rede vortragen und durch einen Septimaner den Abdank halten lassen.»

² Schul-O. 1770, p. 86.

folgenden vier Klassen behauptete er unentwegt den ersten Rang.

Die oberste Klasse, die Octava, umfasste zwei Promotionen und von Gesetzeswegen konnten nur diejenigen Octavaner die Promotion ad lectiones publicas (wir würden sagen «die Zulassung zur Maturitätsprüfung») verlangen, welche der obern Promotion angehörten, also zwei Jahre in der Octava gewesen waren. Stapfer aber wurde schon Student, nachdem er nur ein Jahr in der obersten Klasse Schüler gewesen war: den 10. März 1780 wurde er mit 12 Kommilitonen vom hohen Schulrat¹ ad lectiones publicas promoviert und zwar mit dem ersten Rang. Er hatte sein Subitaneum und das Thema exploratorium ohne Tadel angefertigt.

So ist also Stapfer, bevor er das 14. Altersjahr erreicht hat, im Frühjahr 1780 und nicht, wie Luginbühl sagt, mit dem 16. Altersjahr, in die Akademie eingetreten.

Im erwähnten Solennitätsrodel ist auf der Seite², da Stapfer als der erste der promoti ad lectiones publicas aufgeführt ist, auch sein Geburtstag angegeben, aber nicht der 23. September, wie Luginbühl angibt (p. 3), sondern der 14. September 1766. In der That ist Philipp Albrecht Stapfer nach Ausweis des Taufbuches am 14. September geboren, aber am 23. September getauft worden.

Wie Stapfer ein Musterschüler gewesen war, so wurde er auch ein Musterstudent. An den Streichen seiner Kommilitonen war er nie beteiligt und ist nach Ausweis des Manuals des Kleinen Schulrats³ während

¹ Sch. R. M. XIII, p. 287.

² Die Rödel sind nicht paginiert.

³ Der Kleine oder Untere Schulrat war aus den Professoren der Akademie, den Gliedern des Kirchenkonvents und dem Prinzipalen, d. h. dem Rektor der Untern Schule, zusammengesetzt und

seiner Studienzeit nie censuriert worden. Nachdem er, wie bemerkt, im Frühjahr 1780 in die unterste Abteilung, die Eloquenz, eingetreten war, wurde er den 22. März 1782 in die Philosophie promoviert¹ und zwar von acht Kommilitonen wiederum als erster mit dem Prädikat cum laude, das ihm allein zu Teil wurde.

In der Philosophie studierte er die durch das Gesetz vorgeschriebenen drei Jahre und wurde nach Verfluss derselben, den 18. März 1785, in die Untere Theologie promoviert²; es ist also wieder nicht genau, wenn Luginbühl p. 10 sagt: «So trat denn Stapfer in die Akademie ein, um Theologie zu studieren. Hier war es, wo er, wie wir oben angedeutet haben, zuerst als stud. eloquentiæ, dann als stud. philosophiæ namentlich in die alten Sprachen und in die Philosophie³ eingeführt wurde. Gegen das Ende dieses philosophischen Kurses, nämlich im Jahr 1786, erschien die erste Frucht seiner schriftstellerischen Thätigkeit.»

In dem Examen, das der Promotion in die Untere Theologie vorausging und das sich namentlich über Logik, Physik und Metaphysik erstreckte, muss sich Stapfer ganz besonders ausgezeichnet haben, denn er wurde als erster mit dem Prädikat summa cum laude promoviert.

In der Untern Theologie hielt er 1787 die Osterfestal-Oration, die auch Luginbühl p. 13 erwähnt; die Orationen trugen dem Redner immer ein kleines Geldgeschenk ein: Stapfer erhielt vom Untern Schulrat eine doppelte neue Dublone für seine Leistung zugesprochen.

wurde vom Rektor der Akademie präsidirt. Er hatte namentlich die Disziplin der Studierenden unter sich (Schul-O. 1770, p. 17).

¹ Sch. R. M. XIII, p. 353.

² Sch. R. M. XIV, p. 84.

³ Nicht erst in der Akademie, sondern in der Untern Schule ist Stapfer in die alten Sprachen eingeführt worden.

Den 12. September 1788 erfolgte seine Promotion in die Obere Theologie,¹ ad theologiam superiorem, wieder im ersten Rang.

Zu Ende des ersten Kapitels, p. 21, schreibt Luginbühl: «Mitte September» (1791) «rückte Stapfer von Genf her wieder in Bern ein; bald darauf wurde er zum Geistlichen konsekriert und damit in den Dienst der bernischen Landeskirche aufgenommen. So hat Stapfer genau mit dem 25. Altersjahr» (also im September 1791) «seinen Studiengang beendet und abgeschlossen».

Vom Mai 1791 bis zum April 1793 fand in Bern keine Promotion ad ministerium statt. Den 19. Mai 1791 war Stapfers jüngerer Bruder Johann Friedrich (geboren den 29. Dezember 1767) zum Kirchendienst konsekriert worden,² sein älterer Bruder Albrecht aber bereits den 7. Mai 1789, also mehr als zwei Jahre früher als uns Luginbühl mitteilt.

Den 8. Jenner 1789 war Sitzung der kombinierten Kammer,³ d. h. des Schulrats und des Konvents. Im Protokoll derselben heisst es:

«Nachdem Mh. Dechant Mnhgh. den Mangel an Candidaten, die Nothwendigkeit einer Prom. ad Ministerium vorgestellt und die Anzeige gethan dass seit der letzten Promotion zwey Jahre verflossen; so haben Wohldieselben gutbefunden nach vorhergegangenen Examine Vitæ⁴ die zwey obersten Promotionen der Theologie zu den Examinibus pro Ministerio zu admittieren.

¹ Sch. R. M. XV, p. 34.

² Sch. R. M. XV, p. 214.

³ Sch. R. M. XV, p. 47.

⁴ Ueber die Promotion ad Ministerium schreibt die Schulordnung von 1770 Folgendes vor (p. 21 ff.): «Diese Promotion wird durch die combinirte Cammer E. E. Kirchen-Convents und des

Demnach ward der Catalogus Stud. vor die Hand genommen, und infolg dessen Rangordnung auf ertheilte günstige Zeugnisse hin, zu den Examinibus admittiert

- | | |
|---------------------|------------------------|
| 1) Sam: Rod: Stoos. | 8) Phil: Alb: Stapfer. |
| 2) | 9) » |

Schulraths unterm Præsidio des Herrn Decanen verrichtet, und soll alle zwey Jahr oder eher, so es die Nothwendigkeit erfordert, mit denen zweyen obersten Promotionen in der Theologie vorgenommen werden.

Vor allem aus wird es hier um das Examen Vitæ der Candidandorum zu thun seyn. Zu dem End soll sich die combinirte Cammer vor Anfang des Examinis Doctrinæ versammeln, und von jedem Assessoren, vornemlich aber von den Herren Professoren einen gewissenhaften und grundlichen Bericht begehren, über das, was Ihnen in ansehen des Lebwesens eines jeden Candidandi bekannt sein mag; Man soll auch denen Candidandis, so auf Conditionen gestanden, oder ihre Zeit aussert der Stadt zugebracht, glaubwürdige Zeugnisse ihres Verhaltens abfordern, und nach eingezogenen sattsamen Nachrichten, über einen jeden insbesondere die wichtige Umfrage halten: Ob man seinen Wandel und seine Sitten so beschaffen finde, dass man von seinem künftigen Leben gute Früchte hoffen, und Ihme demnach die Ausübung des heiligen Predigamts anvertrauen könne?

Wer in diesem Examine unwürdig erklärt wird, der bleibt für diesesmahl völlig zuruck, und soll auch für künftige mahl ausgeschlossen bleiben, er gebe dann genugsame Proben seiner Besserung.

Diejenigen, welche probhältig erfunden werden, werden zum Examine Doctrinæ zugelassen, und sollen demnach in der Theologie, im Predigen und analysiren, im Hebräischen und Griechischen, in der Philosophie, und im Disputiren, wie auch in der Singkunst, ohne Ausnahm erforschet, über jeden insbesondere ein gewissenhaft Urtheil gefällt, und die tüchtigen ad Ministerium promovirt, die untüchtigen aber zu Erwerbung mehrerer Geschicklichkeit zuruck gewiesen werden.

Welche nun in diesen beyden Proben richtig erfunden werden, die erlangen die Gewalt zu predigen, und die heiligen Sacrament zu administriren, und sollen zu dem End durch den Herrn Decanen öffentlich eingesegnet, mit der Handauflegung versehen, und durch den Herrn Præsidenten des Schulraths, nach der in der Predikanten-Ordnung enthaltenen Formul, beeydiget werden.»

Es sind 14; als achter ist aufgeführt und wohl als erster in seiner, d. h. der untern Promotion, Philipp Albrecht Stapfer.

Nachdem die Examina doctrinæ stattgefunden und sämtliche Kandidaten die Proben bestanden hatten, versammelte sich die kombinierte Kammer wiederum den 4. Mai 1789 unter dem Präsidium des Dechanten Wytttenbach; das Protokoll der Sitzung lautet:¹

«Nachdem die im Examen Vitæ admittierten Studiosi die erforderlichen Proben abgelegt hatten, so ward auf heute zur Promotion ins heilige Predigtamt geschritten, nach einer von Mmh. Dechant gehaltenen Rede und Gebett wurden die Promovendi durchs Loos herausgezogen, über jeden derselben eine Umfrage gehalten, und nachstehende befördert.»

Es folgen die Namen der zum Examen Vitæ zugelassenen Candidandi. Darauf heisst es weiter:

«Die Handauflegung ward auf künftigen Donstag als den 7. diess Monats des Nachmittags um 2 Uhr, im Chor des grossen Münsters mit Kirchenmusic zu halten erkent.

Zugleich ward Mhgh. Schulrathspresident höfl. ersucht Megh. die Rätthe zu dieser Feyerlichkeit einzuladen.»

Nach diesen Worten ist noch folgende Notiz eingetragen:

«Donstags d. 7. Mays legten sämtliche neuerwählte Candidandi im Chor des grossen Münsters den üblichen Eyd ab, und wurden demnach vom Mmh. Dechant feyerlich eingesegnet.»

Stapfer ist also schon vor seiner Abreise «ad Academias», d. h. auf fremde Universitäten, ins bernische Ministerium aufgenommen worden. Deshalb wird er auch, wie wir noch sehen werden, in dem Anstellungs-

¹ Sch.. R. M. XV, 74.

dekret, das ihm die Kuratel des Politischen Instituts den 9. September 1791 ausstellte, Candidatus genannt, womit man damals den konsekrierten Geistlichen, *verbi divini ministrum*, bezeichnete und Candidatus heisst er bereits schon in der ebenfalls noch zu besprechenden Wahlliste für den Griechischen Katheder in Lausanne, wie sie der Schulrath den 22. Oktober 1790 aufstellte.

Den zweiten Teil seiner Biographie Stapfers mit dem Titel: «P. A. Stapfer als Professor in Bern» leitet Luginbühl mit den Worten ein (p. 22): «Wie für die vorige, so haben wir auch für diese Periode des Stapferschen Lebens trotz vielen Suchens nur die nothdürftigsten Notizen zusammenbringen können, aus denen sich nur mühsam die allgemeinsten Umrisse entwerfen lassen. Die Schulrathsmanuale enthalten über Stapfer nur kärgliche Bemerkungen. Aus allen den das politische Institut betreffenden Werken lässt sich allerdings Einiges, doch immerhin nur Weniges für unsere Zwecke verwenden.» Dann sagt er (auf derselben Seite): «Nach seiner Rückkehr» (nämlich von Paris) «hatte Stapfer Mühe, sich in das kleinstädtische Wesen Berns zu schicken, da . . . Doch bald eröffnete sich ihm ein weites Arbeitsfeld, das ihn seine einsame Lage vergessen liess. Er wurde nämlich für den Winter 1791 auf 1792 zum Stellvertreter seines Onkels Johann Stapfer, des Professors der theoret. Theologie in Bern ernannt.»

Dieser letztere Satz ist insofern ungenau, als Stapfer nicht zum Stellvertreter seines Onkels ernannt wurde. Dazu hätte es nach der damaligen Geschäftsordnung eines förmlichen Ratsbeschlusses nach vorangegangenem Vorschlag des Schulrats bedurft; von einem solchen Beschluss wissen aber unsere Quellen nichts. Dagegen steht

im Manual des Kleinen Schulrats unter dem Datum vom 2. November 1791 folgende Notiz:

«Herr Professor Stapfer erhielt die Erlaubniss, wenn er bey seinem hohen Alter durch Unpässlichkeit verhindert werden sollte, selbst Vorlesungen zu halten, solche durch seinen Neveu Herrn Albrecht Stapfer Candidat halten zu lassen.»

Also nur, wenn der alte Stapfer einmal unpässig war, was ja freilich hie und da wird vorgekommen sein, da er anno 1791 bereits 72 Jahre alt geworden war, las sein Neffe für ihn, sonst ging der ehrwürdige Herr noch rüstig ins «Kloster», um seine aufhabenden Pflichten zu erfüllen, ohne den Schulrat um einen Vicarius ersuchen zu müssen.

Nach dieser Mitteilung wird der Leser von selber verschiedenes von dem, was ihm Luginbühl p. 22 bis 24 mitteilt, rektifizieren.

P. 24 fährt dann Luginbühl also weiter:

«Das Jahr 1792 führte Stapfer noch auf ein anderes Arbeitsfeld. Im Herbst dieses Jahres (am 31. August) nämlich wurde er zum Lehrer der deutschen und lateinischen Sprache am politischen Institut gewählt und damit zum Professor der Philologie ernannt.»

Zur Prüfung dieser zwei Sätze müssen wir nach einem Ueberblick über die Geschichte des Politischen Instituts bis zum September 1791 die Beziehungen Stapfers zu demselben und seine Thätigkeit an dieser Anstalt beleuchten. Wir halten uns dabei in erster Linie an das Manual der Kuratel des Politischen Instituts, als unsere Hauptquelle, die Luginbühl ganz ausser Acht lässt, obwohl sie schon Schärer in seiner «Geschichte der öffentlichen Unterrichts-Anstalten des deutschen Theils des ehemaligen Kantons Bern» citiert hat (p. 246).

Zu Anfang des Jahres 1786 erschien zu Bern eine kleine Broschüre unter dem Titel «Entwurf einer Erziehungs-Anstalt für die politische Jugend von Bern, vom 14ten bis zum 18ten Jahr», in welcher kurz und bündig die Notwendigkeit einer von der Akademie unabhängigen Erziehungsanstalt für die bernische Jugend, welche die politische Laufbahn betreten wollte, dargethan und besprochen wird, wie dieselbe für den Anfang am einfachsten und ohne Unkosten und dennoch zweckentsprechend einzurichten sei. Dieser «Entwurf» war von Professor Tscharner in Verbindung mit den Professoren Wilhelmi und Ith¹ ausgearbeitet worden. Die Verfasser, die sich allerdings in der Broschüre selber nicht nennen, aus ihrer Autorschaft aber auch kein Hehl machten — war doch ihr «Entwurf» in der Obrigkeitlichen Druckerei herausgekommen; vgl. zudem das Manual der Kuratel p. 4 — bitten schliesslich die Regierung, ihren Plan, sofern er der Beachtung würdig scheine, einer Kommission aus Dero Ehrenmittel zur Prüfung zu übergeben und mit Zuziehung ihrer selbst das Nähere zu beraten.

Ihr Wunsch ging in Erfüllung. Nach einem Anzug des Schulratspräsidenten v. Wattenwyl beschlossen die Räte den 17. März 1786,² «dass der von Herrn Professor Tscharner gemachte Entwurf einer Erziehungs Anstalt für die Politische Jugend von Bern vom 14ten biss zum 18ten Jahr durch eine darzu expresse niederzusezende Kommission sorgfältig untersucht werde, wie etwann Mittel und Wege ausfindig zu machen, den besten Nutzen

¹ Carl Ludwig Tscharner war professor juris seit dem Jahr 1777. Wilhelmi fungierte seit 1758 als Lehrer der griechischen Sprache und der Sittenlehre. Ith ist unsern Lesern hinlänglich bekannt als Professor der Philosophie, ernannt im Jahr 1781.

² R. M. 383, p. 37.

von danahen zu erzihlen, und wie diese Absicht für die politische Jugend erreicht werden könne». Die Kommission wurde den 20. März¹ gewählt und bestand aus den Herren Venner von Frisching, Ratsherr May, Alt Landvogt Stettler von Frienisberg und Alt Obervogt Fellenberg von Schenkenberg mit Zuzug Prof. Tscharners.

Den 8. April 1786 trat die Kommission zum ersten Mal zusammen und trug Prof. Tscharner auf,² den gedruckten Plan «weidläufiger auszuarbeiten», und nachdem dieser erklärt hatte, dass seine Kollegen Wilhelmi und Ith nicht nur mit ihm den vorgelegten Plan gemeinsam entworfen, sondern sogar sich ihm anerböten hätten, «etwelche Stunden der Erziehung der Politischen Jugend zu widmen», ersuchte die Kommission diese beiden, Herrn Professor Tscharner bei der ihm gewordenen Aufgabe weiter an die Hand zu gehen. Zugleich wandte sich die Kommission an Professor Rudolf³ mit dem Ersuchen, ihr «zu melden, ob es ihm nicht möglich wäre, der politischen Jugend wochentlich ein paar Stunden zum historischen Unterricht zu widmen». Prof. Rudolfs Antwort fiel bejahend aus.

Die ausführliche Bearbeitung des gedruckten «Entwurfs», welche Prof. Tscharner in der Folge seiner Kommission vorlegte, fand hier nicht ungeteilten Beifall. Es wurde auch die Meinung geltend gemacht, dass die politische Jugend an der bereits bestehenden Akademie gebildet werden solle und könne; deshalb wurde in dem

¹ R. M. 383, p. 44.

² K. M. p. 4.

³ Rudolf bekleidete schon seit dem Jahr 1758 den Lehrstuhl der Eloquenz. Der professor eloquentiæ hatte in der Eloquenz auch die Allgemeine Geschichte zu dozieren, freilich nur eine Stunde die Woche. Schul-O. 1770, p. 56.

«Befinden» der Kommission an die Räte, dem der Tscharnersche Plan beigelegt war, auch diese Meinung ausführlich begründet.¹ (Beilage 1.)

Die Räte entschieden zu Gunsten des Tscharnerschen Plans: durch das Dekret vom 5. Jenner 1787² wurde einem zu bestellenden Kuratorium aus vier Gliedern des Politischen Schulrats unter dem Vorsitz des Präsidenten des Schulrats die Errichtung des Politischen Instituts auf eine Probezeit von vier Jahren übertragen, mit der Anweisung von 1500 Kronen für jedes dieser Probejahre.

Durch dieses Dekret waren die geistlichen Mitglieder des Schulrates aus dem Kuratorium ausgeschlossen, was diejenigen unter ihnen, die sich bis anhin für das Institut interessiert hatten, nicht wenig kränkte. Und sie wollten auf das, worauf sie ein Anrecht zu haben glaubten, nicht von vorneherein verzichten.

Als Mitglieder der Kuratel waren den 10. und 25. Januar 1787 gewählt worden:³ Ratsherr Stettler, Alt Landvogt Herbort v. Bonmont, Zollherr v. Bonnstetten und Professor Tscharner.

In der ersten Sitzung der Kuratel vom 29. Februar 1787 machte der Vorsitzende, Alt Seckelmeister v. Wattenwyl, der damalige Schulratspräsident, die Mitteilung,⁴ dass die Herren Professoren Rudolf, Wilhelmi und Ith sich zu ihm verfügt und bei ihm die Vorstellung gethan hätten, «da sie mit allem Eifer an dem Plan des Instituts zu Erziehung der Politischen Jugend gearbeitet haben, und mit Freuden ferner ihre Kräfte aufbieten werden, das ihrige zu dessen glüklichem Erfolg

¹ K. M. p. 6—24.

² K. M. p. 25. R. M. 387, p. 140.

³ K. M. p. 27.

⁴ K. M. p. 28.

beyzutragen: so stehen sie in den Gedanken, einerseits wenn sie mit Frucht in diesem neuen Institut arbeiten sollen, so müssen sie in demselben die gleichen Rechte haben, welche ihnen bey der bisherigen Akademie zugekommen seyen, nämlich Siz und Stimm in der neuen Curatel und den davon abhängenden engern Kommissionen; anderseits denn glauben sie, das von der hohen, zu obigem Endzwek niedergesezt gewesenen Komision abgefasste Gutachten, stimme zu ihren Gunsten, und rathe das gedeute Siz- und Stimmrecht an;¹ da nun dieses Gutachten von Mngh. und Oberen angenommen worden, so habe man mithin auch seine verschiedenen Theile genehmiget; Sie nehmen daher die Freyheit Mngh. die politischen Curatoren höfl. zu ersuchen, ihnen nun dieses Siz- und Stimmrecht in Ihren grösseren und engeren Versammlungen zukommen zu lassen.»

Daraufhin beschloss das Kuratorium, die Petenten vorläufig von sich aus zu allen Plenar- und Kommissions-sitzungen mit Sitz und Stimme beizuziehen, «bis sich der erste schikliche Anlass darbieten wird, bey Mngh. und Oberen um Dero Entschluss über diesen Gegenstand einzulangen».

In derselben Sitzung wählte die Kuratel eine engere Kommission, bestehend aus den Herren Bonnstetten und Tscharner mit Zuziehung der Professoren Rudolf, Wilhelmi und Ith zur Ausarbeitung eines vollständigen Plans «über das zu errichtende Institut, dessen Lehrer, die darinn vorzutragenden Wissenschaften und denselben zu widmende Stunden». Da war also die Gelegenheit schon

¹ K. M. p. 15: «Die Lehrer müssen auch Ansehen und Einfluss haben und diejenigen, die ohnehin schon Mitglieder des Schulraths, in dem neuen Institut eben die Vorrechte besitzen, in welche sie in der Akademie von der Oberkeit gesezt worden sind.»

da, den Professoren zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderung Hand zu bieten. Der ausführliche Plan wurde mit Bedacht und reiflicher Ueberlegung entworfen, von der Kuratel den 19. Juni genehmigt und in Druck gegeben,¹ um dem Publiko bekannt gemacht zu werden, unter dem Titel: «Einrichtung des neuen Instituts für die politische Jugend in Bern».

Die gesetzliche Bestätigung dessen, was Rudolf, Wilhelm und Ith verlangten, geben Alinea 2 und 3 von § 1 des Ersten Titels der «Einrichtung», der also lautet:²

«Die Kuratel besteht, laut Hochobrigkeitlicher Erkenntniss, aus vier weltlichen Beysizern des Schulraths, wovon allemahl einer aus dem täglichen, und drey aus dem grossen Rathe gewählt werden. Ihre Versammlungen halten sich unter dem Vorsize des jedesmaligen Herrn Schulrathspräsidenten.

Dieser Kuratel werden diejenigen Lehrer, welche zugleich Professoren in der Akademie oder Mitglieder des Schulraths sind,³ beywohnen, und bey dem neuen Institut in eben dem Verhältnisse bleiben, in welchem sie gegen den Schulrath stehen; d. i. sie werden als Lehrer der Kuratel zwar untergeordnet, aber als öffentliche Lehrer, derselben zugleich mit Siz und Stimme beygeordnet seyn.

Ueberdies erfordert der gute Erfolg, dass jeder andere Lehrer, so oft es um seine Person zu thun seyn wird, den Versammlungen der Komitee gleichfalls zugezogen werde.»

Das Gesetz unterscheidet also genau zwischen Professoren und Lehrern des Politischen Instituts und erteilt nur den erstern Sitz und Stimmrecht in der

¹ K. M. p. 31.

² K. M. p. 39.

³ Schon seit dem Jahr 1676 waren die Professoren der Akademie zugleich Mitglieder des Obern Schulrats.

Kuratel. Das Nähere über die Lehrkräfte des Instituts besagt der dritte Titel der «Einrichtung»:¹

«§ 1.

Die Lehrer des Instituts stehen in verschiedenen Beziehungen gegen dasselbige. Die einen gehören demselben schon durch die Natur ihres Amtes an. Diese sind die Professoren der Rechtsgelehrsamkeit und der vatterländischen Geschichte.² Sie sind für die politische Jugend eigentlich bestimmt, und hiemit ordentliche Glieder am neuen Institut.

§ 2.

Als wirklich erwählte und genehmigte Lehrer müssen auch die drey Professoren angesehen werden, welche sich zur Beförderung und Erleichterung des Instituts freywillig angeboten haben.³ Wenn indessen der eine oder andere derselben abgehen sollte: so steht es der Kuratel frey, an dessen Stelle seinen Nachfolger in der Akademie, oder einen andern zu erwählen.

§ 3.

Der Lehrer der Mathematik und Physik⁴ soll seine Vorlesungen dem Publikum halten. Dadurch also, dass

¹ K. M. p. 41.

² Der Professor der vatterländischen Geschichte war Gottlieb Walther; er war im Jänner 1778 auf eine Probezeit von zehn Jahren, ohne Sitz und Stimme im Schulrat, zum professor honorarius historiae patriae ernannt worden mit der Weisung, dass er «über unsere vatterländische Historie, unser bürgerliches Recht und unsere deutschen Lehenrechte arbeiten und zu dem End von Martini bis zu Anfang der Erndferien wochentlich 4 stund an einem öffentlichen Ort zu einer bequemen Zeit und ohne Entgeld des publici Vorlesungen halten, seine Collegia aber so einrichten solle, dass selbige nachwärts zum Druk befördert werden können». (Sch. R. M. XIII, p. 193.)

³ Diese Worte sind nach dem Mitgetheilten nicht ganz genau: freiwillig haben sich nur Wilhelmi und Ith angeboten.

⁴ Zum Professor ordinarius der Mathematik und Physik, mit Sitz und Stimme im obern und untern Schulrat, war den 14. De-

die politische Jugend dieselben zu besuchen verbunden wird, tritt er mit dem Institut selbst in keine unmittelbare Verbindung.

§ 4.

Endlich bleiben noch die neu erwählte, oder zu erwählende Lehrer übrig. Ihre Wahl wird entweder nach vorgegangenen Proben bestimmt; oder es werden Männer von schon anerkannter Fähigkeit, auch ohne Proben, berufen, und ihr Rang, ihr Gehalt, ihre Rechte und Pflichten hangen von den wechselseitig eingegangenen Bedingungen ab.»

Zu Lehrern wählte die Kuratel den 19. Juni 1787¹ zu den fünf von vorneherein in Aussicht genommenen Professoren der Akademie hinzu zwei ausserhalb der Akademie stehende Männer, einen für Deutsch und Latein, den Candidatus Risold, den andern für Religion, den Pfarrer Rengger.²

Risold erhielt bei seiner Berufung den Titel professor linguarum und wird im Manual der Kuratel immer mit dem Titel Professor aufgeführt. Diesen Ehrentitel gab ihm wohl die Kuratel, weil er, wie es im Berufungszettel heisst, «seine grundlichen Kenntnisse schon bey verschiedenen Gelegenheiten zum Nutzen der akademischen Jugend angewandt hatte.» Im Sommer 1786 war er nämlich für einige Wochen Vikar für Prof. Wilhelmi gewesen und im Mai 1787 war er vom Täglichen Rat zum Vicarius desselben Lehrers ernannt worden, da dieser für den ganzen Sommer sich Urlaub erbeten

zember 1785 der bekannte Gelehrte Johann Georg Tralles aus Hamburg erwählt worden. (Sch. R. M. XIV, p. 119.)

¹ K. M. p. 31.

² Gottlieb Risold ist der spätere Erziehungsrat (während der Helvetik), Abraham Rengger, dritter Pfarrer am Münster, der Vater Albrecht Renggers, des helvetischen Ministers des Innern.

hatte.¹ Als solcher hat er Sitz und Stimme im untern Schulrat, aber nicht im obern, trotz seines Professor-titels im Politischen Institut.

Risold erhielt für vier Stunden Deutsch und vier Stunden Latein am untern Curriculum ein jährliches Honorar von 500 Bernkronen zugesprochen, Pfarrer Rengger für drei Religionsstunden am untern und eine am obern Curriculum ein solches von 200 Bernkronen.²

Den 6. Juli 1787 nahmen die Räte die Relation der Kuratel über die Drucklegung der «Einrichtung», sowie über die zwei Lehrerwahlen entgegen,³ ohne gegen das Geschehene etwas einzuwenden.

Für das erste Schuljahr, das mit Martini 1787 beginnen sollte, wurden folgende Vorlesungen⁴ festgesetzt, die einesteils in der «Kleinen Bibliothek», andernteils in einem grössern Zimmer im zweiten Stockwerk des «Klosters» gegen den Hof hin gehalten werden sollten:

1) für die untere Klasse.

3 Std. Religion.		<i>Pfarrer Rengger.</i>
2 » Horaz, ars poetica.	}	<i>Risold, prof. linguarum.</i>
2 » Sueton.		
2 » Deutsche Sprachlehre.		
2 » Deutsche Sprachübungen.		
2 » Universalgeschichte.	}	<i>Rudolf, prof. eloquentiae.</i>
1 » Statistik.		
2 » Philosophie (Theoretische).		<i>Ith, prof. philosophiae.</i>

16 Stunden, des Morgens von 8—10 oder 8—11 Uhr.

¹ Sch. R. M. XIV, p. 210 und 276.

² Das Institut zerfiel in zwei Klassen (curricula) von je zwei Jahreskursen.

³ K. M. p. 35.

⁴ K. M. p. 58, 59.

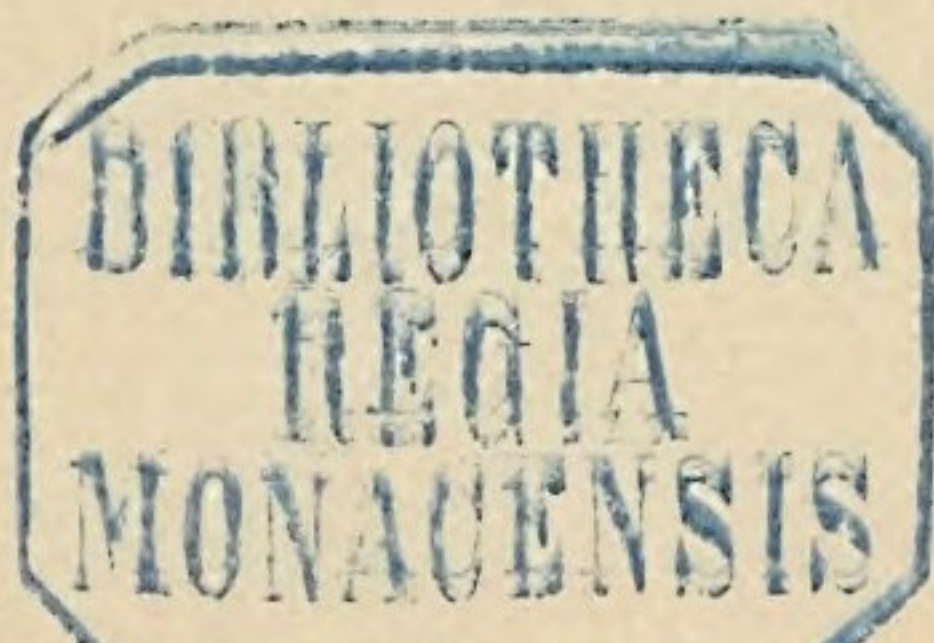
2) für die obere Klasse.

1 Std.	Religion.	<i>Pfarrer Rengger.</i>
2 »	Moralphilosophie.	<i>Wilhelmi, prof. ethices.</i>
2 »	Vatterländische Geschichte.	} <i>Walther, prof. juris</i>
2 »	Vatterländisches Recht.	
3 »	Bürgerliches [oder römisches] Recht.	} <i>Tscharner, prof. juris.</i>
1 »	Uebungen im gerichtlichen Vortrag.	

11 Stunden, des Morgens von 8—9 oder 8—10 Uhr.¹

¹ Mathematik und Physik sind in diesem Plan nicht aufgenommen, weil die Kuratel (den 14. September) beschlossen hatte, der Besuch der Vorlesungen in diesen Fächern sei fakultativ, offenbar, weil die Lehrerfolge des Professor Tralles gleich Null waren (vgl. dessen Biographie von Graf, p. 6). So besuchten denn nur diejenigen Schüler des Instituts die Vorlesungen des schon damals berühmten Gelehrten, welche ganz besonders Interesse an dessen Wissenschaft hatten. Aber auch diese wurden enttäuscht, so dass der Ratsherr Stettler in der Sitzung des Kuratoriums vom 12. Dezember 1787 folgende «Ahndung» that: «Ungeacht H. Tralles mit einem namhaften Gehalt zum Prof. Matheseos und Physicæ allhier erwählt worden; so trage doch derselbe nicht im geringsten zur Belehrung der hiesigen Jugend bey, sein Vortrag seye ohne Ordnung, und die Theile der Wissenschaften die er vorträgt weit über die Begriffe seiner Zuhörer erhoben, so dass die Elteren ungeacht dieser kostbaren und wohlthätigen Anstalt der hohen Regierung, gezwungen seyen ihre Söhne mit schwehren Kosten anderswo die Mathematik erlernen zu lassen.» Einstimmig wurde beschlossen, der Vorsitzende solle Herrn Tralles vor sich bescheiden und ihm verdeuten, «sich überhaupt mehr zum Captu seiner Auditoren herunterzulassen, denselben arithmetische Aufgaben vorzugeben um solche nach seiner Anleitung zu berechnen und aufzulösen; und nachdem er die vorkommenden geometrischen Figuren mit den zudienenden Definitionen wird erklärt haben, werde ihm obliegen seine Auditoren zum gehörigen nachmachen und beweisen auf der Tafel, im Kehr anzuhalten.

Den Auditoren der untren Class des politischen Instituts werde er gleich den Stud: Eloq: Unterricht in der reinen Mathematik, den Auditoren der obren Class aber gleich den Stud: Philos: Unterricht in der angewandten Mathematik geben.» (K. M. p. 67.)



Den 12. November 1787, morgens 10 Uhr, wurde das Institut im «Grossen Auditorium» durch eine Inauguralrede des Prof. Ith eröffnet.

Programmgemäss nahmen die Vorlesungen ihren Anfang; einzig der Geschichtslehrer, Prof. Walther, erschien nicht. Aergerlich darüber, «dass man ihn zu Einrichtung des Instituts nicht berufen,»¹ hatte er auf die wiederholte Aufforderung der Kuratel, ihr einen Plan über die Einrichtung seiner Vorlesungen am Politischen Institut einzuschicken, gar nicht geantwortet und schliesslich am Tag vor der Eröffnung erklärt, er werde seine Professur aufgeben und sich der Advokatur widmen. Nachdem er seine Demission am gehörigen Orte eingegeben hatte, wurde er den 21. Mai 1788 auf Grund eines für ihn wenig schmeichelhaften Gutachtens des Schulrats² seiner Professur entbunden mit Belassung der Hälfte seiner Pension (200 Kronen) «nebst dem Tittel eines Professoris

¹ K. M. p. 61.

² Sch. R. M. XV, p. 5 ff.: «Dem Herrn Prof. Walther wurden bei seiner Erwählung auf eine Probzeit von 10 Jahren, zwey Pensa wesentlich aufgelegt; das eine ware öffentliche Vorlesungen über das bürgerliche und Lehenrecht zu halten, das andere eine vatterländische Geschichte zu schreiben.

Die Vorlesungen hat er zwar im Jahr 1779 dem Publikum angekündigt und auch wirklich angefangen, aber nach Aussag seiner Zuhörer mit vieler Nachlässigkeit, ohne alle Vorbereitung gehalten und nach Willkühr mitunter so oft unterbrochen, dass keiner seiner Zuhörer sich so weit überwinden können, dass Unwillen nicht die Stelle der Aufmerksamkeit bey ihnen eingenommen hätte.

Verschiedene Jahre nacheinander hofte die über seine historische Kenntnisse begierige Jugend immer eine Aenderung dieser Art zu docieren, fienge jeweilen bey Antritt des Winters seine Lectionen zu besuchen an, aber vergeblich sahe sie der Beendigung eines Cursus entgegen, auch nicht einer ja nicht einmal der vom ersten Jahr wurde ordentlich vollendet, alle wurden je nachdem es seine Laune, seine Lebensart, oder sein anderwärtig einträglicher

honorarij und Historiographi Reipublicæ zu Fortsetzung seiner angefangenen Werken».¹ Zugleich beauftragten die Räte die Kuratel des Politischen Instituts «einen Lehrer in jure publico Helvetiæ und dem Lehenrecht wie auch der vatterländischen Geschichte zu bestellen».

Die Kuratoren kamen diesem Auftrag bald nach und wählten als Nachfolger Walthers «zu einem anderwärtigen Professoren in der vatterländischen Geschichte verbunden mit dem Jure publico Helvetiæ, dem Lehenrecht, und unserem bürgerlichen Recht» den Berner Bernhard Friedrich Kuhn, den spätern ersten Präsidenten des helvetischen Grossen Rats. Es wurden ihm für das Politische Institut dieselben Pflichten überbunden wie seinem Vorgänger und sein Gehalt auf 500 Kronen bestimmt. Die Wahl geschah in der Sitzung vom 5. Juli 1788² entgegen dem Beschluss der Kuratel vom 12. Dezember 1787, nach welchem die gewöhnlichen Sitzungen während der Zeit der Vorlesungen (an der Akademie) auf den letzten Samstag im Monat festgesetzt worden waren; auch waren den Mitgliedern der Kuratel beim Bieten die Traktanden nicht angegeben worden.

Beruf es entschieden, abgebrochen; und so wurden endlich auch die allerfleissigsten und die allernachgiebigsten, missmühtig und abgeschreckt.

Die letzten Jahre hat er auch nicht einmahl angefangen zu lesen, und so ist auch in allen den 10 Jahren zusammen genommen, durch seine Vorlesungen nicht das allerwenigste Gute, gemeinnützig, oder brauchbare herausgekommen.

... Es können schliesslich Mehgh. die Schulrätthe nicht einsehen dass Herr Prof. Walther mit Nuzen weder in der Akademie noch in dem Politischen Institut gebraucht werden könne; und gewärtigen ehrerbietigst was E. h. G. sowohl in Betreff dieses Lehrers als seines Katheders zu erkennen und Ihnen anzubefehlen geruhen werden.»

¹ K. M. p. 72.

² K. M. p. 73.

In derselben Sitzung wurde für das Institut eine weitere Lehrkraft herangezogen. Es hatte sich nämlich im Verlauf des ersten Schuljahres gezeigt, dass eine Reihe von Schülern der untern Klasse aus Mangel an den nötigen Sprachkenntnissen den lateinischen Interpretationsübungen nicht folgen konnte und die Fortschritte der Fähigern aufhielt. Deshalb wurde nach einem Referat der Professoren Ith und Risold beschlossen, einen Unterlehrer in der lateinischen Sprache anzustellen, der die schwächern Schüler des Herrn Risold in fünf weitem wöchentlichen Stunden in der lateinischen Grammatik unterrichten und ihnen einen leichten Klassiker erklären sollte, gegen ein Honorar von 100 Bernkronen. Die Wahl fiel auf Herrn Samuel Rubin, candidatum S. S. Ministerii.¹

Einen Monat nachher, den 20. August 1788, erhielt die Kuratel folgende Heimlicher-Mahnung:²

«In der Hochobrigkeitlich sanctionierten Einrichtung des politischen Instituts vom Jahr 1787 wurde Herr Prof. Walther zu seiner Pension von Kr. 400 aufgetragen bey diesem Institut zwey Pensa zu lernen: die vatterländische Geschichte, das vatterländische Recht. Da er aber diese Pensen nicht auf sich nehmen wolte, so musste dieser Lehrstuhl anderst besezt werden.

Obige Verordnung pag. 17. § 4 sagt von der Lehrer Erwählung: „Ihre Wahl wird entweder nach vorgegangenen Proben bestimmt, oder es werden Männer von schon anerkannten Fähigkeiten auch ohne Proben berufen; und ihr Rang, ihr Gehalt, ihre Rechte und

¹ Rubin war im Jahr 1783 Kandidat geworden; 1797 wurde er Provisor in Thun, das Jahr darauf Pfarrer in Adelboden.

² K. M. p. 75 ff.

Pflichten hangen von den wechselseitigen eingegangenen Bedingungen ab.“¹

Denne lautet der untrem 5. Jan. 1787 an den Schulrath abgegangene Zeddel in fine: „Dabey Megh. und Obere erkennt, dass die Curatel wegen denen zu bestellenden Lehreren, Hochdenselben vorerst den Vortrag zu gutfindender Verfügung erstatten solle“.²

Zuwider dem allem hat die Curatel des politischen Instituts den 5. Julij 1788 an einem ungewohnten Versammlungstag, ohne einiches Advertissement vor der Curatel-Glieder, warum es zu thun, ohne Publication, ohne vorhergegangene Proben, H. Bernhard Friedrich Kuhn, mit dem Tittel eines Professoren, und einem Gehalt von Kr. 500 jährlich erwählt; ihme anbey aufgetragen über vier Wissenschaften zu lesen.

1. vatterländische Geschichte,
2. Jus publicum Helvetiæ,
3. Lehen-Recht, und
4. Unser burgerlich Recht.

alles ohne einiche rechte Bestimmung.

Bisshin sind nur Männer von bekanter Fähigkeit bey diesem Institut angestellt worden, damit das Publicum und sämtliche Hausvätter zu diesem Institut bey seinem Anfang Zutrauen gewinnen möchten.

Herr Kuhn ist zwar ein hofnungsvoller Jüngling,³ ware aber selbst noch diess Jahr Zuhörer bey dem

¹ Siehe oben p. 95.

² Das Dekret vom 5. Jänner 1787 ist ebenfalls oben p. 91 erwähnt. Dem in der Heimlicher-Mahnung citierten Schlusssatz desselben waren die Kuratoren in Bezug auf die Wahl von Risold und Rengger nachgekommen, wie p. 95 mitgeteilt ist.

³ Bernhard Friedrich Kuhn war anno 1777 in die Akademie aufgenommen worden; 1779 war er in die Philosophie und drei Jahre nachher in die Theologie cum laude promoviert worden; im Jahr 1783 gab er das Studium der Theologie auf, um sich der Jurisprudenz zu widmen. Bei dieser Gelegenheit ehrte ihn der Schulrat mit folgender Eintragung in seinem Protokoll vom 31. Oktober (Sch. R. M. XIV, p. 9): «Bey der auf heute gehaltenen Reception wurde Friedrich Kuhn Stud: Theol: H. Pfarr: von Grindelwald sel. Sohn, auf eingegebene Valediction, in allen Ehren des

Institut, und soll jezt Lehrer seyn über vier Pensen, worüber er selbst nie keine Gelegenheit hatte Collegia anzuhören.¹

Ferners hat die Curatel an dem nemlichen Tag einen neuen Unterlehrer in der lateinischen Sprach in der Persohn H. Samuel Rubins S. S. M. candidatus mit einem Gehalt von Kr. 100 erwählt.

Hier sagt wieder die Verordnung des Politischen Instituts in dem Vorbericht pag. 5. lin: 3: „Zugleich soll diese neue Anstalt an die öffentliche Litterarschul anschliessen“. Hiemit soll sich der Zuhörer beym Eintritt im 14^t Jahr Alters befinden, wo er die lateinische Sprach verstehen, und nicht erst lernen soll. Auf diese Weise entsteht eine zweyte Litterar-Schul; das poli-

geistlichen Stands entlassen; wegen äusserst fleissigem Betragen und Wohl-Verhalten aber während der ganzen Zeit in deren er die Accademie besucht, wird ihm bey anderwärtigem Entschluss, ohne weiters der Weg offen gelassen, wieder in die Accademie und seinen gegenwärtigen Rang einzutreten.» Man hoffte also, er werde wieder zur Theologie zurückkehren.

¹ Schon § 1 des vierten Titels, Alinea 3 der «Einrichtung» sieht Auditoren vor, welche gratis die einte oder andere Vorlesung am Politischen Institut besuchen konnten. Diese Bestimmung wurde durch zwei Verordnungen der Curatel präcisiert; die eine vom 19. November 1787 (K. M. p. 61) lautet: «Alle junge Leute vom 14. biss zum 18. Jahr so dieses Institut besuchen, werden als dessen Bürger angesehen, sollen darein immatriculiert werden und die bestimmte Finanz bezahlen. Die Auditoren über dieses Alter aus, werden als Honorarii betrachtet, und können das Institut gratis besuchen; nur sind sie gewiesen sich bey dem Lehrer dessen Collegium sie besuchen wollen, sich vorerst zu melden.»

Die andere vom 26. Jänner 1788 (K. M. p. 68) heisst: «Auf beschehene Einfrag hin wurde befunden: das politische Institut seye beschlossen für die Jugend vom angetretenen 14. bis zum angetretenen 18. Jahr, allein öffentlich für alle höhere Alter, denen man nicht genug Aufmunterung verschaffen könne, damit sie fortfahren sich mit nuzlichen Beschäftigungen abzugeben. So sehr man daher die Jünglinge von obigem Alter zur Immatriculation anhalten wolle, eben so sehr möchte man alle höhere Alter davon dispensieren.»

tische Institut ist für Zuhörer der Wissenschaften, nicht für Schulknaben errichtet worden.

Da nun obige Verhandlungen den Ordnungen zuwider; so gehet die Mahnung etwelcher vor dieses Institut wohlgesinnter Standsglieder, dahin: dass Megh. und Obere geruhen möchten, destwegen die nöthige Remedur vorzukehren.»

Die Mahnung war von «genugsammen» Standsgliedern¹ dem Täglichen Rat eingegeben worden; die Wahl Kuhns — denn um diesen handelte es sich hauptsächlich — wurde also in der Stadt eifrig besprochen und von diesen und jenen vermögenden Persönlichkeiten missbilligt; wir begreifen es: wer den Gewählten nicht näher kannte und nur wusste, dass er erst fünf Jahre früher der Untern Theologie entlassen worden war, konnte kaum glauben, dass er der ihm gewordenen grossen Aufgabe gewachsen sei.

Da in der Antwort der Kuratel auf die Heimlicher-Mahnung zwei «Meinungen» zum Ausdruck kamen, wovon die letztere der Heimlicher-Mahnung vollkommen und in jedem Punkte beistimmte, so befanden sich unter den Unzufriedenen Mitglieder der Kuratel selber; da des fernern in der Heimlicher-Mahnung Klage geführt wurde, dass die betreffende Kuratelsitzung an einem ungewöhnlichen Tage und ohne gehörige Avertierung der Mitglieder stattgefunden habe, so müssen diese unzufriedenen Kuratoren verhindert gewesen sein, derselben beizuwohnen. Als abwesend an dem verhängnisvollen 5. Juli bezeichnet das Manual der Kuratel (p. 73) nur den Alt Landvogt Manuel;² derselbe war in der

¹ K. M. p. 75.

² Den 11. Juni 1787 war Alt Landvogt Manuel von Aarwangen an die Stelle Bonnstettens in das Kuratorium gewählt worden. Auch das Präsidium war in andere Hände übergegangen:

folgenden Sitzung vom 26. August, da die Heimlicher-Mahnung verlesen und beantwortet wurde, wieder anwesend. Wir gehen also kaum fehl, wenn wir Manuel als dasjenige Kuratoriumsmitglied bezeichnen, welches die getroffene Wahl des Geschichtslehrers bekämpfte und weiterhin als Miturheber der Initiative gegen dieselbe.

Und gemütlich wird die Sitzung vom 26. August, in der die Heimlicher-Mahnung verlesen und beantwortet wurde, nicht gewesen sein; bezeichnend ist es, dass die anwesenden Mitglieder nur die Ratsherren waren, die Professoren werden gar nicht eingeladen worden sein. Bezeichnend ist es auch, dass in der nun redigierten Antwort die Ansicht der Minderheit mit wenigen Zeilen abgethan wurde, während diejenige der Mehrheit in grosser Ausführlichkeit ihren Ausdruck fand. Wegen der Wichtigkeit, die der Sache beigemessen wurde, geben wir hier die Antwort in extenso:¹

«Rapport und Vertheidigung Mrhgh. der Curatoren, sowohl vor Megh., als Mngh. und Obere: — Zufolgero Auftrags vom 20. diess Monats, ligt Mnhgh. den Curatoren des politischen Erziehungs Instituts ob, sich über die Erwählung der zwey untrem 5. Julij lezthin, bey dem politischen Institut angestellten Lehrer, zu rechtfertigen.

Voll Zuversicht in ihre reine Absichten und in die Rechtmässigkeit ihrer Verhandlungen, haben Mnhgh. mit erster Meinung die Ehre, die in der gethanen

den 9. Januar 1788 war der Venner May an die Stelle Wattenwyls getreten und nachdem er bald nachher gestorben war, war der Deutsch-Sekelmeister v. Frisching Präsident des Schulrats geworden. Den 5. Juli 1788 bestand demnach die Kuratel aus folgenden weltlichen Mitgliedern: Deutsch-Sekelmeister v. Frisching als Vorsitzender, Ratsherr Stettler, Alt Landvogt Herbort, Alt Landvogt Manuel und Prof. Tscharner.

¹ K. M. p. 78 ff.

Mahnung gegen die Curatel angebrachten Klagpunkte, von Saz zu Saz zu widerlegen.

1. Wird der Curatel vorgeworfen sie habe die Competenz nicht, die bey dem Institut erforderlichen Lehrer überhaupt, und insbesondere den, zu Ausfüllung der Lücke, welche die Entlassung Herrn Prof. Walther in den bey dem Institut versprochenen Wissenschaften gemacht, nöthigen Nachfolger zu erwählen.

Da Mngh. und Obere untrem 5. Jänners 1787 geruheten das politische Erziehungs-Institut zu errichten, so genehmigten Hochdieselben den Ihnen vorgelegten Hauptplan, und fanden für gut: „die Einrichtung und Ausführung desselben einer Curatel aus Dero Ehrenmittel, auf eine Probzeit von vier Jahren zu überlassen; mit dem Beyfügen nach dieser Zeit den Bericht von dem daherigen Erfolg Mngh. und Oberen zu erstatten. Zu welchem End denn E. h. G. dieser Curatel Kr. 1500 alljährlich während der Dauer dieser Probzeit gestattet“.

Seit diesem Zeitpunkt ware Mrhgh. der Curatoren angelegenlichste Sorge, das Beste und die Aufnahm dieser Erziehungs Anstalt so zu befördern, dass die bernerische Jugend, zum Wohl der künftigen Zeiten, daraus den höchstmöglichen Nuzen ziehen könne, sie suchten die würdigsten und fähigsten Männer aus, erwählten untrem 19. Junij 1787 die Lehrere der Religion und der Sprachen, und bestimmten denselben ihr Gehalt. Diese Verfügungen wurden durch ein Hochobrigkeitliches Rescript vom 6. Julij als rechtmässig und Mrgh. Intent angemessen, anerkennt.

Nicht nur diese sondern noch neuere Hochobrigkeitliche Aufträge und Schlüsse gereichen zur Rechtfertigung der Curatel. Da es E. h. G. gefiele den H. Gottlieb Walther seiner aufgehabten Professorstelle zu entlassen, so fühlten Hochdieselben den Nachtheil welcher durch die Entbehrung dieser Wissenschaften dem politischen Institut zuwachsen würde, und dass jeder Aufschub für die hiesige Jugend wahrer Verlust seye; „Sie geruheten daher untrem 21. Mays lezthin der Curatel aufzutragen an Herrn Walthers Plaz einen

Lehrer in den ihm obgelegenen Wissenschaften, nicht etwa nur vorzuschlagen, sondern wirklich zu bestellen“.

Mehgh. die Curatoren hielten allerdings diesen erhaltenen Auftrag, wie der daherige Zeddel solches ausweist, für deutlich und bestimmt, und sie erwählten nach reifer Ueberlegung von sechs Wochen, auf die noch übrigen drey Probjahre des Instituts, und aus den der Disposition der Curatel anvertrauten Gelderen, den Herrn Bernhard Fried: Kuhn, zum Nachfolger Herrn Walthers.

Der zweyte Klagpunkt sieht die Art der Erwählung an.

Der Versammlungsort war freylich nicht den lezten Samstag im Junio, sondern den ersten Samstag des Julij; allein dieses ware um so da gleichgültiger, da alle diejenigen Mitglieder der Curatel beygewohnt haben, welche ihr acht Tage zuvor hätten beywohnen können.¹ Uebrigens sezen öfters die Menge der Geschäfte einen Herrn Presidenten in die Unmöglichkeit sich immer an die gleichen Tage und Stunden zu binden.

Der 3te Klagpunkt bezieht sich auf die Fähigkeiten des neuen Lehrers, die ihm aufgetragenen Wissenschaften, und den ihm beygelegten Professor-Tittel.

Hat sich gleich Herr Kuhn noch nicht durch berühmte Abhandlungen und Werke, in der gelehrten Welt einen Namen erworben; so sind jedoch alle diejenigen Persohnen unter und mit denen er in verschiedenen Fächern gearbeitet, und in deren Zirkel er mehr oder minder gelebt, über denselben in den gleichen Gedanken; sie erkennen ihn für einen fähigen Kopf, einen Mann von einem sanften und bescheidenen Charakter, voll Ruhmbegierde, von ausserordentlichem Fleiss zu jeder Arbeit, und sowohl in den verschiedenen Teilen der Rechtsgelehrsamkeit, als der Geschichte seines Vatterlands, grundlich bewandert.

¹ Das heisst doch wohl, das abwesende Mitglied wäre den lezten Samstag im Juni beizuwohnen verhindert gewesen.

Diess ist der Mann den Mehgh. die Curatoren zu Herrn Professors Walther Nachfolger und zum Lehrer im Institut auf die Probzeit der drey Jahre erwählt haben; und der seinen einträglichen Beruf verliess,¹ um in dieser Stelle seinem Vatterland seine Zeit und Kräfte einzig zu wiedmen, und demselben möglichst nuzlich zu seyn.

Mehgh. glaubten daher dass Herr Kuhn mit einem jährlichen Gehalt von Kr. 500 nicht zu hoch bedenkt seye, Wohldieselben solten auch nicht vermuthen darüber in Verantwortung zu gerathen, da sie E. h. G. keine neue Foderung in Geld gemacht haben, sondern dieses Gehalt aus der von Hochdenselben bewilligten Summ der Kr. 1500 bestreiten werden.²

Die ihm aufgetragenen Wissenschaften sind die gleichen über die Herr Prof. Walther seit dem Jahr

¹ Aus dem Feuergschauer-Rodel vom 6. Dezember 1788, wo Herr Friedrich Kuhn als Prokurator aufgeführt ist (wohnend bei der Frau Schaffner Studer, Metzgergass, Sonnseiten), schliesse ich, dass Kuhn vor seiner Ernennung zum Professor als Anwalt (nicht vor den Zweihundert!) sich bethätigt hat.

² Damit blieb ihnen allerdings nicht mehr viel übrig. Die laufenden Ausgaben waren:

An Prof. Risold	Kronen 500
» Pfr. Rengger	» 200
» den Sekretär der Kuratel, der zugleich Schulratssekretär war, K. L. Bucher	» 100 (K. M. p. 29, 58)
» den Pedellen Wyttenbach als Offizialen der Kuratel	» 15 (K. M. p. 68)
» den Präpositus Studer für Abtretung eines Zimmers im obern Stockwerk des Klosters gegen den Hof zu Lehrzwecken	» 40 (K. M. p. 56)
» Prof. Kuhn	» 500
» Candid. Rubin	» 100

Summa 1455 Kronen.

Es blieben also der Kuratel noch 45 Kronen für die Druckkosten und das «Unvorhergesehene». Die Kollegiengelder waren, wie aus der «Einrichtung» ersichtlich, für die geistlichen Professoren der Akademie bestimmt.

1778 vorlesen sollte; 1) die vatterländische Geschichte verbunden mit den inneren und äusseren Bünden und Verträgen, 2) das Lehenrecht, 3) unser bürgerliches Recht; deren genaue und natürliche Verbindung miteinander, dem Docenten viele Arbeit erleichtern muss.

Den dem Herrn Kuhn beygelegten Professor Tittel betreffend, so ligt es im wahren Sinn der Sache und der Ethimologie des Worts, dass der Nachfolger des Herrn Professoris honorarii Walther und ein Lehrer der höheren Wissenschaften diesen Tittel habe, ein Tittel welchen man kein Bedenken trägt, jedem Gelehrten, der öffentliche Vorlesungen hält, zu bewilligen; und der von keiner Wichtigkeit ist, wenn er nicht mit Sitz und Stimm, oder andren Vorrechten verbunden ist.¹

Anbey befanden sich Mehgh. die Curatoren niemals in der Beglaubniss dass sie fähig und mächtig seyen aus eigener Gewalt Jemand dergleichen Tittel zu ertheilen, glauben auch dieselbe niemals ausgeübt zu haben; sondern es sind E. h. G. selbst welche gut fanden diesem neuen Lehrer das gleiche Predikat beyzulegen, welches Herr Prof. hon. Walther auf sich hatte, und Die darüber ihren Willen der Curatel in jenem Zeddel vom 21. Mays lezthin eröffnet, und derselben befohlen haben an Plaz des abgegangenen Herrn Prof. einen andren Lehrer zu bestellen; diese Vorkehr ist also nicht so sehr das Werk der Curatel, als aber die Erfüllung des von E. h. G. geäusserten Willens. Ist die Curatel hier irrgegangen, so ist sie durch obigen Befehl irriggeführt worden, und lebt daher der getrosten Hofnung es werden E. h. G. ihr dieses Versehen nicht ungnädig ausdeuten.

Der 4t. Klagpunkt sieht die Bestellung des Herrn Candidaten Rubin, zum Docenten in der lateinischen Sprach, für die schwächeren Auditoren in der untren Class des politischen Instituts, mit Kr. 100 Gehalt an.

¹ Kuhn hatte, wie wir noch sehen werden, so wenig als sein Vorgänger, Sitz und Stimme im Obern Schulrat.

Wenn die jungen Berner mit denjenigen Fähigkeiten in's Institut getreten wären, die man ihnen voraussetzte, so hätte man diesen Lehrer entbehren können; allein die Vattersorge Mrhgh. Curatoren erinnerte sie auf das zu sehen was wirklich ist, und nicht bloß auf das was seyn sollte. Viele junge Leute tratten ganz unvorbereitet und fast ohne einiche Sprachkenntniss in's Institut, man konte dieselben nicht unbelehrt lassen, und hielte sich der Lehrer bloß mit diesen auf, so wurden die Fähigeren verabsäumt, und diess verursachte Hemmung der Progressen.

Diesem Uebel abzuhelfen, hielten es sich Mehgh. Curatoren, bey hinlänglichem Geld zur Pflicht, obigen Lehrer auf künftigen Winter, oder höchstens so lang er unentbehrlich seyn wird, bey dem Institut anzustellen; und dadurch so viel an ihnen ligt demselben einen ausgedehnteren Nutzen zu verschaffen. Es ist mithin dadurch keine neue Class von Schülern erwachsen, welche den Anstoss des Gymnasii an das Politische Institut unterbrechen sollte, indem diese schwächeren Schüler des H. Risolds Vorlesungen gleich den übrigen, zu besuchen haben.

Durch diese Verfügungen hoften Mehgh. die Curatoren ihrer Pflicht ein Genügen geleistet und von den ihnen anvertrauten Summen den besten Gebrauch gemacht zu haben; sie leben daher voller Zuversicht sowohl vor E. G. als Mngh. und Oberen, vor welche die Mahnung gerichtet ist, sich von aller Beleidigung der Geseze gerechtfertigt, den Burgerspunken so wenig als dem Befehl vom 21. Mays zuwider gehandelt zu haben, und von Dero Gerechtigkeit eher Beyfall als Tadel verdienen zu sollen.

Mit anderer Meinung sagt man: wenn schon der Curatel aufgetragen worden seye dem Herrn Walther einen Nachfolger zu bestellen, so habe dieser Befehl dennoch vorausgesetzt dass diese Bestellung nach den vorhandenen Ordnungen geschehe. — Die dem Herrn Kuhn übertragenen Wissenschaften müssen in Rücksicht auf ihre Weitsichtigkeit augenscheinlich dessen Alter und Kräfte übersteigen.

In Betreff der Anstellung des Herrn Rubins denn, wird angebracht: wenn sich unwissende junge Leute im Institut vorfinden, so lige hauptsächlich der Fehler in der Nachlässigkeit der Elteren, und auf diese solle und könne man auf öffentliche Umkosten nicht Betracht nehmen.

Man schliesst mithin mit zweyten Gedanken zu der Mahnung, und den darinn angeführten Abänderungen.»

Diese Antwort wurde vor den Zweihundert den 5. September 1788 verhandelt. Für wie wichtig man im grossen Rat die Angelegenheit hielt und dass daselbst mit Heftigkeit für und wider gesprochen wurde, geht schon daraus hervor, dass im Ratsmanual¹ die verschiedenen Abstimmungen mit Angabe der Stimmenzahlen verzeichnet sind, ein Modus, den wir in den Ratsmanualen nicht häufig treffen.

Der Rechtsstandpunkt, den die angegriffenen Kuratoren in der Antwort vertraten, dass sie die zwei fraglichen Wahlen auf direkten Befehl der Regierung vorgenommen hätten, war so klar, dass er auch von ihren Gegnern anerkannt werden musste, so dass der Hauptantrag, man solle den Kuratoren bezeugen, dass sie «sich durchaus dem Intent Mrgh. und Oberen gemäss verhalten», «soviel als einmüthig» angenommen wurde. An diesen Antrag schloss sich ein zweiter, den Kuratoren ein Zutrauensvotum zu geben für alle ihre bisherigen Amtshandlungen und ihre Bemühungen zum Besten des Instituts; dieser Antrag wurde mit 45 Stimmen gegen 23 angenommen. Die letztern mögen diejenigen gewesen sein, die glaubten, Kuhn werde den an ihn gestellten Anforderungen nicht genügen können. Im Verlauf der Diskussion gelangte man sodann unwillkürlich

¹ R. M. 398, p. 55.

zu der Frage, wie man es in Zukunft mit den Lehrerwahlen am Politischen Institut halten wolle: mit 44 gegen 26 Stimmen wurde beschlossen, über diese Frage vom Kuratorium ein Gutachten abzuverlangen — ein zweites Zutrauensvotum für diese Behörde.

Das Kuratorium wurde also in diesem Streit glänzend gerechtfertigt; das schmeichelhafte Schreiben, das es von den Räten erhielt, lautet:¹

«Zeddel Mrgh. und Oberen an Mehgh. Curatoren des politischen Erziehungsinstituts: — Auf die von Euch Mnhwh. angebrachten Verteidigungsgründe über die eingelegte Heimlicher Mahnung, in Betreff der von Euch Mnhwh. besezten und besöldeten Stellen und Lehreren in dem neuen politischen Institut, haben Megh. und Obere nach angehörten Gründen und Gegengründen befunden, dass Ihr Mehwh. sowohl in Auswahl des Herrn Bernhard Friedrichs Kuhn, an Plaz Herrn Professors Walther, sodenne des H. Candidat Rubins zum Docenten in der lateinischen Sprach, anders nichts verhandlet als wozu Megh. Euch laut Zeddel vom 21. Mays lezthin aufgefodert, so dass mithin Megh. und Obere, mit Beyseitssetzung der Mahnung Euere diessörtige Verfügungen durchaus genehmigen, Eueren diessorts bezeigten Eifer und Aufmerksamkeit zum Besten des Instituts allerbestens beloben, und darüber Dero vollkomneste Zufriedenheit und dankgenehme Empfindung bezeugen.

Dabey aber gelanget Mrgh. und Oberen fr. Ansinnen an Euch Mehwh. in Berathschlagung zu nehmen, was in künftigen ähnlichen oder anderen hier in mehr oder minderem einschlagenden Fällen, bey Bestellung der Lehrer zu beobachten und für ein Modus procedendi vorzunehmen seyn wolle? So wie auch gutachtliche Gedanken abzufassen, ob nicht Mngh. und Oberen anzurathen seyn wolle, nebst denen verschiedenen Docenten, nach Masgab der heutigen Bedürfnisse auch

¹ K. M. p. 84.

einen Lehrer der Naturgeschichte zu bestellen? Solchemnach über eint so anders, Mngh. und Oberen den Vortrag zu erstatten. Actum coram 200. d. 5. Herbstm. 1788.»

Es war die Zeit, da in Bern die naturforschende Gesellschaft gegründet worden war und die naturwissenschaftlichen Studien mit erfreulichem Eifer betrieben wurden; kein Wunder, wenn jetzt gerade gewünscht wurde, dass an den höhern Schulen ein Lehrstuhl für die Naturgeschichte creiert werde.

In Bezug auf den *modus procedendi* bei den Lehrerwahlen schlug das Kuratorium in seinem Gutachten vom 27. Dezember 1788 mit richtigem Takte nichts Neues vor, sondern begnügte sich damit, zu sagen, es sei immer der Ansicht gewesen, die Erwählung der Lehrer hange vom Höchsten Gewalt ab, es sei denn, dass die Regierung ihre Kompetenz aus bestimmten Gründen einem ihr untergeordneten Dikasterium abtrete; darnach habe es bis jetzt gehandelt und «werde sich getrost allem demjenigen unterziehen,¹ was I. G. sowohl in Rücksicht der Bestellung neuer Lehrer zu frischen Lehrstühlen während den 4 Probjahren, als nachher, in Absicht der Erwählung sämtlicher Lehrer, zu verordnen gut finden werden».

Mit ganz besonderer Wärme trat die Kuratel in demselben Schreiben für die Creierung eines Lehrstuhls für die Naturwissenschaften ein, «da die Kenntniss der Natur des Landes, das man bewohnt, für jeden Bürger aus jedem Stand, gleichsam die Grundlage zu der Geschichte und allen nuzlichen Kenntnissen sey . . . und in den Händen des forschenden Bürgers den Weg zu den herrlichsten Aussichten, zu Quellen wahren Glücks, für's

¹ K. M. p. 90 ff.

gemeinschaftliche Vatterland öffnen könne». «Und besonders hier in Bern» — heisst es weiter — «scheint diese Wissenschaft sehr nothwendig, da sowohl die Oberfläche des Landes, als das innere der Gebirge, Helvetien vielfältige sowohl physikalische als mineralogische Vortheile hoffen lassen, die wahrscheinlich bisher wegen Mangel dieser zu wenig ausgebreiteten Wissenschaft, weder geachtet noch benutzt worden.»

In Bezug auf die Zeit der Creierung waren die Kuratoren geteilter Meinung: die einen wünschten den Stuhl sofort zu errichten und die verfügbar gewordene Besoldung des abgegangenen Prof. Walther dem zu Wählenden zuzuwenden, die andern wollten bis Ablauf der Probejahre, also noch drei Jahre zuwarten.

Weder der eine noch der andere Vorschlag führte zu einem Resultat: die ganze Angelegenheit verlief im Sand.

So endigte das erste Schuljahr des Politischen Instituts. Dasselbe war von 24 Schülern besucht worden, wovon 7 dem obern, 17 dem untern Curriculum angehört hatten; die Zahl der Auditoren, die nicht immatrikuliert worden waren, war auf 33 angewachsen.

Das zweite Schuljahr begann den 12. November 1788, nachdem es den Tag zuvor mit einer Eröffnungsrede von Prof. Wilhelmi inaugurirt worden war.

Die Vorlesungen am obern Curriculum erfuhren für den Winter 1788/89 einen erfreulichen Zuwachs. Zunächst wurden zwei Vorlesungen über Kameralwissenschaften angefügt¹ und zwar speciell über Technologie

¹ K. M. p. 86, 87 u. 97.

und Landwirtschaft. Herr Victor Effinger, des Rats-herrn Sohn,¹ hatte sich freiwillig dazu anerbotten und sein Anerbieten war von den Behörden mit Dank angenommen worden.

Des Fernern wurden zwei Stunden für Experimental-physik² angesetzt, die nur für die Schüler des Politischen Instituts berechnet waren. Prof. Tralles hatte sich für diese Vorlesungen ebenfalls freiwillig anerbotten; dem Charakter des grossen Gelehrten gereicht es zur Ehre, dass er auf den Rüffel, den er vom Präsidenten des Kuratoriums erhalten,³ in dieser Weise antwortete. Die Vorlesungen erstreckten sich über die Lehre von der Luft, dem Feuer, der Elektrizität und dem Magnetismus samt den dahin einschlagenden Vorkenntnissen.

Die vaterländische Geschichte wurde im Winter 1788/89 nicht berücksichtigt: im Stundenplan sind für Prof. Kuhn nur zwei Stunden vaterländisches Recht verzeichnet. Es steht aber fest, dass er überhaupt diesen Winter nicht gelesen hat,⁴ was schon aus folgender Eintragung im Manual der Kuratel (Sitzung vom 2. Mai 1789) hervorgeht:

«Bei wiederhergestellter Gesundheit H. Prof. Kuhns, thate derselbe bei Mnhgh. die Einfrage über welche der ihm zu docieren aufgetragenen Wissenschaften Sie befehlen dass er künftigen Winter lesen solle; sein Plan gehe dahin 1. mit dem vatterländischen Privatrecht das vatterländische Lehenrecht, 2. und mit der vatterländischen Geschichte, das helvetische Staatsrecht zu verbinden; zu welchen zweyen verbundenen Wissen-

¹ Geb. 1763 hatte V. Effinger in Göttingen die Rechte studiert; 1803 wurde er Mitglied des Grossen Rats.

² K. M. p. 88 und 89.

³ Siehe oben p. 97.

⁴ K. M. p. 110.

schaften, er zu jeder einen Cursus erforderlich halte. Demnach haben Mehgh. Curatoren dem H. Prof. Kuhn aufgetragen über das vatterländische Privatrecht verbunden mit dem hiesigen Lehenrecht, künftigen Winter zu lesen.»¹

Kuhn wollte, bevor er seine Vorlesungen über vaterländische Geschichte begann, die dazu notwendigen archivalischen Studien machen und wünschte zu dem Ende die Erlaubnis, im bernischen Staatsarchiv Auszüge machen zu dürfen.² Die Kuratel machte den Wunsch des Gelehrten zum ihrigen und that die nötigen Schritte. Ihre

¹ Der Krankheit Kuhns gedenkt auch Prof. Wilhelmi in seiner Inauguralrede, indem er am Schluss derselben mit demonstrativer Anspielung auf die Heimlicher-Mahnung sagt:

«Ein neues Denkmal Ihrer stets fortgesetzten Absichten haben Sie» (nämlich die angeredeten Kuratoren) «uns im Vergangenen gegeben; da Sie unsre Hörsäle mit einem neuen öffentlichen Lehrer bereichert und dadurch den Kreis unsrer Arbeiten in einem wichtigen Theil derselben erweitert haben; indem Sie den Herrn Bernhard Friedrich Kuhn zu einem Professor der Rechte und der Helvetischen Geschichte mit dem Beyfall und Gutheissen Unsrer Gnädigen Herren und Oberen erwählt haben. Er ist noch nicht unter uns; Krankheit und geschwächte Kräfte halten ihn noch von uns und der Arbeit zurück! Bald aber wird er, so hoft er, (und wer wünscht es ihm nicht von Herzen?) seine Arbeit anfangen, und dann wird er mit Fleiss und Eifer das so gegründete, als gerechte Vertrauen, das sowohl seine Hohe Obrigkeit, als seine Oberen auf ihn gelegt, vollenden und unsere Erwartungen erfüllen, die wir alle von ihm haben. Wir hoffen es von seiner schon erlangten Wissenschaft, von seinen uns bekannten Fähigkeiten, wir hoffen es von seiner Jugend. In den frühen Jahren seines Lebens zum Besten seines Vaterlands zu einem so wichtigen Theil der Erziehung der Jugend berufen werden, als derjenige ist, der diesem neu erwählten Herrn Professor nun anvertraut worden, heisset zu dem Glück und dem Wohlseyn desselben besonders und vorzüglich aufgefordert seyn. Diese Empfindung glauben wir bey diesem jungen Manne anzutreffen, und diese ist uns das sicherste Pfand eines glücklichen Erfolgs. Diesen wünschen wir ihm alle, und ich besonders, der ich an das Ende der Laufbahn gelangt bin, die er jetzt antrittet.»

² Man. der Archiven-Kommission II, p. 254.

Eingabe an die Räte zeugt von der hohen Auffassung, die sie von der Geschichte hatte, und belehrt uns am besten, wie sie die Schweizergeschichte an dem ihrer Hut anvertrauten Institut gelehrt wissen wollte:¹

«Vortrag an Megh. die Rätche: — Eine der Wissenschaften welche Herr Prof. Kuhn im politischen Institut vorzutragen hat ist die vatterländische Geschichte verbunden mit dem helvetischen Staatsrecht; eine Wissenschaft über die Uegh. verschiedene Mahle den Wunsch geäußert haben, dass die hiesige Jugend darinn grundlich unterrichtet werden möchte.

So sehr Mehgh. die Curatoren des pol. Instituts von dem Nuzen und der Nothwendigkeit dieser Wissenschaft für Republikaner und junge Berner überzeugt sind; so wenig können Wohldieselben E. G. bergen dass unsere gedruckten vatterländischen Geschichtbücher äusserst unvollständig seyen, vielfältige fabelhafte Erzählungen enthalten, die einen Thatsachen versetzen, von einander verschiedene öfters vermengen, andre unter unrichtige Data bringen; und dass die neueren Geschichtschreiber in vielem die Fehler der älteren getreulich abgeschrieben haben; daher ein akademischer Vortrag der sich auf unsere vatterländischen Kroniken gründen würde, der hiesigen Jugend von äusserst geringem Nuzen sein müsste. Soll hingegen diese Wissenschaft in ihrer wahren edlen Gestalt vorgetragen werden, so muss man den Quellen nachspühren welche das wahre vom falschen und fabelhaften unterscheiden. Diess sind die uralten Kauf- und Tauschbriefen um Ländereyen, Herrschaften, Lehensgerechtigkeiten im Kanton; die Freyheitsbriefen und Bestäthigungen derselben, der verschiedenen Städten und Landschaften, Marchbriefen, Verglieche, Bünde, Stiftungen der Klöster, Vergabungen an dieselben, deren Jahrszeitbücher etc. Einzig durch Kentniss und Entgegenhaltung derselben, kan man hoffen etwas ächtes historisches über unser Vatterland herauszubringen.

¹ K. M. p. 96 ff.

Damit nun dieser grosse Zweck erreicht, und dem hohen Intent Mrgh. und Oberen entsprochen werde; nemmen Mehgh. die Curatoren die ehrerbietige Freyheit von E. G. auszubitten, dass dem H. Prof. Kuhn, als einem bescheidenen rechtschaffenen und fähigen Mann, der Zutritt zu den Staatsarchiven gestattet, und ihme vergönt werden möchte, aus den dortigen Dokumenten, die zu seiner Wissenschaft nöthigen Auszüge verfertigen zu dürfen; wobey derselbe sich jedoch verpflichten würde ohne Bewilligung seiner Oberen weder mittelbar noch unmittelbar, nicht das geringste davon zum Druk befürdern zu lassen.»

Der Bitte Prof. Kuhns, zum Behufe seiner historischen Studien den Zugang zum bernischen Staatsarchiv zu erhalten, wollte die Regierung nicht ohne die ihr gut scheinenden Vorsichtsmassregeln willfahren. Nach einem Gutachten der Archivenkommission und nachdem diese für Herrn Kuhn und alle, die in Zukunft mit ähnlicher Bitte an die Behörde gelangten, eine besondere Eidesformel ausgearbeitet hatte, sollte der Petent nur unter der Bedingung nach Abschwörung des ihm vorgelegten Eides zu den «Schlafbüchern» in den Kanzlei-Archiven und den Dokumenten im Registraturgewölbe Zutritt erhalten, dass er erst von der Archivenkommission die Entscheidung einhole, welche Schriften er überhaupt benutzen dürfe oder nicht, sodann dass er nur in Beisein eines beeidigten Angestellten von denselben Abschriften anfertigen dürfe und diese mit dem betreffenden Angestellten zu kollationieren habe.¹

¹ Es verging fast ein Jahr, bis in diesem Handel, der uns die Anschauungen der Regierung in Sachen in drastischer Weise zeigt, das letzte Wort gesprochen war. Am engherzigsten zeigte sich die Archivenkommission, die in ihrer Antwort auf die Aufforderung der Regierung vom 16. Mai 1789 das Gesuch Kuhns zu be-

Ob durch die in solcher Weise verklauselierte Erlaubnis dem eifrigen Gelehrten die Lust nicht vergangen ist, die «schlafenden» Bücher für seine Wissenschaft zu

gutachten und eventuell eine Eidesformel zu verfassen, sagte (den 3. Juli 1789; Arch. Komm. M. II, p. 256 ff.):

«Da ungeachtet alles Zutrauens so mann zu des H. Professor Kuhn Vorsichtigkeit hat, mann jedenoch niemals versichert seyn kan, dass Extracten und Abschriften aus wichtigen Documenten nicht etwann verlegt, oder früh oder spät in andere, ja vielleicht in solche Hände fallen könnten, wo mann davon einen nachtheiligen Gebrauch machen, ja sogar sich derselben gegen den h. Stand und desselben Lehens- oder andere Gerechtigkeiten bedienen könnte; So glauben Mehgh. hinreichend, wenn dem H. Kuhn der Eintritt in die Oberk. Archiv gesattet würde, um in Durchlesung der darinnen sich befindlichen Schriften sich zu belehren, seine in Vatterländischen Sachen bereits habende Kenntnisse zu verificiren und zu vervollkommen, auch Nammen und data ad notam nemmen zu können; Andere Extracten oder selbst Abschriften aber keine zu machen.»

Die Eidesformel, die die Kommission vorschlug und die der Tägliche Rat annahm, lautet:

«Eyd
derjenigen denen der Zutritt in die Oberkeitl. Archif
gestattet wird.

Schwerend dieselben der Stadt Bern Treu und Wahrheit zu leisten, derselben Nuzen zu fürdern und Schaden zu wenden: Ohne eines Herren Staatsschreibers Bewilligung von einichen Schriften weder für sich selbst noch jemand anders Abschriften, Extracten und Auszüge zu machen, überhaupt sich aller Verschwiegenheit zu befleissen. Keine Schriften aus denen Archifen zu tragen, den Schlüssel so ihnen vertrauet wird, niemanden anders zu geben, auch keine Persohnen in das Gewölb zu führen die nicht den Eyd beschworen; Alle Gefehrd vermitten.»

Die Ratserkenntniss vom 15. September 1789 (Arch. Komm. M. II, p. 260 ff.) lautet: «Dass dem H. Kuhn der Access in die Oberkeitlichen Archiv, unter Abschwörung abschriftl. beyliegenden heute in Aufhebung des alten, von Mngh. genehmigten neuen Eydes, für alle diejenigen, denen der Zutritt in die Oberkeitl. Archiv gestattet wird, vergönt seyn solle, dabey dan in Betref desselben besonderem Begehren verordnet: dass er H. Kuhn angewiesen seyn solle, wann er Extracten oder Abschriften von Documenten nöthig hätte,

befragen? Thatsache ist, dass er nicht nur im Winter 1789/90, sondern auch noch das darauffolgende Schuljahr nur über das vaterländische Privatrecht las in vier wöchentlichen Stunden, der in Aussicht gestellte

es seye aus denen in den Kanzley Archiven sich befindenden Schlafbüchern, oder aber von Documenten, die in dem Registraturgewölb ligen, und unter der Specialaufsicht und Verantwortung eines bestellten deutschen Herrn Ober Commissarii sich befinden, er vorerst das Verzeichniss der zum extrahieren oder Abschreiben ihm nöthigen Schriften Euch Mnhwh., als denen die Ober Aufsicht über semtliche Archiv von Mngh. und Oberen übergeben ist, vorlegen, und von Euch erwarten solle, wovon ihm Abschriften zu ziehen werde bewilliget werden, mit der fernerer Vorschrift, diese ihm von Euch Mnhwh. zu ziehen bewilligten Abschriften im Beyseyn eines zu der Hut des Archivs beeydigten zu verfertigen, und mit demselben zu collationieren; dessen dann Euch Mnhwh. berichten, und freundlich auftragen wollen, Aufsicht zu halten, dass diesem Mrgh. Wille ein Genügen geschehe.»

Mit einem besondern Zettel wurde der Staatsschreiber, der dem Herrn Kuhn den auf sein Anmelden hin mitgetheilten Eid «intimieren» sollte, ermahnt, «auch Aufsicht zu halten, dass keine Abschriften als mit Genehmigung Mrhwh. der Archiven-Kommission, nach Vorschrift des daherigen Dekrets, von ihm verfertiget werden.» — An Professor Kuhn sollte die betreffende Mitteilung durch die Kuratel geschehen, doch ist sie merkwürdigerweise in deren Manual nicht eingeschrieben. In der Archivenkommission wurde die Entscheidung der Regierung erst den 17. März 1790 entgegen genommen(!) und den 3. April 1791 an den Teutschen Ober Commissarium Wyss folgender Zettel ausgefertigt: «Was dann die Art betrifft, wie H. Professor Kuhn die Archif — in eurer tit. Verwahrung — besuchen möge, so bleibt es lediglich bey daheriger Raths Erkenntniss so dass er ohne Euer, oder eines H. Archivarii Beiseyn nicht ins Gewölb gehen sell; wohl aber können ihm in eurem tit. Bureau die würklich verfertigten Inventaria communicirt werden, um sich darinn zu erschauen, was er nötig und nützlich finde einzusehen; da dann ihm die verlangenden Subsidia vorgewiesen werden mögen, um nach der erhaltenen Bewilligung solche zwekmässig zu benutzen, wie zu thun Ihr tit. nach anwohnender Klugheit bestens wissen werdet.»

Darnach hat sich wohl Kuhn beim Ober-Kommissarius gegen die Ratserkenntnis beschwert, aber — vergeblich!

zweite Kursus also über vaterländische Geschichte und Helvetisches Staatsrecht nicht zu Stande kam.

In der Untern Klasse wurde der Deutsch-Unterricht von vier auf drei Stunden reduziert¹ «in Betracht der Verdiensten des H. Risolds und seiner äusserst beschwerlichen Arbeit» und ihm ans Herz gelegt, «dass er besonders auf dem laut lesen und den nöthigen Beugungen der Stimme, wie auch bey den schriftlichen Aufsätzen auf der Correction der Sprachfehler halten möchte».

Die Stunden des lateinischen Hilfslehrers wurden so eingerichtet, dass er in zwei wöchentlichen Lektionen mit seinen Schülern denjenigen prosaischen Autoren mit Rücksicht auf Grammatik und Worterklärung behandeln sollte, welchen Prof. Risold sodann nur sachlich erklärte; die übrigen drei² Stunden hatte er der Erklärung einer Grammatik und schriftlichen Uebungen zu widmen.

So wurden denn für das Schuljahr 1788/89 folgende Vorlesungen angekündigt:

1) für die untere Klasse.

3 Std.	Religion.	<i>Pfarrer Rengger.</i>
2 »	Sachliche Erklärung eines lat. Poeten.	{ <i>Risold, prof. linguarum.</i>
2 »	» » » » » Prosaikers.	
1 »	Deutsche Sprachlehre.	
2 »	» Sprachübungen.	
2 »	Universalgeschichte.	{ <i>Rudolf, prof. eloquentiae.</i>
1 »	Statistik.	
3 »	Philosophie (Psychologie und Logik).	<i>Ith, prof. philosophiae.</i>

16 Stunden, des Morgens von 8—10 oder 8—11 Uhr.

¹ K. M. p. 88.

² Im Manual der Kuratel p. 85 heisst es fälschlich zwey; in der Stundentabelle p. 99 sind richtig drei angegeben.

Dazu kamen noch für die schwächern Lateiner:

5 Stunden von 11—12 Uhr.

Cand. Rubin.

2) für die obere Klasse.

1 Std. Religion.	<i>Pfarrer Rengger.</i>
2 » Moralphilosophie.	<i>Wilhelmi, prof. ethices.</i>
4 » Allgemeines Staatsrecht. ¹	<i>Tscharner, prof. juris.</i>
2 » Vatterländisches Recht.	<i>Kuhn, prof. juris patrii</i> (nicht gelesen).
1 » Technologie.	} <i>Victor Effinger.</i>
1 » Oekonomie.	
2 » Experimentalphysik.	<i>Tralles, prof. matheseos.</i>

13 Stunden, des Morgens von 8—10 oder 8—11 Uhr, die Physik von 3—4 Uhr.

Das untere Curriculum besuchten 21 und das obere 13 Schüler; die Zahl der Auditoren betrug wiederum 33.

Das dritte Schuljahr 1789/90 eröffnete Prof. Kuhn den 10. November mit einer Inauguralrede. Es brachte keine namhaften Veränderungen mit sich, weder im Lehr- noch im Stundenplan; wir bemerken einzig, dass in Veränderung der Methode, welche man für den Unterlehrer des Lateinischen bestimmt hatte, die Kuratel erkannte, «dass H. Rubin jeweilen den vorhergehenden Tag den Author und zwar die gleichen Sprüche desselben mit seinen Auditoren grammatikalisch überseze, so Hr. Risold mit denselben den folgenden Tag philologisch übersezen wird: denne Exercitia Stilj halten möchte».

¹ Die Uebungen im gerichtlichen Vortrag fielen aus.

Die Vorlesungen waren:

1) für die untere Klasse.

3 Std.	Religion.	<i>Pfarrer Rengger.</i>
2 »	Sallust.	} <i>Risold, prof. linguarum.</i>
2 »	Vergil, 6. Buch der Aeneis.	
1 »	Deutsche Sprachlehre.	
2 »	» Sprachübungen.	
2 »	Universalgeschichte.	} <i>Rudolf, prof. eloquentiae.</i>
1 »	Statistik.	
3 »	Philosophie (Geschichte der Menschheit).	<i>Ith, prof. philosophiae.</i>

16 Stunden, des Morgens von 8—10 oder 8—11 Uhr.

Dazu für die schwächern Lateiner:

5 Stunden von 11—12 Uhr. *Cand. Rubin.*

2) für die obere Klasse.

1 Std.	Religion.	<i>Pfarrer Rengger.</i>
2 »	Moralphilosophie.	<i>Wilhelmi, prof. ethices.</i>
3 »	Theorie des bürgerl. Rechts.	} <i>Tscharner, prof. juris.</i>
1 »	Uebungen im gerichtl. Vortrag.	
4 »	Vatterländ. Privatrecht.	<i>Kuhn, prof. juris patrii.</i>
2 »	Polizeywissenschaft.	<i>Victor Effinger.</i>
2 »	Experim. Physik.	<i>Tralles, prof. matheseos.</i>

15 Stunden, des Morgens von 8—10 oder 8—11 Uhr; die Cameralia von 11—12, die Physik von 3—4 Uhr.

Die Frequenzzahlen sind im Manual der Kuratel nicht nach den curricula verzeichnet, wie für die vorgehenden Jahre; es waren 28 ordentliche und 55 ausserordentliche Auditoren.

Das vierte Schuljahr 1790/91 wurde den 16. November mit einer Inauguralrede von Prof. Tscharner eröffnet; es hatte verschiedene Veränderungen im Lehrkörper im Gefolge. Für Herrn Pfarrer Rengger trat

wegen dessen schwächerer Gesundheitsumstände als Vicarius für den Winter 1790/91 Herr Helfer Mesmer ein.¹ Herr Kandidat Rubin wurde nach dessen Resignation und Ausschreibung seiner aufgehabten Stelle im Avisblatt durch Herrn Provisor Schärer² ersetzt. Die Kuratel mag seinen Weggang nicht allzu sehr bedauert haben; des öftern hatte man die Eltern seiner Schüler bitten müssen, sie möchten dieselben zu fleissigerm Besuch der Lateinstunden anhalten und bei der Wahl Herrn Schärers wurde Landvogt Manuel ersucht³, «diesen Lehrer seinen Auditoren vorzustellen und sie zu mehrerer Achtung und Gebühr als im vergangenen zu vermehren.»

Die Wahl Rudolf Schärers schien eine sehr glückliche zu sein. Der junge Mann, der 1779 ad ministerium promoviert worden war, hatte anno 1784 bei der Konkurrenz für das griechische Katheder in Lausanne «respondendo und opponendo Beredsamkeit und viele Sprach- und Sachkenntnisse gezeigt» und war infolgedessen 1785 zum Provisor an dem untern Curriculum der Litterarschule und 1787 am obern Curriculum derselben gewählt worden. Das folgende Jahr hatte er im Auftrag der Behörde eine lateinische Grammatik herausgegeben, für die ihm das besondere Wohlgefallen aller Mitglieder des Schulrats ausgesprochen worden war; im Mai 1793 sodann wurde er zum prof. hebraicus an der Akademie erwählt.⁴

Dass dieser Gelehrte sich dazu herbeiliess, am Politischen Institut als Unterlehrer des Lateinischen die jungen Leute für jede Stunde des Oberlehrers grammatikalisch vorzubereiten, scheint wiederum von dem grossen

¹ K. M. p. 104.

² K. M. p. 107.

³ K. M. p. 108.

⁴ Sch. R. M. XIV, p. 69, 85, 314; XV, p. 22, 361.

Interesse, das die damalige bernische Gelehrtenwelt am Politischen Institute nahm, sowie nicht minder von ihrem Opfersinn zu zeugen und in diesem Sinn wird die Kuratel das Anerbieten Schärers auch aufgefasst haben. Aber es zeigte sich (cf. Beilage 2, Schluss von 2 und 3), dass man sich hierin getäuscht hatte und dass Schärer den Unterricht im Institut nur als Nebensache betrachtete.

Eine andere junge Kraft trat in derselben Zeit in den Lehrkörper des Politischen Instituts, der Aarauer Johann Georg Fisch, in der Folgezeit allbekannt als Sekretär des helvetischen Ministers der Künste und Wissenschaften. Es war nämlich im Oktober 1790¹ die Pfarre zu Siselen an Professor Wilhelmi vergeben worden und nun wurde von der Kuratel den 16. November 1790 bestimmt,² dass der Candidatus Fisch in den Riss treten solle und «wöchentlich im Institut zwey Stunden über seinen sorgfältigst ausgearbeiteten Cursus betreffend die Encyclopedie der Wissenschaften zu lesen» habe. An Stelle der Moralphilosophie im Obern Curriculum trat also Encyklopädie der Wissenschaften. Die Kuratel gab dem Kandidaten Fisch diesen Lehrauftrag, weil Fisch schon seit dem Dezember 1789 die akademischen Funktionen Wilhelmis infolge dessen schlechter Gesundheitsumstände versehen hatte,³ wie er denn auch von der Regierung den 24. November 1790, also kurz nach seiner Ernennung durch die Kuratel, zum Vicarius Wilhelmis mit Sitz und Stimme im Untern Schuljahr erwählt wurde.⁴

Etwas jünger als Rudolf Schärer (er hatte im Frühjahr 1785 die Einsegnung erhalten), hatte er mit diesem

¹ Sch. R. M. XV, p. 169.

² K. M. p. 104.

³ Sch. R. M. XV, p. 119.

⁴ Sch. R. M. XV, p. 174

1784 bei der Erledigung des griechischen Katheders in Lausanne disputiert, nachdem er vom Schulrat auf den Wahlzettel gesetzt worden war. Das Urteil dieser Behörde über seine Disputation lautet:¹

«Joh: Georg Fisch S. Theol: Ist ein Jüngling von vieler Hofnung, der das griechische Studium besonders treibt, und sich darin vortheilhaft gezeigt hat. Nebst dem zeugten alle seine Proben von einem philosophischen Kopfe; so dass er wegen seinem Fleiss, seinen Talenten und wirklich erworbenen Kenntnissen allerdings verdient, E. G. bestens empfohlen zu werden.»

Die politische Jugend durfte sich freuen, diesen jungen Mann zu ihrem Lehrer zu erhalten. Fügen wir noch hinzu, dass auch Herr Helfer Mesmer nicht unbekannt war.

Seit dem Winter 1787 hatte er an der Akademie freiwillig Vorlesungen über Pastoraltheologie gehalten, über deren Vortrefflichkeit und Nützlichkeit Studenten und Behörden sich in unzweideutigem Sinne ausgesprochen haben. Die Regierung hatte ihm erst eine Gratifikation von 80, dann von 100 Kronen zugesprochen, da er mit seiner Thätigkeit eine längst empfundene Lücke ausfüllte. Im Winter 1790/91 setzte er dieselben fort.²

Nach dem Mitgetheilten wurden im Winter 1790 auf 1791 folgende Vorlesungen gehalten:

1) für die untere Klasse.

3 Std. Religion.	<i>Helfer Mesmer.</i>
2 » Sallust.	} <i>Risold, prof. linguarum.</i>
2 » Horaz, Oden	
3 » Deutsche Sprachübungen u. Sprachlehre.	

¹ Sch. R. M. XIV, p. 69.

² Sch. R. M. XV, p. 17, 19, 73, 75, 141, 145, 212.

- | | |
|---|-----------------------------------|
| 3 Std. Statistik. ¹ | <i>Rudolf, prof. eloquentiae.</i> |
| 2 » Philosophie (Theoretische u. praktische Seelenlehre). | <i>Ith, prof. philosophiae.</i> |
- 15 Stunden, des Morgens von 8—10 oder 8—11 Uhr.

Dazu für die schwächern Lateiner:

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| 5 Stunden von 11—12 Uhr. | <i>Provisor Schärer.</i> |
|--------------------------|--------------------------|

2) für die obere Klasse.

- | | |
|--------------------------------------|----------------------------------|
| 1 Std. Religion. | <i>Helfer Mesmer.</i> |
| 2 » Encyclopädie der Wissenschaften. | <i>Cand. Fisch.</i> |
| 4 » Staatsrecht. | <i>Tscharner, prof. juris.</i> |
| 4 » Vatterländisches Privatrecht. | <i>Kuhn, prof. juris patrii.</i> |
- 11 Stunden, des Vormittags von 8—10 oder 8—11 Uhr.

Die Cameralia wurden in diesem Winter nicht mehr gelesen, die Experimentalphysik ist, wie die Mathematik, zu den öffentlichen Vorlesungen geschlagen.

Die Zahl der ordentlichen Schüler betrug 29, der ausserordentlichen 51.

Mit dem Schluss des Schuljahres 1790/91 war die 4jährige Probezeit des Instituts zu Ende gegangen. Schon vor Ablauf derselben hatte die Kuratel ein Memorial, von den Professoren Tscharner und Ith verfasst, über die bisherigen Erfolge des Instituts samt Vorschlägen zu dessen künftiger Einrichtung, den Räten eingegeben. Diese fertigten den 29. Juni 1791 an die Kuratoren des Politischen Instituts folgenden Zettel aus:²

«Weil die 4 Jahre Probzeit für das politische Institut dermahlen zu End geloffen, und zu desselben

¹ Früher las er neben einer Stunde Statistik zwei Stunden Universalgeschichte.

² K. M. p. 108.

Beybehaltung oder Abschaffung Euer Mrhwh. Vortrag vor Megh. die Räth gelangt ist; so haben Megh. und Obere auf die von Mmhgh. Amtschultheissen gethane Einfrage befunden dass wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes diese Sache nach Martini Hochdenselben wieder vorgetragen, und indessen der daherige ausführliche Vortrag zur Einsicht Mrgh. in die Kanzley gelegt werden solle; dabey aber verordnet dass dieses Institut einstweilen noch während dem Lauf des künftigen Winters auf dem bisherigen Fuss sein Verbleiben habe.

Dessen Ihr Mehwh. berichtet werdet, mit dem Ansinnen die nöthigen Anstalten zum ferneren besten Erfolg des Instituts von Euch aus vorzukehren. Actum coram 200. d. 29. Junij 1791.»

Den Kuratoren war es nun vor allem darum zu thun, Herrn Professor Kuhn, der nur bis zum Ablauf der Probezeit gewählt worden war, zur Fortsetzung seiner Vorlesungen für den kommenden Winter zu gewinnen. Zu dem Ende wurde der Präsident der Kuratel gebeten, sich mit Kuhn zu unterreden.¹

Dieser hatte wohl die Absicht, dem Institut treu zu bleiben. Schon im Juni (das Datum ist nicht genauer festzustellen) hatte er sich an die Regierung gewendet mit einer Bittschrift,² «dass ihm Siz und Stimm in dem Accademischen Schul Rath ertheilt und seine Pension vermehrt werden möchte, damit er seine Stelle noch ferners ohne einichen Verlust für ihn bekleiden könne». Ordnungsgemäss hatte der Tägliche Rat den Schulrat (den

¹ Der Vorsitzende der Kuratel war jetzt der Venner v. Jenner, der den 7. März 1791 Schulratspräsident geworden war (Sch. R. M. XV, p. 203). Die Sitzungen vom 18. September 1790 bis zum 22. Dezember 1790 hatte Alt Welsch-Seckelmeister von Mülinen präsiert, der seinen Vorgänger v. Frisching den 30. Juni 1790 auf dem Präsidentenstuhl des Schulrats abgelöst hatte. (Sch. R. M. XV, p. 157).

² R. M. 415, p. 242.

25. Juni 1791) aufgefordert, sein Gutachten darüber abzugeben, ob der Petent unter die Mitglieder des Schulrats aufzunehmen sei, und ferner die Vennerkammer gebeten, mit Zuthun der Kuratoren des Politischen Instituts zu untersuchen, ob Kuhns Pension zu vermehren sei.

Es war wohl Kuhn weniger darum zu thun, Mitglied des akademischen Schulrates zu werden und die Angelegenheiten der Akademie und der Litterar- und der Kunstschule mitberaten zu können, als vielmehr durch die anbegehrte Ehrenstelle¹ mit Sitz und Stimme in die Kuratel des Politischen Instituts zu gelangen und in derselben Stellung wie seine Kollegen, die Professoren der Akademie, seinen Einfluss auf die Gestaltung der Schule nach Ablauf der Probezeit ausüben zu können.

Schon zwei Tage nach der Sitzung der Kuratel vom 2. Juli behandelte der Schulrat die ihm gewordene Frage. Einmütig beantragte er, dass Professor Kuhn als Mitglied des Schulrats anerkannt werden möchte.²

¹ Nach § 1 des ersten Titels der «Einrichtung» hatten, wie wir oben p. 93 gesehen, diejenigen Lehrer, «welche zugleich Professoren in der Akademie oder Mitglieder des Schulraths» waren, Sitz und Stimme in der Kuratel.

² Sch. R. M. XV, p. 230: «Befinden an Megh.: — Zufolg E. G. Auftrags vom 25 Junij lezthin, sollen Mehgh. die S. R. Hochdenselben ihr Befinden erstatten, ob dem H. Prof. Kuhn Siz und Stimm im Schulrath zu ertheilen seye.

Obschon Mehgh. im Ganzen betrachtet der allzustarken Vermehrung des Schulraths nicht besonders geneigt sind; so glauben Sie jedoch dem Prof. juris Patriæ gehöre allerdings darinn eine Stelle. Einmüthig stimmen daher Mehgh. dahin: dass E. G. den Herrn Kuhn als Prof. Juris Patriæ zu einem Mitglied des S. R. anerkennen möchten, und freuen sich einen Mann von den Kenntnissen und dem Charakter desselben zu ihrem Mitarbeiter zu erhalten.

In voller Ueberzeugung aber seiner grundlichen und ausgebreiteten Gelehrsamkeit wünschten Mehgh. dass derselbe auch in

Sein Befinden wurde von der Regierung in deren Sitzung vom 6. Juli auf die Seite gelegt, damit darüber beraten werde, sobald auch das Befinden der Vennerkammer über die gewünschte Besoldungserhöhung eingelangt sei.

Dass Kuhn auch Erhöhung seiner Pension wünschte, ist an und für sich freilich begreiflich genug. Er wird zwar nicht mehr gewünscht haben und nicht mehr haben wünschen können, als was seine Kollegen an der Akademie erhielten, deren Besoldung den 6. Dezember 1786¹ nebst freier Behausung auf 600 Kronen in Geld oder in Geld und Naturalien normiert worden war, wozu noch kamen «7 Klafter buchiges und 4 Klafter tanniges Holz und 1½ Fuder Turben, jedoch mit Kosten für Aufmacherlohn und Fuhr, denne an Accidentien jährlich 3 Wastelen, bey der Mushafen Musterung 33 Bz. — Strohgeld 15 bz. — 6 Mas Wermuthwein, ¼ Ms. Senf von Aehlen, 2 Körblein Trauben». Aber dieses sein Verlangen ist uns insofern unbegreiflich, als er schon vorher sich um das Fürsprecheramt coram ducentis beworben hatte und den 6. Juli 1791 von der Appellationskammer als Fürsprech vor Räth und Burger beeidiget wurde, infolgedessen also keine Brotsorgen mehr hatte.²

seinem Kehr das zwar etwas beschwerliche allein ehrenhafte Rektorat übernehmen und sonst sich des übrigen beladen möchte was einem Mitglied des Schulraths das nicht im Convent sitzt, obliegt».

¹ Sch. R. M. XIV, p. 216, 218, 250.

² Da das Datum der Ernennung Kuhns zum advocatus coram 200 durch die Räte mit dem von Blösch in seiner Biographie Kuhns p. 5 gegebenen nicht stimmt und um zugleich zu zeigen, welches Ansehen Kuhn damals bereits allgemein genoss, gebe ich hier die betreffenden Akten, zunächst den Vortrag der deutschen Appellationskammer der Stadt Bern vom 28. Mai 1791 (deren Manual No. 48, p. 302) an die Räte: «Würdige und nützliche Bürger der

Nun steht im Protokoll der Kuratelsitzung vom 30. August 1791 Folgendes:

«Herr Professor Kuhn resignierte seine Stelle.

Ungeacht aller an H. Kuhn gemachten Vorstellungen einmal noch künftigen Winter nach dem allgemeinen Wunsch der Curatel seine Vorlesungen fortzusetzen, beharrete derselbe auf seinem Entschluss.»

Da bis zu diesem Datum im betreffenden Manual der Vennerkammer über die Angelegenheit Kuhn kein einziges Wort steht, die Sache demnach auch nicht von den Räten behandelt werden konnte, so dürfen wir wohl schliessen, Kuhn habe deshalb resigniert, weil er annehmen zu müssen glaubte, sein Gesuch um Gehaltserhöhung werde ihm nicht gewährt oder weil er sich durch die Verschleppung der Sache in der Venner-

Oberkeit vorstellen zu können, ist eine Freude, die gegenwärtig die hohe D. Appellationskammer geniesst.

Herr Bernhard Friedrich Kuhn, Professor der vaterländischen Rechte am politischen Institut, widmete sich schon seit langer Zeit dem Studium der Rechtsgelehrtheit, und bildete sich durch Fleiss und Anleitung der besten hiesigen Herren Rechtsgelehrten in dieser Wissenschaft so aus, dass ihm durch das Zutrauen seiner Obern die Professorstelle der vaterländischen Rechte angetragen wurde, die er seit 3 Jahren zum Nutzen und Vortheil aller derjenigen bekleidete, die seine Vorlesungen besuchten.

Da er gegenwärtig den Wunsch äusserte, in die Klasse der Herren Fürsprecher vor dem höchsten Gewalt aufgenommen zu werden, und zu dem Ende die vorgeschriebenen Proben ablegen wollte, so haben Mehgh. ihn nicht nur derselben vollkommen dispensirt, indem Wohldieselben bey jedem Anlass seine Geschicklichkeit, Rechtschaffenheit und unermüdeten Fleiss genugsam erprobt; sondern ergreifen mit wahrem Vergnügen den Anlass E. G. denselben mit ganzem Zutrauen zu empfehlen, indem Mehgh. schon im voraus des Vortheils versichert sind, den die höhere Advokatur durch diesen Zuwachs machen muss.»

Den 4. Juni 1791 schon nahmen die Räte Professor Kuhn in die Zahl der Fürsprecher coram 200 auf mit folgendem Zettel

kammer, die freilich sehr auffällig ist und mit der raschen Geschäftserledigung der bernischen Behörden nicht stimmt, beleidigt fühlte. Genug, die Kuratel des Politischen Instituts musste die Thatsache hinnehmen und konnte den herben Schlag, der dadurch ihre Anstalt traf, wie aus der mitgeteilten Notiz ihres Manuals hervorgeht, nicht mehr abwenden. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als dem scheidenden Lehrer, über dessen Tüchtigkeit seine heute noch vorhandenen Kollegienhefte am lautesten sprechen, den Dank für seine geleisteten Dienste schriftlich auszusprechen.

Die Kuratel hatte bei Festsetzung der Vorlesungen für den Winter 1791/92 noch mit weitem Schwierigkeiten zu kämpfen. Risold, der professor linguarum, war den 21. Februar 1791 zum professor græcus gewählt worden an Stelle des nach Siselen abgegangenen Professors Wilhelmi¹, infolgedessen die Oberlehrerstelle für Latein neu besetzt werden musste. Als Nachfolger Wilhelms hätte Risold am Politischen Institut die Moralphilosophie zu lesen die Verpflichtung gehabt, da ihm aber seine

an die Appellationskammer (R. M. 415, p. 68): «Auf das von Euch Mehwh. dem H. Professor Kuhn, Lehrer in dem hiesigen Politischen Institut, beygelegte gute Zeugniß von seiner vorzüglichen Geschicklichkeit und Rechtschaffenheit, wegen welcher Ihr Mehwh. denselben auch von allen Proben zu befreyen beliebt, haben Megh. den Herrn Kuhn nach seinem ehrerbietigen Ansuchen in die Zahl der Fürsprecher vor dem höchsten Gewalt aufgenommen, und gesinnen demnach freundlich an Euch Mehwh. denselben üblicher Massen in Eidespflicht aufzunehmen und unter die Herren Fürsprecher vor Räth und Burger einschreiben zu lassen.»

Dieser Zettel ist im Manual der Deutschen Appellationskammer (48, 333) unterm 6. Juli eingeschrieben; darnach steht folgende Notiz: «Woraufhin dem Herrn Fürsprech Kuhn die daherigen Pflichten sind vorgelesen worden, und er von Mnhgh. förmlich beeydiget wurde.»

¹ Sch. R. M. XV, p. 201.

neue Lehrstelle keine Zeit übrig liess, um den erforderlichen Kursus auszuarbeiten, so begehrte er für den folgenden Winter Urlaub am Institut.

Des fernern gab Professor Rudolf, der bis anhin am untern Curriculum Statistik und Universalgeschichte gelesen hatte, doch wohl infolge seines hohen Alters, seine Entlassung als Lehrer am Politischen Institut ein, und so waren denn auf einmal nicht weniger als drei Stellen vacant geworden.

An Stelle Kuhns¹ wurde den 9. September 1791 für den kommenden Winter zum Lehrer des bernischen Bürgerlichen Rechts Kaufhausverwalter Rosselet² gewählt und seine Besoldung auf 50 Louis d'or festgesetzt.

Für dieselbe Zeit wurde an Stelle Prof. Rudolfs zum Lehrer in der Geographie und Geschichte Pfarrer Emanuel Salchli zu Stettlen ernannt³ «unter dem ausdrücklichen Beding, dass er von Ungh. die Bewilligung den Winter in der Stadt zubringen zu dürfen, erhalte».

Für Wilhelmi trat vorläufig Prof. Ith ein; es lag das am nächsten, führte jedoch zu der unpädagogischen Massregel, dass beide Curricula für die Vorlesungen in der Philosophie zusammengezogen wurden.

Da nach dem Weggang Rudolfs und Wilhelms alle Kollegiengelder dem professor philosophiæ zugekommen wären, wurde beschlossen, dieselben für das kommende

¹ K. M. p. 112.

² Friedrich Rosselet war Doctor Juris Utriusque und Fürsprecher vor dem höchsten Gewalt, seit 1784 Kaufhausverwalter.

³ Salchli, des Professors Sohn, gehörte derselben Promotion an, wie sein Kollege Rosselet. 1781 war er vom Schulrat bei der Verledigung des philosophischen Katheders auf die Liste der Aspiranten gesetzt worden (mit Ith und G. Risold); aber die Palme hatte damals sein nunmehriger Kollege Ith davongetragen. Sch. R. M. XIII, p. 324.

Jahr ad cassam zu beziehen und Prof. Ith eine fixe Pension von 300 Kronen auszurichten; dieselbe Summe ward Pfarrer Salchli zugesprochen.

Eine ganz neue Einrichtung wurde für den sprachlichen Unterricht getroffen. Die Methode, die im Lateinischen innegehalten worden war (cf. oben p. 121), hatte nicht zum gewünschten Ziel geführt und deutlich gezeigt, dass es unmöglich sei, Schüler von ganz verschiedenen Sprachkenntnissen zusammenzupferchen. Nach einem ausführlichen Gutachten von Altlandvogt Manuel und Prof. Ith (siehe Beilage 2) beschloss die Kuratel in derselben Sitzung vom 9. September 1791, die Schüler des untern Curriculums nach ihren Sprachkenntnissen in zwei völlig von einander getrennte Klassen einzuteilen und den Unterricht in Deutsch und Latein an denselben in gesonderten Stunden durch zwei Lehrer erteilen zu lassen, die sich völlig gleichstehen sollten. Jedem wurde für je acht Stunden ein Honorar von 300 Kronen zugesprochen. Das erwähnte Gutachten verlangt, dass der ganze sprachliche Unterricht in je einer der beiden Klassen von demselben Lehrer erteilt werde. Die Kuratel pflichtete diesem richtigen Verlangen nicht bei und überliess es den beiden Lehrern, sich in die Pensen der beiden Klassen nach Gutdünken zu teilen.¹

Die Wahl fiel auf die beiden Kandidaten Johann Georg Fisch, der, wie wir gesehen, bereits den Winter vorher am Institut thätig gewesen war, und Stapfer, den ältern, d. i. unsern Albrecht Stapfer.²

¹ K. M. p. 113.

² Albrecht Stapfer heisst der ältere Stapfer im Gegensatz zu seinem jüngern Bruder Johann Friedrich, geboren den 29. Dezember 1767. Johann Friedrich war 1781 Studiosus geworden, den 16. Mai 1791 candidatus s. s. ministerii (siehe oben p. 84); nachdem er für seinen Bruder nach dessen Abgang von der Akademie

Beide neu gewählte Lehrer am Politischen Institut, Fisch und Stapfer, werden einfach Kandidaten genannt; der Professortitel wird ihnen nicht verliehen. Bis zum Jahr 1796 resp. 1794 heissen beide in den Protokollen der Kuratel *candidati*.

Sie teilten sich in die ihnen zugewiesenen Sprachpensa so, dass Fisch den deutschen Unterricht in beiden Klassen des untern Curriculums übernahm und die vier lateinischen Lektürestunden in der ersten: Oden des Horaz und die *Germania* des Tacitus (als der ältere Lehrer übernahm er im Lateinischen die vorgerücktern Schüler), Stapfer hingegen das Latein in Klasse 2: 1 Stunde Grammatik, 1 Stilübungen und 4 Stunden Lektüre: *historiae e profanis selectae*. Dazu gab Stapfer die römischen Altertümer (1 Std.) in der Klasse 1 und die in dem Gutachten vorgesehene Rhetorikstunde im obern Curriculum.

Nachdem die besprochenen Wahlen vollzogen waren, gab auch noch Pfarrer Rengger seine Demission ein als Religionslehrer am Politischen Institut. Die Kuratoren wählten in ihrer Sitzung vom 24. Oktober 1791¹ als seinen Nachfolger unter denselben Bedingungen, selbstverständlich auch nur für ein Jahr, den bekannten Kanzelredner David Müsli, Helfer am Münster.

Die Vorlesungen für den Winter 1791/92 wurden also festgesetzt:

1) für das untere Curriculum.

3 Std. Religion.

Helfer Müsli.

3 » Philosophie (Theorie des menschlichen Willens, nachher die ersten Gründe der Logik, Aesthetik und der allgemeinen Moral).

Ith, prof. philos.

erst vicarisiert, wurde er den 4. März 1801 sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl der didaktischen Theologie.

¹ K. M. p. 122.

- 3 Std. Geschichte (der griechischen Staaten und
der römischen Republik)¹ und neuere
Statistik. *Pfarrer Salchlin.*
2 » Deutsch, an jeder Klasse besonders. *Cand. Fisch.*
5 » resp. 6 Std. Latein. *Cand. Fisch u. Stapfer.*

Klasse 1. 5 Std.

Lektüre: 4 Std. *C. Fisch.*
Römische Altertümer: 1 » *Stapfer.*

Klasse 2. 6 Std.

Grammatik: 1 Std.
Stil: 1 »
Lektüre: 4 » } *Stapfer.*

16 Stunden, resp. 17, des Morgens von 9 Uhr an, resp. Mittags von
2—3 Uhr.

2) für das obere Curriculum.

- 1 Std. Religion. *Helfer Müsli.*
3 » Philosophie (mit dem untern Curriculum
zusammen). *Ith, prof. phil.*
4 » Bürgerliches Recht. *Tschärner, prof. juris.*
4 » Erklärung der Stadtsatzung. *Rosselet, Kaufhaus-
verwalter.*
1 » Rhetorik. *Cand. Stapfer.*

13 Stunden, des Morgens von 9—11 oder 9—12 Uhr.

Die Frequenzzahl ist ungefähr dieselbe, wie den
Winter vorher.

Den 28. Jänner 1792 nahmen die Kuratoren² das Me-
morial, das sie über die Erfolge des Instituts samt Vor-
schlägen zu dessen künftiger Einrichtung den Räten

¹ Man ging also von dem Grundsatz, wie er in der «Einrich-
tung» festgestellt worden war, auf das Mittelalter und die neuere
Zeit sich zu beschränken, ab.

² Bald nachher, den 3. Hornung 1792, wurde an Platz Her-
borts Salzdirektor Tschärner gewählt (K. M. p. 128).

eingegeben hatten (cf. oben p. 126), noch einmal vor und revidierten es; die endgültige Abfassung gibt die 3. Beilage, ein in jeder Beziehung ausgezeichnet orientierendes Schriftstück, mit grossem Bedacht, aber auch mit lobenswertem Freimut geschrieben.

Die Mängel, die die Anstalt zeigte, werden nicht verschwiegen: die Ungebundenheit und durch keine Gesetze eingeschränkte Freiheit der Schüler wirkte auf den Unterricht nachteilig. Die Hoffnung, mit der man sich einst geschmeichelt hatte, dass die Eltern in enge Verbindung mit der Schule treten und auf die Disziplin derselben durch häufige Besuche der Vorlesungen vorteilhaft einwirken werden, hatte sich nicht im geringsten erfüllt.

Infolge des bescheidenen Kredits, welcher dem Institut zuerkannt worden war, aus dem sogar noch der Lehrer der Geschichte und des vaterländischen Rechts gegen die ursprüngliche Berechnung der Kuratel besoldet werden musste, konnten verschiedene Fächer, die doch die «Einrichtung» vorgesehen hatte, gar nicht gegeben werden.

Sehr störend wirkte auch nach allen Richtungen hin die ungleiche Vorbereitung der Schüler, von denen die meisten zu Hause ganz ungenügenden Privatunterricht erhalten hatten. In der Beziehung freilich glaubten die Kuratoren getroster in die Zukunft blicken zu dürfen; viele Patriziersöhne waren im Lauf der verflossenen fünf Jahre in die vorher fast entvölkerte Litterarschule eingetreten, um sich daselbst die Bildung zu holen, die man für das Politische Institut voraussetzen musste. So durfte man hoffen, dass nach wenigen Jahren schon die meisten Schüler des Instituts den Vorlesungen mit vollem Verständnis folgen könnten.

Wenn die Anstalt trotz aller Mängel, die ihr anhafteten, dank dem Eifer und dem Opfersinn der an ihr wirkenden Lehrer und der Strebsamkeit der richtig vorbereiteten Schüler dennoch gedieh und die Frequenz von Jahr zu Jahr stieg, so glaubte dadurch die Kuratel die Unentbehrlichkeit und den innern Wert derselben vollständig erwiesen und durfte mit bestem Gewissen den Räten die Fortführung des Instituts anempfehlen, sei es für bleibend oder auf eine weitere Probezeit von 12 Jahren.

Ob die Anstalt zu erweitern und die ursprünglich in Aussicht genommenen Lehrstühle nun nach vollendeter Probezeit zu creieren seien oder nicht, will die Kuratel ihren Obern überlassen; als unumgänglich notwendig aber bezeichnet sie die Einbeziehung der mathematischen Disziplinen als obligatorischer Fächer in den Stundenplan des Politischen Instituts, da die Zuhörer die öffentlichen Vorlesungen des professor matheseos nicht zu besuchen pflegten.

Ferner wünscht die Kuratel, dass die eigentlich juristischen Vorlesungen vom obern Curriculum ausgeschieden und erst nach Absolvierung der vier vorgeschriebenen Jahreskurse von der politischen Jugend besucht würden, dass also an beiden Curricula nur die propädeutischen und auf das eigentliche juristische Studium vorbereitenden Fächer gepflegt werden sollten. Schon von vorneherein hätte man sich sagen müssen, dass Knaben von 15 oder 16 Jahren und dazu mit ganz ungleicher Vorbildung, noch nicht die nötige Geistesreife hätten, um den schwierigen juristischen Erörterungen mit Verständnis folgen zu können, aber erst die Erfahrung öffnete hierüber dem Publikum die Augen: die Vorlesungen der juridischen Professoren wurden fast ohne Ausnahme von Leuten

besucht, die über 18 Jahre alt waren, also nur von den ausserordentlichen Auditoren, die gar nicht immatrikuliert waren. Die betreffende Anregung der Kuratel war sehr zu begrüßen; schade, dass man ihr in der Folge nicht vollständig nachlebte und am obern Curriculum doch das vaterländische Recht wieder einführte.

Vernünftig war es ferner, dass nach dem Vorschlag der Kuratel der Unterricht in der Philosophie auf das obere Curriculum beschränkt werden sollte.

Für das Fach der Religion wurde vermehrter Unterricht und für jede Klasse ein besonderer Lehrer gewünscht.

Dasselbe sollte für die Mathematik geschehen; Prof. Tralles sollte nur am obern Curriculum unterrichten — vom pädagogischen Standpunkt aus (siehe oben p. 97) sehr wünschenswert —, für die untere Klasse hoffte man bei der im Wurf liegenden Vereinfachung der Kunstschule ohne weitere Kosten den dort angestellten Mathematiker gewinnen zu können. Ebenso wünschte die Kuratel den Zeichenlehrer der Kunstschule, der an dieser Anstalt auch entlastet werden sollte, für das Politische Institut zu gewinnen und auf diese Weise den Zeichenunterricht im untern Curriculum einzuführen.

Um die Disziplin am Institut heben zu können, erbat sich die Kuratel die Erlaubnis, gewisse milde Regeln aufstellen zu dürfen, welche die Freiheit und Ungebundenheit der Auditoren einigermaßen wenigstens einschränkten.

Für den Fall, dass keine neuen Lehrstühle creiert würden, die Anstalt also sich ungefähr innerhalb der ihr bis jetzt gezogenen Grenzen weiter bewegte, glaubt die Kuratel keine grössern Geldopfer von der Regierung verlangen zu müssen, sondern auch in Zukunft mit den

bis dahin ihr bewilligten 1500 Kronen auskommen zu können, vorausgesetzt, dass der Lehrer der Geschichte und des vaterländischen Rechts vom Fiskus besonders honoriert würde, wie seinerzeit Prof. Walther. Die Kollegengelder sollten zu dieser Summe von Kr. 1500 geschlagen werden und der Lehrer der Philosophie, als der nunmehrige einzige Lehrer von der geistlichen Akademie, eine fixe Besoldung erhalten.

Mit Recht also konnte die Kuratel ihr interessantes Gutachten mit den Worten schliessen:

«Schwerlich wird sich in irgend einem Staat eine Anstalt von diesem Umfang und dieser Wichtigkeit antreffen, die nicht ohne alle Vergleichung höher zu stehen käme. Mit wahrem Vergnügen bemerkt man, dass dadurch einem der dringendsten Bedürfnisse des hiesigen Erziehungswesens abgeholfen ist, und nicht ohne Rührung denkt man an die Früchte eines Instituts, dessen Absicht es ist, den künftigen Generationen würdige Magistraten und fähige Geschäftsmänner vorzubereiten.»

Durch das Dekret vom 24. August 1792¹ beschlossen Rät und Burger, das Politische Institut in demselben Umfang, wie bis anhin, jedoch mit Einschluss der mathematischen Wissenschaften auf eine fernere Probezeit von 12 Jahren weiterzuführen und zu dem Zweck jährlich 1500 Kronen auszuwerfen, mit Belassung der Kollegengelder auf dem alten Fuss. Die innere Einrichtung der Anstalt, sowie die Wahl der Lehrer, die zu Ausführung derselben notwendig würden, wurde der Kuratel vertrauensvoll anheimgegeben; die Wahl der Lehrer wurde einzig an den Wunsch gebunden, dass die Kuratoren bei dem Wahlakt «soviel immer möglich in vollständiger

¹ K. M. 152 ff.

Anzahl sich befinden sollten». In Betreff der Bestellung eines Lehrers für die vaterländische Geschichte und das vaterländische Recht erwartete die Behörde ein Gutachten von Seiten der Kuratel. Im übrigen sollte alles beim alten bleiben, auch punkto Eintritt und Austritt der Schüler; einzig in Ansehen der gewünschten Disziplinarordnung wurde die Kuratel «begwältiget von danahen das beliebige und denen Umständen angemessen erachtende zu verfügen und anzuordnen».

Diesem Dekret zufolge traf die Kuratel den 31. August 1792 für die neue Wahlperiode folgende Wahlen:¹

1. zum Lehrer in der Philosophie am obern Curriculum mit 3 wöchentlichen Stunden	Besoldung
Professor Ith	Kr. 260
2. zum Lehrer in der höhern Mathematik und Physik, 3 Std.	
Professor Tralles	» 260
3. zum Oberlehrer in der Religion, 3 Std. im obern Curriculum	
Helfer Mäuslin	» 260
4. zum Lehrer in der Geschichte und Geographie, jedoch nur ad interim, 4 Std.	
Pfarrer Salchli zu Stettlen	» 260
5. zu Lehrern für Deutsch und Latein, jeder 8 Std.	
Die Kandidaten J. G. Fisch und Albr. Stapfer	je 260 = » 520
	Uebertrag Kr. 1560

¹ K. M. p. 155.

Uebertrag Kr. 1560

6. zum untern Religionslehrer, 4 Std. im untern Curriculum

Sprünglin, Direktor der Kunstschule (ohne Besoldung, da ihm an der Kunstschule 10 Stunden abgehen)

7. zum Zeichnungslehrer, 4 Std. im untern Curriculum

Professor Sonnenschein an der Kunstschule (ebenfalls ohne weitere Besoldung wegen anderwärtiger Entlastung)

8. zum Lehrer der Mathematik im untern Curriculum mit 4 Std. der zu erwählende

Magister matheseos an der Litterarschule¹ (ebenfalls ohne weitere Besoldung)

9. zum Sekretär, der Schulratssekretär » 100

Summa Kr. 1660

¹ Da zu gleicher Zeit an der Litterarschule die Stelle des Magister matheseos zu besetzen war, so beschloss die Kuratel, im Einverständnis mit dem Schulrat (Sch. R. M. XV, p. 314), dem zu Wählenden die Mathematik am untern Curriculum zu übergeben. Eine besondere Kommission aus der Mitte des Schulrats, zu der auch die Professoren Ith und Tralles gehörten, sollte die Stelle ausschreiben und die Kandidaten examinieren. Nach einem Memorial von Tralles (Sch. R. M. XV, p. 315) sollte von ihnen gefordert werden «allgemeine Arithmetik mit Inbegriff der Kenntniss der Logarithmen und ihres praktischen Gebrauchs, ebene und körperliche Geometrie oder die vorzüglichsten Bücher des Euklid nämlich das erste bis sechste und das eilfte und zwölfte, nebst der ebenen Trigonometrie und deren Behandlung auf allgemeine Art.»

Nach dem Rapport der Kommission über die vorgenommenen Proben wurde von dem Schulrat Herr Johann Georg Dorner aus Unter-Sekingen zum Magister matheseos gewählt den 8. Oktober 1792 (Sch. R. M. XV, p. 320).

Da die Kuratel für den Pedellen, Miete, Feuerung etc. 130 Kronen in Anschlag gebracht hatte und die Kollegiengelder auf 300 Kr. anslug, so wären ihr von den 1800 Kronen, die ihr jährlich zur Verfügung standen (1500 Kr. vom Staat und 300 Kr. Kollegiengelder), noch 10 Kronen geblieben. Es zeigte sich aber, dass die Kollegiengelder bedeutend mehr eintrugen.

Was den Unterricht in den Sprachen betrifft, so wurde das Latein nun auch im obern Curriculum eingeführt: 2 Std. Ciceros ausgewählte Reden mit beständiger Rücksicht auf die römischen Altertümer, eine Neuerung, die im Hinblick auf den Zweck des Instituts sehr am Platz war.

Im untern Curriculum wurde die lateinische Stundenzahl etwas reduziert, so dass die zweite Klasse nur noch 4, die erste 3 Stunden Latein erhielt. Fisch und Stapfer teilten sich in den Unterricht so, dass Fisch das Latein im obern Curriculum und an der ersten Klasse des untern, sowie daselbst eine Stunde Deutsch übernahm, Stapfer hingegen die Rhetorik im obern Curriculum (mit 2 Stunden) und das Latein in der zweiten Klasse des untern Curriculums. Die beiden hatten also nur noch je 6 Stunden zu geben.

Die zweite Rhetorikstunde am obern Curriculum (im Winter 1791/92 war es nur eine gewesen, siehe oben p. 135) wurde auf den Wunsch Stapfers eingeführt, der in der Sitzung vom 11. April 1792, als die Lehrer des Instituts ihren Rapport über den Erfolg ihrer Vorlesungen erstatteten, sich dahin geäußert hatte, dass eine einzige Stunde für die Rhetorik unzureichend sei. Er hatte deren zwei gewünscht, eine für die Theorie der Rhetorik, eine zweite zur kritischen und ästhetischen Erläuterung eines

deutschen Autors.¹ Dass Stapfer dieses Verlangen an die Kuratel stellte, zeugt von seiner hohen Einsicht in die Bedürfnisse der Schule, und dass in Bern im Jahr 1793 schon ein deutscher Autor kritisch und ästhetisch erläutert wurde, ist merkwürdig genug.²

Das Schuljahr 1792/93 begann den 14. November 1792. Tags zuvor wurde es durch eine Rede Stapfers inaugurirt, nachdem folgende Vorlesungen festgesetzt worden waren.³

1) für das untere Curriculum.

4 Std. Religion.	<i>Direktor Sprünglin.</i>
3 » Geschichte (der römischen Republik).	<i>Pfarrer Salchlin.</i>
4 » Mathematik (reine Elementarmathematik).	} <i>Dorner, magister mathematicos.</i>
1 » Deutsch (deutsche Sprachlehre).	
3 » resp. 4 Std. Latein.	<i>Cand. Fisch.</i>

Klasse 1. 3 Std.

Lektüre: Tacitus, Germania.	} <i>Cand. Fisch.</i>
Horatius.	

Klasse 2. 4 Std.

Lektüre: Historiæ e profanis selectæ	} <i>Cand. Stapfer.</i>
oder Sallustius.	
Römische Altertümer.	
Lateinischer Stil.	

15 resp. 16 Stunden des Morgens von 9 Uhr an; einmal Mittags von 2—3 Uhr.

¹ K. M. p. 150.

² Wenn es auch in der Anzeige der Vorlesungen (1792/93) nur heisst: «H. Stapfer gibt dem obern Curriculum theoretisch-praktischen Unterricht im deutschen Styl», so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, dass Stapfer den Unterricht so erteilt habe, wie er ihn selber in zwei Stunden zu geben wünschte.

³ K. M. p. 159.

2) für das obere Curriculum.

2 Std. Religion (Christliche Moral).	<i>Helper Müsli.</i>
2 » Philosophie (Anthropologie). ¹	<i>Ith, prof. philos.</i>
3 » Geschichte (mit dem untern Curriculum zusammen).	<i>Pfarrer Salchlin.</i>
3 » Mathematik (Anfangsgründe und Geschichte der Mathematik).	<i>Tralles, prof. matheseos.</i>
2 » Deutsch (Stillehre).	<i>Cand. Stapfer.</i>
2 » Latein (Ciceros ausgewählte Reden).	<i>Cand. Fisch.</i>

14 Stunden, des Morgens von 9 Uhr an.

3) für beide Curricula fakultativ.

4 Std. Akademische Zeichnung. des Nachmittags von 2—3 Uhr.	<i>Prof. Sonnenschein.</i>
---	----------------------------

Aus dem Lehrplan des obern Curriculums ist also, wie die Kuratel es in ihrer Eingabe an die Räte gewünscht hatte, die eigentliche Jurisprudenz verschwunden und das Politische Institut selber mit seinen vier Jahreskursen ist nur noch die Vorschule für die öffentlichen juridischen Vorlesungen an der Akademie. Der dadurch entstandene Stundenausfall wurde gedeckt durch Einführung der Mathematik und des Lateins und vermehrten Unterricht in Religion und Deutsch.

Es wäre zu wünschen gewesen, dass die Kuratel an ihrem auf diese Weise durchgeführten Grundsatz festgehalten hätte, inkonsequenterweise aber wurde bald mit der vaterländischen Geschichte auch das vaterländische Recht am obern Curriculum wieder eingeführt; für immer jedoch blieben die Vorlesungen, die Prof. Tschärner bislang am Institut gehalten hatte, aus dem

¹ «Wo der Mensch aus dem dreyfachen Verhältniss seiner körperlichen und geistigen Anlagen und seiner natürlichen Schicksale, mit beständiger Rücksicht auf Diätetik betrachtet und behandelt werden soll.»

Lehrplan desselben weg. Tscharner selber aber zog sich von der Anstalt, als deren Gründer wir ihn kennen gelernt haben, vollständig zurück. Schon den 22. Dezember 1790 hatte er den Sitzungen der Kuratel zum letzten Mal beigewohnt; von diesem Datum an lesen wir seinen Namen in der Präsenzliste nicht mehr, obwohl er als Mitglied der Kuratel nie seine Demission eingegeben hat.¹

Was Professor Tscharner bewog, von den Sitzungen seiner Kollegen fern zu bleiben, ist mir nicht bekannt; nur vage Vermutungen darüber auszusprechen, hat natürlich keinen Sinn. Nachdem er schon seit Eröffnung der Schule die Finanzen derselben verwaltet hatte,² gab er die Stelle als Seckelmeister des Instituts Anfang 1792 auf; an seine Stelle wurde Alt-Landvogt Manuel gewählt.³ Da Tscharner trotz wiederholter Mahnungen von Seiten der Kuratel über die von ihm verwalteten Gelder die Rechnung nicht einlieferte, so entwickelte sich zwischen ihm und seinen Kollegen ein höchst unangenehmes Verhältnis, das nun freilich das weitere Fernbleiben Tscharners vom Institut begreifen lässt. Erst nachdem man

¹ Die Kuratel zählte also von diesem Datum an (vom Präsidenten abgesehen) faktisch nur noch drei Ratsglieder, nämlich den Alt-Landvogt Manuel, den Ratsherrn Stettler und den Alt-Landvogt Herbort, der (siehe oben p. 135) den 3. Hornung 1792 durch den Salzdirektor Tscharner ersetzt worden war; an Tscharners Stelle trat den 21. Januar 1793 Alt-Gerichtsschreiber v. Rodt, den 8. Mai 1793 Hauptmann Rudolf Ludwig v. Werdt und den 4. Juni 1794 Gewölbregistrator Kirchberger. An diesem selben Datum wurde auch Ratsherr Stettler ersetzt und zwar durch den Ratsherrn Fellenberg. Alt-Landvogt Manuel war der einzige, der der Kuratel angehörte, so lange das Institut bestand.

Kirchberger war gewöhnlich unsichtbar. (K. M. p. 162, 166, 173.)

² K. M. p. 58.

³ K. M. p. 126.

ihm gedroht hatte,¹ man werde ihn höheren Orts verzeigen, wenn er dem Wunsch der Kollegen nicht nachkomme, schickte er die Rechnung ein (den 16. November 1792); nach derselben war bis Martini 1791 ein Vorschuss von 377 Kronen erzielt worden² und da die Rechnung seines Nachfolgers auf den 1. September 1792³ einen solchen von 266 Kronen erzeugte, so war die Kuratel in der angenehmen Lage, den Räten anzeigen zu können, dass mit Beginn der zweiten Garantieperiode ein Fonds von 643 Kronen noch in Kasse sei.

¹ Das Schreiben der Kuratel an Tscharner vom 12. September 1792 lautet: «Da E. W. nach Verfluss der 4 Probjahren des politischen Instituts seine Sekelmeisterstelle niedergelegt hatte; so ersuchten Mhgh. die Curatoren des politischen Instituts schon unterm 28. Jänners diess Jahrs schriftlich Euch Mnh. um die Rechnungsablage Eurer vierjährigen Verwaltung. Gleiches schriftliches Ansuchen wiederholten Wohldieselben unterm 11. Hornung und stellten E. W. die Nothwendigkeit dieser Rechnungsablage zu Handhabung der nöthigen Ordnung in den Finanzen des Instituts vor. Auch unterm 11. Aprills lezthin liessen Mehgh. die Curatoren E. W. durch Mnhg. Salzdirector Tscharner nochmals Vorstellungen über die absolute Nothwendigkeit dieser Rechnungsablage thun. Obschon nun auf diese dreyfachen höfl. Vorstellungen nichts erfolgt; so wiederholen dennoch Mehgh. die Curatoren jezt zum 4. Mahl ihr dringendes Ansuchen an E. W. diese Rechnung späthest bis auf künftigen 11. Nov. Mnhgh. Curatoren einzugeben. Solte aber bis auf diesen Zeitpunkt wieder Verhoffen abermahlen nichts einlangen und Mehgh. die Curatoren dadurch ausser Stand gesetzt werden die Generalrechnung über die 5 Probejahre zu verfertigen und Mnhgh. D. S. und Venneren vorzulegen; so werden Wohldieselben Sich genöthigt sehen diejenigen Ursachen welche die Kuratel ausser Stand sezen die geringste Kentniss des Zustandes Ihrer Finanzen zu haben, und die zum allgemeinen Nuzen der Jugend nöthige Ordnung darin zu handhaben, wie auch sie behinderen gedeute Generalrechnung Mnhg. ablegen zu können, höheren Orts anzuzeigen». (K. M. p. 158.)

² K. M. p. 158.

³ K. M. p. 157.

Das Schuljahr 1793/94 begann den 13. November 1793, nachdem es den Tag zuvor durch eine Inauguralrede von Prof. Tralles eröffnet worden war. Die Schule bewegte sich in demselben Geleise, wie das verflossene Jahr, mit dem Unterschied jedoch, dass die vaterländische Geschichte wieder in ihr Recht eingesetzt wurde.

Schon im Mai 1793¹ war Pfarrer Salchlin von Stettlen, der nur ad interim zum Lehrer der allgemeinen Geschichte bestellt worden war, aus Gesundheitsrücksichten seiner Pflichten erlassen worden und die Kuratel hatte beschlossen, an Stelle der griechischen und römischen Geschichte, die Salchlin gelesen, die Schweizergeschichte treten zu lassen, womit sie wohl dem allgemeinen Wunsch des Publikums entgegengekommen war. Auf erfolgte Ausschreibung hatte sich ausser dem «Krüpel Studenten Müsli»² niemand gemeldet, worauf die Kuratel in ihrer Sitzung vom 1. Juni den Herrn Friedrich Stettler³ für zwei Jahre zum Lehrer der vaterländischen Geschichte, zugleich aber auch des Helvetischen Staatsrechts berufen hatte. Ueber seine Funktionen besagt das Manual der Kuratel (p. 167 ff.) Folgendes:

«Mhgh. wünschen dass derselbe während dem ersten Jahrgang, eine pragmatische Geschichte der schweizerischen Eydgnossschaft vortragen möchte, welche als Eingang eine succincte Schilderung des Zustands Helvetiens immediat vor der Schweizerischen Verbindung, denne die Geschichte der Helvetischen Nation von dem

¹ K. M. p. 166.

² K. M. p. 167.

³ Albert Friedrich Stettler, geboren 1770, hatte in Göttingen studiert und war nachher Schüler des Politischen Instituts geworden, in welcher Eigenschaft ihn die Kuratoren zum Lehrer an dieser Anstalt beriefen (vgl. seine Inauguralrede vom Jahr 1794). 1814 des Grossen Rats, 1821 Oberamtmann zu Trachselwald.

Schweizerbund an, enthalten möchte; wobey zwar der vornehmsten Bünden und Verträgen, allein nur ganz kurz und in transitu gedacht würde.

Betreffend den zweiten Jahrgang, so wünschen Mehgh. Cur. dass derselbe ganz dem Vortrag des äusseren und inneren helvetischen Staatsrechts gewiedmet werden möchte.»

Die Besoldung Stettlers war auf 260 Kronen festgesetzt worden.

Pfarrer Salchlin¹ war auf dessen Bitte, nachdem seine Gesundheit sich wieder gebessert hatte, erlaubt worden, den Winter 1793/94 noch einmal zu lesen und zwar eine Einleitung in die Universalgeschichte im untern Curriculum, wofür er nach Schluss der Vorlesungen mit Thl. 100 honoriert wurde.

So war denn im Winter 1793/94 der Lehrplan derselbe, wie den Winter zuvor, nur dass im obern Curriculum die vaterländische Geschichte an Stelle der römischen trat, in vier Stunden von Herrn Stettler vorgelesen, und im untern die Einleitung in die Universalgeschichte, in zwei Stunden von Pfarrer Salchlin doziert.

Prof. Ith beendigte die Anthropologie im obern Curriculum und trug nachher die Logik vor.

Im Sprachpensum blieb es ebenfalls beim alten, einzig mit dem Unterschied, dass Cand. Fisch im untern Curriculum «den Cæsar, sofern er Helvetien betrifft, aus dem Parallelismus der alten Autoren erklärte».² Für die helvetische Jugend interessant und lehrreich!

Stapfer gab wieder, wie zuvor, dem obern Curriculum «theoretisch-praktischen Unterricht im deutschen Styl mit Erläuterungen aus der neuern Litteratur» (2 Std.) und

¹ K. M. p. 168.

² K. M. p. 170.

im untern Curriculum «erklärte er die *historiæ e profanis selectæ* und die römischen Alterthümer und übte seine Zuhörer im lateinischen Styl».¹

Im Sprachpensum brachte das Schuljahr 1794/95, den 11. November mit einer Inauguralrede des Geschichtslehrers Stettler eröffnet, eine vollständige Veränderung des bisherigen Verhältnisses.

Im Juli 1794 war Cand. Fisch zum zweiten Pfarrer in Aarau befördert, die eine Sprachlehrerstelle am Politischen Institut also vakant geworden. Der Beschluss, den das Kuratorium den 29. August² infolge dessen fasste, lautet:

«Bei Anlass der anderwärtigen Beförderung des Herrn Fisch bisherigen Sprachlehrers beym politischen Institut, haben Mehgh. der pol. Curatel dienlich erachtet, diese Stelle mit der von H. Stapfer aufhabenden zu vereinigen, die gesammten Herrn Stapfer obliegenden Instructions Stunden wöchentlich auf 10 zu bestimmen, und H. Stapfer jährliches Gehalt auf Kr. 400 festzusetzen.

Betreffend das deutsche Pensum, treten Mehgh. völlig dem von H. Stapfer vorgelegten Entwurf bey. In Rücksicht des lateinischen, haben Mehgh. Curatoren das Leben und die Zeiten des Cicero, beleuchtet durch Middleton, desgleichen den Salust, sowie auch die Archeologie nach Ernestis Handbuch gewählt.»

Nach diesem Beschluss der Kuratel hatte Stapfer einen Entwurf über die künftige Gestaltung des deutschen und offenbar auch des lateinischen Unterrichts der Kuratel vorgelegt. Man wird ihm eben vorher, nachdem Fisch

¹ K. M. p. 170.

² K. M. p. 174.

seine Entlassung gegeben, mitgeteilt haben, dass beabsichtigt werde, ihm auch die Stunden Fische zu übergeben, und man wird ihn bei der Gelegenheit gefragt haben, wie er sich die Vereinigung der beiden Stellen denke. Da ist es nun freilich sehr auffällig, dass nach dem Vorlesungsverzeichnis für das Jahr 1794/95 für den deutschen Unterricht am oberen Curriculum nur eine Stunde eingesetzt ist, nachdem doch Stapfer (vgl. oben p. 142) im April 1792 erklärt hatte, dass für den Unterricht in der deutschen Stillehre eine Stunde nicht ausreiche und dass eine zweite hinzuzusetzen sei, in welcher ein deutscher Autor kritisch und ästhetisch erläutert werden müsse. Wir möchten lieber annehmen, die betreffende Mitteilung im Dekret sei ungenau oder unrichtig, als dass wir glauben, Stapfer sei in seiner Ansicht inkonsequent geworden.

Aus dem Lehr- und Stundenplan¹ geht ferner hervor (Stapfer docierte nach demselben im untern Curriculum 2 Std. Cicero, 1 Std. Sallust und 1 Std. Horaz), dass die Teilung des untern Curriculums in zwei Klassen für den sprachlichen Unterricht je nach der Vorbereitung der Schüler wieder aufgehoben wurde. Leider steht im Manual der Kuratel über diese Sache, über die man früher so umständlich gehandelt hatte, kein Wort. Wahrscheinlich aber ist es, dass die Teilung nicht mehr so nötig schien wie früher, weil man glaubte, dass immer mehr Zöglinge in das Institut eintreten werden, welche die Literarschule absolviert hätten und ihren lateinischen Schulsack richtig gefüllt mitbrächten. Wir werden freilich sehen, dass man sich in dieser Ansicht getäuscht hatte; denn bald ertönten

¹ K. M. 178.

wieder die alten Klagen von der Ungleichheit der Schüler in betreff ihrer lateinischen Vorkenntnisse.

Die Vorlesungen im Winter 1794/95 waren folgende:

1) für das untere Curriculum.

4	Std.	Religion (Vorbereitung zur h. Kom- munion)	<i>Director Sprünglin.</i>
4	»	Mathematik (Arithmetik u. Geometrie)	<i>Dorner, mag. matheseos.</i>
1	»	Deutsch (Sprachlehre)	<i>Cand. Stapfer.</i>
2	»	Archäologie	} <i>Cand. Stapfer.</i>
2	»	Cicero	
1	»	Salust	
1	»	Horaz	
15 Stunden, des Morgens von 9 Uhr an.			

2) für das obere Curriculum.

2 Std.	Religion (der praktische Theil der Religion)	<i>Helfer Müsli.</i>
3 »	Philosophie (Psychologie u. Logik)	<i>Ith, prof. phil.</i>
4 »	Eydgenössisches Staatsrecht	<i>Herr Stettler.</i>
3 »	Mathematik (Statik u. Dynamik)	<i>Tralles, prof. math.</i>
2 »	Archäologie (mit dem untern Curriculum zusammen)	<i>Cand. Stapfer.</i>
1 »	Deutsch (Stillehre)	» »
15 Stunden,	des Morgens von 9 Uhr an.	

3) für beide Curricula fakultativ.

4 Std.	Akademische Zeichnung	<i>Prof. Sonnenschein.</i>
des Nachmittags von 2--3 Uhr.		

4) Oeffentliche Vorlesungen an der Akademie (fakultativ).

2 Std.	Optik u. Astronomie	<i>Tralles, prof. math.</i>
des Nachmittags von 3—4 Uhr.		

Noch vor Schluss des Schuljahres (den 16. April 1795¹⁾) bat die Kuratel die Räthe, die 200 Kronen, welche von

¹ K. M. p. 179.

der einstigen Besoldung des Prof. Walther nach dessen Pensionierung jährlich in das Aerarium geflossen waren (siehe oben p. 98), aber dem Politischen Institut hätten zukommen sollen, diesem zuzuwenden, sowie auch nach dessen Tod die aus 200 Kronen bestehende Pension selber zu Gunsten des Lehrstuhls der vaterländischen Geschichte und des vaterländischen Rechts. Herr Stettler war, wie wir gesehen haben, nur auf zwei Jahre gewählt worden, mit dem bescheidenen Gehalt von 260 Kronen, während sein Vorgänger, Prof. Kuhn, für dieselben Verpflichtungen 500 Kronen erhalten hatte. Es war also der Kuratel darum zu thun, dem Inhaber des Stuhles der vaterländischen Geschichte durch erwähnten Vorschlag zu einem würdigen Gehalte zu verhelfen. Die Regierung ging aber auf denselben nicht ein, oder schob jedenfalls die Sache auf die lange Bank, so dass die Kuratel sich gezwungen sah, von sich aus das Nötige anzuordnen, um den beliebten Lehrer, der geduldig im Winter 1795 wieder zu lesen begann, aber um Vermehrung seines Gehaltes eingekommen war, dauernd an die Anstalt zu fesseln. Sie erhöhte im Februar 1796¹ sein Honorar vorläufig für die Vorlesungen im Winter 1795/96 um 140 Kronen und versicherte ihm, sie sei auch gesinnet, so lang die Umstände gleich verbleiben, seinen Gehalt alljährlich per modum gratificationis von Kronen 260 auf Kronen 400 zu erhalten.

Die Kuratel hätte freilich ganz getrost noch tiefer in die Tasche greifen können, denn einige Monate vorher (den 17. November 1795²) hatte sie nach Passation der Rechnung des Seckelmeisters, des Schulratssekretärs

¹ K. M. p. 186.

² K. M. p. 183.

K. Ludwig Bucher¹ konstatiert, dass 1097 Kronen und 2 Batzen nach Abzug aller Kosten für das Schuljahr 1794/95 in Kasse verblieben seien. Diese Geldfülle wird wohl auch der Grund gewesen sein, warum man höhern Ortes für weitere Forderungen der Kuratel kein Ohr hatte.

Das Schuljahr 1795/96 wurde den 17. November durch eine Inauguralrede des Helfers Müsli inauguriert. Der Lehrplan war derselbe, wie anno 1794/95; es ist einzig zu bemerken, dass Prof. Ith nur zwei Stunden las und zwar über die Geschichte der Menschheit, Prof. Tralles diesmal die Mechanik behandelte und Herr Stettler das bernerische Civilrecht nach Anweisung der Stadtsatzung erklärte. Stapfer führte mit beiden Curricula den das Jahr zuvor begonnenen Kursus über Archäologie zu Ende; im übrigen las er genau dasselbe wie im Winter 1794/95.

Nach dem Schluss des Schuljahres wurde unser Candidatus Stapfer Professor der didaktischen Theologie. Es verhält sich damit also.

Den 28. Juni 1796 war sein Onkel Johannes Stapfer seines Amtes in höchst ehrenvoller Weise entbunden worden.² Der Schulrat traf darauf seine Anordnungen zur

¹ Alt-Landvogt Manuel hatte die Kasse nur bis Martini 1792 verwaltet; seine Funktionen hatte sodann Ratsherr Stettler übernommen (K. M. p. 172) und im Juni 1794 war Bucher an seine Stelle getreten (K. M. p. 174).

² In der Sitzung vom 20. Juni 1796 nahm der Schulrat sein Entlassungsgesuch entgegen (Sch. R. M. XVI, p. 155) und übermittelte es den Räten mit folgendem Begleitschreiben:

«Während dem Zeitraum von 40 Jahren, widmete dieser würdige Gottesgelehrte, unausgesetzt seine Zeit und Kräfte dem Dienst des Vaterlandes; die Aüfnung der Religiosität war sein erstes Bestreben, und der höchst lehrreiche Unterricht den er mit uner-

Wiederbesetzung des erledigten Katheders; den 2. August sollten die Proben *prælegendo et disputando* stattfinden; die Verfertigung der Thesen wurde den Professoren Ith und Johannes Stapfer aufgetragen und darauf den Räten zur Zulassung zu den Proben der Vorschlagzettel eingegeben: unter sechs Subjekten stand auf demselben in erster Linie der Candidatus Albrecht Stapfer, Lehrer

müdetem Eifer in den theologischen Wissenschaften der akademischen Jugend ertheilte, stiftete nicht geringen Nutzen; beyde verdienen billig ein ehrenvolles Angedenken.

Jetzt aber erinnern das zurückgelegte 77. Jahr Alters und die Abnahm der Kräfte, den H. Theol. Stapfer, dass der späte Abend seines Lebens eingetroffen, und er nicht mehr mit dem gleichen Feuer, Thätigkeit und Erfolg wie vormals zu arbeiten aufgelegt seye. Diese Umstände bewegen denselben bei E. G. sich ehrerbietigst um seine Entlassung zu bewerben, um den kurzen Rest seiner Tage in der Ruhe zu enden; wobey er die Bitte wagt, dass Hochdieselben geruhen möchten, ihm gnädigst bis an seinen Tod, die fernere Bewohnung seines bisher inngehabten Hauses zu gestatten.

Innigst gerührt durch die Erinnerung . . . nemmen Mehgh. die S. R. die ehrerbietige Freyheit denselben E. G. zu Gewährung seiner Bitte angelegentlichst zu empfehlen.

Und da Mnh. Stapfer mit seinen durch lange Erfahrung geläuterten Räten noch vielen Nutzen stiften kann, so nehmen Mehgh. die S. R. die Freyheit den Wunsch zu äusseren, dass E. G. geruhen möchten, ihm noch ferners Sitz und Stimme im S. R. und Convent bezubehalten.

Sollten die ökonomischen Umstände des Staates es gestatten und es E. G. gefällig seyn, dieses verdienstvollen Greises in etwas fernem eingedenk zu seyn, so würde solches gewiss eine der best verdienten Äusserungen des Hochoberkeitlichen Wohlgefallens seyn, welche der Schulrath mit dem wärmsten Dank erkennen würde.»

Schon nach einer Woche, den 28. Juni, entliessen die Räte Johannes Stapfer in allen Ehren und mit dem gebührenden Dank für seine trefflichsten Dienste, beliessen ihm Sitz und Stimme im Schulrat und Kirchenkonvent, sowie «den lebenslänglichen ungestörten Genuss seines innhabenden Hauses» und bedachten ihn — soviel gestatteten die ökonomischen Umstände des Staates — mit einem Fass des besten, alten, welschen Weins, von dem wohl sein Neffe und Nachfolger Albert mitunter auch ein Gläschen gekostet

am politischen Institut.¹ Der Vorschlag wurde ohne Vermehrung der Subjecta genehmigt. Nachdem die Proben stattgefunden hatten, gab der Schulrat ordnungsgemäss sein Befinden über dieselben den Räten ab und urteilte über A. Stapfer also:²

«Nachdem er auch schon für den griechischen und hebr. Lehrstuhl disputiert und seit 1792 wöchentlich eine Stunde über eine der theologischen Wissenschaften in der Akademie Vorlesungen gehalten: so hat er durch seine gegenwärtige Proben seinen bereits erworbenen Ruhm vollkommen gerechtfertigt. Seine Prælection ist so ausgefallen, dass sie ihm von Mnhgh. des Schulraths zum Druck abgefordert worden ist. In den übrigen Proben zeigte er so viel Sprachkentniss,

haben wird (Sch. R. M. XVI, p. 167 ff.). Fügen wir hier noch hinzu, dass die Besoldung des Theologus primarius bestand in:

«210 Kronen in Geld

Dinkel Mütt 60

Haber » 21

Wein Säüm 12, Neuenstetter und Oberhoffner

Welschen Landwein Säüm 8» (die Inschrift, die an einem der alten Pfarrhäuser in der Nähe des Münsters heute noch zu lesen ist, dicht über dem Trottoir: «*ὄνω ὀλίγω χρόνῳ*» hat Sinn und Verstand!), dazu die oben p. 129 bereits erwähnten Accedenzien; Sch. R. M. XIV, p. 216 und 250.

¹ Sch. R. M. XVI, p. 170. Der Vortrag an Megh. die Räte lautet: «Nachdem E. G. zu erkennen geruhet haben, dass der Katheder der theoretischen Theologie vorerst wieder bestellt und mit den daherigen Proben in Ziehung der Thesen auf Dienstag den 2. Augstm. der Anfang gemacht werden solle; so haben Mehgh. die S. R. die Ehre E. G. folgenden Vorschlag zu gutfindender Vermehrung hiermit ehrerbietig vorzutragen.

1.) H. Cand. Alb. Stapfer, Lehrer beym pol. Inst.

2.) H. Cand. David Kocher.

3.) H. Pfarrer Studer in Büren.

4.) H. Pfarrer Feer in Brugg.

5.) H. Pfarrer Jäggi in Frutigen.

6.) H. Cand. Fried. Stapfer.»

² Sch. R. M. XVI, p. 182.

Althertumskunde, Bibelstudium, theologische und philologische Wissenschaft verbunden mit einer liebenswürdigen Bescheidenheit dass Mehgh. die Schulräthe diesen ausgezeichneten Gelehrten E. G. als ein vortreffliches Subjekt empfehlen.»

Den 25. August 1796 wurde vom Täglichen Rat folgender Zettel an den Schulrat ausgefertigt: ¹

«Auf Euern Mrhwh. Vortrag, haben Megh. die Stelle eines Professorn der didaktischen Theologie vergeben an: Philipp Albrecht Stapfer, V. D. Candidatus und Professor beym politischen Institut. Dessen Ihr Mehwh. hiermit berichtet werdet. Actum d. 25. Augstm. 1796.»

Im Urtheil des Schulrats über die Proben Stapfers heisst es also: «nachdem er auch schon für den griechischen und hebr. Lehrstuhl disputiert.» Zur Erklärung dieser Worte noch Folgendes:

Gegen Ende des Jahres 1792 war durch den Tod David Kochers der hebräische Lehrstuhl vakant geworden; die diesörtigen Proben zur Besetzung der Professur begannen 14 Tage nach Ostern 1793. Unter den Konkurrenten war auch der Cand. Albert Stapfer; das Urtheil über seine Prælection und Disputation lautet: ²

«Herr Alb. Stapfer V. D. M. und Lehrer am politischen Institut, hat durch seine abgelegten Proben bewiesen, wie weit es ein vorzügliches Genie in allen Wissenschaften bringen kan, wenn es den rechten Weg von zarter Kindheit an ununterbrochen fortsetzt, und dann das Glück geniesst sich unter den berühmtesten Männeren auszubilden. In seiner vortrefflichen Prælection sowie in allen übrigen Proben hat er in den verschiedenen Fächeren des orientalischen Studiums

¹ Sch. R. M. XVI, p. 191.

² Sch. R. M. XV, p. 357.

eine klassische Gelehrsamkeit und Urbanität gezeigt und überhaupt die grossen Erwartungen welche man allgemein von ihm hatte, auf eine ausgezeichnete Weise erfüllt.»

So klar demnach im Urtheil des Schulrats über die Proben Stapfers vom Jahr 1796 die Worte sind «nachdem er auch schon für den hebräischen Lehrstuhl disputiert», ebenso unklar ist es, wenn es daselbst heisst, dass er auch schon für den griechischen Lehrstuhl disputiert habe, und es muss hier eine Verwechslung Stapfers mit seinem jüngern Bruder Johann Friedrich vorliegen. Es kann sich nur um die Proben handeln, welche Anfang 1791 stattgefunden haben; früher hat Albrecht Stapfer nicht konkurriert, und er hätte auch keine Gelegenheit gehabt, wie man aus den Schulratsmanualen, in denen über die Professorenwahlen und die Proben der Kandidaten mit der wünschenswertesten Umständlichkeit berichtet wird, klärlich ansehen kann.

Den 18. Oktober 1790¹ überschickte der Kleine Rat dem Schulrat «den von der Akademie zu Lausane eingelangten Vorschlag zu dem daselbst in Verledigung gerathenen griechischen Katheder, mit dem freundlichen Ansinnen diesemnach darüber das ferners nöthige zu veranstalten, mithin die üblichen öffentlichen Proben vorgehen zu lassen.» Der Schulrat vermehrte die überschickte Wahlliste von sieben Welschen um sieben deutsche Subjecta, die uns (einen ausgenommen) bereits alle schon bekannt sind: «Joh. Georg Fisch Cand., H. Schärer, Prov. der Litterarschul, Albr. Stapfer Cand., Sam. Rubin Cand., David Kocher Cand., Hr. Risold, Prof. bey dem politischen Institut, Abraham Moser Cand.» Albrecht Stapfer ist also unter den Vorgeschlagenen der dritte.

¹ Sch. R. M. XV, p. 164.

Denselben Monat wurde durch die Wahl Professor Wilhelms zum Pfarrer von Siselen (siehe oben p. 124) auch das griechische Katheder in Bern vakant und nun sollten nach der Anordnung des Täglichen Rats vom 25. Oktober 1790¹ die Proben für beide Katheder zu Lausanne und zu Bern zu derselben Zeit abgelegt werden. Der Schulrat vermehrte die Kandidatenliste um vier weitere Subjecta, worunter als letzter Johann Friedr. Stapfer figurirt² («1) H. Wyttenbach, Prof. der griech. Sprach in Amsterdam; 2) H. Pfarrer Salchli zu Stettlen; 3) H. Friedrich Stettler Mshgh. Rathsherrn ältester Sohn; 4) H. Johann Fried. Stapfer Stud. Theol. sup.»). Die Proben fanden im Januar 1791 statt: sie wurden von 14 Herren praelegendo et disputando abgelegt. Unter den vier Aspiranten, die sich nicht gestellt hatten, befindet sich auch unser Albrecht Stapfer; natürlich, denn damals war er noch in Göttingen. Sein Bruder Friedrich aber machte die Proben als Zwölfter mit und trug folgendes Urtheil davon:³

«Friedrich Stapfer Stud. Theol. Er war von Jugend auf ein Muster des Fleisses der Gelehrsamkeit und guter Sitten, er hat auch bey diesem Anlass beweisende Proben seines guten Kopfes und seiner bereits erlangten Gelehrtheit abgelegt, welche die schönste Hoffnung auf die Zukunft bliken lassen. Er wird Euer Gnaden als ein sehr hoffnungsvoller Jüngling vorgestellt.»

Die Verwechslung im Schulratsmanual, die um so begreiflicher ist, als Albrecht Stapfer wirklich «in der

¹ Sch. R. M. XV, p. 169.

² Sch. R. M. XV, ebendasselbst.

³ Sch. R. M. XV, p. 200.

Wahl gewesen war», hat auch Schärer in seiner Schulgeschichte verführt zu sagen (p. 276), dass Ph. Albrecht Stapfer in mehreren Proben pro cathedra das Lob eines ganz vorzüglichen Genies erhalten habe.

Nachdem Albrecht Stapfer den 25. August 1796, wie wir gesehen, an Stelle seines Onkels Professor der didaktischen Theologie geworden war und damit die höchste Stelle in der Akademie erklommen hatte, wohnte er gleich der ersten Sitzung der Kuratel des Politischen Instituts, die nach seiner Beförderung stattfand (den 15. September 1796), bei und zwar als Assessor derselben vermöge der ihm verliehenen Eigenschaft als Professor der Akademie und weil er zugleich damit Mitglied des Obern Schulrats geworden war. Erst von dieser Sitzung an heisst Stapfer im Protokoll der Kuratel Professor und zwar Professor Stapfer junior im Gegensatz zu seinem Onkel, der (siehe oben p. 154) auch nach seiner Demission Mitglied des Schulrates blieb. Noch im Ratszettel vom 2. Juli 1796 (Sch. R. M. XVI, p. 173) heisst er «Lehrer im politischen Institut», in demjenigen aber vom 25. August desselben Jahres «Professor beym politischen Institut».

Aus dem bisher Gesagten geht die Unrichtigkeit der beiden Sätze von Luginbühl: «Das Jahr 1792 führte Stapfer noch auf ein anderes Arbeitsfeld. Im Herbst dieses Jahres (am 31. August) nämlich wurde er zum Lehrer der deutschen und lateinischen Sprache am politischen Institut gewählt und damit zum Professor der Philologie ... ernannt» deutlich genug hervor: nicht erst den 31. August 1792 wurde Stapfer zum Lehrer des Deutschen und Lateinischen gewählt, sondern schon den 9. September 1791, den 31. August 1792 aber

wurde er in seinem Amte bestätigt. Und erst vier Jahre später erhielt er den Professortitel als Lehrer an der Akademie und damit auch am Politischen Institut.

Somit ist auch im Luginbühlschen Buch der Titel II «P. A. Stapfer als Professor in Bern 1791—1798» zum Teil unrichtig, ganz abgesehen davon, dass Luginbühl nach seiner eigenen Darstellung 1792—1798 hätte schreiben müssen; es muss eben heissen: «Ph. A. Stapfer als Lehrer und Professor in Bern, 1791—1798».

Auf den zweiten dieser widerlegten Sätze muss ich noch einmal zurückkommen. Es heisst nämlich derselbe vollständig: «Im Herbst dieses Jahres (am 31. August) nämlich wurde er zum Lehrer der deutschen und lateinischen Sprache am politischen Institut gewählt und damit zum Professor der Philologie und später der Philosophie ernannt».

Betrachten wir zusammen mit diesen Worten «und später der Philosophie» einen weitem Satz Luginbühls aus dem zweiten Abschnitt seines Buches. Nachdem er p. 27 mitgeteilt, dass Albrecht Stapfer seines Onkels Nachfolger an der Akademie wurde (wann und unter welchen Verumständungen habe ich oben deshalb genau mitgeteilt, weil uns Luginbühl nichts davon sagt), fährt er also fort:

«P. A. Stapfer hatte nun doppelte Arbeit: einerseits das politische Institut, das er leitete und an dem er im obern Curriculum den Unterricht in der Philosophie erteilte, andererseits die Akademie, an welcher er alle theoretischen Zweige der Theologie zu docieren hatte.»

Zur Prüfung dieses Satzes müssen wir unsere Leser mit den Mitteilungen des Manuals der Kuratel des Politischen Instituts vom September 1796 an — es sind nicht mehr viele — bekannt machen.

In der schon erwähnten Sitzung vom 15. September 1796 beschloss die Kuratel¹, nachdem der Professor Stapfer jun. den Wunsch geäußert hatte, am obern Curriculum des weitem in bisheriger Weise thätig zu sein und sein Bedauern darüber ausgesprochen, «dass seine Beschäftigungen ihm nicht zulassen die bisherigen Vorlesungen in der untern Klasse fortzusetzen» — Schule und Schüler waren ihm also ans Herz gewachsen — den sprachlichen Unterricht wieder, wie früher, auf zwei Lehrkräfte zu verteilen, doch so, dass der eine, der ältere, nur am obern, der andere, der jüngere, nur am untern Curriculum zu unterrichten habe.

Der Beschluss geschah auf Grund eines Plans, den Ith und Stapfer schon vorher entworfen und in die Sitzung mitgebracht hatten. Er lautet:

«Das Sprachpensum welches einem einzigen Lehrer übergeben war, könnte nach den Bedürfnissen der Zöglinge des politischen Instituts erweitert und auf folgende Art unter zwey Lehrer vertheilt werden.

I. Der ältere gibt Unterricht in der obern Klasse und verwendet von 4 Std. wöchentlich:

a) Eine auf die Erklärung auserlesner Stellen eines schwehrreren lateinischen Schriftstellers, und verbindet damit in historischer oder ästhetischer Rücksicht interessante Bemerkungen. Taciti germania, Horazens Oden, Virgils Georgien, gäben dazu reichen Stoff.

b) Eine andre Stunde bleibt dem archäologischen Studium gewidmet, insofern es die religiöse, bürgerliche, wissenschaftliche und artistische Cultur der vorzüglichsten Völker des Alterthums umfasst.

c) In einer Stunde gibt der Lehrer seinen Zuhöreren eine kurze pragmatische Uebersicht der ganzen Weltgeschichte, und wenn diese geendigt ist, so trägt er im folgenden Jahre, eine allgemeine Geschichte der älteren und neuern Litteratur vor, indem er mit kurzen

¹ K. M. p. 188.

litterarischen und biographischen Notizen, eine Entwicklung der Fortschritte jeder vorzüglichern Wissenschaft verbindet.

Allein da für diesen Zweck, auch bey einem möglichst compendiarischen Unterricht eine Stunde wöchentlich nicht hinreichend seyn möchte, so könnte

d) Die vierte diesem Lehrer aufgetragene Stunde abwechselnd Woche um Woche, zuerst zur Fortsetzung seiner Vorlesungen über Universal- oder Litteratur-Geschichte, dann mit Ausschlusse des zeitfressenden theoretischen Unterrichts in der Rhetorik, ganz allein zu praktischen Styl-Uebungen und der Beurtheilung eingelieferter Aufsätze in deutscher Sprache benutzt werden.

II. So gewänne der Sprachlehrer der untern Classe mehr Zeit für die Anfangsgründe der deutschen und lateinischen Sprache, für Lesung leichterer Klassiker und für einige Vorbereitungs-Kenntnisse, von denen man bisher vergebens hoffte dass sie die Zuhörer des Instituts mitbringen würden z. B. Geographie, Elementar-Mythologie, einige Begriffe von der deutschen und lateinischen Prosodie u. s. w. Wenn diesem Lehrer 8 Stunden vorgeschrieben und zwey davon jenen propädeutischen Fächern angewiesen würden, so wären dann zwey andere für die deutsche Sprachlehre die sonst mit einer einzigen sich begnügen musste und also beynahe leer ausgieng, bestimmt, in keinem Missverhältniss weder mit den Forderungen dieses wichtigen Pensums noch mit der anderen Disciplinen zu Theil fallenden Zeit, und die vier übrigen Stunden ganz dem lateinischen eigen. Nach diesem, wie man glaubt auf die Bedürfnisse und Wünsche der Zuhörer berechneten Vorschlag, folget das Schema der auf das Fach der Humaniora zu verwendenden Stunden und der abzuhandelnden Wissenschaften.

Sprachen-Pensum.

Obre Classe.

Wöchentlich 4 Stunden.

1 philologischer, 1 archäologischer, 1 $\frac{1}{2}$ historischer Unterricht, $\frac{1}{2}$ Stunde für Stylübungen.

Untre Classe.

Wöchentlich 8 Stunden.

2 für Geographie, Mythologie; 2 deutsche Sprache und 4 zum cursorischen Lesen leichterer lateinischer Schriftsteller.

Wollte man auch die untere Classe nicht ganz zu einigen Vorlesungen im oberen Curriculum hinzulassen, so könnten doch die fähigeren und fleissigeren Schüler, zur Aufmunterung und Auszeichnung, zur Theilnahme an der exegetischen Lektur eines schweizerischen lateinischen Autors oder an dem archäologischen Unterricht gezogen und somit der Klage abgeholfen werden, dass die weiter gekommenen Zuhörer des unteren Curriculums an der Seite ihrer unwissenden Mitschüler, die oft die Aufmerksamkeit des Lehrers zum Nachtheil der Besseren ausschliessend beschäftigen müssen, keinen ihren grösseren Fortschritten und höhern Fassungskraft angemessenen Unterricht geniessen.»

Dieser Studienplan ist gewiss ein vorzüglicher zu nennen; einzig der Universalgeschichte, die nun wieder zu ihrem Rechte kommen sollte, hätte mehr Zeit eingeräumt werden müssen; die stiefmütterliche Behandlung dieses Faches an einer Schule zur Bildung der Staatsmänner können wir heute nicht mehr begreifen. Dankbar werden die Schüler des Instituts für die Abschaffung der Theorie der Rhetorik gewesen sein; dass Stapfer für Weglassung derselben votierte, bezeugt aufs neue sein gesundes Urtheil in pädagogischen Dingen. Leider wurde sein Wunsch, den deutschen Unterricht am unteren Curriculum von einer Stunde auf zwei auszudehnen, nicht erfüllt, es blieb in diesem Fache beim alten. Die Wichtigkeit des Unterrichtes in der Muttersprache wurde damals nur von wenigen erkannt. Im übrigen wurde der Plan von der Kuratel angenommen und in Abweichung von demselben einzig noch festge-

setzt, dass die Universalgeschichte und Archäologie beiden Curricula zusammen vorzutragen sei und im untern Curriculum an die Stelle von Geographie und Mythologie die römischen Altertümer treten sollen.

Zum untern Sprachlehrer¹ wurde Herr Candidatus Zeender erwählt und «die Ausführung des Plans, soviel das obre Curriculum anbetrifft, der Klugheit und den bekanten tiefen Einsichten Msh. Prof. Stapfer überlassen.»

Als Besoldung wurde, wie sich der Leser schon denken kann, die frühere Besoldung Stapfers (400 Kr.) auf beide nunmehrigen Sprachlehrer verteilt und zwar zu gleichen Teilen. Dass die Kuratoren dabei ein schlechtes Gewissen hatten, beweist der Zusatz:² «Sollten die Finanzen des Instituts es gestatten, so behalten sich Mehgh. freye Hände den Neuerwählten Lehrern einige Gratification zu ertheilen». Und in der Kasse lagen zu Martini 1796 nicht weniger als 1109 Kronen!³

Die Wahl Emanuel Jakob Zeenders⁴ war wiederum eine sehr glückliche und bezeugte aufs neue, wie sehr es der Kuratel daran gelegen war, junge Gelehrte von anerkannt gründlichen Kenntnissen für das Politische Institut zu gewinnen. Emanuel Zeender, der Begründer des bekannten Zeender'schen Instituts in Bern, auch während der Helvetik schriftstellerisch thätig und nachher als Professor der Theologie an der Akademie wirkend, gehört zu jener Schar auserlesener Berner des letzten

¹ K. M. p. 191.

² K. M. p. 191.

³ K. M. p. 192.

⁴ Gewöhnlich der jüngere Zeender genannt im Gegensatz zu seinem um einige Jahre älteren Bruder, der 1799 als Vikar zu Grindelwald bei einem Sturm auf dem Thunersee nebst acht seiner Gefährten ertrank (cf. catal. stud. III).

Jahrhunderts, die schon während ihrer Studienzeit durch unermüdlichen Fleiss und infolge glücklicher Naturanlagen zu umfangreichen Kenntnissen und einer gründlichen Bildung gelangten. Zeender glich da ganz seinem nunmehrigen Kollegen Stapfer. Er war noch stud. theologiae, wie er anno 1793 mit diesem bei der Konkurrenz um das hebräische Katheder (siehe oben pag. 156) vom Schulrat auf die Liste der Kandidaten gesetzt wurde. Das Urteil über seine Proben lautet:¹

«Herr Em. Zeender S. Theol. Stud. Mit Vergnügen machen wir E. G. einen jungen Mitburger bekannt, der es durch seinen brennenden Eifer und seine vortrefflichen Naturanlagen in der wahren Gelehrsamkeit bereits viel weiter gebracht hat, als man es von diesem Alter zu erwarten berechtigt ist. Er hat in mehreren morgenländischen Sprachen und der ganzen dahin gehörenden Litteratur eine nicht gemeine Stärke, und in seiner schönen Prælection und übrigen Exercitiis eine über seine Jahre gehende Maturität gezeigt. Er wird also der Aufmerksamkeit und Ermunterung E. G. bestens empfohlen.»

Auf diese Empfehlung hin dekretierten die Räte dem Stud. Zeender² eine Gratifikation von Thl. 100 «wegen seiner für seine Jugend bewiesenen seltenen Geschicklichkeit und zu fernerer Aufmunterung in seinen Studien». Die andern «zurückgebliebenen» Konkurrenten, darunter auch Albrecht Stapfer, erhielten ein jeder 40 Kronen.

Zeender war nicht bloss Philologe, sondern auch ein tüchtiger Kenner der Philosophie und auch in diesem Fache zeichnete er sich schon während seiner Studienjahre aus. So war er auch bei der Konkurrenz um den

¹ Sch. R. M. XV, p. 357.

² Sch. R. M. XV, p. 362.

erledigten philosophischen Katheder zu Lausanne im Sommer 1794 beteiligt und trug folgendes Urteil davon:¹

«Emanuel Zeender St. Theol. in Bern, ist E. G. schon durch das auszeichnende Lob bekant, welches er vor einem Jahr durch seine Proben für den Hebräischen Lehrstuhl erhalten hat. Dermalen hat er sich zwar in einem sehr verschiedenen Fache und neben Männern welche ihm an Jahren zum Theil weit überlegen waren, aber nicht weniger als damals sehr zu seinem Vortheil gezeigt. In seiner schönen Prälection, sowie in seinen anderen Proben hat er eine vielfache Bekantschaft mit der alten der neuern und neuesten Philosophie und den verschiedenen Zweigen der dahin gehörenden Gelehrsamkeit an den Tag gelegt. Er wird demnach E. G. auch in Rücksicht dieser Wissenschaft als ein sehr fähiger Jüngling angerühmt.»

Bei der Besetzung des theologischen Katheders im Jahr 1796 konkurrierte Zeender nicht, beteiligte sich aber sehr rege bei den Proben als Opponent und zwar «dreymal mit Distinction», so dass ihn dafür der Schulrat mit einer Gratifikation von 6 Berndublonen bedachte.²

Zeender war also dem Schulrat und damit auch der Kuratel des Instituts bekannt genug, wie er zum zweiten Sprachlehrer an dieser Anstalt vorgeschlagen wurde. Zugleich mit der Wahl beauftragte ihn die Kuratel, das neue Schuljahr 1796/97 den 12. November mit einer Inauguralrede zu eröffnen.

In diesem Winter wurde gelesen:

1) für das untere Curriculum.

4 Std. Religion (Vorbereitung z. H. Abendmahl). *Director Sprünglin.*

4 » Mathematik (Arithm. u. Geometrie). *Dorner, magister matheseos.*

¹ Sch. R. M. XVI, p. 41.

² Sch. R. M. XVI, p. 183.

1 Std.	Universalgeschichte.	}	<i>Stapfer, prof. theol.</i>
1 »	Archäologie.		
1 »	Deutsch (Sprachlehre).	}	<i>Cand. Zeender.</i>
6 »	Latein.		
	2 Std. Ovid.		
	2 » Sueton.		
	2 » Römische Alterthümer.		
17 Stunden, des Morgens von 9—12 Uhr.			

2) für das obere Curriculum.

2 Std.	Religion (Praktischer Theil).	<i>Helper Müsli.</i>
2 »	Philosophie (der Geschichte der Menschheit. Fortsetzung.)	<i>Ith, prof. philos.</i>
4 »	Bernisches Civilrecht, nach Anweisung der Stadtsatzung).	<i>Herr Stettler.</i>
3 »	Mathematik (Graphische Geometrie und Cosmologie, diese nach der Exposition du Systeme du Monde par Laplace).	<i>Tralles, prof. mathes.</i>
1 »	Universalgeschichte	} mit dem untern Curriculum zusammen.
1 »	Archäologie	
1 »	Deutsch (praktische Uebungen im Styl).	} » » »
1 »	Latein (Horaz, Oden).	

15 Stunden, des morgens von 9 Uhr an.

3) für beide Curricula fakultativ.

4 Std.	Akademische Zeichnung.	<i>Prof. Sonnenschein.</i>
des Nachmittags von 2—3 Uhr.		

4) Oeffentliche Vorlesungen an der Akademie (fakultativ).

2 Std.	Experimentalphysik.	<i>Tralles, prof. math.</i>
des Nachmittags von 3—4 Uhr.		

Für seine Vorlesungen in diesem Winter erhielt Herr Stettler wiederum eine Extragrattifikation von Kronen 140,¹ freilich erst «auf sein ehrerbietiges Bewerben hin».

¹ K. M. p. 195.

Aus diesem Lehrplan ist ersichtlich genug, dass Albrecht Stapfer im Schuljahr 1796, also das erste Jahr nach seiner Ernennung zum Professor der Theologie, nicht Philosophie las, sondern wie früher, noch als Sprachlehrer, resp. Lehrer des Deutschen, Lateinischen und der Archäologie, und als Lehrer der Universalgeschichte am Politischen Institut wirkte.

Erst nach Beendigung des genannten Schuljahres wurde Professor Ith als Lehrer am Politischen Institut entlassen und der philosophische Unterricht an dieser Anstalt an Stapfer übertragen (Sitzung der Kuratel vom 26. Mai 1797).¹

Professor Ith war nämlich den 11. August 1796 nach dem Tod des Pfarrers Wilhelmi (siehe oben pag. 158) zum Pfarrer von Siselen ernannt worden. Er blieb aber noch mehr als ein Jahr in Bern mit Beibehaltung seiner bisherigen Aemter und Würden, also auch seiner Stellung am Politischen Institute. Es verhält sich damit folgendermassen.

Zwei Tage nach der Beförderung Iths zum Pfarrer von Siselen fiel im Täglichen Rat der Anzug², ob es nicht thunlich wäre, dass Professor Ith bis zu Einführung der neuen Einrichtung der Akademie, zu der er den bereits angenommenen Plan entworfen, und bis die Arbeit wegen Verbesserung der untern Schulen werde vollendet sein, in Bern verbleibe, um dem Schulrat hierin mit Rat und Tat behilflich sein zu können.

Infolgedessen wurde der Schulrat ersucht,³ mit Ith in Unterhandlung zu treten und darauf hinzuwirken,

¹ K. M. p. 195.

² Sch. R. M. XVI, p. 177.

³ Sch. R. M. XVI, p. 177.

dass dem Anzug ein Genüge geschehe. Der Schulrat wählte zu diesem Behuf eine besondere Kommission, bestehend aus den Professoren Risold und Schärer und Alt-Landvogt Manuel. Der letztere wird jedenfalls in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kuratel des Politischen Instituts gewählt worden sein, da es auch dieser am Herzen liegen musste, den Mann, der für das Institut bislang in so eminentem Sinn gewirkt, demselben so lange wie möglich zu erhalten.

Ith erklärte sich mit den Wünschen seiner Kollegen und Vorgesetzten einverstanden und versprach, noch ein Jahr lang als Professor und Rektor der Akademie in officio et beneficio zu bleiben und damit sein sechstes und letztes Jahr auf dem Kloster als Præpositus bis zum 16. Oktober 1797 zu End zu bringen; indessen sollte nach seinem Wunsch der nach Siselen zu bestellende Vicarius aus dem Pfrundeinkommen von Siselen besoldet, der Ueberschuss zu obrigkeitlichen Händen genommen werden.¹

Die Regierung gab diesem Wunsche gesetzliche Kraft² und beauftragte nach einem bezüglichen Antrage des Schulrates die Vennerkammer, über die Vergrösserung des Pfarrhauses zu Siselen die gehörigen Devise verfertigen zu lassen, damit des künftigen Herrn Pfarrers grosse Familie und seine «über 20000 Pfund heransteigende» Bibliothek³ würdig untergebracht werden könne. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit zeigen uns aufs beste, welche Hochachtung Professor Ith bei Kollegen und Behörden genoss, und es ist geradezu rührend

¹ Sch. R. M. XVI, p. 185.

² Sch. R. M. XVI, p. 192.

³ Sch. R. M. XVI, p. 188.

zu sehen, mit welcher Innigkeit sich der Schulrat dafür verwandte, dass es dem Gelehrten ermöglicht werde, seine angefangenen Arbeiten in Musse vollenden zu können.

Mit der Besetzung des philosophischen Lehrstuhls hatte es also keine Eile; die Proben für denselben wurden auch erst im Frühjahr 1797 abgehalten; als Sieger ging Herr Candidatus David Kocher aus dem Kampf hervor.¹

Es war natürlich richtig, dass der philosophische Unterricht am Politischen Institut nicht dem neugewählten Professor philosophiæ, der bis dahin zum Institut in keinen Beziehungen gestanden hatte, übergeben wurde, sondern Stapfer, dem die Anstalt so sehr ans Herz

¹ Sch. R. M. XVI, p. 253. Bei dieser Gelegenheit erhielt Emanuel Zeender eine neue Anerkennung; nachdem er auf die Kandidatenliste gesetzt worden war und bei den Proben sich wiederum beteiligt hatte, gab der Schulrat folgendes Urteil über ihn ab (Sch. R. M. XVI, p. 250 ff.): «H. Em. Zeender . . . hat schon verschiedene Mal für das hebräische, das philosophische, und das theologisch praktische Katheder öffentliche Proben abgelegt, und hat auch bey der lezten Probe seine vorzügliche Einsicht sowohl in die ältere als neuere Philosophie, seine ausgebreitete Belesenheit und Kenntniss in den verschiedenen Fächern der Gelehrsamkeit bewiesen, die er mit vieler Geistes-Gegenwarth sehr interessant anzuwenden wuste. Er zeigte sich ebenso fähig tief in speculative Untersuchungen einzudringen, als er sich weit über die historischen ausgebreitet hat, und wird daher Mngh. als ein vorzüglich fähiges Subjekt empfohlen.» Zum Verständniss des Anfangs dieses Urteils sei hinzugefügt, dass kurze Zeit vorher, im November 1796, auch der Lehrstuhl für die praktische Theologie neu vergeben worden war und zwar an Samuel Studer, Pfarrer zu Büren (Sch. R. M. XVI, p. 203) und dass bei der Konkurrenz auch Emanuel Zeender sich beteiligt hatte, freilich ohne die analytischen und katechetischen Uebungen mitzumachen (war er ja doch erst den 12. Februar 1795 ins Ministerium aufgenommen worden).

gewachsen war und der sich über seine Kenntnisse in der Philosophie schon längstens ausgewiesen hatte. Der Unterricht, den Stapfer im verflossenen Schuljahr am obern Curriculum gegeben hatte, wurde dem Kandidaten Zeender übergeben, so dass also für das Schuljahr 1797/98 der Sprachunterricht wieder in einer Hand lag. Zeender erhielt für seinen Unterricht 400 Kronen zugesprochen und zugleich erteilte ihm die Kuratel den Titel eines Professors beim Politischen Institut.¹

Stapfer hatte zwei Stunden Philosophie zu docieren; was er nach Beginn des neuen Schuljahres, den 14. November 1797 wiederum durch eine Rede Zeenders inaugurirt, aus dem Gebiet der Philosophie las, kann aus dem Manual der Kuratel nicht mehr ersehen werden. Dasselbe schliesst mit den Worten: «ward nachstehende Pensen- und Stunden-Tabelle für den bevorstehenden Jahrgang von 1797 ad 98 genehmigt», die Tabelle selber ist aber nicht mehr eingeschrieben. Es war die letzte Sitzung der Kuratel, den 14. November 1797, in der die Stundentabelle beraten wurde und in welcher die Kuratel die Rechnung ihres Seckelmeisters zu Martini 1797 entgegennahm, nach welcher 1116 Kr. 1 Bz. in Kasse waren, bald nachher — kam Napoleon nach Bern und nach wenigen Monaten bereitete der Einbruch der Franzosen dem Politischen Institut ein jähes Ende.

Nach diesen Mitteilungen über die zwei letzten Jahre des Politischen Instituts ist der Luginbühlsche Satz, dass Stapfer nach seiner Wahl zum Professor der didaktischen Theologie an der bernischen Akademie am Politischen Institut Unterricht in der Philosophie erteilte, zu kor-

¹ K. M. p. 196.

rigieren; es geschah dies erst ein Jahr nach der Wahl.

Woher in aller Welt aber hat Luginbühl die Notiz, mit der er uns in demselben Satze nicht wenig überrascht, dass Stapfer nach seiner Wahl zum theologischen Professor das Politische Institut geleitet habe? Stapfer war, wie unsere Leser nun hinlänglich wissen werden, nie und nimmer der Leiter des Politischen Instituts, aus dem einfachen Grunde, weil diese Anstalt einen Rektor oder Direktor, oder wie man dieses Ding noch weiter benennen will, weder hatte noch brauchte. Alle innern und äussern Angelegenheiten der Schule besorgte die Kuratel; es gab am Politischen Institut keine Lehrerkonferenz, wie sie heutzutage an den Schulanstalten unter der Leitung eines Rektors existiert; seine Lehrer kamen als solche nie zusammen. Diejenigen, welche die Hauptfächer vertraten, waren als Professoren der Akademie Mitglieder der Kuratel und hatten da Gelegenheit genug, sich über die Anstalt auszusprechen, und die übrigen wurden nach Schluss des Schuljahres, oder, wenn sonst erforderlich, zu den Sitzungen der Kuratel eingeladen, um ihre persönlichen Angelegenheiten zu verfechten.

Ein besonderer Anstaltsleiter war also nicht nötig, um so weniger, als am Politischen Institut niemand über die Disziplin zu wachen hatte. Es gab ja an demselben gar keine Disziplinarordnung, seine Schüler genossen die goldene Freiheit in unbeschränktem Masse. Freilich hatten Kleiner und Grosser Rat den 24. August 1792 (siehe oben p. 140) die Kuratel «begwältiget wegen einer in dem Institut einzuführenden Disziplin von danahen das beliebige und denen Umständen angemessen erachtende zu verfügen», aber die Kuratel kam nie dazu, sich

mit diesem Gegenstande näher zu befassen, und es blieb beim alten, solange das Institut bestand. Sie wird sich deshalb nicht gegrämt haben, die liebe Jugend!

Schon p. 26 sagt Luginbühl: «beim Wegzug Iths, März 1797, wurde er» (Stapfer) «Leiter desselben». Dass Ith bis zum 16. Oktober 1797 in Bern in Amt und Ehren blieb, haben wir bereits (p. 169) gesehen.

Aus der Geschichte des Politischen Instituts, wie wir sie mit allen Einzelheiten mitgeteilt haben, erhellt die Unrichtigkeit zweier weiterer Sätze von Luginbühl.

P. 25 schreibt er: «Im Jahr 1792, nachdem das Institut das Provisorium, das erste Quadriennium glücklich durchlaufen, wurde es definitiv konstituiert».

Schon Adam Riese sagt uns, dass die erste Probezeit von vier Jahren im Jahr 1791 glücklich durchlaufen war, nachdem das Institut, wie Luginbühl selber auf derselben Seite sagt, anno 1787 ins Leben gerufen worden war. Den 29. Juni 1791 aber beschlossen Kleiner und Grosser Rat, es sei die Schule im Winter 1791/92 auf demselben Fusse fortzusetzen wie bis anhin, und erst durch das Dekret vom 24. August 1792 wurde das Politische Institut, nicht, wie Luginbühl sagt, definitiv konstituiert, sondern auf eine weitere Probezeit von zwölf Jahren wiederum eingerichtet (siehe oben p. 139).

P. 28 sagt Luginbühl: «Im Jahr 1792, bevor Stapfer zum Professor der Philologie ernannt worden, waren die Behörden im Zweifel, ob auch die klassischen Sprachen, speciell das Latein, am Politischen Institut Berücksichtigung finden sollten oder nicht. Mit Stapfers Wahl entschieden sie die Frage in bejahendem Sinne. Gleichsam zur Rechtfertigung und Bekräftigung dieses Beschlusses oder dieser Wahl verteidigte derselbe in seiner Inaugu-

ralrede am 13. November 1792 das Studium der Klassiker in einer Weise, wie es wohl selten überzeugender und schöner gethan wurde».

Beim Lesen dieses Satzes könnte derjenige Leser, der die Litteratur über das Politische Institut nicht näher kennt und nur das sich gemerkt hat, was uns Luginbühl p. 25 darüber mitteilt, auf den Gedanken kommen, das Latein sei während der ersten Probezeit am Institut gar nicht gelehrt worden. Dass dem nicht so ist, haben wir genugsam gesehen; wir setzen auch voraus, dass Luginbühl das weiss und dass er ferner weiss, dass vom Griechischen im Politischen Institut gar nie die Rede war, dass man im Schoss der Behörden nie daran gedacht hat, für die politische Jugend dieses Fach einzuführen, sintemalen dieselbe schon in der Litterarschule davon dispensiert war. Wir nehmen also an, dass Luginbühl den Satz: «waren die Behörden im Zweifel, ob auch die klassischen Sprachen, speziell das Latein, Berücksichtigung finden sollten oder nicht» nur aus Versehen so redigiert hat und glauben, dass er also schreiben wollte: «Im Jahr 1792, bevor Stapfer zum Professor der Philologie ernannt worden war, waren die Behörden im Zweifel, ob sie das Latein am Politischen Institut beibehalten sollten oder nicht».

Unter den Behörden, von denen Luginbühl in diesem Satz spricht (die Worte «bevor Stapfer zum Professor der Philologie ernannt worden war» haben wir schon richtig gestellt), haben wir einzig die Kuratel des Politischen Instituts zu verstehen. Dieser hatten die Räte von vorneherein die innere Organisation der Anstalt überlassen, sie hatte sogar die Lehrerwahlen endgültig zu vollziehen, nur sollten die Kuratoren — das war das einzige, was die gesetzgebende Behörde für dieselben ge-

wünscht hatte — «bei der Erwählung jeweilen soviel immer möglich in vollständiger Anzahl sich befinden» (siehe oben p. 139). Die Kuratoren waren für die ihnen untergebene Anstalt ein und alles und in jeder Beziehung unabhängiger als der obere Schulrat in seinem Verhältnis zur theologischen Akademie. So hatte denn auch der Grosse Rat in seinem Dekret vom 24. August 1792 in Bezug auf die innere Einrichtung, welche die Kuratel in ihrem Rapport ihm vorgeschlagen hatte, Folgendes gesagt: «über die Frage: welches in Zukunft die beste innere Einrichtung wäre? Alles was in mehr oder minderem in diesen Gegenstand einschlägt, bleibt der Kuratel mit vollem Zutrauen überlassen» (siehe oben p. 139).

Dass aber der Kuratel der Lateinunterricht von Anfang an am Herzen lag, dass sie bis zum Jahr 1792 alles that, um auch diejenigen Schüler, die mit ungenügenden Vorkenntnissen in dieser Sprache in das Institut eingetreten waren, ans gewünschte Ziel zu bringen, kennen wir aus unsern Mittheilungen aus dem Manual der Kuratel wiederum sattsam, und diese war auch im Frühjahr 1792, als sie sich mit den Räten über die Neu-Konstituierung des Politischen Instituts auseinandersetzte, keinen Augenblick im Zweifel, ob sie die Beibehaltung des lateinischen Unterrichts anraten solle oder nicht; sie spricht im Gegenteil in ihrem Rapport von den «sichtbar vortheilhaften Wirkungen»,¹ welche die Anstellung von zwei Lateinlehrern den Winter vorher gehabt hätte und verwendet sich energisch für die Beibehaltung derselben.

Der Zweifel, von dem Luginbühl spricht, kann sich somit nicht auf die kompetenten Behörden beziehen, und

¹ K. M. p. 144

wenn man die Rede, mit der Stapfer das neue Schuljahr den 13. November zu eröffnen hatte und aus welcher wohl Luginbühl auf diesen Zweifel geschlossen hat, aufmerksam liest, so wird man erkennen, dass Stapfer in derselben ganz allgemein von den Klagen spricht, die man immer wieder aus dem Publikum heraus über die Unzweckmässigkeit des zeitfressenden Studiums der altklassischen Litteratur hörte, «eine Klage -- heisst es da -- welcher ganz neuerlich grosse Männer und allgemein geschätzte Erzieher noch mehr Gewicht gegeben haben». Campe und Trapp sind es namentlich, die Stapfer bewogen haben, in seiner Inauguralrede zu Gunsten des Unterrichts in den alten Sprachen eine Lanze zu brechen.

Beiläufig sei noch bemerkt, dass Luginbühl, wie unsere Leser auch schon wissen, nicht sagen durfte: «mit Stapfers Wahl entschieden sie die Frage in bejahendem Sinn»; er hätte wenigstens sagen müssen: «mit der Wahl von Stapfer und Fisch» oder noch besser «mit der Wahl von Fisch und Stapfer», da der Anciennität halber Fisch vor Stapfer den Vortritt hatte und deshalb auch im Manual der Kuratel immer vor ihm genannt wird.

So ist denn die ganze Stelle p. 28 des Luginbühlschen Buches: «Im Jahr 1792, bevor Stapfer zum Professor der Philologie ernannt worden, waren die Behörden im Zweifel, ob auch die klassischen Sprachen, speciell das Latein, am politischen Institut Berücksichtigung finden sollten oder nicht. Mit Stapfers Wahl entschieden sie die Frage in bejahendem Sinn. Gleichsam zur Rechtfertigung und Bekräftigung dieses Beschlusses oder dieser Wahl vertheidigte derselbe in seiner Inauguralrede am 13. November 1792 das Studium der Klassiker» einfach zu streichen.

Ebenso ist zu streichen der Satz (p. 27): «Ex officio war Stapfer schon seit 1792 Mitglied des obersten Schulrats, wodurch ihm Gelegenheit geboten war, bestimmend auf alle erzieherischen Angelegenheiten der ganzen Republik Bern einzuwirken, namentlich konnte er sich dadurch genaue Kenntniss vom Volksschulwesen verschaffen.» — zu streichen, weil Stapfer erst vier Jahre später mit der Ernennung zum Professor an der Akademie Zutritt zum obern (nicht zum «obersten») Schulrat erhielt.

Stapfer nahm an den Sitzungen des obern Schulrats vom 16. September 1796 bis zum 18. Januar 1798 teil; also nicht einmal 1½ Jahre wirkte er in dieser Behörde. Dieselbe hielt während dieser Zeit 30 Sitzungen, von denen Stapfer nur zwei nicht besuchte, was wir auch wiederum als einen Beweis für sein Herz für das Erziehungswesen anführen dürfen. Die letzte dieser Sitzungen endigte mit einem patriotischen Akt. Es beschloss nämlich der Schulrat einen Vortrag an den täglichen Rat des Inhalts:

«Der Vaterhuld E. G. haben die hiesigen Schulen ihr Daseyn die Akademie ihren Flor zu verdanken, der Knabe und der Jüngling erkennt gerührt den Schutz und alles das Gute das er in so reichem Maas unter Dero gesegneten Regierung genossen; möchte die gütige Vorsehung das werthe Vaterland und seine Regenten schützen und erhalten, das sind ihre eifrigsten und reinsten Wünsche!

Im langen Genuss des Friedens und unter Dero Schutz hat sich sowohl der Schul- als Bibliothekseckel geäufnet, in ersterem liegen dermal Kronen 500 in letzterem Kronen 200 baares Geld, auch sollen dem Schulseckel im Aprill Kronen 1200 abgelöst werden. Diese zwar kleinen Summen machen es sich Mehgh. die S. R. bey dermahligen Zeiten zur angenehmen Pflicht

E. G. als ein schwaches Opfer von Seite hiesiger Akademie und Schulen, zur Erhaltung des werthen Vaterlands, in tiefster Ehrforcht anzubieten. Dero Befehle darüber gewärtigend.»

Nun könnte ja freilich eingeworfen werden, dass Stapfer auch während der kurzen Zeit, da er dem Schulrat angehörte, in demselben eine mehr oder weniger leitende Stellung eingenommen, oder, um mit Luginbühl zu reden, bestimmend auf alle erzieherischen Angelegenheiten der ganzen Republik Bern eingewirkt haben werde.

Einer solchen Annahme gegenüber ist festzustellen, dass auch nach dem Eintritt Stapfers in den Schulrat im Schosse dieser Behörde alles in demselben Geleise sich bewegte, wie vorher, von einem neuen Geist, von Massnahmen, die sich von den frühern unterschieden hätten, absolut nichts zu verspüren ist. Fragen von allgemeinerem Interesse sind während dieser Zeit fast keine behandelt, noch ist irgend etwas angeregt worden, das darauf hindeutete, dass eine junge, feurige Kraft hinzugekommen wäre, die für grosse Ideen eintreten und in manchem Wandel schaffen wollte. Es sind zumeist kleinliche Sachen und Geschäftchen, die die Behörde da abwandelte, Dinge, mit denen sich heutzutage der «Oberschulrat» nicht mehr abgeben würde, wie z. B. der Zettel lehrt, den diese Behörde in ihrer Sitzung vom 6. November 1797 an den Stiftschaffner abfertigte:

«Da der Ex Student Wetzel Mmh. Præposito des Klosters hinterruks sich in die Auditoria eingeschlichen und auf den dortigen Kissen geschlafen, dieselben aber von Ungezifer so angestekt hat, dass man sich solcher nicht mehr bedienen darf; so sehen sich Mehgh. die S. R. gemüssigt E. W. höflich zu ersuchen mit möglichster Beförderung neue Kissen verfertigen zu lassen, damit man sich solcher noch bei den Disputationen pro

Cathedra bedienen könne. Da im übrigen zu Präcavierung der nehmlichen Inconvenienz die Schlösser der Auditorien verändert worden. Dem Herrn Wetzel soll durch den Pedell ernstlich verdeutet werden, die nächtliche Besuchung der Auditorien und des Klosters zu unterlassen.»

Eine einzige Sitzung, der auch Stapfer beiwohnte, nimmt unsere besondere Aufmerksamkeit in Anspruch: es ist die Sitzung vom 30. Jänner 1797¹, in welcher ein neues Censurreglement endgültig festgesetzt und an den täglichen Rat zur Genehmigung abgeschickt wurde. Ausser Professor Tscharner, der schon verschiedene Jahre, wie in der Kuratel des Politischen Instituts, so auch im Schulrat beharrlich durch seine Abwesenheit glänzte, erschienen in dieser Sitzung sämtliche Assessoren — etwas ganz Ausserordentliches, was am besten zeigt, welche Wichtigkeit dem betreffenden Traktandum beigemessen wurde.

Den 22. August 1795 hatte der Kleine Rat an den Schulrat, welchem die Censur unterstand und aus dessen Mitte die Censurkommission jeweilen gewählt wurde, folgenden Zettel geschickt:²

«Damit der eingeführten Polizey über die Buchführer Buchhändler und Leseläden hiesiger Hauptstadt ein neues Leben gegeben werde, so haben Megh. in Erläuterung des hochobrigkeitlichen Buchdrucker-Reglements³ erkennt und Euch Mnhwh. zur Wegweisung

¹ Sch. R. M. XVI, p. 212 ff.

² Sch. R. M. XVI, p. 114.

³ Gemeint ist das Buchdrucker-Reglement vom 15. März 1768 unter dem Titel: «Reglement ansehend die Buchdrucker, Buchhändler und die, so Bücher zum lesen ausleihen, wie auch die Fremden, welche die öffentlichen Jahr Märkte in Mgh. Teutsch oder Weltschen Landen mit Büchern besuchen» (Ordnungs Buch

geben wollen, dass keine Bücher weder gedruckt noch verkauft, noch in den Leseläden geduldet werden sollen, die

1) die christliche Religion und derselben Grundsätze untergraben.

2) die den guten Sitten nachtheilig sind.

3) keine aufrührische und dem Staat gefährliche Werke.

4) keine injuriöse Schriften und

5) keine solche Schriften die den hiesigen Stand mit auswärtigen Mächten abwerfen und compromittieren könnten.

Megh. gesinnen demnach frd. an Euch Mehwh. der von Euch aus bestellten Censur-Kommission aufzutragen mit aller Vigilanz über die Beobachtung der diessorts vorhandenen Ordnung und Vorschriften zu wachen.»

Erst den 4. Jänner 1796 legte der Präsident des Schulrates, der Venner v. Jenner, den Assessoren diesen Ratszettel vor, und diese beauftragten die Censurkommission mit Zuthun der Professoren Ith und Tralles zu überlegen, «1) wie zu vollständiger Erreichung dieses Zwecks die Censur - Commission zu organisieren seyn möchte, 2) wie das aufgetragene Pensum unter ihre Mitglieder zu vertheilen, 3) mit welchen Cautelen die Pressfreyheit erlaubt oder einzuzihlen seye, und 4) unter welche Gesetze und Vorschriften die Buch- und Leseläden zu setzen und die Haltung derselben zu gestatten seyn möchte».¹

Auch die Censurkommission hatte keine Eile; nachdem sie mehr als ein Vierteljahr unthätig geblieben war und sich nie besammelt hatte, wurde sie den 25. April

des SchulRaths, II, p. 78 ff.). In demselben ist die Rede nur von solchen Büchern, die «wieder die Religion oder sonst wieder die guten Sitten» verstossen.

¹ Sch. R. M. XVI, p. 115.

vom Schulrat unter der Androhung der Anzeige an den Kleinen Rat ernstlich an ihre Pflicht gemahnt.¹ Nun machte sie Ernst und schlug dem Schulrat vor, es solle in Zukunft die Bücher-Censurkommission bestehen aus einem Präsidenten aus der Zahl Mrgh. der Räten, einem Assessoren aus der Zahl der alten Landvögte, einem zweiten aus der Zahl der Nonhabuisten (d. h. derer, die noch nicht Landvögte gewesen waren) und den vier jüngsten Professoren. Der Schulrat nahm diesen Vorschlag an und schritt den 16. Mai 1796² zur Wahl der neuen Censurkommission. Sie wurde zusammengesetzt aus dem Rats Herrn v. Sinner als dem Präsidenten und folgenden Assessoren: 1. Alt-Landvogt Thormann von Laupen; 2. Registrator v. Wagner; 3. Prof. Ith; 4. Prof. Tralles; 5. Prof. Risold; 6. Prof. Schärer.

Diese Kommission erhielt nun die Aufgabe, ein neues Censur-Reglement auszuarbeiten. Sie that dies in der Weise, dass sie einmal einen Entwurf zu einer neuen Instruktion für die Kommission selbst und zweitens zu einem Reglement über das Bücherwesen überhaupt verfasste und dem Schulrat vorlegte. Nachdem dieser die beiden Entwürfe in Cirkulation gesetzt hatte, tagte, wie bereits gesagt, der Schulrat den 30. Januar 1797 über der Angelegenheit.

Das neue Reglement bezeichnet gegen das alte vom Jahr 1768 verschiedene Fortschritte. Einmal wurden von der Zensur die wissenschaftlichen Werke ausgenommen: man hielt es mit dem neuen Zeitgeist nicht mehr für vereinbar, durch Unterdrückung wissenschaftlicher Werke die Fortschritte der Wissenschaft zu hem-

¹ Sch. R. M. XVI, p. 136.

² Sch. R. M. XVI, p. 152.

men und «die Menschheit in die Finsternisse der Barbarey zurückzudrängen».¹ Sodann wurde von einer bestimmten Geldstrafe gegen die Zuwiderhandelnden abgesehen: die Kommission hoffte durch milde Bestimmungen eher zum Ziele zu gelangen als durch Härte und dieselbe Geldbusse für alle und jede Vergehungen gegen das Gesetz. Sie wollte vor allem auf dem Wege freundlicher Ermahnung und eindringlicher Vorstellungen im persönlichen Verkehr mit den Buchhändlern ihren Pflichten nachkommen. Die Censoren sollten sich über die ganze neue Litteratur des genauesten selber orientieren und auf diese Weise das unmoralische Spitzeltum, das bezahlte «Verleiden» unmöglich machen.

Ein Teil der Schulräte stimmte dieser von der Censurkommission vorgeschlagenen humanen Auffassung der Bücherkontrolle bei, ein anderer Teil aber wollte, seinen konservativen Anschauungen entsprechend, am Alten festhalten und sogar mit den unfolgsamen Buchhändlern und Buchdruckern noch kürzern Prozess machen als früher. Er hielt es für vorzüglicher,² «die Buchhändler, Buchführer, Buchdrucker etc. vor der Censur Commission lediger Dinge angeloben zu machen, keine dgl. schädliche und den guten Sitten zuwiderlaufende Werke weder zu drucken, noch zu verlegen, noch auszuleihen. Auf die Widerhandlung dann eine Busse von etwann Kronen 100 zu Handen des Verleiders zu setzen,» in der Meinung, «harte und unausgesetzte Bestrafung in allen vorkommenden Fällen seye das einzige und wirksamste Mittel der Ausbreitung von schlechten und verderblichen Schriften zuvorzukommen».

¹ Sch. R. M. XVI, p. 216.

² Sch. R. M. XVI, p. 214.

Dass Stapfer bei der Abstimmung für die beiden Entwürfe der Kommission, deren Redaktion wohl von Prof. Ith herrührt, votierte, dürfen wir mit voller Gewissheit annehmen, auch wird er bei der Erörterung über das Verfahren den geschlossenen Lesegesellschaften gegenüber, über welches schon im Schoss der Kommission keine Einigung erzielt worden war, der Ansicht beigetreten sein, dass jegliche Beaufsichtigung derselben auszuschliessen sei.

Die ganze Angelegenheit kam zu keinem Abschluss; das alte Bern ging unter, bevor die Räte Zeit bekamen, sich über die beiden Vorschläge endgültig auszusprechen.

Wir lassen die beiden Entwürfe in der 5. Beilage abdrucken, als einen wertvollen Beitrag zur bernischen Kulturgeschichte.

Wäre es überhaupt möglich gewesen, dass Stapfer in den paar Jahren, da er nach Luginbühl Assessor des Schulrates gewesen sein soll, in diesem eine dominierende Stellung einnehmen und auf die Schulangelegenheiten des Kantons einen bestimmenden Einfluss ausüben konnte?

Wir müssen mit einem entschiedenen Nein antworten.

Damals bestand der Schulrat aus 20 Assessoren und einem Präsidenten; dieser, sowie drei Beisitzer gehörten dem Täglichen Rat an; drei weitere Assessoren waren ausbediente Amtleute, zu welchen drei Nonhabuisten hinzukamen. Diese neun Schulräte sassen mit dem Professor der Jurisprudenz auf der weltlichen Bank; auf der geistlichen sassen der Dekan und ein Pfarrer am Münster, sowie die sieben Professoren der Akademie mit Prof. Johannes Stapfer (siehe oben p. 154). Den Sitz auf jeder Bank bestimmte die Anciennität, so dass dem jüngsten Professor eine ganz bescheidene Rolle zuge-

wiesen war und diese bescheidene Rolle wäre Stapfer zugefallen, auch wenn er im Jahr 1792 schon in den Schulrat eingetreten wäre. Erst durch die Wahl in die Schulkommission, deren Mitglieder, aus der Mitte des Schulrates gewählt, alle wichtigern Angelegenheiten zuerst zu behandeln und an den Schulrat selber zu begutachten hatten, konnte ein Glied der geistlichen Bank zu einer einflussreichern Stellung gelangen; so erklärt sich das Ansehen Iths, der im September 1792¹ Mitglied der Schulkommission geworden war² (also im elften Jahr nach seiner Ernennung zum Professor der Philosophie!). Der Schulrat war seiner Zusammensetzung zufolge ein konservatives Kollegium, und gesetzt auch, er hätte auf dem Wege des Fortschritts, durch jüngere, feurige Mitglieder veranlasst, ein rascheres Tempo einschlagen wollen, so wäre ihm von den Räten, denen er alle seine Entschlüsse, welche auch nur einigermaßen wichtige Veränderungen betrafen, zur Genehmigung vorzulegen hatte, bald genug ein deutliches Halt geboten worden.

Endlich sind bei Luginbühl p. 27 die Worte: «namentlich konnte er sich dadurch genaue Kenntniss vom Volksschulwesen verschaffen» zu streichen. Weder in der Zeit, da Stapfer wirklich Mitglied des Schulrates war, noch während der vier Jahre, da er, nach Luginbühl, dessen Assessor war, es aber nicht gewesen ist, hat sich der Schulrat je mit der

¹ Sch. R. M. XV, p. 315.

² Leider sind im Schulrats-Manual die Verhandlungen über die Revision der Untern Schulen und der Akademie, welche nach den Anträgen der Schulkommission im Sommer 1797 geführt wurden, nicht eingetragen (siehe oben p. 168); zur Ausführung kam freilich die Sache nicht mehr.

Volksschule der Republik Bern beschäftigt; von 1792 bis 1798 kam in keiner Sitzung des Schulrates ein Traktandum vor, das sich auf die Primarschulen der Stadt oder des Landes bezogen hätte: seine Thätigkeit beschränkte sich auf die höhern Schulen der Hauptstadt und der Provinzialstädte. Als Mitglied des Schulrates hatte Stapfer *leider* keine Gelegenheit, das Volksschulwesen seines Kantons kennen zu lernen. Erst der Erziehungsrat, der nach dem Sturz des alten Berns an die Stelle des frühern Obern Schulrats trat, nahm sich der Landschulen an.

Beilage 1.

Befinden der zur Prüfung des Tscharner'schen Entwurfes einer Erziehungsanstalt der Politischen Jugend von Bern nieder- gesetzten Kommission.

Hochwohlgebohrne, Gnädige Herren und Obere!

Gute Anstalten zur Erziehung der Bürger sind eine der ersten Pflichten des Staats. Lange schon hatte es jederman eingesehen, dass es dem jungen Berner, der sich den öffentlichen Geschäften entweder als zukünftiges Mitglied der Regierung, als Rechtsgelehrter, oder als Sekretär in den Kanzleyen, wiedmen will, an den nöthigen Hülfsmitteln fehle, in seinem Vatterland die zu seiner Bestimmung unentbehrlichen Kenntnisse zu sammeln; Lange schon hatte jeder Freund des Vatterlandes gewünscht, dass dem Mangel dienlicher Hülfsmittel, zu Bildung der hiesigen Politischen Jugend und der Nothwendigkeit zu fremden Pflanz-Schulen und Akademien seine Zuflucht zu nehmen möchte abgeholfen werden, als der von Mnhgh. Professoren Tscharner, Wilhelmi und Ith verfertigte Entwurf einer Erziehungs-Anstalt für die politische Jugend von Bern vom 14.^{den} bis zum 18.^{den} Jahre gedruckt zum Vorschein kam.

Euer hohen Gnaden, aufmerksam auf alles was die Glückseligkeit des Landes und seiner Bewohner befördern kan, aufmerksam also auch auf die Ausbildung der Seelenkräften ihrer Burger, als das sicherste Mittel zu dem

ersten zu gelangen, fanden diesen Entwurf einer nähern Untersuchung würdig, und trugen dieselbe zugleich mit der Untersuchung eines gefallenen Anzugs, wegen Bestimmung der einem tüchtigen Sekretär nöthigen Kenntnissen und Fähigkeiten einer zu dem End eigens niedergesetzten Kommission auf.

Ueber welchen Anzug kein besonderes Befinden abgefasst wird, weil die Bildung guter Sekretarien eine der Haupt-Absichten der im Wurf ligenden Erziehungs-Anstalt ist.

Mehgh. die Committierte haben dieses Geschäft mit der, der Wichtigkeit der Sache angemessenen Sorgfalt und Fleiss untersucht, und sind durchgehends von der Nothwendigkeit überzeugt, auf die Verbesserung der Erziehung der politischen Jugend und dissörtigen Hülfsmittel werkthätig bedacht zu seyn. Bis dahin war der Berner unter der Aufsicht seiner Lehrer bis in seine Jahre, wo die Leidenschaften am heftigsten sind, wo er ihrer also am meisten bedarf, von diesem Zeitpunkt an, war er bis dahin meistens frey und sich selbst überlassen. Wolte ein Vatter seinen Söhnen mehreren Unterricht verschaffen, so sahe Er sich gezwungen, dieselbe mit sehr beträchtlichem oft seine Kräfte übersteigendem Aufwand auf fremde Pflanz-Schulen und Akademien zu senden, wo er zwar Kenntnisse sammeln, aber nie einen ganz zweckmässigen Unterricht erhalten kan, indem ihm die Rechte und Verbindungen seines Vatterlands, also die nothwendigsten Wissenschaften, unbekannt bleiben.

In Ansehen der Mitteln, welche *Euer hohen Gnaden* zu Erhaltung der Landesväterlichen Absicht eine bessere Erziehung ihrer politischen Jugend zu befördern, anzurathen scheinen, stehen Mehgh. in verschiedenen Gedanken.

Erste Meinung.

Die Gedanken der ersten Meinung sind in der beyliegenden ausführlichen Bearbeitung des gedruckten Plans¹ enthalten, und werden hier nur Auszugsweise eingerukt.

Sie sind in zwey Abschnitte getheilt, in dem ersten wird die Natur und der Zwek des Instituts und in dem zweyten die nähere Einrichtung desselben beschriben.

I. ABSCHNITT.

Natur und Zwek des Instituts.

Die politische Jugend bedarf zu ihrer Bestimmung einer eigenen Vorbereitung, die sie auf fremden Akademien mit grossem Kosten suchen muss, alledieweil die hiesige Akademie ungenützt bleibt.

Die Verbindung der Akademie mit dem neuen Institut könnte nicht anders als der Jugend vortheilhaft seyn, allein schon oft hat sich der Schulrath auf höchsten Befehl darmit beschäftigt, und alle mahl erfahren, dass gewisse unüberwindliche Vorurtheile diese Verbindung durchaus unmöglich machen; Ueber diss ist bekanntlich hiesige Akademie, ihrem Ursprung nach, nur für Geistliche bestimmt; nun sind die Studia des Politikers und des Geistlichen merklich voneinander unterschieden, und man muss gestehen, dass der Unterricht für den ersteren nicht zwekmässig ist; solte er es werden, so müsste die Akademie umbeschaffen, und Lehrer und Pensen vermehrt werden, und auch daraus würde eine unvermeidliche Trennung entstehen.

Vielleicht kan auch eben das neue Institut den Weg zu dieser gewünschten Vereinigung bahnen. Wenn einmahl der Geschmak an den Wissenschaften allge-

¹ Dieselbe ist nicht mehr vorhanden.

meiner, und dadurch Liebe zur Arbeit reger und anhaltender wird, so können die Lehrer die in beiden Instituten arbeiten, glückliche Werkzeuge zu ihrer Verbindung werden. Die Trennung der beiden Akademien wird auch um so weniger merklich seyn, wenn, wie Megh. es wünschen, den jungen Geistlichen gestattet wird, die Politische Akademie, so viel es, ohne Nachtheil ihrer eigenen Vorlesungen, geschehen kan, zu besuchen.

Simplizitet, Kunstlosigkeit und die leichte Ausführbarkeit dieses Plans machen seine wahren Vorzüge aus, er erfordert keinen beträchtlichen Aufwand, die erforderlichen Lehrer sind meistens schon da, sie bieten sich selber an, sie wünschen gemeinnütziger zu werden.

Die Jugend denkt man sich so wie sie nach ihrer dissmahligen Lebens-Art ist, man legt ihr nicht viele und nur solche Arbeiten auf, die sich leicht mit ihrem Geschmak verbinden lassen. Zulest, wenn das schlimmste erfolgen, wenn der ganze Versuch fehlschlagen sollte, so wird er doch keine beschwerliche und bleibende Ausgaben weder für den Staat noch für das Publikum veranlasset haben.

Man hat also mit Bedacht keinen glänzenden viel umfassenden Entwurf, sondern nur eine Probe im kleinen vorgelegt. Mit Bedacht wollte man den Jüngling nicht aus gränzenloser Freyheit in einen so grossen Zwang versetzen, sondern denselben unvermerkt zu nützlicher Beschäftigung hinlocken. Der glückliche Erfolg, die Zeit allein kan die neue Anstalt befestigen, erweitern, vervollkommen.

II. ABSCHNITT.

Nähere Einrichtung des Instituts.

Die Gegenstände dieses Abschnitts sind die Wissenschaften, die Pensen, ihre Behandlung und Eintheilung;

hernach folgen einige Bemerkungen über die Lehrer, die Zuhörer u. s. w.

a) Die Wissenschaften, ihre Behandlung und Eintheilung.

Der ganze Unterricht soll sich auf die allgemeinen dem Bernerschen Politiker zu seiner Bestimmung unentbehrlichen Kenntnisse und Wissenschaften einschränken.

Diese scheinen folgende zu seyn. 1.^o Studium der deutschen und lateinischen Sprachen. 2.^o Allgemeine Geschichte. 3.^o Statistik. 4.^o Vatterländische Geschichte. 5.^o Theoretische und praktische Philosophie. 6.^o Aesthetik zur Bildung des guten Geschmacks. 7.^o Rechts-Gelehrsamkeit in ihren verschiedenen Zweigen, mit Bezug auf das Vatterland.

Die augenscheinliche Nothwendigkeit aller dieser Wissenschaften, die Art wie sie um zweckmässig zu seyn, vorgetragen werden müssen, alles das ist in der schon angezogenen Beylage von pag. 13 bis 21 auf das unwiderprechlichste bewiesen und vorgestellt, und wird um nicht unnöthigerweise weitläufig zu seyn hier nicht wiederholt.

So eingeschränkt, so unvollständig dieser Entwurf ist, so leistet er dennoch alles was bey einem blossen Versuch und bey der dissmaligen Lage geleistet werden kan; er leistet mehr als Elteren bey dem kostbarsten Aufwand von auswärtigen Anstalten jemahls hoffen können.

Die hier ebenfalls beyliegende Tabelle zeigt wie diese verschiedene Pensen geordnet und die Stunden eingetheilt werden können. Sie wird zwar noch manchen Veränderungen unterworfen seyn, die aber erst alsdenn bewerkstelliget werden können, wenn die Anstalt ihre Wirklichkeit erreicht hat. In dieser Tabelle ist die

Herberuffung des H. Professorn Müllers vorausgesetzt, ein Mann, der wegen seinen bekannten Fähigkeiten, wenn auch das Institut den gewünschten Fortgang nicht haben sollte, dem Staat wichtige Dienste leisten und daher mit grossem Nutzen nach seinem Begehren mit dem Tittel Historiographus Reipublicæ und einem Gehalt von 100 Louisd'ors neufs oder Kronen 656 herberuffen werden könnte.

Für Mathematik und Physik sind keine eigene Stunden ausgesetzt; diese Fächer haben ihren öffentlichen Lehrer, dessen Vorlesungen jederman freystehen.

Die Religion wurde in dem ersten Entwurf ganz ausgelassen, theils weil man den Eltern die Besorgung dieses Theils des Unterrichts überlassen wollte, theils weil sie bey dem Jüngling, der die Anstalt besucht, vorausgesezt werden kan. Mit einten Gedanken bleibt man bey dem ersten Entwurf; eine andere Meinung hingegen hat der Religion auf der Tabelle ihre eigene Stunden angewiesen, und es wird nicht schwer seyn, zum Lehrer in diesem Fache einen würdigen Mann zu finden.

b) Die Zuhörer und Lehrer.

1.º Die Zuhörer.

Wenn das Institut den Erwartungen entspricht, so wird es ihm an Zuhöreren nicht fehlen. Sie bestehen aus dem edelsten und unabhängigsten Theil der Berner-schen Jugend in einem Alter, wo der Mensch schon durch einen geheimen Zug nach Freyheit und Vergnügen strebt, mit ernster ausdaurender Arbeit unbekannt, gegen Zwang-Mittel unbiegsam, für die Reize der Ehre durch eine bessere Erziehung äusserst empfindlich, und eben deswegen schon dem blossen Gedanken einer zu

strengen mürrischen Disciplin ungeneigt. Bey solchen Umständen ist zwar freylich Ordnung nöthig, aber Schul-Ordnung, Schul-Disciplin u. s. w. würden nur die Jugend abschrecken, sie empören, und folglich den Zwek des ganzen stören und zernichten. Eine höhere freywillige Aufsicht ist das einzige was an die Stelle einer hier unmöglichen Disciplin gesetzt werden könnte.

Wenn angesehene Magistrats-Personen und Väter die Vorlesungen besuchten, so wurde der Lehrer und Lernende in steter Erwartung erhalten, jene zu Erfüllung ihrer Obliegenheiten, und diese zum Fleiss und Sittsamkeit aufgemuntert, und der ganzen Einrichtung gleichsam Leben und Festigkeit mitgetheilt werden.

Hierzu aber sind Hörsäle, und wanns möglich mit Geschmack erbaute Hörsäle durchaus nöthig, denn jeder-man weiss wie viel Einfluss das Aeussere auf den Unterricht selbst hat, und was für ein merklicher Unterschied zwischen einem öffentlichen Vortrag und dem nachlässigen Privat-Unterricht ist.

Das Alter der Aufnahme ist das 14^{de} und des Austritts das 18^{de} Jahr. Es bleibt aber dem Tüchtigen unbenommen den Unterricht früher, und wer wünscht, länger zu geniessen. Es wäre zu wünschen, dass die Schüler dieses Instituts vorher die öffentlichen Schulen besucht hätten, wie die Geistlichen; so sollte auch diese politische Akademie eine Fortsetzung von jenen seyn; und der Uebergang in beyde solte mit gleicher Freylichkeit geschehen; dass der studierende Jüngling erst im 16^{den} Jahre ad lectiones publicas beförderet werden soll, hat für die politische Jugend keine Unbequemlichkeit; man nemme sie in dem 7^{den} Jahr in die Litterar-Schule, so kan sie im 14. in die neue Akademie übergehen.

Wegen der Klassierung hat man verschiedene Vorschläge untersucht, und gefunden: dass diejenige, die natürlich ist, die weder Lehrer noch Schüler allzusehr beschwert [einzuführen sey], dem zu Folge wird nach Ausweis der Tabelle das ganze Institut in zwey Haupt-Klassen, jedes von zwei Jahren getheilt. Das obere Kurikulum hat wieder zween Abschnitte, jeder von einem Jahr, und auf diese Einrichtung, sind die Lehrer, die Pensen, die Stunden dergestalt geordnet, dass jede Collision sorgfältig vermitteln wird.

2.º Die Lehrer.

Diese sind schon alle gefunden, den Sprach Lehrer ausgenommen, welchem für die vier Prob-Jahre keine Station zu errichten rathsam ist. Durch eine zu bestimmende Summe, deren Verwaltung der Curatel anvertrauet würde, könnte dieselbe in den Stand gesetzt werden, diese und alle übrige nöthige Ausgaben, ohne Folgen für die Zukunft zu bestreiten. Der neue Sprach Lehrer müsste aber in der Akademie diejenigen Stunden ersezen, die der Prof. Eloq. dem neuen Institut wiedmen soll, der denn ohne Nachtheil derselben die Statistik übernehmen kan.

Der Professor der griechischen Sprache übernimmt die Aesthetik, und der Professor der Philosophie, das philosophische Fach, und zwar wie aus der Beylage Pag. 32—33 erhälet, beydes ohne den geringsten Nachtheil der Akademie.

Die Rechtsgelehrsamkeit und vatterländische Geschichte würde nebst den beiden bereits vorhandenen Lehrern dem herzu beruffenden H. Professor Müller aufgetragen.

Die Bezahlung der Lehrern fällt nach dem gedruckten Entwurf zum Theil auf die Eltern, doch sollten die Ein-

künftigen der Lehrer an der hiesigen Akademie, die gar zu geringe sind, beträchtlich verbessert werden. Die Besoldung des H. Müllers, des Sprach-Lehrers und die Verbesserung der Professor-Stellen, würde einen jährlichen Aufwand von zweytausend Kronen erfordern.

Die Lehrer müssen auch Ansehen und Einfluss haben, und diejenigen, die ohnehin schon Mitglieder des Schul-Raths in dem neuen Institut eben die Vorrechte besitzen, in welche sie in der Akademie von der Oberkeit gesetzt worden sind.

Ferner ist nothwendig, dass der Lehrer sein vorgeschriebenes Pensum in dem bestimmten Zeitraum ende; hingegen würde es eher schaden als nützlich seyn, Ihnen eine Methode vorzuschreiben; jeder wohlgewählte Lehrer hat sich aus eigener Erfahrung eine Lehr-Art abgezogen, die die einzig gute ist, weil sie die einzig gute ist, die sich für ihn schicket.

Endlich sollte die Ober-Aufsicht über dieses Institut einer *Euer hohen Gnaden* beliebigen Curatel unter dem Vorsiz eines jeweiligen Hgh. Präsidenten des Schulraths aufgetragen, und derselben die Einrichtung der neuen Akademie überlassen seyn.

Zwote Meinung.

Wenn das neue Institut verdienen soll von der *Hohen Obrigkeit* begünstiget zu werden, so wird es so einzurichten seyn, dass die Vätter der verschiedenen Classen der politischen Jugend nicht mehr in der Nothwendigkeit sich befinden, ihre Söhne auf fremde Pflanz-Schulen und Akademien zu schicken, und dass diese ihre Söhne in diesem neuen Institute zu allen einem Republikaner nöthigen Fertigkeiten und Kenntnissen an-

geführt werden. In merklichem Grade unvollständige Institute werden zu einer wirklichen Verbesserung unsers politischen Erziehungswesens so viel als nichts beytragen, sie müssen viele Wünsche rechtschaffener und Einsichtsvoller Väter unbefriediget lassen, und können eben aus diesem Grunde nicht bestehen; sie veranlassen einen vergeblichen Aufwand, sie schrecken von der Bewerkstellung besserer Ideen ab, und es ist rathsammer nichts als etwas schlechtes zu machen.

So sehr auch Institute, in welchen nur für die Unterweisung der Jugend, und nicht auch für die praktische Angewöhnung guter Denkungs- und Handlungs-Arten derselben gesorget wird, als unzureichend anzusehen sind, die diessörtigen Wünsche einer vätterlichen Oberkeit zu erfüllen, so will man doch auch nach diesen Gedanken von Anstalten solcher Art in den obwaltenden Umständen nichts melden, und sich mit dem mässigen und eingeschränkten Wunsche begnügen, dass wenigstens in dem Institute, von dem die Rede ist, für eine erträgliche Anleitung zu den unserer politischen Jugend nothwendigsten Kenntnissen gesorget werde.

Zu diesen Kenntnissen ist zu rechnen.

1.^o Die Kenntniss der natürlichen und christlichen Moral, welche um so vollständiger und grundlicher seyn muss, als sie in unserem gewöhnlichen Religions-Unterricht meisten Theils pflegt vernachlässiget zu werden, und in dem gegenwärtigen Zeit-Alter je länger je nothwendiger wird.

2.^o Die Kunst in der deutschen und französischen Sprache sich wohl auszudrücken, alles in der lateinischen Sprache geschriebene zu verstehen, die Kunst zu lesen, und überhaupt sowohl eigene als fremde Gedanken auf eine anständige Weise vorzutragen.

3.° Die Logic und Geschichte der Gelehrsamkeit, samt der Kenntniss des Zusammenhangs der verschiedenen Theile derselben.

4.° Die Kenntniss der Mathematischen Wissenschaften, insofern sie für vorzüglich nützliche Geistes-Uebungen zu halten, und auch zu planimetrischen, hydraulischen, und Architektonischen Arbeiten nützlich seyn können.

5.° Die Kenntniss einer mit der Natur-Historie verbundenen Physik und der mit diesen Gegenständen in so engem Verhältnisse stehenden Technologie und Oeconomie.

6.° Die geographische und statistische Kenntniss der heutigen Staaten und der allgemeinen Geschichte derselben.

7.° Dessgleichen von der Eidsgenossenschaft überhaupt, den besonderen Schweizerischen Cantonen, und vorzüglich der hiesigen Republik.

8.° Die Kenntniss der natürlichen Grundsätze der Gesetzgebung und der Geschichte und Methodologie der merkwürdigsten positiven Gesetzgebungen, wie auch der Polizey und Cameral-Wissenschaft.

9.° Die Kenntniss des Bernerischen Privat-Rechts, des Civil- sowohl als des Criminal-Rechts, desgleichen auch des Lehen-Rechts.

Aus einer auch nur flüchtigen Uebersicht dieser angezeigten Kenntnisse, erhellet nach dieser Meinung zur Genüge, dass, wenn eine jede derselben mit dem erforderlichen Fleisse und mit der gehörigen Ausdehnung und Grundlichkeit unserer politischen Jugend soll beygebracht werden, keine darunter sich befinde, welche nicht einen eigenen seinem Penso und seinen darauf sich beflaisenden Schülern seine ganze Zeit widmen könnenden Lehrer erheische. Mit der gleichen Meinung siehet man

es auch zu einem glüklichen Erfolge des neuen Instituts als wesentlich nothwendig an, dass

1.° Einem jeden Lehrer die zu gebrauchende Lehrbücher, und die Zeit innert welcher selbige zu behandeln vorgeschrieben werden.

2.° Dass die samtlischen Lectionen in deutscher Sprache gehalten werden.

3.° Dass ein jeder Lehrer wochentlich einmal mit seinen Schüleren ein Examen anstelle.

4.° Dass ein jeder seine Zuhörer Aufsätze oder Uebersetzungen verfertigen lasse.

5.° Dass für ein jedes Pensum halbjährliche öffentliche Examina vorgenommen werden.

6.° Dass schikliche Oerter oder Hörsääle zu Haltung der Lectionen bestimmt werden und dass man endlich auch

7.° Aufmunterungs - Mittel ausfündig mache, durch welche unsere politische Jugend und ihre Vätter mögen bewogen werden, aus dieser neuen Anstalt den erwünschten Nuzen zu ziehen.

Wir haben gegenwärtig zwei Professores juris, davon dem einten das N° 8, dem andern das N° 9 angezeigte Pensum könnte aufgetragen werden.

Man könnte auch im Anfange mit dem vorhandenen Lehrer der Mathematik für die N° 4 und 5 angezeigten Pensa sich zu begnügen versuchen; ich sage im Anfange, denn wenn schon dieser Lehrer ganz unserer politischen Jugend gewiedmet wurde, so ist doch schwer zu begreifen, wie ein einziger Mann zureichen könnte, den verschiedenen Klassen derselben gedachte Wissenschaften auf eine grundliche Weise beyzubringen. Gesezt aber, diese seye möglich, gesezt auch, es könne ein solcher Lehrer ohne Nachtheil unserer ecclesiastischen Jugend entzogen werden, so würde es doch allzeit noth-

wendig bleiben, für die Nummeris 1, 2, 3, 6 und 7 angezeigten Pensa besondere Lehrer zu bestellen, und selbige mit einem hinlänglichen Gehalte zu versehen. Wenn man diese Besoldungen samt den übrigen daher nöthigen Ausgaben auch auf das mässigste berechnet, so kann man nach diesen Gedanken nicht finden, dass die Oberkeitlichen Umkosten eines selbst nur auf die nothwendigsten scientificischen Bedürfnisse unserer politischen Jugend eingeschränkten neuen Instituts jährlich minder als mit Kronen 3000 bestritten werden könnten.

Sollte es bey dieser Beschaffenheit der Sachen, und bey dem sehr ungewissen Erfolge aller ganz neuen Unternehmungen nicht rathsammer seyn, an eine solche Einrichtung unserer gegenwärtigen Akademie, durch welche sie von unserer politischen Jugend mit mehrerem Nutzen besucht werden könnte, zu denken, als aber die Anlegung einer besonderen neuen Akademie zu unternehmen, die eines jährlichen namhaften Aufwands ungeacht, dennoch ein ziemlich unvollständiges Institut verbleiben würde? Man hat sich freylich bisher schon öfters mit diesem Gegenstande beschäftigt, und sowohl in ältern als neuern Zeiten allerhand auf diese Absicht abzielende Wünsche und Anzüge wiederholet. Man darf sich aber auf die Lectur der samtlischen Schulraths-Manuale beruffen, und fragen: obgleich wie über die Verbesserung der Akademie überhaupt, also auch über eine der politischen Jugend nuzlichere Einrichtung derselben etwas anders gethan worden seye, als in kleineren oder grösseren Versammlungen in weitläuftige nichts ausmachende Ratiocinia und Disputationen darüber sich zu verlieren, oder höchstens Gutachten abzufassen, die auf dem gegenwärtigen der Akademie bestimmten Oberkeitlichen Aufwand eingeschränkt, nicht anders als sehr un-

vollständig ausfallen konnten? Ob jemahls über die sowohl für die politische als für die ecclesiastische Jugend schiklichste Einrichtung unserer oberen Schulen ein ausführlicher Vorschlag der Hohen Oberkeit seye vorgelegt worden? Ob man jemahls dieses Pensum in einer kleinen unpartheyischen Commission recht grundlich und so erdauret, dass etwas gutes und brauchbares herauskommen könnte? So lange als dieses nicht geschehen, so hält man es nach dieser Meinung für eine zu voreilige Entscheidung, dass es unmöglich seye, unsere gegenwärtige Akademie auch der politischen Jugend recht nuzbar zu machen, und man stehet hierseits um so mehr in diesen Gedanken, als nicht nur in den älteren, sondern auch in den neuesten Zeiten verschiedene dem politischen Stande sich wiedmende Jünglinge die zu ihrer Absicht dienliche Akademische Lektionen gemeinschaftlich mit der ecclesiastischen Jugend besucht, und der jezigen mangelhaften Beschaffenheit dieser Lektionen ungeacht einen merklichen Nuzen daraus gezogen haben. Haben nicht auch viele Jünglinge, die in der anfänglichen Absicht dem geistlichen Stande sich zu wiedmen, die Akademischen Lektionen besucht, nachher aber den politischen Geschäften sich gewiedmet, durch ihre bisherigen Studien eine vorzügliche Fähigkeit zu den politischen Kenntnissen erworben? Giebt es in der That nicht sehr viele litterarische, historische und philosophische Kenntnisse die der politischen und ecclesiastischen Jugend in gleichem Grade nothwendig sind? Warum solten diese Studien von diesen zween Classen von Jünglingen nicht gemeinschaftlich betrieben werden können? und deshalb bey uns unmöglich seyn, was in Genf, was auf allen Schweizerischen Gymnasien, auf allen aüsseren Universitäten geübt zu werden pflegt? Man glaubt be-

nebens nach dieser Meinung, die gemeinschaftliche Besuchung der sowohl für die politische als für die ecclesiastische Jugend dienlich seyn könnenden Akademischen Lektionen, müsse diesen beyden Ständen in verschiedenen Absichten sehr vorthelhaft, und hingegen die gänzliche Absönderung einem jeden derselben sehr nachtheilig seyn. Es liegt endlich am Tage, dass, wenn man eine neue von der alten abgesönderte Akademie anlegen, und zu gleicher Zeit auch die schon so lange verschobene, und doch so höchst nöthige Verbesserung der ecclesiastischen Studien ernsthaft und werkthätig beherzigen wolte, ein doppelter dem Oberkeitlichen Aerario in einem sehr merklichen Grade beschwerlicher und doch vielleicht mit unbeträchtlichem Nuzen begleiteter Aufwand erforderlich seyn würde.

Aus allem daherigen fliesst der natürliche, auf innige Ueberzeugung gegründete Schluss dieser Meinung, dass es vorzüglich rathsam seye, die sowohl für die politische als für die ecclesiastische Jugend nuzlichste Einrichtung der gegenwärtigen Akademie zu unternehmen, die deshalb erforderliche, auf etwa Kronen 2000 oder Kronen 2500 steigen könnende Umkosten darauf zu verwenden, und von einer kleinen unpartheyischen Kommission einen umständlichen Vorschlag mit grösst-möglicher Beförderung ausarbeiten zu lassen.

Noch muss hier angemerkt werden, dass, wenn es Mngh. und Oberen gefallen solte, den H. Müller zu berufen, so würde man es nach der zwoten Meynung für nothwendig halten, seine Pensa auf die Eidgenössische Geschichte, auf das Eidgenössische Staats-Recht und auf die Eidgenössische Statistik einzuschränken, Ihme deshalb eine bestimmte Instruktion zu ertheilen, und in Festsetzung der Pflichten und des Gehalts sowohl dieser

als andern sonst nöthig seyn könnenden Stellen systematisch zu verfahren.

Diess sind nun die unmasgeblichen Bestimmungen Mrhgh. der Kommittierten über diesen für die ganze Republik höchst interessanten Gegenstand.

Euer hohen Gnaden wird ehrerbietigst überlassen, dasjenige auszuwählen, was *Hochdieselben* für das allgemeine Beste am zuträglichsten erachten werden.

Beilage 2.

Befinden über das Sprachpensum am politischen Institut von Landvogt Manuel und Prof. Ith. Sommer 1791.

Da die Natur der Sache und verschiedene Resignationen im pol. Institut eine andre Einrichtung im Sprachpensum nothwendig machen: so hat die dazu niedergesezte Comission gegenwärtig die Ehre Mnhgh. Curatoren ihre gutachtliche Gedanken vorzulegen.

Es scheint zwekmässig zu seyn 1. das fehlerhafte der bisherigen Einrichtung zu untersuchen. 2. bestimmt zu zeigen worauf es bey einer neueren Einrichtung hauptsächlich ankommen müsse und 3. eine neue Einrichtung nach diesen Erfordernissen zu entwerfen.

1.

Bey der ursprünglichen Anlage des pol. Instituts hatte das Pensum der lateinischen und deutschen Sprache 8 Stunden, nämlich jede derselben 4 Std. erhalten. Ueberdiess lag dem Lehrer noch ob, diejenigen 3 Std. in der Akademie zu ersezen welche H. Prof. Rudolph im pol. Institut auf sich genommen hatte.

Diese Anordnung war auf die damals wahrscheinliche Voraussetzung gegründet, dass nur die geringere Anzahl der Zuhörer des untern Curriculum die lateinischen Vorlesungen besuchen würde, diejenige nämlich, welche in

ihrer frühern Jugend die Anfangsgründe dieser Sprache erlernt haben, und weitere Fortschritte in derselben zu thun wünschen (siehe Einr. des p. Inst. Seite 25).

Allein schon die Erfahrung des ersten Jahrgangs hat gezeigt, dass man sich in jener Voraussetzung geirrt hatte. Die Zuhörer wollten ohne Ausnahme den Sprachunterricht nuzen und so entstand mit einem male eine Menge unvorhergesehener Unbequemlichkeiten.

Einige dieser Zuhörer waren in der lat. Sprache noch so neu und schwach, dass sie mit den übrigen gar nicht fortkommen konten; andere hergegen waren schon so weit, dass man sie nothwendig hätte vernachlässigen müssen, wenn man bloss auf jene hätte Rücksicht nehmen wollen. Folglich war das Auditorium im ganzen keines gemeinschaftlichen Unterrichts fähig. Man kan sich hieraus leicht einen Begriff von der Verlegenheit machen worein Lehrer und Zuhörer sich verwickelt sahen. Man wird ebenso leicht einsehen wie wenig in 4 Std. wöchentlich bey dieser Lage der Sachen ausgerichtet werden konte.

Auch suchten die mehresten Elteren ihren Söhnen noch nebenher Unterricht bey irgend einem Privatlehrer zu verschaffen: ein stillschweigender Vorwurf welcher der Unvollständigkeit unserer Anstalt gemacht wurde.

Durch diese auffallenden Schwirrigkeiten gedrungen haben Mehgh. Curatoren gleich im folgenden Jahr neue Maasregeln getroffen. Allein, da der einmal angestellte Lehrer weder in Ansehung seiner Pflichten noch seines Gehalts auf einen andren Fuss gesetzt werden durfte; so that man was man konnte, und das war weniger, als man für das Beste der Sache zu thun gewünscht hätte. Man erwählte noch einen Unterlehrer im lateinischen, mit einer Besoldung von Kr. 100 jährlich, der

in fünf Std. wöchentlich die ersten Anfangsgründe der l. Sprache treiben, und die Zuhörer auf die Vorlesungen des Oberlehrers vorbereiten sollte. Dadurch war nun freylich für die Schwächeren in etwas gesorgt, und der Zeitaufwand für dieses Pensum von 4 auf 9 Std. vermehrt, also mehr als verdoppelt.

Und doch blieben nur noch zu viele Schwirrigkeiten übrig. — Beyde Lehrer hatten einerley Zuhörer, die Schwächeren und Stärkeren sollten noch immerfort einen gemeinschaftlichen Unterricht geniessen; — Allein die Zuhörer der obren Klasse weigerten sich die Stunden des Unterlehrers zu besuchen, dergestalt war diese Verbesserung für sie unnüz; — die Vorbereitung auf die Pensen des Oberlehrers nahmen dem Unterlehrer alle Zeit weg, so blieb die Gramatik, der Hauptzwek dieses letzteren, ganz zurück; weil der eine dem andren vorarbeiten sollte: so mussten von beyden einerley Schriftsteller erklärt werden, die für die Jüngeren und Schwächeren aber allemal zu schwer waren.

Endlich war die Besoldung des Unterlehrers zu gering — er hatte für 5 anfangs für 6 Std. Kr. 100, da der Oberlehrer für die doppelte Anzahl einen fünfmal stärkeren Gehalt hatte. Dieser Umstand war Ursach, dass man seine Zuflucht zu solchen Männeren nehmen musste, die ihre Pflicht beym Institut nur als Nebensache betrachteten, und die von andren Arbeiten bereits ermüdet in die Anstalt kamen, welches nicht wenig zu den immerwährenden Klagen und Unordnungen beytrug, die man von dieser Klasse hören musste.

2.

Alle diese Begebenheiten sind noch in allzufrischem Andenken, als dass es nöthig wäre länger dabey zu ver-

weilen. Gegenwärtig ist die Stelle des Obersprachlehrers durch Beförderung ledig; die des untren ist es auch, da derselbe bloss für das vergangene Jahr angestellt war: so dass Mehgh. Cur. nun völlige Freyheit und Macht haben, den Mängeln und Fehlern, die Hochdieselben deutlich einsehen, abzuhelpen. Ob das nun geschehen solle? kan nicht zur Frage gesezt werden. Mehgh. Curatoren haben das Gute, was in ihrer Gewalt stund, jeder Zeit unter ihre Pflichten gezählt.

Wenn man aber nun die Fehler der bisherigen Verfassung dieses Pensums in Erwägung zieht; so wird man blos finden, dass es bey der verbesserten Einrichtung, welche die Comission ausfindig machen soll, vorzüglich auf folgende 4 Punkte ankommen muss. 1. Soll der Unterricht in Ansehung seines Umfangs und des Zeitaufwands vollständiger seyn. 2. Die Zuhörer müssen, soviel wie möglich, in Ansehung des Alters und der Fähigkeiten gesondert werden. 3. Die Pensen und die Methode müssen sich zu diesen Fähigkeiten schiken; und 4. muss man bedacht seyn zwischen den Lehrern selbst eine solche Ausgleichung in Ansehung der Arbeit und des Gehalts zu treffen, dass man Männer finden könne, die ihre Pflicht am Institut weder blos als Nebensache betreiben, noch einzig unter dem Gesichtspunkt einer Geldspekulation ansehen wollen.

3.

Zu diesem Ende räth die Comission folgende Einrichtungen:

Wenn das Sprachpensum in seinem gehörigen Umfang und mit dem erforderlichen Zeitaufwand getrieben werden soll; so muss es, so gleich wie möglich unter zween Lehrer vertheilt werden. Uebernimmt jeder der-

selben 8 Std. wöchentlich, und befolgt er die Methode, so wie sie unten angegeben wird, so hat er Beschäftigung genug, und so viel, dass es weder von seiner Seite klug seyn würde mehr zu übernehmen, noch von Seite der Curatel ihm mehr anzuvertrauen.

Damit diese unentbehrliche Sonderung der Zuhörer nicht verfehlt werde; so ist es rathsam, dass den beyden Lehrern, zwischen welchen übrigens eine vollkommene Gleichheit festgesetzt seyn soll, jedem eine eigene Klasse angewiesen werde.

Allein die Sonderung muss in Ansehung der Fähigkeit gemacht werden. Zu dem Ende müssen die Lehrer miteinander Abrede treffen, welche Zuhörer ihrer Fähigkeit nach zu der einen oder andren Klasse gehören. Das Resultat dieser Abrede wird vor die Curatel gebracht, welche dann verfügen wird, was für jeden Zuhörer insbesondere am zuträglichsten scheint.

Dieses im allgemeinen vorausgesetzt, schreiten wir zu den Pensen eines jeden der beiden Lehrer insbesondere.

Der eine Lehrer übernimmt 8 Std., die folgendermassen eingetheilt und verwendet werden.

Eine Stund wöchentlich wird dem obren Curriculum zu Aufsätzen und Declamationen im Deutschen gegeben. Der Lehrer wird dabey solche Aufgaben wählen, die nicht zu schwer, nicht zu weitschichtig sind, und durch ihre Manigfaltigkeit Stoff zu Vorträgen aller Art verschaffen.

In dieser Absicht muss er anfänglich in einigen Stunden eine Rhetorik in ganz kurzen und wenigen Sätzen dictieren, die dem Jüngling bei der Composition zur Anleitung und dem Lehrer bey der Correction zur Hinweisung diene. Bey der lezteren aber muss nicht allein

auf Styl und Behandlungsart, sondern auch auf das Aeussere, den Anstand, die Gebährdung, die Elokution und den Affekt sorgfältige Rücksicht genommen werden.

Diese Uebungen waren schon vorgeschrieben, aber bisher ist es bey der blossen Vorschrift geblieben. Allein ihr Nutzen, ihre Nothwendigkeit ist so einleuchtend, dass es gut seyn wird eine eigene Stunde dazu auszusezen.

Eben dieser Lehrer wird zweytens in seiner Klasse 2 Stunden dem deutschen Styl wiedmen. Kurze Diktata über den Styl überhaupt, die verschiedenen Arten desselben, das Eigenthümliche jeder dieser Arten und die daher fliessenden Regeln werden die Einleitung ausmachen, die übrige Zeit dann muss auf Aufsätze und Uebungen verwendet werden.

Für das lat. Pensum nun bleiben 5 Std. übrig, eine derselben ist für einen Cursus über die Alterthümer bestimmt, ohne welche es unmöglich ist die Classiker zu verstehen. Hier muss Kürze das erste Gesez seyn, und es darf nicht sowohl auf Gelehrsamkeit, als auf Brauchbarkeit gesehen werden. Besonders da es erforderlich ist, dass auch die Mythologie und Archäologie in diesen Unterricht hineingezogen werde.

Die übrigen Stunden endlich werden der Erklärung eines Classikers bestimmt. In Ansehung der Erklärungsmethode machen wir nur die Bemerkung, dass zwar auch hier auf Sprache und Styl, zumal bey schwereren Stellen das Augenmerk gerichtet seyn, dass aber Sacherklärung die Hauptabsicht bleiben muss.

Der andre Lehrer übernimmt ebenfalls 8 Std. in der ihm angewiesenen Klasse der untren Abtheilung. Von diesen Stunden sind zwey für die deutsche Sprachlehre. Hier muss eine kurze Geschichte der deutschen Sprache vorausgeschikt, und dann eine Sprachlehre in kurzen

Sätzen dictiert werden. Die übrige Zeit wird zu Aufsätzen verwendet, wo durch beständige Wiederholung und Anwendung der Regeln der Sprache, dieselben zur Ausübung und Fertigkeit gebracht werden können.

Dergestalt bleiben für das 1. Pensum 6 Std. übrig. Eine dieser Stunden ist der 1. Gramatik bestimmt. Schärers Gramatik wird durchgelesen, durch Beyspiele die Regeln erläutert und durch immerwährende Anwendung gelaüfig gemacht. Auch die Paradigmatik muss getrieben, und der allfällige Mangel an Copia Verborum durch die Erlernung eines Vocabularij zu Hause ersetzt werden.

Eine zweyte Stunde soll wöchentlich für schriftliche Exercitia Styli bestimmt seyn. Wo die Correction besonders mit Genauigkeit besorgt werden muss.

In den übrigen 4 Std. endlich wird ein Klassiker gelesen und erklärt. Hier wird der Lehrer zwar die Sachklärung nicht vernachlässigen, aber er soll dabey kurz und bestimmt seyn und sein vornehmstes Augenmerk unverrückt auf Sprache und Styl wenden.

In Ansehung des Gehalts endlich ist zu merken dass für dieses Pensum Kr. 600 vorrätzig sind. Beyde Lehrer geben gleich viele Stunden; die Comission rätth also Mnhgh. Curatoren an, das Gehalt zwischen beyden gleich zu machen, und auf Kr. 300 zu sezen.

Durch diesen Plan glaubt die Comission bey der diessmaligen Lage der Sachen die bestmögliche Einrichtung angerathen, und die oben angezeigten Erfordernisse ohne Ausnahme erreicht zu haben. Dann einmal erstlich ist dieser Unterricht in Ansehung der Zeit und des Umfangs vervollständigt. Anstatt der 8 Std. in welchen er Anfangs und der 13. in welchen er nachher bestund, hat er nun 16 Std. erhalten, und da bis dahin

die Anfangsgründe der Sprache, die Uebungen im Styl, die Alterthümer u. s. w. mehr oder weniger vernachlässigt waren, so ist jetzt für das alles gesorget. Zweitens sind die Zuhörer nach Alter und Fähigkeit getrent. Drittens sind die Pensen und die Methode in beyden Rücksichten gehörig angepasst, und viertens endlich ist zwischen den Lehrern selbst eine verhältnissmässige Vertheilung der Arbeit ausgemittelt; so dass die ganze Anstalt bey dieser nothwendigen und zweckmässigen Veränderung unstreitig vieles gewinnen wird.»

Beilage 3.

Bericht der Kuratel des Politischen Instituts über den Erfolg desselben während der fünf ersten Jahre sammt Vorschlägen über dessen künftige Einrichtung.

Bericht und Befinden vor Megh. und Obere.

Da sowohl die vierjährige Probezeit des politischen Instituts, als das seither zugegebene fünfte Jahr verflossen sind; so sieht sich die Curatel durch den Zeitumstand und den ausdrücklichen Befehl vom 29. Junius 1791 in die Nothwendigkeit gesetzt E. h. G. Aufmerksamkeit mit diesem Gegenstand zu unterhalten.

Ihr Vortrag darüber zerfällt nothwendig in zween Abschnitte. Der erstere soll eine kurze aber genaue Nachricht von dem bisherigen Schiksaal dieser Erziehungsanstalt enthalten; der zweyte ein vorläufiges Befinden über die künftige Einrichtung derselben vorlegen.

ERSTER ABSCHNITT.

Wir wollen die widrigen und erfreulichen Schiksale dieses fünfjährigen Versuchs besonders durchgehen. Indem E. h. G. auf diese Weise die beyden entgegengesetzten Seiten der Sache zugleich übersehn, den Erfolg und die Hindernisse, die Mängel und Vorzüge gegen

einander vergleichen und abwägen können; so werden Hochdieselben über das endliche Resultat desto zuversichtlicher zu entscheiden im Stande seyn.

1.^o Die manigfaltigen Rücksichten welche man bey der ersten Anlage dieser Anstalt nehmen muste, waren Ursache, dass man damals an keine vollkommene Organisation denken durfte, sondern sich mit einem dürftigen Versuch im kleinen genügen musste. Und hieraus sind verschiedene mehr oder weniger wesentliche Schwierigkeiten entstanden.

Die ganze Anlage war mit der möglichsten Sparsamkeit eingerichtet; die Zuhörer waren unvorbereitet, und musten ohne alle Prüfung angenommen werden; sie genossen einer uneingeschränkten Freyheit, und waren keiner Art von Disciplin untergeordnet, dazu kam noch ein gänzlicher Mangel an Mitwirksamkeit von Seite der Aeltern und des Publikums überhaupt.

Alle diese Umstände waren so viele Quellen von Unbequemlichkeiten und Hindernissen, mit welchen unsre Anstalt die ganze Zeit durch mühsam gekämpft hat.

Eine Folge jener sparsamen Anlage war, dass bey weitem nicht für alle nöthigen Zweige des Unterrichts gesorgt und für einige nicht genug gesorgt werden konnte. Also wurden die Aelteren noch zu mancherley Ausgaben veranlasst und gezwungen sich in verschiedenen Fächern noch nebenher umzusehen.

Der Mangel an Vorbereitung, wozu die bisherige Privaterziehung fast durchaus unzureichend gewesen ist, legte den Lehrern und Lernenden nicht geringe Hindernisse in Weg, und verursachte eine sehr grosse Ungleichheit der Zuhörer in Rücksicht auf die Vorkenntnisse, welche durch die Verschiedenheit der Naturanlagen und des Alters beträchtlich vergrößert worden ist.

Aus der unumschränkten Freyheit, welche die Jünglinge genossen, geschah, dass sie, wofern sie nicht einem Lehrer besonders empfohlen waren, entweder ohne Plan und Absicht zu Werk giengen, oder die einmal betrettene Laufbahn nicht gehörig fortsetzten; anfangs erlaubten sie sich seltene, dann öftere Unterbrechungen, und wenn der Frühling die angenehmere Jahreszeit herbeyführte; so waren unsere Hörsäle mit jedem Tag verlassener. So dass es bey der hier herrschenden Lebensart nicht möglich scheint, die Vorlesungen tief in den Sommer fortzusezen.

Diese nämliche Freyheit verbunden mit dem Mangel an Disciplin wirkte auch auf die Sitten nachtheilig, und die Lebhaftigkeit der Jüngeren artete bisweilen in eine ungebundene Wildheit aus, die sich freylich aus ihrem Alter, aber schwerlich aus der Erziehung, die man doch bey denselben vorauszusezen berechtigt war, erklären lässt.

Einen Theil dieser Folgen konnte man wohl vorsehen; allein man rechnete dabey etwas auf den thätigen Antheil des Publikums an einer Anstalt von dieser Gemeinnützigkeit, und hoffte den Mangel der Disciplin durch die öftere unterstützende Gegenwart der Väter und anderer edelgesinnter Jugendfreunde zu ersetzen. Allein wir sollen es E. h. G. nicht verhehlen dass uns diese Hofnung getäuscht hat.

Während den 5 Jahren haben die Vorlesungen kaum einzelne Besuche dieser Art gehabt; viele Aelteren haben in diesem Zeitraum gar keine Nachfrage über das Verhalten ihrer Söhne gethan, und die Curatel und die Lehrer haben mit Bestürzung gesehen, dass die ganze Last der Arbeit und Verantwortlichkeit auf sie gewälzt wurde.

Diess Gnädige Herren! sind die bisher bemerkten Mängel und Unvollkommenheiten der politischen Erziehungsanstalt ohne Uebertreibung und Schonung. Die Curatel hat geglaubt, derselben erwähnen zu müssen, theils weil E. h. G. jede nähere Kenntniss des hiesigen Erziehungswesens wichtig seyn muss, theils weil man ihre innere Nothwendigkeit und ihren künftigen Erfolg desto sicherer beurtheilen kan, wenn man weiss, dass und wie sie sich aller dieser Hinternissen ungeachtet erhalten und blühend erhalten hat.

So kommen wir auf die erfreulichern Schiksale und Wirkungen des politischen Instituts.

2.^o Vor allem aus gebührt den Lehreren das Lob, dass sie es an keiner Bemühung zum Besten der Anstalt haben fehlen lassen. Denn obschon wegen Krankheit einige Lehrstühle eine Zeit lang leer stehen mussten: so war doch überhaupt die Ueberzeugung von der Wichtigkeit und Nothwendigkeit dieser Anstalt so gross, und der Wunsch sie zu befördern so thätig, dass einige der Lehrer weit mehr geleistet haben, als wozu sie verpflichtet waren, und dass überdiess verschiedene gelehrte Männer ihre Dienste freywillig anbotten, und auch wirklich ausserordentliche Vorlesungen in gemeinnützigen Fächern hielten.

Dass aber auch das Publikum nicht weniger von der Nuzbarkeit dieser Einrichtung überzeugt gewesen sey, erhellet aus der von Jahr zu Jahr zunehmenden Menge der Zuhörer; unter welchen sich auch Jünglinge aus den verschiedenen Städten des Kantons und mit unter auch Fremde eingefunden haben. Im ersten Winter von 1787 bis 1788 waren ordentliche Zuhörer 24 und ausserordentliche 33, zusammen 57. Von 1788 bis 1789 ordentliche 34, ausserordentliche 33, zusammen 67. Von 1789 bis

1790 ordentliche 28, ausserordentliche 55, zusammen 83. Von 1790 bis 1791 ordentliche Zuhörer 29, ausserordentliche 51, zusammen 80. Und im 5. Jahr hat sich die Anzahl im Ganzen ungefehr eben so erhalten. Dieses Verzeichniss beweist also, dass bis an wenige Ausnahmen das Institut von allen benutzt wird, für die es bestimmt ist; dass es sich nicht bloss durch den Reiz der Neuheit erhalten hat, und dass es gleich in der ersten Probe zu einem beträchtlichen Grad der Gemeinnützigkeit gedeihet ist.

Um aber noch bestimmter über den Nutzen desselben einzutreten: so ist freylich von dieser so wenig wie von andren öffentlichen Einrichtungen zu erwarten, dass in einer zufällig gemischten Menge von Zuhörern alle gleich grosse Vortheile daraus gezogen haben werden. So viel ist aber doch unläugbar, dass alle dem Müssiggang entrissen, zu anhaltender und zwekmässiger Arbeit gewöhnt, und durch einen löblichen Wetteifer angespornt nun von Seite des Verstandes ausgebildeter, in guten Fähigkeiten geübter und moralisch besser sind, als sie es vermuthlich ohne das Institut seyn würden. Die Curatel hoffet auch, dass man diesen Einfluss in der Kanzley gleichwie in den übrigen Bureaux bereits wahrgenommen haben werde.

Mit vorzüglichem Nutzen aber haben besonders drey Klassen von Jünglingen unsere Anstalt besucht: 1.^o Diejenigen, welche durch die untren Schulen gestiegen und mit den erforderlichen Vorkenntnissen eingetreten sind. 2.^o Diejenigen, welche unter älterlicher Aufsicht, oder unter der besondern Leitung eines Lehrers ihre Studien ordentlich und ununterbrochen fortgetrieben haben. Einige von diesen sind mit geringern Anlagen und wenigen Vorkenntnissen gewiss so weit gekommen, als sie nur kommen

konten. 3.^o endlich diejenigen, welche mit glüklichen Naturgaben und den erforderlichen Kentnissen einen ausdaurenden Eifer verbanden. Von diesen sind etwelche so weit gekommen dass sie jeder Universität zur Ehre gereichen würden.

Zulezt hat die Curatel auch die angenehme Bemerkung gemacht, dass die Litterarschule, welche eine Zeit her empfindlich entvölkert und von Söhnen von Famillie beynahe gänzlich verlassen war, so zu sagen von dem Tage, mit welchem das Institut anfieng, wieder auflebte, und nun unter ihren Schüleren Kinder aus den besten Häusern zählt.

Nunmehr überlassen wir es E. G. selbst, nach dieser gewissenhaften Darstellung alles dessen was sich mit Grund für und wider diese Probe sagen lässt, über den Werth der Anstalt selbst zu entscheiden. Freylich waren ihre Mängel gross und manigfach; allein sie flossen theils aus der Natur einer Probe, theils aus Ursachen, die der Anstalt selbst fremd sind, und können durch leichte Veränderungen entweder gehoben, oder ansehnlich vermindert werden. Indess scheint der Erfolg, der allen Schwierigkeiten ungeacht grösser gewesen ist, als weit zurück kaum eine pädagogische Unternemmung gehabt hat, für die Unentbehrlichkeit und den innern Werth der Sache zu zeugen.

Ob es an sich nüzlich sey, dass dieses Alter eine gute vaterländische Erziehung erhalte, ob die angesehenste Bürgerklasse und die verantwortlichste Bestimmung nicht auch die sorgfältigste Vorbereitung erfordere, — wie gesegnet und folgenreich der Einfluss davon auf das ganze Vaterland seyn könne — das sind Betrachtungen die der tiefen Einsicht und der wohlwollenden Gesinnung unserer Landesväter bey dieser Gelegenheit nicht entgehen werden.

Auf diesen Bericht hin erwartet nun die Curatel E. h. G. Dekret über die Frage:

1.^o

Soll das politische Institut nach verflossener Probezeit fortgesetzt oder aufgehoben werden?

ZWEYTER ABSCHNITT.

2.^o

Soll das Institut unbestimmt festgesetzt, oder nur als Probe verlängert werden?

Ist die Frage einmal entscheiden, ob das Institut fortgesetzt werden solle? so entsteht unmittelbar diese andre, wie das geschehen müsse? ob es zuträglicher sey dasselbe gradezu und uneingeschränkt festzusetzen, oder es nur auf eine bestimmte Zeit zu verlängern? Ueber diese Frage nun sind die Meinungen der Curatel getrent.

Mit der einen hält man für besser, die Anstalt nun mehr bleibend zu machen. Sie hat ja ihre Probezeit ausgehalten, wozu also eine Verlängerung derselben? Es ist nicht abzusehen, wie die Anstalt je zu einiger Vollkommenheit gedeihen könne wenn es mit derselben immer nur beym blossen Versuch bleiben soll. Wie kan man hoffen jemals recht fähige Lehrer zu finden, wenn ihre Stellen von einer Zeit zur andren aufgehoben werden können? und wie auf das Zutrauen des Publikums rechnen, wenn die Aelteren nicht auf die Beständigkeit der Anstalt zählen dürfen? Gesezt aber auch, dass sich dieselbe nicht in die Länge erhielte: so behält eine hohe Regierung ja immer die Vollmacht in jedem Umstand die angemessnesten Maasregeln zu treffen.

Mit der andern Meinung möchte man eine blosse Verlängerung auf 12 Jahre anrathen. Es scheint nicht

dass eine fünfjährige Probe den glüklichen Fortgang der Sache für alle künftige Zeiten hinlänglich zusichere, besonders wenn man einerseits den Einfluss bedenkt, den der Reiz der Neuheit in diesen ersten Zeiten zum Vortheil der Anstalt haben musste, und anderseits überlegt wie wenig Unterstützung man von der häuslichen Erziehung zu erwarten hat, und wie unmöglich alle Zwangsmittel hier sind. Wenn das Institut unter der Gestalt einer verlängerten Probe von 12 zu 12 Jahren fort-dauert: so hindert nichts, dass es nach und nach verbessert und erweitert werde; die Verantwortlichkeit der Lehrer wird bestimmter, und man behält die Freyheit von einem Zeitpunkt zum andren an die Stelle der unfleissigern oder unfähigern, fleissigere und fähigere zu sezen. Insonderheit hat die Regierung freyere Hände, und wenn der Fahl zutreffen sollte, dass die Anstalt aufgehoben werden müsste: so fallen zugleich alle beschwerliche Pensionen für ein und allemal weg.

3.^o

Wie soll die Curatel zusammengesetzt und organisiert seyn?

Die Curatel ist gegenwärtig ein Auszug aus dem Schulrath, aber von demselben unabhängig. Den Vorsitz bekleidet der jedesmalige Hgh. Schulrathpräsident, die Curatoren sind ein Mitglied des täglichen und drey des grossen Raths. Beysizer endlich mit Siz- und Stimmrecht sind infolge der Hochobrigkeitlich bestäthigten Einrichtung des politischen Instituts Seite 14 diejenigen Lehrer, die Mitglieder des Schulraths sind. Die übrigen Lehrer aber werden so oft zugezogen, als man ihnen entweder Eröffnungen zu machen, oder Nachrichten von ihnen zu verlangen hat. Die Curatel stimmt einhellig dahin, die Sache bey dieser Anordnung, welche in jedem

Betracht die vortheilhafteste scheint, und überhaupt bey dem Räth und burgerlichen Decret vom 5. Januar 1787 verbleiben zu lassen.

4.^o

Wie sollen die Lehrer künftig erwählt werden? Diese Frage betrifft die künftig anzustellenden Lehrer. Bisher wurden sie durch die Curatel gewählt; da aber dieses Recht derselben nur auf eine Probezeit übertragen worden war: so werden E. h. G. jezt für die Zukunft zu entscheiden geruhen: ob diese Angelegenheit fernerhin nach eben dieser Analogie besorgt, oder ob die Lehrer auf einen Vorschlag von Mngh. des täglichen Raths besetzt werden sollen.

5.^o

Wie sollen die Zuhörer angenommen und entlassen werden?

Bisher wurden die Zuhörer allein mit Rücksicht des Alters ohne alle vorläufige Prüfung ihrer Fähigkeiten aufgenommen. So sehr nun zu wünschen wäre, dass dieser nicht geringen Unbequemlichkeit abgeholfen werden möchte: so stehn doch diesem Wunsche so viele Gründe und Bedenklichkeiten entgegen, dass, alles wohl überlegt, die bisherige Uebung noch vorzuziehen scheint. Hingegen würde es dem Institut zuverlässig zur mächtigen Unterstützung dienen, wenn die Jünglinge gehalten würden vor ihrem Eintritt in irgend ein Bureau, ein Testimonium von der Curatel aufzuweisen. Dadurch würden sie wenigstens mittelbar zu Besuchung des Instituts verbunden.

6.^o

Was sollen die Zuhörer jährlich bezahlen, und wozu soll dieses Geld bestimmt werden?

Die Zuhörer vom 14^t—18^t Jahr, denn die Aelteren wurden als *Auditores honorarii* angesehen, bezahlen gegenwärtig in der untren Classe 4, in der obren zween, und hiemit in allen 4 Jahren zusammen genommen 12 Louisd'ors; und dieses Geld wurde zu Bezahlung einiger Lehrer angewendet.

Aus der Betrachtung, dass nicht nur reiche sondern auch ärmere Väter ihre Söhne in das Institut schiken, dass die Erziehung noch nebenher einen beträchtlichen Aufwand erfodert, und dass es der Anstalt selbst an allen Aufmunterungsmitteln gebricht, wünscht man mit einer Meinung die Collegiengelder für beyde Classen gleich, auf zween Louisd'ors herunterzusezen, und dieses Geld zu Prämien, zu Anschaffung einer Bibliothek und anderer Hülfsmittel zu bestimmen. Allein da auf diese Weise eine grössere Auslage auf das *Aerarium* fallen würde: so möchte man mit einer zweyten Meinung lediger Dingen die Collegiengelder für beyde Classen gleich auf 3 Louisd'ors jährlich sezen, und wie bisher verwenden. Eine dritte Meinung endlich will die Sache ganz auf dem alten Fuss lassen, besonders, da Väter die mehrere Söhne zugleich in die Anstalt schiken, doch nur für einen bezahlen.

7.^o

Soll das Institut erweitert werden, oder soll es bey seinem gegenwärtigen Umfang verbleiben?

Bis hieher wurden folgende Wissenschaften gelesen. Das natürliche und römische Recht, vaterländisches Recht und Geschichte, theoretische und praktische Philosophie, Religion, Geschichte und Statistik, deutsche und lateinische Sprache.

Mit Recht hat man diese Zweige des Unterrichts, als die unentbehrlich und allgemein nothwendigsten an-

gesehen. Indess scheint diese Anlage dennoch vielen zu unvollständig, die mehresten finden, dass die Arithmetik, Geometrie und Physik gar nicht weggelassen werden dürfen. Auch hatte man anfangs geglaubt, dass durch die öffentlichen akademischen Vorlesungen in diesen Fächern hinlänglich gesorget sey. Allein die Zuhörer des Instituts machten von diesem Unterricht keinen Gebrauch. Andre wünschen, dass auch noch ausserdem noch Lehrstühle in der Naturgeschichte, der Technologie, den Kameralwissenschaften aufgerichtet werden möchten. Die Curatel hält gleichfalls die Mathematik für unentbehrlich nothwendig, die übrigen genannten Wissenschaften für nützlich, und überhaupt jede Erweiterung dieser Anstalt für sehr erwünscht. Da aber die Errichtung neuer Lehrstühle neue Pensionen und zum Theil auch andere Ausgaben nach sich ziehen würden: so überlässt es die Curatel dem freyen Entscheid E. h. G. ob es Hochdieselben dem Zwek der Sache und den Zeitumständen angemessen finden, schon jezt eine Erweiterung der Anstalt zu erkennen, oder die Sache dermalen, jedoch mit Einschluss der mathematischen Wissenschaften bey der bisherigen Einrichtung verbleiben zu lassen.

8.^o

Welches wäre für die Zukunft die beste innere Einrichtung?

Bey der innern Einrichtung und Pensenvertheilung muss darauf gesehen werden, dass jedes derselben eine verhältnissmässige Stundenzahl erhalte, dass sie dem Alter und der Fähigkeit der Jünglinge angemessen seyen, dass sie gehörig aufeinander folgen, und dass die Jugend weder zu wenig beschäftigt, noch mit allzuvieler Arbeit auf einmal überladen werde. So genau man diese Regel

gleich Anfangs zu befolgen bemühet gewesen ist; so war es doch aus dem Grunde nicht möglich derselben vollkommen nachzukommen, weil die ganze Arbeit auf 4 Jahre zusammen gedrängt werden musste. Allein die Erfahrung hat gezeigt, dass die juridischen Vorlesungen beynahe ohne Ausnahm von solchen Zuhöreren besucht werden, die über 18. Jahre und ihren Cursus im Institut vollendet haben. Durch diese Betrachtung bewogen wünschte die Curatel zwar bey der bisherigen Eintheilung in zwey Classen zu bleiben, dennoch aber die juridischen Vorlesungen als für ältere Zuhörer bestimmt, von denselben abzusondern.

Die Pensen der untern Klasse würden also seyn

Religion	
lateinische	} Sprache
deutsche	
Geschichte	
Geographie	
Mathematik	

die obre Klasse

Religion
theoretische und praktische Philosophie
Uebungen
Mathematik

Auf diesen 4 Jahre lang dauernden Unterricht denn würde das Studium der allgemeinen und vaterländischen Rechtswissenschaften folgen.

9.º

Was für Lehrer sind zur Ausführung dieses Planes erforderlich?

Bis hieher hatte es mit den Lehrern folgende Bewandtniss. Die Rechtswissenschaften wurden von beyden Professoren im Rechten vorgetragen, die schon lange vor dem Institut existierten und unabhängig von demselben besoldet wurden. Die Philosophie hatte zu Lehrern den akademischen Professor der theorethischen Philosophie und den Professor der Moral. Man könnte die Stunden des erstern vermehren, und ihm die ganze Philosophie, die theoretische sowohl als die praktische auftragen; hier also würde ein Lehrer gewonnen. Hingegen war das Pensum der Religion in der untern sowohl als obern Klasse einem einzigen Lehrer aufgetragen, welcher dort drey, hier eine Stund gab. Offenbar ist diess für beyde Klassen zu wenig. In der untern werden wenigstens 4, in der obern 2 oder 3 Stunden erfordert, und da diess leztere Pensum einen Mann von öffentlichem Charakter, und eine gründliche Vorbereitung zu Hause voraussetzt; so werden künftighin für die Religion zween Lehrer nöthig seyn. In der Sprachlehre war Anfangs ein einziger Lehrer der 8 Stunden gab. Die Unvollständigkeit dieser Anordnung hat die Curatel schon im zweyten Jahr in die Nothwendigkeit gesetzt, diesem einen Unterlehrer beyzugeben. Allein auch diese Vorkehrung war noch von grossen Schwirrigkeiten begleitet. Bis die Curatel bei Verledigung der Stelle des Oberlehrers, dieses ganze Pensum neu organisierte, die Anzahl der Stunden auf 16 vermehrte, und für jedes Alter, sowie für jeden Theil des Unterrichts hinlänglich sorgte, wovon im lezten Winter die Wirkungen sichtbar vortheilhaft gewesen sind. So dass in diesem Fach durchaus zween Lehrer erfordert werden. Die Geschichte und Geographie will wie bis dahin einen Lehrer haben; zur Mathematik aber werden zween erfordert. Für die obre

Klasse liesse sich wahrscheinlich der ordentliche Professor erbetten drey Stunden zu lesen. Aber mehr kan man demselben theils wegen der Schwirrigkeit dieses Pensums, theils wegen seiner übrigen Berufspflichten nicht zumuthen; so dass für die untre Klasse ein besonderer Lehrer angestellt werden muss. Also werden in allem 10. Lehrer erfodert.

Für die Rechtswissenschaften	2.
Für die Philosophie	1.
Für die Religion	2.
Für die Geschichte und Geographie . . .	1.
Für die Sprachen	2.
Für die Mathematik und Physik	2.
	10.

10.^o

Welcher Aufwand wird zu Ausführung dieses Planes erfordert?

Wenn die Collegiengelder fernerhin zur Besoldung verwendet werden, wenn keine neue Pensen, noch Lehrer hinzukommen; so sind die Kronen 1500 jährlichen Gehalts, welche das Institut bisher genossen hat, zur Fortsetzung desselben genug. Dabey aber werden E. h. G. geruhen, sich zu erinnern, dass zur Zeit der Errichtung des Instituts die beyden Professoren im Rechten ihre unabhängigen Besoldungen hatten, und dass dieselben hiemit nicht in jenen Kronen 1500 begriffen waren. Im May 1788 erhielt der Prof. im vaterländischen Recht seine Resignation, und sein Einkommen von Kr. 400 wurde ihm zur Hälfte fortgesetzt; die übrigen Kr. 200 kamen ins Aerarium und die Curatel besoldete aus ihrem Fond den neu erwählten Lehrer mit Kr. 500, so dass ihr in der That jährlich Kr. 500 weniger zuge-

flossen sind, als ihr durch das Räth und Bürgerliche Decret zugedacht waren. Die Curatel hoffet deswegen E. h. G. werden die Pension dieses Lehrers für das künftige nicht in jenen Kr. 1500 begreifen, sondern sie wie vorhin übernehmen wollen. Hiezu kömmt, dass wenn die Reduktion der Kunstschul dem darüber wirklich ausgearbeiteten Gutachten gemäss genehmigt werden sollte, der Unterlehrer in der Religion und der Mathematik, und über dieses aus noch ein Zeichnungslehrer für das Institut ohne neue Umkosten gewonnen werden könnten. Dieses vorausgesetzt hoffet die Curatel mit dem hisherigen Beyschuss den obstehenden Entwurf durch folgende Darstellung auszuführen. Sie wird dabey die Regel als Maasstab annehmen, dass die Lehrer, deren Vortrag schriftlich geschieht, und hiemit viele Zeit zu Hause erfordert, wenigere, diejenigen aber deren Pensen weniger Vorbereitung zu Hause erfordert, mehrere Stunden öffentlich geben müssen, und nach dieser Ausgleichung wird sie denn auch die Pensionen zu Vermeidung aller Eifersucht so sehr wie möglich gleich machen.

11.º

Soll eine Disciplin im Institut eingeführt werden?

Alles endlich, was im ersten Abschnitt gesagt worden ist, beweist die Nothwendigkeit einer Disciplin, welche für die unterste Klasse bindender, für die Obere nachlassender seyn muss, und für die Zuhörer in den juridischen Auditorien ganz wegbleiben kan. Die Curatel wird es sich angelegen seyn lassen, die innere Polizey nach den wahren Grundsätzen anzulegen, und keine andre Zwangmittel zu gebrauchen, als solche, die durch die Natur der Dinge selbst nothwendig gemacht, und den Beyfall aller vernünftigen Aelteren haben werden.

Diess ist das unmassgebliche Befinden der Curatel über den bisherigen Erfolg und die künftige Einrichtung der politischen Erziehungsanstalt. Schwerlich wird sich in irgend einem Staat eine Anstalt von diesem Umfang und dieser Wichtigkeit antreffen, die nicht ohne alle Vergleichung höher zu stehen käme. Mit wahrem Vergnügen bemerkt man, dass dadurch einem der dringendsten Bedürfnisse des hiesigen Erziehungswesens abgeholfen ist, und nicht ohne Rührung denkt man an die Früchte eines Instituts, dessen Absicht es ist, den künftigen Generationen würdige Magistraten und fähige Geschäftsmänner vorzubereiten.

Fragen

welche Ungh. und Oberen zum Entscheid vorgelegt werden.

1.° Soll das politische Institut nun nach verflossener Probezeit festgesetzt oder aufgehoben seyn?

2.° Soll es unbestimmt festgesetzt, oder nur als Probe verlängert werden?

3.° Wie soll die Curatel zusammengesetzt und organisiert seyn?

4.° Wie und von wem sollen die Lehrer künftig erwählt werden?

5.° Wie sollen die Zuhörer angenommen und entlassen werden?

(Testimonium der Curatel zum Eintritt in Bureaux.)

6.° Was sollen die Zuhörer jährlich bezahlen und welches soll die Bestimmung dieses Geldes seyn?

7.° Soll das Institut erweitert werden, oder bey seinen dermaligen Grenzen verbleiben?

8.° Welches soll im Ganzen die innere Einrichtung für die Zukunft seyn?

- 9.° Was für Lehrer sind dazu erforderlich?
 10.° Welcher Aufwand wird dazu ausgesetzt?
 11.° Soll künftig eine Disciplin im Institut Plaz haben?

Die sämtlichen Ausgaben wären folgende:

1.° Der Professor der Rechten	4 Std.	
2.° Der Professor der vaterländischen Rechte und Geschichte	4 Std.	
Diese beyden Lehrer haben ihr unab- hängiges Einkommen, und da ihnen durch die politische Anstalt keine neuen Pflichten zugewachsen sind: so bleibt es bey dem- selben.		
3.° Der Prof. der Philosophie	3 Std.	Kr. 250
4.° Der Prof. der Mathematik und Physik	3 Std.	» 250
5.° Der Unterlehrer in der Mathematik	4 Std.	
Dieser kan auf der Kunstschul ge- wonnen werden.		
6.° Der obere Religionslehrer	2 Std.	» 200
7.° Der untre Religionslehrer	4 Std.	
er wird gleichfalls auf der Kunstschul ge- wonnen.		
8.° Der Lehrer der Geschichte und Geographie	4 Std.	» 250
9.° Der erste Sprachlehrer	8 Std.	» 300
10.° Der zweyte Sprachlehrer	8 Std.	» 300
Uebertrag		Kr. 1550

	Uebertrag	Kr. 1550
Der Schulrathsekretär	»	100
Der Pedell, Miethe, Feuerung, Reinhaltung der Tische, Bänke u. s. w.	»	130
		Kronen 1800 ¹

Das sämtliche Einkommen.

1.° Der jährliche Beyschuss	Kr. 1500
2.° Die Collegiengelder	» 300
	Kronen 1800

¹ Statt 1780 Kronen ist die volle Summe von 1800 Kronen angegeben.

Beilage 4.

Die „Einrichtung“ des Politischen Instituts mit orientierenden
Anmerkungen über die Ausführung ihrer Bestimmungen.

EINRICHTUNG
DES
NEUEN INSTITUTS
FÜR
DIE POLITISCHE JUGEND
IN BERN.¹

ERSTER TITEL.

Von der Kuratel, ihren Rechten und Obliegenheiten.

§. 1.

Die Kuratel besteht, laut Hochobrigkeitlicher Erkenntniss,² aus vier weltlichen Beysitzern des Schulraths, wovon allemal einer aus dem täglichen, und drey aus dem grossen Rathe gewählt werden. Ihre Versamm-

¹ Entworfen von den HH. Zollherrs v. Bonnstetten und Prof. Tscharner mit Zuzug der Professoren Rudolf, Wilhelmi und Ith, von der Kuratel genehmigt und in Druck gegeben den 19. Juni 1787, vom Grossen Rat bestätigt den 6. Juli 1787. Der Vorbericht zum «Entwurf» ist hier weggelassen.

² Vom 5. Januar 1787.

lungen halten sich unter dem Vorsitze des jedesmaligen Herrn Schulrathspräsidenten.¹

Dieser Kuratel werden diejenigen Lehrer, welche zugleich Professoren in der Akademie oder Mitglieder des Schulraths sind, beywohnen, und bey dem neuen Institute in eben dem Verhältnisse bleiben, in welchem sie gegen den Schulrath stehen, d. i. sie werden als Lehrer der Kuratel zwar untergeordnet, aber als öffentliche Lehrer, derselben zugleich mit Sitz und Stimme beygeordnet seyn.

Ueberdies erfordert der gute Erfolg, dass jeder andere Lehrer, so oft es um seine Pensen zu thun seyn wird, den Versammlungen der Committee gleichfalls zugezogen werde.

Der jeweilige Schulrathssekretair wird es auch von der Kuratel seyn.²

¹ Die Präsidenten der Kuratel waren:

Alt Seckelmeister v. Wattenwyl bis 9. Januar 1788 (Schulratspräsident vom 13. März 1782 an);

Venner May bis zu seinem Tod;

Deutsch-Seckelmeister v. Frisching vom 9. April 1788 bis 30. Juni 1790;

Alt Welsch-Seckelmeister v. Mülinen bis 7. März 1791;

Venner v. Jenner bis zur Aufhebung des Instituts.

Der eine Assessor aus dem Täglichen Rat war Ratsherr Stettler bis 4. Juni 1794; ihm folgte nach Herr Ratsherr Fellenberg.

Die Assessoren aus dem Grossen Rate waren:

1. Alt Landvogt Herbort v. Bonmont bis 3. Februar 1792.

2. Zollherr v. Bonstetten bis 11. Juni 1787.

3. Prof. Tscharner.

Alt Landvogt Manuel von Aarwangen.

Salzdirektor Tscharner bis 21. Januar 1793.

Alt Gerichtsschreiber v. Rodt bis 8. Mai 1793.

Hauptmann Rudolf Ludwig v. Werdt bis 4. Juni 1794.

Gewölbe-Registrator Kirchberger.

² Dies war Karl Ludwig Bucher während des ganzen Bestandes des Politischen Instituts.

§. 2.

Einer der Beysitzer aus dem grossen Rathe wird die Finanzverwaltung auf sich nehmen; die Restanzen des jährlichen Beyschusses¹ aufbewahren; die zufälligen kleineren Ausgaben besorgen; die Kollegiengelder von den Zuhörern beziehn und an die Lehrer ausrichten.²

Ein zweyter Beysitzer aus dem grossen Rathe besorgt die Aufnahme der Zuhörer. Bey demselben melden sich diejenigen, welche in das Institut zu treten wünschen, sowie diejenigen, welche für eine längere Abwesenheit Beurlaubung begehren.³

Da es nöthig scheint, dass beym Anfang und Schlusse der Collegien, wenn allgemeine Zusammenkünfte der Curatoren, der Lehrer und der Zuhörer seyn werden, einige Feyerlichkeit beobachtet, vielleicht eine kurze Rede gehalten werde: so sollen die akademischen Lehrer diesen Auftrag umwechselnd auf sich nehmen,⁴ und das Jahr durch den kleinern Detail besorgen.

¹ Von Kronen 1500.

² Seckelmeister des Instituts war zuerst Prof. Tscharner bis 14. Januar 1792. Seine Stelle übernahm Alt Landvogt Manuel bis Martini 1792, dann Ratsherr Stettler. Den 23. Juni 1794 wurde der Sekretär Bucher von der Kuratel zum Quästor des Instituts gewählt entgegen obiger Bestimmung der «Einrichtung».

³ Dieses Amt war Herrn Manuel übertragen.

⁴ Am Ende des Jahres fanden nie Feierlichkeiten statt, da die meisten Schüler, sobald die schönen Frühlingstage ins Land kamen, auskniffen. Hingegen wurde der Beginn des Schuljahres regelrecht, mit Ausnahme des Jahres 1791/92 (wenigstens ersehen wir aus dem Manual der Kuratel nichts), durch eine Inauguralrede eröffnet. Die Redner waren:

1787 Prof. Ith.
1788 Prof. Wilhelmi.
1789 Prof. Kuhn.
1790 Prof. Tscharner.
1792 Cand. Stapfer.

1793 Prof. Tralles.
1794 Herr Stettler.
1795 Herr Helfer Müslin.
1796 Cand. Zeender.
1797 Prof. Zeender.

§. 3.

Um das neue Institut, besonders in den Anfängen, in Ordnung zu bringen und im Gange zu erhalten, wird eine genaue und fortgesetzte Wirksamkeit von Seite der Kuratel vorausgesetzt. Es scheint daher zuträglich, gleich anfangs einen Tag im Monat für die ordentlichen regelmässigen Versammlungen festzusetzen.¹

Die Curatoren sind überdies die eigentlichen Aufseher des Instituts; und höhere Aufsicht ist in demselben desto unentbehrlicher, da durch sie allein der Mangel einer auf Zwangmittel gegründeten Disciplin ersetzt werden muss. In dieser Absicht werden die Curatoren die Aufsicht wochenweise unter sich theilen, und die Collegien, so viel es ihre höhere Angelegenheiten erlauben, mit ihrer Gegenwart unterstützen.²

II. TITEL.

Von der engern Committee.

Aus der Kuratel wird eine engere Committee gezogen. Diese besteht aus zwey Standsgliedern und den

¹ Es war der letzte Samstag im Monat; aber schon vom Jahr 1789 an kehrte man sich an diese Bestimmung nicht mehr.

² Schon in einer ihrer ersten Sitzungen beschloss die Kuratel in Abänderung dieser Bestimmung, «dass die Inspektion alle Monat unter den Mitgliedern der Curatel abwechseln solle» (K. M. p. 58). Bald ging man auch von diesem Beschlusse ab und wählte ständige Inspektoren; so heisst es im K. M. p. 101 (Sitzung vom 7. November 1789): «Zu Inspectoren des Instituts auf künftigen Winter wurden wiedermahlen H. Landv. v. Herbort und H. Landv. Manuel erbetten». Im Jahr 1792 dann «wurde H. Prof. Ith als Mitglied der politischen Curatel höfl. ersucht die Hh. Lehrer beym Institut überhaupt, die Sprachlehrer aber insbesondere in ihren Vorlesungen zu inspectieren» (K. M. p. 128). Damit ist wohl ausgesprochen, dass von jetzt an die weltlichen Glieder der Kuratel überhaupt nicht mehr die Vorlesungen inspizierten. Wie lange Ith sein Inspektorat ausübte, erfahren wir aus dem Manual nicht.

akademischen Lehrern. Ihre Bestimmung ist: 1) Ihre fortgesetzte Aufmerksamkeit auf den ganzen Detail des neuen Instituts zu richten, sich über die bemerkten Mängel und bessern Einrichtungen zu berathen, und die nöthigen Vorschläge der Kuratel vorzulegen. 2) Die von derselben ihr aufgetragenen Untersuchungen anzustellen und gutachtlich vorzuarbeiten.¹

III. TITEL.

Von den Lehrern.

§. 1.

Die Lehrer des Instituts stehen in verschiedenen Beziehungen gegen dasselbige. Die einen gehören demselben schon durch die Natur ihres Amtes an. Diese sind die Professoren der Rechtsgelehrsamkeit und der vaterländischen Geschichte. Sie sind für die politische Jugend eigentlich bestimmt, und hiemit ordentliche Glieder am neuen Institut.²

§. 2.

Als wirklich erwählte und genehmigte Lehrer müssen auch die drey Professoren angesehen werden, welche

¹ Diese ganze Bestimmung ist nie ausgeführt worden.

² Es sind Prof. Tscharnier und Gottl. Walther. Jener las am Institut nur die ersten fünf Jahre, d. h. bis zum Frühjahr 1792, von welcher Zeit an seine Vorlesungen nur diejenigen besuchen durften, welche beide Curricula des Politischen Instituts absolviert hatten. G. Walther weigerte sich, die ihm überbundenen Vorlesungen über vaterländische Geschichte und vaterländisches Recht zu lesen, und nachdem er pensioniert worden war, wurde an seine Stelle Bernhard Friedrich Kuhn gewählt. Im Sommer 1791 resignierte Kuhn und nachdem für den kommenden Winter Dr. juris Rosselet in den Riss getreten war, ernannte die Kuratel 1793 den Herrn Friedrich Stettler zum Lehrer der vaterländischen Geschichte und des Helvetischen Staatsrechts.

sich zur Beförderung und Erleichterung des Instituts freywillig angeboten haben. Wenn indessen der eine oder der andere derselben abgehen sollte: so steht es der Kuratel frey, an dessen Stelle seinen Nachfolger in der Akademie, oder einen andern zu erwählen.¹

§. 3.

Der Lehrer der Mathematik und Physik² soll seine Vorlesungen dem Publikum halten. Dadurch also, dass die politische Jugend dieselben zu besuchen verbunden wird, tritt er mit dem Institut selbst in keine unmittelbare Verbindung.³

¹ Gemeint sind die Professoren Wilhelmi, Ith und Rudolf, von welchen Wilhelmi die Moralphilosophie am obern, Ith am untern Curriculum die theoretische Philosophie (Geschichte der Menschheit, Psychologie, Logik, Teleologie) und am untern Curriculum Rudolf die Universalgeschichte und Statistik übernahm.

Ith blieb am Institut bis zum Winter 1797/98, sein Nachfolger war aber nicht sein Nachfolger an der Akademie (Kocher), sondern Albrecht Stapfer. Wilhelmi blieb dem Institut treu bis zum Winter 1790; an seine Stelle trat für den Winter 1790/91 der Cand. Joh. Georg Fisch, für das Schuljahr 1791/92 Professor Ith, dann ging diese Stelle ganz ein, indem von jetzt an die Philosophie nur noch am obern Curriculum und zwar von Professor Ith gelesen wurde. Professor Rudolf endlich demissionierte am Schluss des Schuljahrs 1790/91; ihn ersetzte zwei Jahre hindurch Pfarrer Salchlin von Stettlen, worauf die Kuratel für Universalgeschichte keinen neuen Lehrer mehr anstellte.

² Bis 1798 Professor Tralles.

³ Schon vor der Eröffnung des Politischen Instituts beschloss die Kuratel, den Eltern es freizustellen, ihre Söhne in die Vorlesungen des Professor Tralles zu schicken oder nicht. Erst im Jahr 1792 wurden die mathematischen Wissenschaften als obligatorisches Fach in den Stundenplan einbezogen und von da an wirkte neben Tralles am obern Curriculum der Magister matheseos Dorner am untern Curriculum; er war zugleich Lehrer an der Untern Schule.

§. 4.

Endlich bleiben noch die neu erwählte, oder zu erwählende Lehrer übrig.¹ Ihre Wahl wird entweder nach vorgegangenen Proben bestimmt;² oder es werden Männer von schon anerkannter Fähigkeit, auch ohne Proben, berufen, und ihr Rang, ihr Gehalt, ihre Rechte und Pflichten hangen von den wechselsweise eingegangenen Bedingungen ab.

§. 5.

Jedoch schränken sich alle diese Verfügungen blos auf den Zeitpunkt der vier Jahre ein; sie können daher keine bleibende Stationen zum Zwecke haben.³

IV. TITEL.

Von den Zuhörern.

§. 1.

Das Institut ist zunächst der politischen Jugend gewidmet: d. h. im Gegensatz, mit der für die Kanzel studirenden oder für den Handwerksstand bestimmten Jugend, allen denen jungen Patriziern, welche sich der Feder, den Civilbedienungen, einem gelehrten Berufe, der Regierung oder auch dem Militairstande zu widmen gedenken.

Nächst den Patriziern wird auch den Munizipalen von eben der Bestimmung der Zutritt gestattet, so wie den übrigen Eydgenossen. Selbst Landesfremden von

¹ Die Lehrer der Religion und der Sprachen, wozu seit der Reorganisation des Instituts im Jahr 1792 noch der Zeichenlehrer kam, der aber eigentlich der Kunstschule angehörte.

² Dieser Fall trat niemals ein.

³ Nach Verfluss dieser vier Jahre verblieb das Institut noch ein Jahr auf dem alten Fuss, so dass erst den 31. August 1792 die Neuwahlen für die neue Garantieperiode (von 12 Jahren) vorgenommen wurden.

Stande wird die Kuratel den Gebrauch des Instituts nach Maassgabe der Umstände erlauben.

Die Zuhörer der Akademie, welche den einen oder anderen Zweig des hier zu ertheilenden Unterrichts zu nützen wünschen, werden ohne wichtige ausschliessende Gründe dazu die Erlaubniss erhalten ohne die Collegien zu bezahlen: sowie umgekehrt alle Hörsäle der Akademie den Zuhörern des neuen Instituts unentgeltlich offen stehen.

§. 2.

Durch die Hochobrigkeitliche Verordnung vom 3. März 1786,¹ vermöge welcher kein Freywilliger in irgend einem Obrigkeitlichen Bureau angenommen werden soll, bevor er das achtzehnte Jahr Alters erreicht hat, wird der Gebrauch der neuen Anstalt erleichtert, und möglich gemacht, indem nunmehr jeder Jüngling diesen ganzen Zeitraum ungestört auf die Wissenschaft und auf seine Ausbildung verwenden kann.

§. 3.

Das Alter des Eintritts ist das vierzehnte Jahr, und die Laufbahn dauert vier Jahre. Doch kann derselbe

¹ Das Dekret ist nicht vom 3., sondern vom 10. März; s. Polizey Buch 18, p. 190: «Nachdemme Megh. und Oberen den Vortrag Mrhwh. der Archiven Commission angehört, über den gethanen Anzug, dass hinfüro kein Volontaire in irgend einem Oberkeitlichen Bureau vor erreichtem 18ten Jahr Alters in dieser Qualität angenommen werden sollte. Haben Megh. und Obere nach darüber gehaltener Umfrag und angehörten Ratiociniis befunden, und für die Zukonft zu statuieren gut und nothwendig erachtet: dass fürohin Niemand mehr in die Zahl der Volontaires weder in der Staats Kanzley noch in andern Oberkeitl. Bureaux angenommen werden solle, er habe dann das 18te Jahr Alters bereits angetreten. Als welches dem Polizey Buch zu könfhtiger Nachricht und Verhalt einzuverleiben anbefohlen worden. Act. coram 200 d. 10. Martij 1786.» Dasselbe Datum im R. M.

Jünglingen von vorzüglichen Gaben und früherer Entwicklung auch eher ertheilt werden.¹ Gleichwie es denjenigen, welche den Cursus vollendet haben, freygestellt bleibt, diejenigen Collegien, welche sie wollen, und so lange sie wollen, und zwar unentgeltlich zu besuchen.

§. 4.

Alle Kollegien werden gratis gelesen; theils weil die Lehrer ohnehin schon für die politische Jugend bestimmt sind, theils weil sie aus dem obrigkeitlichen Beyschusse besoldet werden. Nur die drey akademischen Lehrer befinden sich weder in dem einen, noch in dem andern Falle; also werden auch nur ihre Vorlesungen mit zween Louisd'or für's Jahr bezahlt. Gleichwohl wird ein Vater, der mehrere Söhne zugleich im Institut hat, immer nur für einen bezahlen.²

§. 5.

Während der Probejahre werden alle Zuhörer, welche die angeführten Eigenschaften besitzen, ohne vorgegangene Prüfung ihrer Fähigkeit angenommen. Diejenigen aber, welche durch die Litterarschule gestiegen, und ad lectiones publicas befördert sind, werden ohne weitere Aufnahme als Angehörige des Instituts angesehen; und da hier der Unterricht gerade da fortfährt, wo er dort aufgehört hatte: so werden die Litterarschüler die fähigsten Zuhörer des Instituts abgeben, und den vollständigsten Nutzen daraus ziehen können.

¹ Diese Altersdispensation wurde nach dem Beschluss der Kuratel vom 19. November 1787 «nicht weiter ertheilt, als bey dem Umstand, wenn der Jüngling bey dem ersten Halb-Jahrs-Cursus das erforderliche Alter erreichen würde» (K. M. p. 62).

² Nachdem im Jahr 1792 ausser Ith kein Lehrer der geistlichen Akademie mehr am Institut wirkte, erhielt Ith eine fixe Besoldung wie alle seine Kollegen.

Und um diese Schule mit dem Institut noch enger zu vereinigen, hat man die Verfügung getroffen, dass Knaben für den politischen Stand bestimmt, ein Jahr früher, d. i. im siebenten in die Schule angenommen, und ein Jahr früher, d. i. im vierzehnten, folglich gerade in dem zum Eintritt in das neue Institut bestimmten Alter, ad lectiones publicas befördert werden sollen.¹

§. 6.

Der ganze Zeitpunkt der vier Jahre wird in zween Abschnitte, folglich das ganze Institut in zwey Klassen getheilt, jede von zwey Jahren, mit eigenen gehörig eingerichteten Pensen.

V. TITEL.

Von den Pensen.

§. 1.

Die Absicht des Instituts geht nicht sowohl auf eigentliche Gelehrsamkeit, als auf eine hinlängliche Vorbereitung zur geschickten Verwaltung der öffentlichen in die Bestimmung des künftigen Politikers einschlagen-

¹ Nach dieser Verfügung mussten also diejenigen Knaben, die man von vorneherein für den politischen Stand bestimmte, nur ein Jahr statt der gesetzlichen zwei in der Vorschule bleiben, durchliefen dann die Litterarschule mit ihren 2×3 Jahreskursen, um nur noch ein Jahr statt der gesetzlichen zwei im Gymnasium academicum zuzubringen. Auf diese Weise konnten sie im 14. Jahr ad lectiones publicas promoviert werden, während die künftigen Theologen erst mit 16 Jahren in die Eloquenz eintreten konnten.

Merkwürdigerweise ist im Schulratsmanual dieser Verfügung der Kuratel mit keinem Wort Erwähnung gethan.

den Geschäfte. Dieser Zweck ist die erste Rücksicht, in welcher die Pensen eingerichtet werden müssen. Die andere ist die Fähigkeit des Alters und die diesmalige Lage der Jugend. Sie müssen nemlich dem Alter von vierzehn bis achtzehn Jahren angepasst seyn, und nicht mehr Vorkenntnisse voraussetzen, als man anzutreffen wirklich hoffen darf.

Wäre die Jugend, wenn sie ins Institut tritt, im Verhältnisse ihres Alters vorgebildet: so könnte der Plan der Pensen umfassender, oder eingeschränkter seyn. Jenes, weil sie denzumahl mehrere Dinge leisten, und dieses, weil sie mit den erforderlichen Vorkenntnissen unmittelbarer ihrer Bestimmung entgegengeführt werden könnte.

§. 2.

So aber müssen nothwendig zwey Arten von Pensen eingeführt werden. Die erstere begreift die vorbereitenden Kenntnisse, die andere, die eigentlichen politischen Wissenschaften. In jene Klasse gehören 1) Die Religion. 2) Die Sprachkunde. 3) Die Universalgeschichte und 4) Statistik. 5) Die theoretische Philosophie. 6) Die Moralphilosophie. 7) In einem entfernten Gesichtspunkt auch die Mathematik und Naturlehre. Zu dieser gehören 1) Vaterländische Geschichte. 2) Allgemeines bürgerliches Recht. 3) Römisches Recht. 4) Vaterländisches Recht. 5) Staatswissenschaft, oder Politik. 6) Polizey. 7) Kameralwissenschaft. 8) Endlich, praktische Anleitung in der Kunst des gerichtlichen Vortrags, oder der Relation.

Der Gesichtspunkt, aus welchem jedes dieser Pensen behandelt werden soll, muss kürzlich bestimmt werden.

I. Abschnitt.

Erste Classe der Pensen.

Vorbereitende Kenntnisse.

1) Religion.

Religion ist die erste, die wichtigste aller Wissenschaften, nicht allein des Menschen und Christen überhaupt, sondern vorzüglich des Magistraten. Und in dem Alter, über welches das Institut sich erstreckt, ist dieser Unterricht erstlich darum nöthig, weil da der Jüngling als Glied in Verbindung mit der Kirche tritt, und dann auch darum, weil er da seine Ueberzeugung gegen die Gefahren des folgenden Alters und der Welt waffnen muss. Zudem besitzen sein Verstand und Herz jetzt die erforderliche Reife, um aus richtiger Einsicht geleitete Grundsätze anzunehmen, und sich unveränderlich einzuprägen.

Dieser Unterricht erhält wöchentlich vier Stunden und zerfällt in zwey Pensen.

1) Das erste Pensum gehört für das vierzehnte und fünfzehnte Jahr, also für die untere Klasse. Seine Absicht ist Vorbereitung zum heil. Abendmahl durch einen gründlichen und vollständigen Religionsunterricht, in drey Stunden wöchentlich.

2) Das zweyte Pensum gehört für das sechszehnte und siebenzehnte Jahr, folglich für die obere Klasse. Sein Zweck ist, Religionsunterricht für herangewachsene Jünglinge, die im Begriffe sind in die Welt zu treten. Dieser wird auf eine Stunde wöchentlich eingeschränkt, und unter folgende drey Abschnitte zusammen gefasst. Der erste: von der Wahrheit der christlichen Religion überhaupt mit ihren Gründen und der Prüfung der scheinbarsten Zweifeln dagegen. Der zweyte: Uebersicht der

vernehmsten Wahrheiten des Christenthums in ihrer gegenseitigen Verknüpfung, Vernunftmässigkeit und Beziehung auf die öffentliche und Privatglückseligkeit. Der dritte: christliche Moral, mit besonderer Hinsicht auf die Bedürfnisse dieses Alters und Standes, in einem warmen auch für das Herz eingerichteten Vortrage.¹

2) Sprachkunde.

Sprachkenntniss und Sprachfertigkeit sind dem Geschäftsmann unentbehrlich nothwendig; weil er öffentlich reden, und in öffentlichen Angelegenheiten schreiben muss. Diese Obliegenheit erfordert von der Lateinischen Sprache wenigstens die Anfangsgründe, um die in den Curialstyl einflussende Terminologie richtig zu verstehen und zu gebrauchen. Auch dieses Pensum erhält daher zwey Abtheilungen.

1) Die deutsche Sprache: und hieher gehört
a) eigentlicher Sprachunterricht. Adelungs deutsche Sprachlehre könnte dabey zum Grunde gelegt werden.
b) Uebungen und Aufsätze in den verschiedenen Arten des Styls. c) Uebungen im Vortrag, wo denn genau auf einen reinen Ausdruck so wie auf eine bessere Elokution gesehen werden muss.

2) Das lateinische Pensum ist für diejenigen bestimmt, welche in ihrer früheren Jugend die Anfangsgründe dieser Sprache erlernt haben, und nun weitere

¹ Bis und mit dem Winter 1791/92 wurden diese Pensen genau inne gehalten. Die ersten drei Jahre erteilte Pfarrer Rengger den Religionsunterricht an beiden Curricula; 1790/91 vikarisierte Helfer Mesmer für ihn, und den folgenden Winter wurde der Unterricht an Helfer Müslin übertragen. Von 1792 an war Helfer Müslin Religionslehrer am obern Curriculum mit je zwei Stunden, Sprünglin, Direktor der Kunstschule, am untern mit je vier Stunden. Der Lehrstoff war derselbe, wie vor der Reform der Schule.

Fortschritte in derselben zu thun wünschen. Auch für dieses Pensum sind vier Stunden ausgesetzt, in welchen wechselsweise ein Prosaiker und ein Dichter, z. B. Horatii ars poëtica, gelesen wird. Bey der Auswahl dieser Autoren wird man insonderheit darauf Rücksicht nehmen, dass man Gelegenheit habe, auch die wichtigsten Theile der Alterthumskunde zu erläutern, und zur Bildung des wahren Geschmacks beyzutragen.¹

3) Universalgeschichte.

Diese wird in zwey Stunden wöchentlich aus demjenigen Gesichtspunkt abgehandelt, aus welchem der Politicker die Geschichte ansehen und kennen muss. Allein der Umfang dieses Zweiges der historischen Kenntnisse ist zu weitgreifend, als dass es möglich wäre, sie

¹ Nur das erste Jahr wurde diesem Pensum genau nachgelebt. Von da an wurde der deutsche Unterricht am untern Curriculum immer mehr verkürzt: 1789—91 werden ihm nur drei Stunden gewidmet, 1 Std. Grammatik, 2 Std. Sprachübungen (Prof. Risold), im Jahr 1791/92 nur noch zwei (Cand. Fisch) und von da an nur noch eine (1792—94 Cand. Fisch; 1794—96 Cand. Stapfer; 1796 bis 1798 Cand. Zeender).

Der lateinische Unterricht wurde die ersten vier Jahre nach der «Einrichtung» erteilt durch Professor Risold; vom Jahr 1788 an wurden daneben die schwächern Schüler noch in fünf besondern Stunden unterrichtet (1788—90 von Cand. Rubin, 1790/91 von Provisor Schärer).

1791—94 war das untere Curriculum für den Lateinunterricht in zwei Klassen geteilt, von denen jede besonders unterrichtet wurde: 1791/92 die erste in 5, die zweite in 6 Stunden, die zwei folgenden Jahre die erste in 3, die zweite in 4 Stunden (Cand. Fisch und Stapfer).

1794 wird die Teilung wieder aufgehoben und zwei Jahre lang, 1794/95 und 1795/96, hat Cand. Stapfer am untern Curriculum 4 Lektürestunden und 2 Std. Archäologie, 1796—98 Cand. Zeender 4 Lektürestunden und 2 Std. Römische Altertümer.

Nachdem schon im Jahr 1791/92 im obern Curriculum eine Stunde Rhetorik eingeführt worden war (von Cand. Stapfer erteilt),

zugleich vollständig und gründlich in einem kurzen Zeitraum vorzutragen. Man will sich also auf die neueren Zeiten einschränken, und im ersten Winter die grossen Begebenheiten von der Völkerwanderung bis auf Carln V., im zweyten von da, bis auf unsere Zeiten, in ihrem Zusammenhange, mit ihren Ursachen und Folgen vortragen.

4) Statistik.

Die zweckmässigste Behandlung dieser Wissenschaft wäre wohl die, wenn sie blos auf die Schweiz, und besonders auf den Kanton eingeschränkt würde; so dass sie eine genaue Kenntniss der Produkte und Bedürfnissen, der Volksmenge und Industrie, der politischen, natürlichen und moralischen Eigenheiten, u. s. w. jeder Hauptgegend des Kantons lieferte. Da es aber noch schlechterdings an Materialien zu einem solchen Kursus fehlet: so muss die Statistik freylich etwas allgemeiner, aber doch vorzüglich in Rücksicht auf die Schweiz abgehandelt werden.¹

wurde mit der Reform des Instituts der Sprachunterricht definitiv im obern Curriculum eingerichtet. Das Deutsche (Stillehre) erst mit zwei Stunden, aber schon von 1794/95 an nur noch mit einer Stunde, erteilte Albrecht Stapfer. Dem Lateinischen wurden zwei Stunden eingeräumt und 1792/93 und 1793/94 Cicero gelesen (Cand. Fisch). Die folgenden zwei Jahre trat an Stelle dessen die Archäologie (mit dem untern Curriculum zusammen) unter der Anleitung von A. Stapfer, aber von 1796 an wurde unter Stapfer eine Stunde Horaz gelesen und nur noch eine der Archäologie gewidmet.

¹ Universalgeschichte und Statistik las nach obigem Programm der Professor der Eloquenz Rudolf, und zwar die Universalgeschichte in zwei, die Statistik in einer wöchentlichen Stunde bis zum Frühjahr 1791. Die folgenden zwei Jahre bis 1793 trat Pfarrer Salchlin in Stettlen an seine Stelle, behandelte aber entgegen dem Programm den einen Winter die griechische, den andern die römische Geschichte, je in drei Stunden. 1793 liess die Kuratel diese Stelle vollständig eingehen, Salchlin erhielt aber die Erlaubnis-

5) Philosophie.

Philosophie ist nöthig, weil sie uns auf die ersten Quellen der Wahrheit und des Irrthums durch den Pfad einer sicheren Methode hinaufführt, und die ersten Prinzipien deutlich macht, die der Grund unsers Denkens, unsers Wissens und aller unserer Handlungen sind. Von dieser Wissenschaft scheint derjenige Theil der unentbehrlichste, der zur Kenntniss und Bildung des Menschen leitet, und den man im erhabneren Sinne die Anthropologie zu nennen pflegt. Diese bahnet dem Jüngling den Weg zur Theorie des menschlichen Herzens, und gewöhnet ihn die einzelnen Begegnisse des öffentlichen und Privatlebens in ihrer höheren und weiteren Verkettung zu übersehen. Folgende Abschnitte scheinen zu diesem Zwecke dienlich. 1) Philosophie der Geschichte der Menschheit. 2) Seelenlehre, 3) darauf gegründete Vernunftlehre, oder Anweisung zum richtigen Denken. 4) Allgemeine Betrachtung der menschlichen Bestimmung, als Schluss aus dem Vorhergehenden.¹

noch einen Winter (1793/94) zu lesen und zwar traktierte er in zwei Stunden die Einleitung in die Universalgeschichte. In den Jahren 1794 und 1795 hatten die Schüler des untern Curriculums keinen Unterricht in der Geschichte, aber im Jahr 1796/97 wurde die Universalgeschichte daselbst wieder eingeführt, allerdings nur mit einer wöchentlichen Stunde; 1796/97 las dieselbe Professor Stapfer, 1797/98 Professor Zeender.

¹ Die theoretische Philosophie, wie sie in diesem Programm vorgesehen ist, wurde am untern Curriculum behandelt und zwar von J. Ith, dem Professor der Philosophie an der Akademie, bald in zwei, bald in drei wöchentlichen Stunden und zwar:

1787/88 Geschichte der Menschheit (im Manual allerdings nicht angegeben, aber doch sehr wahrscheinlich); 2 Std.

1788/89 Psychologie und Logik; 2 Std.

1789/90 Geschichte der Menschheit; 3 Std.

1790/91 Psychologie; 2 Std.

1791/92 Theorie des menschlichen Willens, nachher die ersten Gründe der Logik, Aesthetik und der allgemeinen Moral; 3 Std. Das

6) Moralphilosophie.

Die Moralphilosophie ist die Anwendung der Philosophie auf das, was seyn soll, oder die philosophische Entwicklung der Regeln, nach welchen die Wahl freyhandelnder Wesen für sich und in ihren verschiedenen Verhältnissen bestimmt werden soll. Sie ist also der Zweck aller wahren Philosophie und mit derselben unauflösbar verbunden. Diese beyden Pensen müssen daher im genauesten Zusammenhang stehen, und könnten anfangs, bis eigene Handbücher ausfindig gemacht seyn werden, nach dem Plane von Fergusons Grundsätzen der Moralphilosophie, von Garve übersetzt, dergestalt vorgetragen werden, dass, mit den erforderlichen Veränderungen und Zusätzen, der Professor der theoretischen Philosophie die drey ersten Theile oder Abschnitte, der Professor der Moralphilosophie aber die folgenden erklärte. Jeder dieser beyden Cursus sollen wöchentlich zwey Stunden bekommen und zwey Jahre dauern.¹

erweiterte Programm von 1791/92 desshalb, weil in diesem Winter die Philosophie für beide Curricula zusammen gelesen wurde. 1792 ging diese Stelle ganz ein und die Philosophie wurde von jetzt an nur noch am obern Curriculum gelesen.

¹ Bis und mit dem Winter 1789/90 las Wilhelmi, der professor ethices an der geistlichen Akademie, je 2 Stunden Moralphilosophie am obern Curriculum. 1790/91 vikarisierte für ihn der Cand. Fisch und las über die Encyclopädie der Wissenschaften. Den folgenden Winter las für die Schüler beider Curricula zugleich Prof. Ith (siehe oben p. 243 u. 244) und nun, nachdem bei der Reform des Instituts die Philosophie auf das obere Curriculum beschränkt worden war, las Ith in demselben

1792/93 Anthropologie; 2 Std.

1793/94 Schluss der Anthropologie und Logik; 2 Std.

1794/95 Psychologie und Logik; 3 Std.

1795/96 Geschichte der Menschheit; 2 Std.

1796/97 Fortsetzung; 2 Std.

1797/98 las Stapfer 2 Std. Philosophie; das Manual der Kuratel gibt nicht an, was.

7) Mathematik und Physik.

Der Lehrer dieser Wissenschaften hat schon seine angewiesenen Pensen und Stunden. Mit der untern Klasse wird die reine, und mit der obern die angewandte Mathematik getrieben, und alle halbe Jahre wenigstens ein wichtiger Abschnitt in der Naturlehre zu Ende gebracht. Will man die Zuhörer des Instituts zu diesen Vorlesungen verbinden: so können sie zugleich denen halbjährlichen Prüfungen in der Akademie unterworfen werden.

(Obschon dieser Unterricht veranstaltet ist: so werden wir ihn doch nicht als ein eigenes Pensum des Instituts in die Tabelle eintragen).¹

II. Abschnitt.

Zweyte Klasse der Pensen.

Politische Wissenschaften.

1) Vaterländische Geschichte.

Die Geschichte des Vaterlandes ist dem künftigen Staatsmann nicht sowohl wegen der Begebenheiten, die sie erzählt, als wegen dem Einflusse unentbehrlich, den diese Begebenheiten auf die Gründung, Veränderung, Erhaltung der einzelnen Staatsverfassungen insonderheit, und des gesamten helvetischen Staatskörpers überhaupt

¹ Bereits haben wir bemerkt, dass vom Jahr 1792 an der mathematische Unterricht obligatorisch erklärt wurde. Im untern Curriculum behandelte Dorner, der magister matheseos an der Untern Schule, in vier Stunden die Arithmetik und Geometrie, im obern las Professor Tralles in dreistündigem Kollegium

1792/93 über die Geschichte der Mathematik.

1793/94 Dasselbe.

1794/95 die Statik flüssiger und flüssig elastischer Körper, nachher die Dynamik.

1795/96 die Mechanik.

1796/97 die graphische Geometrie und Kosmologie.

1797/98 ?

gehabt haben. Die Fakta müssen demnach so gestellt werden, dass sich jene Kenntnisse aus denselben gleichsam als natürliche Resultate herleiten lassen. Zu dem Ende will man bey diesem Unterrichte die eydgenössische Bundesgeschichte zum Grund legen, die allgemeinen und besondern Bündnisse und Verträge in ihren Veranlassungen und Wirkungen und in der ganzen Verknüpfung der mitwirkenden Begebenheiten betrachten, und so die innere Einrichtung des helvetischen Staates begreiflich machen. Diese Absicht macht es überflüssig, in der Geschichte über die Epoche des ersten Schweitzerbundes zurückzugehen. Man wird deswegen mit Weglassung der ältern und ältesten Geschichten, die auf die gegenwärtige Lage des Vaterlandes entweder keinen, oder doch nur einen entfernten Bezug haben, gleich mit der Geschichte der ersten schweizerischen Verbindung anfangen, und den ganzen Kursus in zween Jahrgängen und zwey Stunden wöchentlich zu Ende bringen.¹

2) Allgemeines bürgerliches Recht.

Man glaubt das Naturrecht desto eher weglassen zu können, da dasselbe seinem wesentlichen Inhalt nach in der Moralphilosophie vorkömmt. Die Theorie des allgemeinen bürgerlichen Rechts aber wird unter die drey Abschnitte von dem Rechte der Personen, der Sachen und den Mitteln zu seinem Rechte zu gelangen, zusammengefasst, und mit vier Vorlesungen wöchentlich in einem Winter vollendet.

¹ Die Geschieke des Politischen Instituts wollten es, dass nur ein einziges Mal bis zum Frühjahr 1797 vaterländische Geschichte gelesen wurde und zwar von Stettler in einem vierstündigen Kolleg im Schuljahr 1793/94. Was wir als die Perle des Programms ansehen müssen, kam während des ganzen Bestandes der Anstalt ein einziges Mal zur Ausführung.

3) Römisches Recht.

Von dem römischen Rechte werden, mit Weglassung des antiquarischen Theils, nur die für den Berner wichtigen und brauchbaren Materien abgehandelt. 3 Stunden wöchentlich einen Winter durch scheinen also zu diesem Ende hinreichend.¹

4) Vaterländisches Recht.

Bis eine andere Einrichtung nöthig scheinen wird, soll das vaterländische Recht nach derjenigen Vorschrift vorgetragen werden, welche gleich anfangs für dieses Katheder entworfen worden ist. Derselben zufolge begreift dieses Pensum: 1) unser deutsches Lehnrecht, 2) unser bürgerliches Recht. Jede dieser Wissenschaften wird abwechselnd in einem jährlichen Kursus, welcher bis zu den Erndtferien fortgesetzt werden soll, abgehandelt und vollendet werden.²

¹ Obwohl das juridische Programm offenbar von Professor Tschärner herrührt, hielt er dennoch selber sich nicht daran. Aus dem Vorlesungsverzeichnis, das vor der Eröffnung des Instituts veröffentlicht wurde, erhellt freilich nicht, ob er den ersten Winter das allgemeine bürgerliche oder das römische Recht behandelt hat, da aber in den spezifizierten Lehrplänen der folgenden Jahre das römische Recht nie vorkommt, wird er wohl auch das erste Schuljahr nicht über das römische, sondern das allgemeine bürgerliche Recht gelesen haben. Nun liess er aber darauf nicht das römische Recht, sondern das allgemeine Staatsrecht folgen (1788/89 und 1790/91 in vierstündigen Vorlesungen); im Winter 1789/90 und 1791/92 las er wieder über das bürgerliche Recht, das eine Mal in drei, das andere Mal in vier Stunden. Dass vom Jahr 1792 an Tschärners Vorlesungen aus dem Programm des Instituts entfernt sind, ist in der Anmerkung zu Titel III, § 1 gesagt.

² Erst in den zwei Wintern 1789/90 und 1790/91 behandelte Professor Kuhn das vaterländische Privatrecht, 1791/92 Kaufhausverwalter Rosselet die Stadtsatzung. Die zwei folgenden Jahre fiel das vaterländische Recht aus; im Winter 1794/95 traktierte dann Stettler das Eidgenössische Staatsrecht und die zwei folgenden

5) Staatswissenschaft.

So wie die Philosophie, so hat auch die Rechtsgelehrsamkeit ihren praktischen Theil. Für den künftigen Geschäftsmann ist derselbe auch ohne Zweifel der unentbehrlichste; obschon also die hieher gehörigen Wissenschaften eigentlich nicht in dem ersten Entwurfe dieses Instituts enthalten sind, und einen eigenen Lehrer erfordern: so hoffet man gleichwohl auch diesen Unterricht, und zwar nach folgendem Plan, veranstalten zu können: sobald sich eine hinlängliche Anzahl von Zuhörern für denselben finden wird.

Die Politik oder Staatswissenschaft handelt in dem ersten Abschnitte vom Staat und Staatsrecht überhaupt, von den Rechten und Pflichten des Souverains und des Unterthans, von den Regierungsformen überhaupt und insbesondere. Der zweyte Abschnitt beschäftigt sich mit dem positiven und negativen Glücke der Unterthanen; hier also wird von Justiz- und Militärpolitik, von Anstalten gegen Natur- und Landesbeschwerden, wie Seuchen, Theurung, Ueberschwemmung, u. s. w. gehandelt, da dort hingegen von Bevölkerung, von Industriepolitik in Rücksicht auf Landbau, Manufakturen, Handlung, von Aufklärungs- und Religionspolitik und von den Lebensbequemlichkeiten die Rede seyn wird.¹

6) Polizeywissenschaft.

Hieher gehört einerseits die landwirthschaftliche, wo von den Landeinwohnern und Landwirthschaft, andererseits die städtische Polizey, wo von Gesundheits- Sicherheits- und Bequemlichkeitsanstalten Unterricht ertheilet

Jahre das Bernische Civilrecht nach Anweisung der Stadtsatzung. Allen diesen Vorlesungen waren vier wöchentliche Stunden zugewiesen.

¹ Vgl. die Anmerkung zu 3) Römisches Recht.

wird. Die Betrachtung der Stadteinwohner selbst, besonders der Handwerksstand, die Handlung und Handlungsgesellschaften, die Messen und Jahrmärkte gehören auch hieher.¹

7) Kameralwissenschaft.

Diese Wissenschaft beschäftigt sich mit dem Finanzwesen, den Einkünften und Ausgaben des Staats. Also gehören unter jene Rubrik die Steuern und Domänen, Forst- Wasser- Bergwerk- und Strassenregalien, wo denn auch das Flöss- und Jagdwesen, Fischerey, Fahr- und Mühlenwerk, desgleichen das Münz- Zoll- und Postwesen vorkömmt. Unter diese letztere Rubrik werden die Staatsausgaben nach ihren verschiedenen Zweigen, mit besonderer Rücksicht auf den vaterländischen Staat gebracht. Zwey Jahre könnten für diese drey Wissenschaften genug seyn, wenn denselben insgesamt drey Stunden wöchentlich eingeräumt würden.²

8) Praktisches Kollegium in der Kunst des Vortrags.

Die Geschicklichkeit, Geschäfte und Aufträge jeder Art wohl zu referiren, ist eine der wichtigsten für den Geschäftsmann und Magistraten. Und diese Geschicklichkeit ist grösstentheils das Werk der Uebung, und einer frühen Uebung. Da nun das römische Recht bey der vorgedachten Abkürzung in drey Stunden wöchentlich bequem abgehandelt werden kann: so will man die vierte Stunde Uebungen in allen Arten von Relationen

¹ Diese Disciplin wurde nie gelesen.

² Die Kameralwissenschaften wurden in freiwilligen Vorträgen (wöchentlich zwei Stunden) in den Jahren 1788/89 und 1789/90 von H. Victor Effinger behandelt; das eine Mal las er über Landwirtschaft und Technologie, das andere Mal über Handlungs- und Polizeywissenschaft. Seine Vorlesungen griffen also auch in die unter 6) verzeichnete Wissenschaft hinüber.

widmen, und so den praktischen Unterricht vollständig machen.¹

VI. TITEL.

Vermischte Verordnungen.

§. 1.

Alle Kollegien sollen zu desto grösserer Gemeinnützigkeit in deutscher Sprache gehalten werden; sie fangen jederzeit auf Martini an, und werden mit Anfang des Maymonats beschlossen. Der Sprachlehrer aber setzt seinen Unterricht bis zu den Erndteferien fort.

§. 2.

Diejenigen, welche gleich anfangs eintreten, werden blos in Rücksicht ihres Alters klassirt, und zwar so, dass die, welche das sechzehnte Jahr angetreten haben, und zum Abendmahl unterrichtet sind, in die obere, die jüngern in die untere Klasse kommen. Jedem aber, der es wünscht, soll es unbenommen seyn, den Kursus unten anzufangen, und ganz zu machen.

§. 3.

Unter den Zuhörern soll kein anderer Rang Platz finden, als derjenige, den der frühere oder spätere Eintritt geben wird. In dieser Ordnung werden sie in ein

¹ Nur im Winter 1789/90 ist nach dem Manual der Kuratel das praktische Kollegium in der Kunst des Vortrags durch Prof. Tscharner gehalten worden, aber in Verbindung mit dem bürgerlichen Recht, vielleicht auch 1787/88; vgl. die Anmerkung zu dem Titel «Römisches Recht».

In der «Einrichtung» ist ein einziges Fach nicht genannt, das mit dem Schuljahr 1792/93 als fakultatives Fach eingeführt wurde, nämlich das Zeichnen, von Prof. Sonnenschein (an der Kunstschule) wöchentlich viermal erteilt.

Verzeichniss gebracht, und dem Catalogus Studiosorum beygedruckt werden.¹

§. 4.

Mit Anfang der Collegien werden die Zuhörer bey dem dazu ernannten Curatoren pränumeriren, und zwar für das untere Currikulum vier Louisd'or jährlich, für das obere aber allemal zween, so dass der ganze Cursus von vier Jahren zwölf, also das Jahr im Durchschnitte drey Louisd'or kosten wird.²

§. 5.

Halbjährlich werden unter jedem Lehrer Examina gehalten. Jedem Zuhörer wird eine in mehrere Fragen aufgelöste Aufgabe vorgelegt. Diese Fragen wird er in einer anberaumten Zeit schriftlich beantworten, und denn mündlich ausführlicher erläutern.³

§. 6.

Doch sollen diejenigen, welche sich wegen unvermeidlichen Hindernissen, wegen Krankheit, oder mit erhaltener Erlaubniss der Abwesenheit, nicht efinden, angesehen werden, als ob sie die Examina mitgemacht hätten.

¹ Die Schülerverzeichnisse habe ich leider nicht auffinden können; auch ist im Manual der Kuratel vom Jahr 1792 an die Schülerzahl nicht mehr verzeichnet.

² Im August 1794 (K. M. p. 175) wurde bestimmt, dass diejenigen Jünglinge unter 18 Jahren, die mit Uebergang des untern Curriculums gleich in das obere eintreten, die ersten zwei Jahre, so sie im Institut zubringen, ebenfalls vier Louisd'or zu entrichten haben.

³ Nach dem Manual der Kuratel wurden diese Examina in den ersten zwei Jahren abgehalten, von spätern aber erfahren wir nichts mehr, so dass wir annehmen dürfen, diese den jungen Herren natürlich nicht gerade genehme Bestimmung sei mit dem Schuljahr 1789/90 fallen gelassen worden.

§. 7.

Jährlich wird eine Beförderung aus dem unteren in das obere Curriculum vorgenommen, wo alle die, welche die Collegien und Examen fleissig besucht haben, ihrem Alter nach steigen sollen.¹

¹ Von einer solchen Promotion wird uns nur ein einziges Mal berichtet, nämlich am Ende des ersten Schuljahres. Wir werden auch hier nicht irre gehen, wenn wir annehmen, es sei die auf Collegienbesuch und Examen abgestellte Promotion bald fallen gelassen worden und jeder, der das untere Curriculum absolviert, sei in der Folge ohne weiteres zu den Vorlesungen des obern Curriculums zugelassen worden. Und da ja gewöhnlich zu Ende des Schuljahres die Lehrer über Aufführung und Fleiss ihrer Herren Zuhörer «das vorzüglichste Zeugniss» ablegten, so kam es in der That auf dasselbe heraus.

Verzeichnis

der

Lehrer des Politischen Instituts.

- Dorner, Joh. Georg, magister matheseos an der «Untern Schule», Lehrer der Mathematik am untern Curriculum von 1792 an.
- Effinger, Victor, des Heimlichers Sohn, liest freiwillig Cameralia, 1788—1790 (Frühjahr).
- Fisch, Johann Georg, Candidatus, Lehrer der Philosophie (für Wilhelmi) 1790/91; Lehrer des Deutschen und Lateinischen 1791—1794 (Frühjahr).
- Ith, Joh., professor philosophiæ an der Akademie, Lehrer der theoretischen Philosophie am untern Curriculum 1787—1792; Lehrer der Moralphilosophie am obern Curriculum 1792—1797.
- Kuhn, Bernhard Friedrich, Professor, Lehrer der vaterländischen Geschichte und des vaterländischen Rechts 1788—1791 (Frühjahr).
- Mesmer, Beat Ludw., Helfer am Münster, Lehrer der Religion (in Stellvertretung des Pfarrers Rengger) 1790/91.
- Müslin, David, Helfer am Münster, Religionslehrer beider Curricula 1791/92, des obern von 1792 an.
- Rengger, Abraham, Pfarrer am Münster, Religionslehrer beider Curricula 1787—1790 (Frühjahr).
- Risold, Gottlieb, Candidatus, professor linguarum von 1787—1791 (Frühjahr).
- Rosselet, Friedrich, Kaufhausverwalter, Lehrer des bernischen bürgerlichen Rechts 1791/92.

- Rubin, Samuel, Candidatus, Unterlehrer des Lateinischen 1788—1790 (Frühjahr).
- Rudolf, Ludwig, professor eloquentiæ an der Akademie, Lehrer der Universalgeschichte und Statistik am untern Curriculum 1787—1791 (Frühjahr).
- Salchli, Emanuel, Pfarrer zu Stettlen, Lehrer der Universalgeschichte 1791—1794 (Frühjahr).
- Schärer, Rudolf, Provisor an der Litterarschule, Unterlehrer des Lateinischen 1790/91.
- Sonnenschein, Professor, Zeichnungslehrer an der Kunstschule, Lehrer des fakultativen Zeichnens an beiden Curricula von 1792 an.
- Sprüngli, Rudolf, Direktor der Kunstschule, Religionslehrer am untern Curriculum von 1792 an.
- Stapfer, Philipp Albrecht, Candidatus, von 1796 an Professor der didaktischen Theologie, Sprachlehrer an beiden Curricula von 1791—1797 (Frühjahr); Lehrer der Philosophie 1797/98.
- Stettler, Albert Friedrich, Lehrer der vaterländischen Geschichte und des vaterländischen Rechts von 1793 an.
- Tralles, Joh. Georg, professor matheseos an der Akademie, Lehrer der Mathematik von 1787 an.
- Tschanner, Carl Ludwig, professor juris an der Akademie, Lehrer des allgemeinen bürgerlichen Rechts und des allgemeinen Staatsrechts von 1787—1792 (Frühjahr).
- Wilhelmi, Samuel, professor linguæ græcæ et ethices, Lehrer der Moralphilosophie am obern Curriculum 1787—1790 (Frühjahr).
- Zeender, Emanuel Jakob, Candidatus, Unterer Sprachlehrer 1796/97; Sprachlehrer an beiden Curricula 1797/98 mit dem Titel Professor.
-

Beilage 5.

Vorschläge der Censurkommission für ein neues Censur-Reglement.

Januar 1797.

I.

PROJEKT-INSTRUCKTION

FÜR

DIE BÜCHER CENSUR COMMISSION AUS DEM MITTEL
MRHGH. DER SCHUL RÄTHEN.

1.

Die Bücher Censur Commission wird aufs künftige folgender Gestalt zusammengesetzt seyn. Sie soll nemlich jederzeit von einem Mrhgh. Curatoren des täglichen Rathes präsidirt werden, und aus Sechs Assessoren bestehen, neml. einem Mitglied aus der Anzahl Mrh. der ausbedienten Amtsleute, einem aus der Zahl derer, welche noch kein Amt bekleidet haben, und endlich aus den vier jüngsten Professoren.¹

¹ Darnach wäre von Mitte Oktober 1797 an nach dem Weggang Iths Albr. Stapfer in die Censurkommission eingerückt. Im Schulratsmanual steht allerdings wider unser Erwarten nichts davon, was sich wohl daraus erklärt, dass die neu konstituierte Kommission von jenem Datum an überhaupt nicht mehr zusammenberufen wurde. Nicht wollen wir hier zu sagen vergessen, dass Albrecht Stapfer den 21. November 1796 in der zweiten Schulrats-sitzung nach seiner Wahl zum prof. theologiae Mitglied der Biblio-

2.

Der bestimmte Auftrag dieser Commission nun ist: über das gesamte Bücherwesen und alle diejenigen Personen ein wachsammes Aug zu halten, welche auf irgend eine Weise mit Bücher Verkehr treiben, soviel möglich zu verhindern, dass keine schädlichen und gefährlichen Schriften, Musikalien noch Kupferstiche in Umlauf kommen oder in das lesende Publikum verbreitet werden. Da man übrigens wohl weis wie schwer dieser Auftrag und wie unmöglich es ist, alle Bücher und Gegenstände dieser Art zu Bekanntschaft zu bringen, oder ihre Einführung zu verhindern, so werden die Glieder dieser Kommission ohne alle weitere Verantwortlichkeit blos zur bestmöglichen Befolgung der gegenwärtigen Instruktion verpflichtet.

3.

Durch gefährliche und schädliche Bücher aber werden nicht gelehrte und wissenschaftliche Werke verstanden, in welchen die Gründe und Resultate von irgend einer Wissenschaft oder Gegenstand, welcher er auch sey, kritisch untersucht werden, in der Absicht mehr Richtigkeit, Bestimmtheit und Wahrheit in die Wissenschaft selbst hineinzubringen. Solche Schriften sind schon ihrer Natur nach unschädlich, sie sind es auch darum, weil sie über den Fassungskreis des grossen lesenden Publikums hinweg und eigentlich für Gelehrte bestimmt sind; solche Bücher unterdrucken wollen, hiesse den Fortgang der Wissenschaft und Gelehrsamkeit selbst hemmen und die

thekkommission wurde. Sein Oheim hatte auf diesen Tag seine Assessorenstelle in der Bibliothek-, Buchdrucker- und Gültbriefenkommission abgegeben; in die Buchdrucker- und Gültbriefenkommission kam an seine Stelle Professor Risold. Von jetzt an wohnte Herr Pr. Stapfer senior den Sitzungen des Schulrats nicht mehr bei.

Menschheit in die Finsternisse der Barbarey zurückdrängen.

4.

Durch gefährliche und schädliche Bücher sind solche zu verstehen, welche in einer popularen Sprache geradezu und absichtlich dahin zielen, die Landes Religion lächerlich, die Regierung verhasst zu machen, die Grundsätze der Sittlichkeit zu untergraben und die Ruhe oder Ehre des Privatmannes verläumderisch anzutasten. Der Einführung, Bekanntwerdung und Verbreitung solcher Schriften soll sich die Censur Commission mit Klugheit und Nachdruck entgegensetzen.

5.

Zu diesem Ende soll dieselbe ihre eigenen Manuale halten, sie soll, so gut wie möglich ein vollständiges Verzeichniss der in vergangenen Zeiten verbotenen Bücher verfertigen, dasselbe revidiren und genau fortsetzen. Endlich soll sie sich alle drey Monat wenigstens einmal ordentlich versammeln, sich den Bericht über den jedesmaligen Zustand des Bücherwesens vorlegen lassen und darüber berathschlagen.

6.

Die sechs Mitglieder der Commission sollen als die öffentlich bestellten Censoren angesehen seyn, und alle Buchdrucker, Verleger, Buchführer, Buchhändler, Lese- und Leihcabineter unter sich dergestalt vertheilen, dass keine Anstalt dieser Art vorhanden seye noch entstehen könne, welche nicht ihren eigenen Aufseher habe. Alle diejenige welche ohne Vorwissen und Aufsicht der Commission irgend einen Zweig des Buchhandels treiben, werden als solche bestraft die eines unerlaubten Schleichhandels schuldig sind.

7.

Jeder Censor hat das Recht, die seiner Aufsicht anvertrauten Niederlagen, so oft es ihm nöthig scheint, selbst in Augenschein zu nehmen, alle verlangten Artikel sich vorlegen zu lassen, alle verdächtigen Schriften zur Einsicht nach seinem Hause bringen zu lassen, und wenn es ihm nöthig scheint, dieselben zu unterdrücken.

Um das nun desto genauer leisten zu können, muss er sich aus den gelehrten Tagebüchern und andern literarischen Hilfsquellen eine hinlängliche Kenntniss der neuern Producte zu erwerben angelegen seyn lassen, die Bücher welche er verbietet, soll er selbst gelesen haben, in wichtigern Fällen wird er sich an die Censur Commission wenden, und derselben in jeder ordentlichen Sitzung Bericht von allen seinen diessörtigen Verrichtungen erstatten.

9.

Bey neuen oder wiederholten Auflagen soll der Censor vor allem aus das Werk selbst genau durchlesen und es auch dem Professor in dessen Fach es einschlägt zur Prüfung mittheilen. Sollten einige partielle Verbesserungen darinn wesentlich nöthig scheinen, so ist zwar Unsere Meynung nicht, dass er selbst durchstreichen und fremde Arbeit willkührlich abändern solle, wohl aber, dass er seine Bemerkungen dem Verfasser mittheile und sich der Bekanntmachung des Buches so lang widerseze, bis es die erforderlichen Verbesserungen erhalten haben wird. Da jedoch diese Sache von Wichtigkeit ist, da sich hier so leicht Missverständnisse und Leidenschaften einmengen, so behält der Verfasser über diess immer noch das Recht von dem Censor an die Commission zu appellieren, und sein Buch oder die angefochtenen Stellen gegen die gemachten Einwürfe zu rechtfertigen.

10.

Ueberhaupt werden alle wichtige Fälle an die Commission gewiesen, ja sie selbst hat sich bey vorkommenden grössern Schwierigkeiten an den Schul Rath zu wenden, um wo es nöthig scheint, durch denselben höhern Ortes Unterstützung oder Verhaltungs Befehle zu suchen.

11.

Sollten Auflagen neuer Werke ausser der Hauptstadt und Lausanen, wo die Censur Commissionen residiren, in andern Städten oder auch auf dem Land veranstaltet werden, so hat sich der Verfasser oder Verleger entweder unmittelbar bey der Commission oder mittelbar durch den Amtmann des Orts bey derselben zu melden. Ueberhaupt soll die Commission als das Tribunal angesehen werden, wo alle das Bücherwesen betreffende Angelegenheiten angezeigt, untersucht und behandelt werden sollen, und zwar für den deutschen Theil des Cantons die Commission in Bern, für die Landschaft Waadt aber die Commission in Losanen.

12.

Wenn es endlich wiederfahren sollte, dass ohne Vorwissen der Commission Buchdruckereyen angelegt, Bücher, Niederlagen und Lese Anstalten errichtet würden, so werden diese als unerlaubte Unternehmungen angesehen, und sollen sobald man deren Bekanntschaft erlangt haben wird, höhern Ortes angezeigt werden.

II.

PROJEKT EINES REGLEMENTS
BETREFFEND DAS BÜCHERWESEN.

Wir Schultheiss und Rath etc.

Da der Missbrauch der Press- und Lese Freyheit aller Orten für Staaten, Religion und Sitten schädlicher zu werden anfängt und die darüber vorhandenen Ordnungen nicht mehr zureichen, so haben Wir es nöthig erachtet Unserm verordneten Schul Rath ein Befinden abzufodern um zu wissen, wie einerseits eine wohlgeordnete Freyheit in dieser Rücksicht zu handhaben seye? anderseits aber wie den schlimmen weitaussehenden Folgen eben dieser gemissbrauchten Freyheit vorgebogen werden könnte? Hierauf haben Wir nach sorgfältiger Erwägung folgendes in Kraft zu erkennen gut befunden.

1.

Der Bücherhandel soll zwar in Zukunft wie im Vergangenen frey bleiben, jedoch mit der ausdrücklichen Einschränkung, dass derselbe nicht im Verborgenen sondern öffentlich, mit Vorwissen und unter der Aufsicht der hiezu bestellten Bücher Censur Commission getrieben werde. Zu diesem End verordnen Wir aufs neue, dass alle diejenigen die sich auf welche Art es immer seye, mit demselben abgeben, ihre Namen bey der Censur Commission einschreiben lassen und dem tit. Präsidenten derselben durch ein Hand Gelübd versprechen, dass sie sich Unserer gegenwärtigen Ordnung in allem unterwerfen und derselben genaue Folge leisten wollen. Diese Verordnung für hiesige Hauptstadt gilt auch für Losanen in Ansehung der dortigen Censur Commission. In den

übrigen Städten wie auch auf dem Land, wo der Fall etwa eintreffen sollte, hat man sich wegen dieser Anerkennung an den Amtmann des Ortes zu wenden. Jeder Büchergewerb welcher mit Beyseitssetzung dieser Vorschrift getrieben werden würde, soll als ein verbottener Schleichhandel angesehen und als solcher mit Confiskation des ganzen Verlags bestraft werden.

2.

Was die Buchdrucker besonders betrifft, d. i. diejenigen welche die Bücher zwar nicht selbst verlegen wohl aber Pressen halten, um sie für andere zu drucken, so geloben dieselben kein Werk und überhaupt gar nichts zu drucken als entweder auf ausdrücklichen höheren Befehl oder mit schriftlicher Approbation des Censors, welche dann auch immer beygedruckt werden soll. Widrigenfalls wird der Buchdrucker selbst für alle Folgen zunächst verantwortlich seyn und zu einer der Natur und Wichtigkeit des Falles angemessenen Strafe gezogen werden.

3.

Durch Verleger werden solche verstanden welche eigene oder fremde, einheimische oder ausländische, neue oder schon gedruckte, anonymische oder benamsete Schriften in ihren Kosten drucken oder drucken lassen. Diesen nun ist es durchaus verboten mit irgend einem Verfasser einen Contract gänzlich abzuschliessen, ohne vorher dem Censor Nachricht davon gegeben zu haben. Was die anonymischen Bücher betrifft, so soll er sich des Namens des Verfassers versichern und denselben der Censur auf Begehren anzuzeigen gehalten seyn. Von Nachdruck oder wiederholten Auflagen wird er der Censur wenigstens Nachricht geben. Da nun der Verleger haupt-

sächlich es ist, von welchem der Druck und die Bekanntmachung der Bücher abhängt, so hat er natürlich auch die nächste Verantwortlichkeit auf sich; und alles das hier gesagte betrifft auch den Verfasser wenn er zugleich Verleger ist, d. h. wenn er sein Buch auf eigene Kosten drucken lässt. Endlich ist der Verleger noch schuldig von jeder neu aufgelegten Schrift sowie von jedem Nachdruck oder wiederholten Auflage drey sauber und ganz in Leder gebundene Exemplarien abzugeben, und zwar eines dem Censor, die beyden andern aber dem Sekretär des Schul Raths für die öffentlichen Bibliotheken in Bern und Losanen.

4.

Unter Buchführern müssen solche verstanden werden, welche eine ordentliche Handlung führen, eine beständige Niederlage haben, mit dem Ausland in Verkehr stehen, und auch Aufträge für andere besorgen. Jeder Buchführer nun soll unter der Aufsicht eines eigenen Censoren aus der Commission stehen, soll demselben die erforderlichen Journale zum Durchlesen mittheilen; alle Catalogen, Verzeichnisse und öffentliche Ankündigungen vor dem Druck zur Einsicht und auf Verlangen die Bücher selbst übergeben. Für alle ohne Vorwissen der Censurcommission ins Land eingeführte und in demselben verbreitete Bücher wird er sich zu verantworten haben.

5.

Buchhändler sind solche, welche zwar keine regelmässig eingerichtete Handlung [haben] aber doch mit alten und neuen Büchern in so fern einen Gewerb treiben, dass sie gelegentlich Bücher kaufen, um sie in Auctionen oder im Detail wieder zu verkaufen. Auch sie sollen

jeder unter seinem Censor stehen, demselben ihre Bücher Verzeichnisse übergeben, mit keinen verbotenen Büchern handeln und keine dergl. vorräthig aufbewahren.

6.

Was fremde Buchhändler oder Colporteurs belangt, welche das Land an den Jahrmessen oder sonst besuchen, so kann denselben zwar die Freyheit zu handeln vergönnt werden, wann sie sich mit Vorweisung ihrer Verzeichnisse behörig vorher bey der Commission gemeldet haben: wo nicht so sollen ihre Bücher als verbottene Waare anzusehen seyn.

7.

Leih oder Lesebibliotheken sind solche Niederlagen von Büchern, welche ums Geld zum Lesen ausgeliehen werden. Sie werden ebenfalls einem Censor untergeordnet, ohne dessen Vorwissen sie kein Buch weder besizen, noch ausleihen, noch in ihren geschriebenen oder gedruckten Verzeichnissen ankündigen sollen.

8.

Würden sich solche vorfinden, welche mehrere der jezt angeführten Zweige des Buchhandels zugleich umfassen sollten, so versteht es sich von selbst dass sie sich nach allen den verschiedenen Vorschriften zu richten haben, welche jedes dieser Fächer besonders betreffen.

9.

Was endlich die geschlossenen Lese Gesellschaften betrifft, da auch sie Bibliotheken halten, wodurch mancherley Bücher in Umlauf kommen: so hält man zwar allgemein dafür, dass zwischen denselben und öffentlichen Lesekabinetern ein grosser Unterschied zu beobachten seye. Nichts desto weniger möchte man mit einer Meynung dieselben anhalten, ihre Bücher Verzeichnisse der

Commission vorzulegen und dieser letzteren das Recht einräumen, schädliche und gefährliche Schriften daraus wegzustreichen. Mit andern Gedanken hingegen möchte man den Präsidenten oder Bibliothekar durch ein Gelübde versprechen lassen, dass keine solche Bücher angeschafft werden. Mit einer dritten Meynung endlich, will man dass dergleichen Gesellschaften, die grossen Theils aus aufgeklärten Männern zusammengesetzt sind, unter gar keiner Aufsicht stehen sollen.

11.

Um nun dieser gegenwärtigen Ordnung Kraft zu geben, sollen alle diejenigen Personen welche unter diesem Reglement begriffen sind, vor der Commission constituirt, aufs neue ins Handgelübde aufgenommen und von derselben nach vorhandener Instruktion in allen vorkommenden Fällen geleitet und behandelt werden.



Fruis



Haag, Friedrich,

Beiträge zur Bernischen Schul- und Kulturgeschichte

Bd.: 1

1898

Paed.th. 1802-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11870211-7